NEUES ROTES FORUM

6/71

Metalltarifrunde - Analyse, Berichte, Dokumente

Bemerkungen zur Faschismusdiskussion

Zum Klassencharakter der indischen Gesellschaft

2. Jahrgang Dezember 1971 Preis 1,50 DM

NEUES ROTES FORUM 6/71
Dezember 1971

Das Neue Rote Forum erscheint 6 mal im Jahr. Auflage 7500 Es umfaßt jeweils mindestens 52 Seiten.

Erscheint im Verlag: "Neues Rotes Forum"

Redaktion: Joscha Schmierer (verantwortlich), Dietrich Hildebrandt, Werner Freund

Anzeigenverwaltung: Frank Pohlers, 69 Heidelberg, Hans-Thoma-Platz 38, Tel.:40812

Anschrift: Neues Rotes Forum, 69 Heidelberg, Bahnhofstraße 17, Tel.:25167

Druck: Caro-Druck Heidelberg

Das Neue Rote Forum ist in allen VLB-Buchläden erhältlich. Im Abonnement 1.50 DM plus Porto.

Nachdruck von Artikeln nur nach Rücksprache mit der Redaktion erlaubt.

Die Nummer 4/71 des NRF ist in einer zweiten Auflage wieder erhältlich. Eine dritte Auflage von 3/71 bereiten wir vor. Bestellungen an: Dietrich Hildebrandt
69 Heidelberg
Postfach 834

Inhalt:

MATALLTARIFRUNDE
Analyse, Berichte, Dokumente
Die konjunkturelle Lage in der BRD S. 3
Die Konkurrenzsituation des BRD-Kapitals auf dem Weltmarkt S. 4
Zu den allgemeinen Bedingungen derzeitiger Lohnkämpfe: Staat, Gewerkschaften und Lohnleitlinienpolitik S. 6
Das Vorgehen der Kapitalisten in der Metalltarifrunde 1971 S. 7
Dokumente S.11
Metallerstreik in Nordbaden-Nordwürtemberg S.21
Agitation der DKP im Streik: Sammelsurium revisionistischer Phrasen S.25
Kritik der KPD/ML-ZB S.28

Bemerkungen zur Faschismusdiskussion
Peter Lagarde S.36

Zum Klassencharakter der indischen Gesellschaft
Redaktionelle Vorbemerkung S.47
Kompradorbürokratischer Kapitalismus und Entwicklung der Klassenkämpfe in Indien
Uwe Kräuter S.47

Analyse der KP Indiens (ML) zur gegenwärtigen Lage in Indien und Pakistan S.58

NRF 6/71

Auch dieses Heft des NRF erscheint verspätet. Die Ursache ist klar: Für eine Gruppe von Kommunisten, die eine regelmäßige Agitation, Propaganda- und Organisationsarbeit in der Arbeiterklasse betreibt und dieser Arbeit qualitativ und quantitativ nur schwer gewachsen ist, ist die Herausgabe eines theoretischen Organs eine nur unter großen Schwierigkeiten zu lösende Aufgabe. Zweifellos wäre es sinnvoller, wenn einige befreundete Organisationen gemeinsam ein theoretisches Organ herausgeben würden und in diesem gemeinsamen Organ die notwendige theoretische Auseinandersetzung führen würden. Unsere Bemühungen in dieser Richtung sind bis jetzt aber ohne Erfolg geblieben. Unter dieser Zersplitterung leidet natürlich auchdie Kontinuität und das Niveau der theoretischen Auseinandersetzung selber. Wir werden deshalb die Diskussion um die Herausgabe eines gemeinsamen theoretischen Organs mit verschiedenen befreundeten Organisationen verstärken. Ein Erfolg in diesen Diskussionen würde ein wichtigen Schritt vorwärts im Kampf um die richtige Linie der Kommunisten in der BRD bedeuten.
Die KG(NRF) Mannheim - Heidelberg hat in den letzten Monaten einige wichtige Schritte eingeleitet und teilweise durchgeführt, um die Arbeit in Mannheim-Heidelberg zu verbessern. Ursprünglich war die KG(NRF) eine einheitliche Organisation, die mit gemeinsamen Leitungsorganen in der Arbeiterklasse und an der Universität zu arbeiten versuchte. Ihre organisatorische Struktur, die von den Organisationen der Studentenbewegung übernommen war, machte aber zumindest entscheidende organisatorische Fortschritte der Arbeit in der Arbeiterklasse unmöglich. Aufgrund eines mehrwöchigen Diskussionsprozesses bilden jetzt die Genossen, die in der Arbeiterklasse arbeiten, die KG(NRF) MA-HD. Die Genossen, die an der Universität Heidelberg arbeiten, bilden die KHG(NRF). Eine Gruppe von ehemaligen Mitgliedern der bisherigen KG(NRF) und von Sympathisanten ist dabei, eine Organisation von Intellektuellen und anderen Angehörigen der Mittelklasse aufzubauen. Die Beziehungen der drei Organisationen untereinander wird in einer organisatorischen Plattform geregelt, die einstimmig - bei einer Enthaltung- auf der letzten Generaldebatte der bisherigen KG(NRF) MA-HD angenommen wurde. Diese Beziehungen zwischen den drei Gruppen beruhen auf der ideologischen und politischen Einheit auf Basis der programmatischen Erklärung der ehemaligen KG(NRF), der organisatorischen Selbständigkeit und der gegenseitigen Beratung. Vor allem in der MTR bewährte sich dieser organisatorische Schritt, der in der Entwicklung der ehemaligen KG(NRF) seit längerer Zeit angelegt war.

Die KG(NRF) MA-HD wird in Zukunft neben den 'Kommentaren', die zunehmend zu einer Zeitung für die Beschäftigten im Metallbereich geworden ist und vor allem die unmittelbaren betrieblichen und gewerkschaftlichen Kämpfe unterstützt, die "Arbeiterzeitung" herausgeben, die direkt der politischen Organisierung der politisch fortgeschrittenen Arbeiter dient. Der Plan dieser Zeitung wurde auf zwei Arbeiterversammlungen in HD und Mannheim diskutiert und fand dort Zustimmung.
Die KHG(NRF) gibt die KHZ heraus und arbeitet mit der Kommentarredaktion zusammen. Sie hat die Parlamentswahlen an der Uni HD gewonnen und stellt jetzt den AStA. Die KHG(NRF) wird die Arbeit der bisherigen

Fortsetzung S.63

▶Metalltarifrunde◀

Analyse, Berichte, Dokumente

Die konjunkturelle Lage in der BRD

Die Metallkapitalisten konnten in der Metalltarifrunde 71 ihre Ziele klar durchsetzen. Der Tarifabschluß von Nordwürttemberg/Nordbaden, der als "Musterabschluß" in allen Tarifgebieten ohne wesentliche Änderungen übernommen wurde, erlaubt den Kapitalisten in der gegenwärtigen Phase der beginnenden Rezession die Aufrechterhaltung ihrer Profite auf Kosten der Arbeiterklasse. Das Handelsblatt (HB) konstatiert denn auch zu recht, "daß nicht die IG Metall Sieger des Arbeitskampfes ist, sondern daß es die Arbeitgeber sind, die in bedrängter wirtschaftlicher Situation obsiegt haben". (HB 16.12.71).

Den Metallkapitalisten ging es in dieser Tarifauseinandersetzung nicht nur um Prozente, es ging ihnen zugleich darum, als bewußter Stoßtrupp der Kapitalistenklasse mit der Durchsetzung des Lohndiktats der Arbeiterklasse einen politischen Schlag zu versetzen, der das in den letzten Jahren erstarkte Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse entscheidend zurückwerfen sollte.
Dieser Tarifabschluß ist Ausdruck des augenblicklichen Kräfteverhältnisses zwischen den beiden Klassen, Ausdruck des sich erst entfaltenden Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse auf der Ebene des ökonomischen Kampfes einerseits, der bewußtenund einheitlichen Klassenpolitik der Kapitalistenklasse andererseits.
Der Tarifkampf in der Metallindustrie 1971 muß, um ihn in seiner Bedeutung richtig einschätzen zu können, auf den Hintergrund der ökonomischen und politischen Bedingungen gesehen werden, die die Kampfbedingungen für die Arbeiterklasse abstecken.
Im Gegensatz zu den Lohnkämpfen 69 und 70 war in diesem Jahr die Lage auf dem Arbeitsmarkt durch das gekennzeichnet, was die Kapitalisten "Entspannung" nennen, nämlich wachsende Arbeitslosenziffer, Rückgang der offenen Stellen und rapide Zunahme der Kurzarbeit. Bereits in der ersten Jahreshälfte erreichte die Kurzarbeiterzahl mit 50.000 einen Höchststand nach der Krise 66/67 (142.000) . (Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik Nr. 9). Diese Entwicklung wird sich noch fortsetzen. Für das Jahr 1972 rechnet der Sachverständigenrat mit einem Rückgang der Gesamtbeschäftigtenzahl um 380.000.

Die Arbeiter der Metallindustrie waren von der Lage am Arbeitsmarkt mit am schwersten betroffen. Hier wurden im Juli 71 80 % aller Kurzarbeiter registriert, um 30% ging die Zahl der offenen Stellen von Juli 70 bis Juli 71 zurück, und die Zahl der Arbeiter ging von Sept. 70 bis Juli 71 um mehr als 2% (75.000) zurück. (Der Arbeitgeber, 24.9.71).
Die mangelnde Nachfrage nach der Ware Arbeitskraft bedeutete für die Metallarbeiter von vornherein eine schlechte Ausgangslage im Kampf um einen höheren Lohn. Den Metallkapitalisten aber gab das die Möglichkeit, insbesondere im Zusammenhang mit den rückläufigen Auftragsbeständen, ohne extreme Schwierigkeiten eine bestimmte Zeit lang Lohnkämpfe und Aussperrung durchzuhalten. In bewußter Strategie haben sie die Verschärfung ihrer ökonomischen Schwierigkeiten, die Gefährdung ihrer Profite und Expansionschancen in den gegenwärtigen konjunkturellen Abschwungphase auf dem Rücken der Arbeiterklasse abzuladen versucht. Die Härte und Geschlossenheit des Vorgehens der Metallkapitalisten in dieser Tarifauseinandersetzung zur Durchsetzung des Lohndiktats war kein Zufall, keine Willkür, sondern ökonomische Notwendigkeit zur Sicherung der Profite. 1969 und auch 70 noch nahmen die Kapitalisten wegen der vollen Auftragsbücher und der günstigen Absatzlage lieber relativ kräftige Lohnerhöhungen in Kauf, als durch Lohnkämpfe größere Produktionsausfälle zu riskieren. 1971 dagegen standen die westdeutschen Kapitalisten unter dem Druck einer beginnenden Rezession, deren Entwicklung noch nicht klar abzusehen ist. (vgl. HB vom 27.12.71). Die Industrieproduktion stieg im Oktober 71 gegenüber dem Okt. 70 nur noch um 0,8%, der Maschinenbau fiel sogar um 5% zurück. (Spiegel, 1.11.71). Die Auslastung der Kapazitäten in der Industrie betrug im Okt. 71 nur noch 85% der betriebsüblichen Vollauslastung, und nur noch ein halbes Prozent mehr als im Okt. 66, zu Beginn der damaligen Rezession. (Wirtschaftswoche 10.12.71). Insbesondere in der Stahlindustrie, einem der wichtigsten Indikatoren für die konjunkturelle Entwicklung, zeigen sich verschärfte Krisenerscheinungen: die Produktion ist gegenüber 1970 um 10% zurückgegangen, die Zahl der Beschäftigten hat sich innerhalb des letzten Jahres um 5% verringert, fast 10% aller Stahlarbeiter müssen zur Zeit kurzarbeiten. (WiWo 10.12.71). Auch in der Metallindustrie zeigen sich vor allem seit dem Frühjahr 71 verstärkt rückläufige Tendenzen, insbesondere in den investitionsabhängigen Zweigen wie dem Maschinenbau. Der Auftragseingang in der Metallindustrie lag im ersten Halbjahr 1971 um 5% unter dem Niveau des Vorjahres, im Maschinenbau sogar um mehr als 17%. Die Auftragsbestände verringerten sich von 5,8 Monaten Reichweite Mitte 1970 auf 4,6 Monate Mitte 1971.
Unter dem Druck der sinkenden Auftragseingänge und -bestände drosselten die Metallkapitalisten die Produktion: vom 1. aufs 2. Quartal um durchschnittlich 4% in der gesamten Metallindustrie, im Maschinenbau sogar um 6,3%. (Der Arbeitgeber, 24.9.71).
Mit der rückläufigen Konjunktur stagnierten und verminderten sich 1971 auch die Investitionen in der gesamten Industrie, vor allem wiederum in der Metallindustrie. Die Inlandsbestellung für Werkzeugmaschinen - wichtigstes Produktionsmittel der Metallindustrie - lag im ersten Halbjahr 1971 um 33% unter dem Stand des Vorjahres. Die sinkenden Aufträge, die Drosselung der Produktion und damit die Verschlechterung der Profitchancen für Metallindustrie zwangen die Kapitalisten, die Investitionstätigkeit einzuschränken. Das ifo-Institut schätzt den Rückgang des Investitionsvolumens in der Metallindustrie auf 4-5%. Am stärksten davon betroffen sind die Investitionsgüterzweige, weniger der Personenfahrzeugbau, der auf Grund der noch anhaltenden starken Konsumwelle, - einer üblichen Erscheinung zu Beginn einer Krise - beträchtliche Zuwachsraten im Jahre 1971 erzielen konnte.

Stagnierende oder abnehmende Investitionsraten bedeuten aber Stagnieren oder Abnehmen der Produktivität, der Quelle aller Profite für die Kapitalisten. Wenn die Auspressung des relativen Mehrwerts nicht durch die Steigerung der Produktivität durch den Einsatz besserer Maschinen ständig so vorangetrieben wird, daß gegenüber der Konkurrenz die Profitchancen erhalten bleiben, dann gibt es für die Kapitalisten nur ein Mittel zur Aufrechterhaltung der Profite, nämlich die Verminderung des Einsatzes des variablen Kapitals durch Lohndrückerei und Intensivierung der Arbeit.
Dadurch, daß die Kapitalisten schon seit 69 kaum mehr effektivere und produktivere Anlagen vorgenommen hatten (Die ökonomische Situation in der BRD, SDA Berlin), sie aber andererseits durch die günstige ökonomische Lage im Herbst 69 und 70 sich relativ starke Lohnerhöhungen hatten abtrotzen lassen müssen, standen sie 1971 unter dem verschärften Zwang, langfristig die Löhne zu senken, da die produktivitätssteigernden Investitionen nicht vorgenommen waren. Zudem war bei dem sinkenden Absatz und der sinkenden Produktion der Lohndruck das einzige Mittel, um die wachsenden Kosten des nicht voll ausgelasteten fixen Kapitals zu kompensieren.
Diese ökonomischen Bedingungen zwangen die Kapitalisten, um jeden Preis die Löhne niedrig zu halten. Die konjunkturelle Lage, die auf der einen Seite ihre Profite gefährdete, gab ihnen auf der anderen Seite auch verbesserte Kampfbedingungen gegen die Arbeiterklasse. Das betrifft sowohl die Lage auf dem Arbeitsmarkt, als auch die sinkende Auftragslage und Kapazitätsauslastung, die die Metallkapitalisten z. B. in die Lage versetzte, Streik, Aussperrung und Stillegungen in anderen Bezirken ohne größere Schwierigkeiten durchzuhalten, so daß sie zu den Produktionsausfällen lapidar bemerken konnten, daß "die Überhitzung des ersten Halbjahres mit Sonderschichten" eben "einer realeren Produktionsphase gewichen ist" (FR, 23. 12. 71).
Bewußtes Ausnutzen der Krisenentwicklung und äußerst fester, organisierter Zusammenschluß der Kapitalisten kennzeichnete die Tarifauseinandersetzungen 1971. Das zeigte sich sowohl in den Chemieauseinandersetzungen 71, zu deren Vorbereitung die Chemiekapitalisten bereits im Dezember 70 das "Vertragswerk Hilfeleistung im Arbeitskampf" abgeschlossen hatten, als auch in der Metalltarifrunde 71. Die Kapitalisten waren 1971 gezwungen, die nach dem Ende der Aufschwungphase mit der verschärften Krisenentwicklung sich ständig verschlechternden Realisierungsbedingungen für den Profit durch langfristigen Lohnstop zu verbessern. Sie mußten dies gegen eine Arbeiterklasse durchsetzen, deren Kampfbewußtsein in den letzten Jahren gestiegen war, was die Kapitalisten im Herbst 69 und 70 bereits deutlich zu spüren bekommen hatten.

DIE KONKURRENZSITUATION DES BRD-KAPITALS AUF DEM WELTMARKT

Der Druck der beginnenden Krise für das westdeutsche Kapital ist Teil und Ausdruck der weltweiten Verschärfung der Krise des Imperialismus. Der erneute Ausbruch der Weltwährungskrise 1971 als deutlichstes Zeichen dieser Krise hat unter den imperialistischen Staaten einen verschärften Konkurrenzkampf ausgelöst, in dem es für das westdeutsche Kapital 1971 entscheidend darauf ankam und weiterhin darauf ankommen wird, durch den Druck auf die Löhne langfristig verbesserte Bedingungen für die Expansion und Eroberung neuer imperialistischer Positionen zu schaffen.
Das Zusammentreffen von zyklischen Krisen- und Stagnationserscheinungen mit einer Beschleunigung des inflationären Preisauftriebs kennzeichnet gegenwärtig die Lage in mehr oder weniger allen imperialistischen Ländern. Das US-Kapital befindet sich seit etwa zwei Jahren in einer tiefen Krise. Zum ersten Mal nach der Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1932 geht die Produktion zurück. Die Kapazitäten der Industrie sind nur noch zu einem geringen Grad ausgelastet, zum ersten Mal seit 1893 wird 1971 die Handelsbilanz negativ sein, die Zahlungsbilanz wird 1971 ein Defizit von 10 Mrd. Dollar erbringen. Mit über 5 Mio. Arbeitslosen hat die USA eine Arbeitslosenquote von 6 %, und der Preisauftrieb beträgt fast 7 %.

In England, Italien, Japan und der BRD zeigen sich deutliche Stagnations- oder Rezessionserscheinungen, verbunden mit einer äußerst hohen Preissteigerungsrate. Nur in Frankreich ist noch ein mäßiges Wachstum zu verzeichnen (siehe Jahresgutachten 1971). In allen wichtigen imperialistischen Ländern herrscht hohe Arbeitslosigkeit. Nach den USA mit 6 % folgt Kanada mit 5 %, Italien mit 4,5 %, England mit 4%, Frankreich mit 1,6%, Japan mit 1,2% (Spiegel, 1.11.71), und die BRD erreichte im Dezember71 ebenfalls eine Arbeitslosenquote von 1,2%. (FR, 5.1.72)

Der erneute Ausbruch der chronischen kapitalistischen Währungskrise im Mai 1971 und die Verschärfung durch die Maßnahmen der Nixon-Regierung am 15. August trafen so auf eine labile Konjunktursituation und verschärften die allseitige Widersprüchlichkeit der Wirtschaftsentwicklung sowohl in den internationalen Beziehungen zwischen den imperialistischen Staaten als auch auf dem Binnenmarkt der einzelnen Länder.
Für das westdeutsche Kapital bedeutet diese Situation, daß es ihm nicht mehr so einfach wie 66/67 möglich sein wird, durch verstärkten Export die Krise überwinden zu können. Es ist vielmehr so, daß gerade auf Grund der starken Exportabhängigkeit der BRD die verschärfte Konkurrenz auf dem Weltmarkt eine Verschärfung für die beginnende Krise in Westdeutschland bedeutet. Besonders scharf zeigt sich das in der Chemie- und Metallindustrie, die die exportabhängigsten Zweige der deutschen Industrie sind. Die Abhängigkeit von den Bedingungen auf dem Weltmarkt und der Zwang, sich trotz verschlechterter Konkurrenzbedingungen durch die Weltwährungskrise expansiv durchsetzen zu müssen, ist eine der wesentlichen Ursachen dafür, warum 1971 gerade in diesen Zweigen die härtesten Tarifauseinandersetzungen geführt wurden.

Wenn die Kapitalisten die Folgen der faktischen Aufwertung der DM durch das "floating" seit dem Mai 1971 und insbesondere die Folgen der protektionistischen Maßnahmen der USA vom 15. Aug. bewußt mit Blick auf die Tarifverhandlungen auch übertrieben, so ist zumindest soviel sicher, daß der westdeutschen Exportindustrie dadurch zumindest Vorteile, die einem "Standortvorteil" gleichkommen, verloren gingen (vgl. HB, 30.8.).

Um in der verschärften Auseinandersetzung zwischen den imimperialistischen Staaten ihre expansionistischen und imperialistischen Ziele trotzdem durchsetzen zu können, mußten die westdeutschen Kapitalisten diese Schwierigkeiten auf die Löhne abwälzen.
Der verschärfte Konkurrenzkampf zwischen den imperialistischen Ländern wurde ausgelöst durch das heftige Wiederaufbrechen der Weltwährungskrise im Mai 1971, als Folge der tiefen Krise des US-Imperialismus. Die USA haben mit der politischen und militärischen Niederlage in Indochina und der immer weiter fortschreitenden Zerrüttung ihrer eigenen Binnenwirtschaft, erhebliche Abstriche an ihrer Position als unbestrittene imperialistische Führungsmacht machen müssen. Allerdings hat sich insbesondere an den Beschlüssen des Zehnerrats vom 18. 12. zur Neu-

festsetzung der Währungsparitäten gezeigt, wie stark die imperialistische Vormachtstellung der USA noch immer ist.

Die Abwertung des Dollar gegenüber dem Gold und die Aufwertung der Währungen der anderen Länder bedeuten eine enorme Exporthilfe für das US-Kapitalzu Lasten der anderen Länder, ebenso die handelspolitischen Zugeständnisse der EWG-Länder und Japans. Die Aufrechterhaltung der Nichtkonvertibilität des Dollars in Gold befreit das US-Kaital von der Einlösungspflicht von über 50 Mrd. Dollar Auslandsgeld, die sich als Ergebnis der seit 1950 durchweg negativen Zahlungsbilanz angehäuft haben. So stützen die anderen imperialistischen Staaten auf der einen Seite das US-Kapital, auf der anderen Seite aber machen sie alle Anstrengungen, gerade das US-Kapital zurückzudrängen und die eigenen Positionen auszubauen.
Dies ist notwendiger Ausdruck des Widerspruchs des westeuropäischen und japanischen Imperialismus, sich einerseits gegen die US-Konkurrenz und deren Vormachtstellung durchsetzen zu müssen, auf der andren Seite aber auf Grund der gestiegenen Verflechtung und der allseitigen Präsenz des US-Kapitals -eben an dessen Schicksal so stark gebunden zu sein, daß der offene Handelskrieg auch den eigenen Zusammenbruch zur Folge haben würde.
Der Hauptgeschäftsführer des DIHT, Broicher, bringt das in einem Interview mit der Wirtschaftswoche ziemlich klar zum Ausdruck:" Vor allem müssen wir einsehen, daß wir aus eigenem Interesse die Prosperität der US-Wirtschaft und damit den Erfolg der binnenwirtschaftlichen Ziele Nixons wünschen müssen." (WiWo 24.12.71).
Der Währungsbeschluß der Zehner-Konferenz in Washington hat keine Widersprüche lösen können, weder die zwischen den imperialistischen Staaten selbst, noch die der verschärften Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Weltwährungssystems.

Der Kampf zwischen den imperialistischen Hauptländern um die Anteile am Weltmarkt wird sich weiter verschärfen. Der Währungsbeschluß selbst, auf der einen Seite der Versuch, den Karren, der unweigerlich auf den Zusammenbruch des Imperialismus zusteuert, noch einmal zu bremsen, hat auf der anderen Seite nichts anderes zur Folge, als eine weitere Verschärfung der Widersprüche des Imperialismus.

Für den japanischen Imperialismus, der ein Drittel seiner Exporte an die USA liefert, bedeutet der extrem hohe Aufwertungssatz von 15,5% gegenüber dem Dollar eine massive Behinderung seiner expansiven Exportstrategie und damit die Verschärfung der Konkurrenz auf dem amerikanischen Markt. Zugleich wird Japan vermehrte Anstrengungen unternehmen, das amerikanische Kapital aus dem südostasiatischen Raum zu verdrängen und sich neue Einflußsphären zu sichern.

Frankreich verfolgt die Strategie des engst möglichen Zusammenschlusses der EWG-Staaten zur Ausschaltung der US- Konkurrenz. Es zielt auf den Aufbau einer Großmachtstellung der EWG und die Zerstörung der Vorherrschaftsposition der USA. Dabei gerät es zunehmend auchin Widerspruch zum BRD- Kapital, welches die "europäische Einigung" nur unter dem Vorzeichen der eigenen Vorherrschaft in der EWG vorantreibt und im Augenblick taktisch das US- Kapital stützt zur Verbesserung der eigenen imperialistischen Positionen. Ein Beispiel ist die neuerliche größere Unterstützung des US- Rüstungshaushaltes durch die BRD in Form von Devisenausgleichs-

Sammlung Luchterhand
Neuerscheinungen

Georg Lukács
Die Theorie des Romans
Ein geschichtsphilosophischer Versuch über die Formen der großen Epik.
Sonderausgabe. DM 7,80 Band 36

Georg Lukács
Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins
Hegels falsche und echte Ontologie.
DM 7,80 Band 49

Leo Löwenthal
Erzählkunst und Gesellschaft
Die Gesellschaftsproblematik in der deutschen Literatur des 19. Jahrhunderts. Mit einer Einleitung von Frederic Tubach.
DM 9,80 Band 32 November

Ernst S. Steffen
Rattenjagd
Aufzeichnungen aus dem Zuchthaus.
DM 7,80 Band 33

Günter Grass
Gesammelte Gedichte
Mit einem Vorwort von Heinrich Vormweg. DM 9,80
Band 34

Ernst Jandl
Laut und Luise
Mit einem Nachwort von Helmut Heißenbüttel. DM 7,80
Band 38

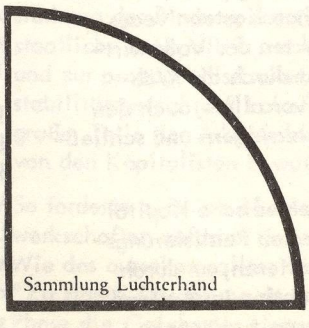
Gisela Steinwachs
Mythologie des Surrealismus oder die Rückverwandlung von Geschichte in ›Natur‹
Eine strukturale Analyse von Bretons »Nadja«. collection alternative, herausgegeben von Hildegard Brenner, Band 3. DM 7,80
Band 40 November

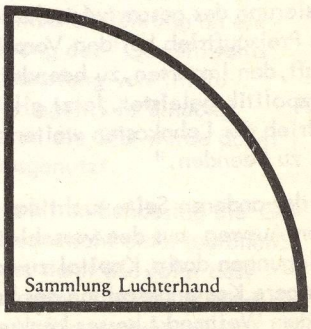
Rosa Luxemburg
Internationalismus und Klassenkampf
Die polnischen Schriften, herausgegeben und eingeleitet von Jürgen Hentze. DM 9,80
Band 41 November

Dorothee Sölle
Das Recht ein anderer zu werden
Theologische Texte. Reihe Theologie und Politik, herausgegeben von Hans-Eckehard Bahr, Band 1.
DM 4,80 Band 43 November

Jóhann Páll Árnason
Von Marcuse zu Marx
Prolegomena zu einer dialektischen Anthropologie.
DM 9,80 Band 54 November

Ausführliche Verzeichnisse der »Sammlung Luchterhand« erhalten Sie in Ihrer Buchhandlung.





zahlungen. Zum anderen wird das deutlich an der gegenwärtigen EWG-Politik der BRD. Dazu folgendes Zitat aus dem Handelsblatt: "Die Bundesregierung möchte mit Rücksicht auf die USA die Arbeiten an einer europäischen Währungsunion zunächst blockieren. Insbesondere die Initiative der EWG- Kommission, die Bandbreiten innerhalb der EWG zu verengen, stößt in Bonn auf Granit." (HB 24.12. 71)

Daßsich die Widersprüche zwischen den imperialistischen Hauptmächten auch nach dem"Zehnerbeschluß" weiter verschärfen werden, ist so gut wie sicher. Das bedeutet zugleich einen weltweit verschärften Angriff auf die Arbeiterklasse, auf deren Rücken solche Konkurrenzkämpfe nur ausgefochten werden können. Es ist klar, daß die starken Erschütterungen durch die krisenhaften Zusammenbrüche des Weltwährungssystems nicht aufhören werden, denn am grundsätzlichen Charakter des Weltwährungssystems ist durch den "Zehnerbeschluß" nichts geändert worden. Nach wie vor hängt das System am Dollar, an den Zufälligkeiten der Spekulation, am Schicksal des US- Kapitals.

Auch die Einrichtung eines "Weltgeldes" in Form von Sonderziehungsrechten beim Internationalen Währungsfonds könnte die Krisenanfälligkeit nicht aufheben, denn die Einrichtung eines gemeinsamen"Weltgeldes" ist nur möglich auf gemeinsamen Beschluss aller beteiligten Staaten. Das würde die Zurückstellung nationalstaatlicher Interessen voraussetzen, denn nur dann könnte die Festsetzung der Paritäten und die Höhe derEinlagen, die auch entscheidend für die Bedingungen der Konkurrenz der einzelnen Staaten ist, gemeinsam festgelegt werden. Durch die notwendige Verschiebung des Kräfteverhältnisses und den Konkurrenzkampf wird auch ein solches Weltwährungssystem dauernden Krisen ausgesetzt sein.

Daß die Weltwährungskrise in keiner Weise bislang gelöst ist, ist selbst den Kapitalisten klar, denn laut Handelsblatt vom 22.12.71 "bleibt auf jeden Fall die extreme Verwundbarkeit des ganzen westlichen Währungssystems, genauer gesagt, eine Abhängigkeit vom Gelingen oder Scheitern der Nixonschen Bemühungen um innere Stabilisierung... Sollte die Nixon-Politik scheitern, die Notenbanken also weiterhin unkonvertierbare Dollarreserven anhäufen müssen, so bleibt die Gefahr neuer erratischer Kapitalbewegungen in die Gläubigerländer."

Die Neufestsetzung der Währungsparitäten bedeutet für die BRD, daß langfristig der Lohndruck verschärft werden muß, um die Konkurrenzfähigkeit des Exportkapitals zu erhalten. Im Sachverständigengutachten 1971 wird das auch klar als Devise der Wirtschaftspolitik vertreten: "Da eine Hinnahme weiterer Gewinnschmälerungen durch die Unternehmen nur kurzfristig eine Hilfe sein kann und Rationalisierungsmöglichkeiten begrenzt sind, bleibt das Kernproblem der Stabilisierungspolitik die Stabilisierung des gesamtwirtschaftlichen Kostenniveaus. Den Preisauftrieb bei den Vorprodukten der Volkswirtschaft, den Importen, zu beenden, ist durch die Währungspolitik geleistet. Jetzt gilt es vor allem, auch den Auftrieb der Lohnkosten weiter zu verringern und schließlich zu beenden."

Auf der anderen Seite sucht das westdeutsche Kapital einen Ausweg aus den verschlechterten Realisierungsbedingungen darin, Kapital zu exportieren, um durch geringere Kostenbelastung der Produktion im Ausland auf dem Weltmarkt besser konkurrieren zu können. (siehe HB 30.8.71) Die seit 1967/68 verstärkten Tendenzen zum Kapitalexport bedeuten keinen Widerspruch zur Lohndrückerei, sondern arbeiten ihr in die Hand. Denn gerade verstärkter Kapitalexport bedeutet, daß weniger im Inland investiert wird, und dadurch das Beschäftigungsniveau zurückgeht, und das heißt, daß die Bedingungen für das Kapital zur Lohndrückerei sich noch verbessern.

Die Tendenz zum Kapitalexport wird sich in der nächsten Zeit noch verstärken, und zwar dadurch, daß durch die hohe Aufwertung der Kapitalexport entscheiden begünstigt wird. Für die Arbeiterklasse aber bedeuten die gegenwärtigen ökonomischen Bedingungen verschärften ökonomischen Druck von seiten der Kapitalistenklasse und schlechte Kampfbedingungen. Das zeigte sich in in den Tarifkämpfen 1971, das wird sich auch 1972 noch nicht wesentlich ändern.

ZU DEN ALLGEMEINEN BEDINGUNGEN DERZEITIGER LOHNKÄMPFE: STAAT, GEWERKSCHAFTEN UND LOHNLEITLINIEN-POLITIK

Es soll hier kurz eingegangen werden auf die veränderten Bedingungen, unter denen sich gewerkschaftliche Lohnpolitik in der Entwicklung von konzertierter Aktion und staatlicher "Einkommenspolitik" (Stabilitätsgesetz) vollzieht, weil sie von entscheidender Bedeutung für die gegenwärtigen Kampfbedingungen der Arbeiterklasse sind.
Aufgrund der lange Zeit hindurch hohen Wachstumsraten in der Restaurationsphase wurde in der BRD die staatliche Einkommenspolitik als Mittel kapitalistischen "Krisenmanagements" erst relativ spät systematisch eingesetzt: Erst in der Rezession 66/67 wurden mit dem Stabilitätsgesetz die Grundlagen dieser Politik gesetzlich fixiert. Zur Absicherung und Förderung des "gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts" erhielt die Regierung neue Rechte und Kompetenzen; Hauptkomponenten des Zielkatalogs im Stabilitätsgesetz bilden "Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum". (§1 des Stabilitätsgesetzes) Das Gesetz institutionalisiert jährliche Wirtschaftsberichte der Regierung auf der Grundlage der (bereits 1963 gesetzlicheingerichteten) Jahresgutachten, Subventionsberichte und mittelfristige Finanzplanung. Außerdem gibt es der Regierung die Kompetenz, über Eingriffe in die Einkommens- und Körperschaftssteuergesetzgebung für direkte Investitionsanreize zu sorgen.

Als wichtigster Punkt für die staatliche und gewerkschaftliche Lohnpolitik wird im Stabilitätsgesetz die Konzertierte Aktion gesetzlich verankert, als deren Arbeitsgrundlage die staatlichen Orientierungsdaten ausdrücklich festgelegt werden.

Für die Bedingungen des gewerkschaftlichen Lohnkampfes bedeutet diese gesetzliche Fixierung, daß die Lohnverhandlungen nunmehr explizit sich am "Gesamtprozeß des Wachstums" orientieren, d.h., die staatlich formulierte Lohnleitlinie wird zentraler Orientierungspunkt der gesamten gewerkschaftlichen Lohnpolitik. Die Bedingungen des Lohnkampfes für die Arbeiterklasse verschlechtern sich somit entscheidend.

Eine weitere Verschlechterung der Kampfbedingungen

für die Arbeiterklasse liegt in der gesetzlichen Regelung der Rahmenbedingungen von Lohnauseinandersetzungen, die dem Staat verstärkte Eingriffsmöglichkeiten sichert. Dies kann deutlich an der Entwicklung von Arbeitsrecht und Schlichtungswesen aufgezeigt werden. Die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichtes, der die "Sozialadäquanztheorie" gewerkschaftlicher Kampfmaßnahmen zugrunde liegt, hat den Spielraum gewerkschaftlicher Aktionen ständig zu verringern gesucht, sowohl was die Tarifziele, als auch was die Formen des gewerkschaftlichen Kampfes betrifft. (vgl dazu z.B. die Rechtsprechung des BAG gegen "Wilde Streiks", Rspr. zu vereinbarten Friedenspflichten, Rspr. zum Betriebsverfassungsgesetz, Konzeption der "Kampfparität der Tarifparteien", etc.).

Diese für den 'normalen' Tarifkampf ausreichenden Instrumente zur Disziplinierung der Arbeiterklasse wurden mit dem Wiedereintreten der BRD in den verschärften Krisenzyklus zunehmend ergänzt durch Maßnahmen, die der Zentralisierung und dem Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates als Angriffsinstrument gegen die Arbeiterklasse diente: Notstandsgesetze, Ausbau des Bundesgrenzschutzes zur Bürgerkriegsarmee, Zentralisierung des zivilen Erkennungsdienstes, Verbotsdrohungen für kommunistische Organisationen usw.

Für die gegenwärtigen Bedingungen des Kampfes des Arbeiterklasse ist die Tatsache, daß die staatliche Lohnpolitik von der SPD betrieben wird, von wesentlicher Bedeutung, denn die Wirksamkeit der staatlichen Lohnleitlinienpolitik zur Stabilisierung der kapitalistischen Verwertungsbedingungen wird gerade dadurch entscheidend erhöht, daß ein großer Teil der Arbeiterklasse ideologisch an die SPD gebunden ist; diese Bindung an die SPD ist die Grundlage dafür, daß sich die Politik der konzertierten Aktion in den Gewerkschaften so einfach durchsetzen läßt.

Die auf den Eintritt der SPD in die große Koalition folgende Mitarbeit der Gewerkschaften in der konzertierten Aktion stellt keinen Schwenk in der politischen und ideologischen Entwicklung der Gewerkschaften dar. Vielmehr finden sich alle wesentlichen Merkmale der Lohnleitlinienpolitik bereits als Postulate im Düsseldorfer Programm des DGB von 1963, dessen inhaltliche Übereinstimmung mit dem Godesberger Programm der SPD offensichtlich ist: als Hauptziel einer am "Gesamtwohl" orientierten Wirtschaftspolitik" werden im Düsseldorfer DGB-Programm Vollbeschäftigung, stetiges Wirtschaftswachstum und Stabilität des allgemeinen Preisniveaus angegeben. Zur "Vermeidung von Konjunktur- und Beschäftigungsschwankungen" sollen" alle wissenschaftlichen Erkenntnisse und politischen Möglichkeiten" ausgeschöpft werden. Hilfsmittel sind:

- "eine differenzierte volkswirtschaftliche Gesamtrechnung"
- "der Rahmenplan in Form eines Nationalbudgets..., der die Zielsetzung für die Entwicklung der Volkswirtschaft in einem bestimmten Zeitraum enthält. An seiner Vorbereitung ist der DGB zu beteiligen. Die Richtlinien des Nationalbudgets sind für die Organe der staatlichen Wirtschaftspolitik verbindlich. Sie geben die notwendigen Orientierungsdaten für die eigenen freien Entscheidungen in den Wirtschaftsbereichen und den Einzelwirtschaften."
- eine "differenzierte Investitionssteuerung", die "z.B. durch gezielte steuerliche und kreditpolitische Mittel oder durch Änderung der Abschreibungsbedingungen" erfolgen kann.

Diese Formulierungen sind ganz ähnlich im Godesberger Programm der SPD wiederzufinden. Hier zeigt sich klar die vollständige programmatische Bindung der Gewerkschaft an die SPD, die programmatische Festlegung auf das "Gesamtwohl", was nichts anderes heißt, als der bewußte Verzicht auf die konsequente Vertretung der ökonomischen Interessen der Arbeiterklasse zugunsten der Profitinteressen des Kapitals.

Solche sozialdemokratische gewerkschaftliche Tarifpolitik ist eins der wirksamsten Mittel, die Entfaltung der Kämpfe der Arbeiterklasse schon auf der ökonomischen Ebene zu unterbinden. Die Anpassung der Lohnforderungen an die Bedingungen der Konjunktur, ideologisch verbrämt durch die "Rücksicht auf das Gemeinwohl", sucht die Legitimitätdes gewerkschaftlichen Kampfes im Bewußtsein der Gewerkschaftsmitglieder von vornherein an die Durchsetzung "konjunkturgerechter Lohnleitlinien" zu binden. Streiks scheinen dann als "gerechtfertigt", wenn das Verhalten der Kapitalisten gegen die explizit formulierten "gesamtwirtschaftlichen Ziele" verstößt, ihre Lohnangebote unter den Orientierungsdaten bleiben.

DAS VORGEHEN DER KAPITALISTEN IN DER METALLTARIFRUNDE 1971

Bereits kurz nach den Metalltarifverhandlungen 1970 wurden die ersten Stimmen laut, die "Lohnkostenexplosion" müsse nun drastisch eingedämmt werden. Die Kapitaisten spürten die ersten Erscheinungen der Rezession und reagierten darauf sofort und bewußt mit Vorbereitungen für einen allgemeinen Abbau der Löhne oder zumindest eine erhebliche Verminderung der Lohnsteigerungsrate im Jahre 1971. Sowohl die verschlechterten Bedingungen für die Aufrechterhaltung ihrer Profite und die weitere Expansion, als auch das verstärkte Kampfbewußtsein der westdeutschen Arbeiterklasse, vor allem der Metallarbeiter, zwang die Kapitalisten, die Durchsetzung des Lohnabbaus umfassend und geschlossen vorzubereiten.

Von Anfang an spielte dabei der Einsatz der staatlichen Mittel der Lohnlenkung eine zentrale Rolle. Die Reduzierung der ursprünhlich auf 9% projektierten Lohnleitlinie auf 7,5% gleich am Anfang des Jahres senkte den Forderungsspielraum der Gewerkschaften sofort nach unten. Damit war der allgemeine Rahmen für Lohnerhöhungen von den Kapitalisten klar abgesteckt. Im weiteren Verlauf konzentrierte sich der Einsatz staatlicher Mittel im wesentlichen immer mehr auf die Verstärkung der Bindung der Gewerkschaftsführung an die staatliche Lohnpolitik zur Wahrung des "Gemeinwohls" und zur propagandistischen Bekämpfung von "nicht stabilitätsgerechten" Lohnforderungen. Die Bindung großer Teile der Arbeiterklasse an die SPD wurde dabei von den Kapitalisten bewußt ausgenutzt.

So forderte z.B. am 11. Mai Brandt im Bundestag die Gewerkschaften auf, sich dem "Gesamtwohl" unterzuordnen. Wie das aussehen sollte, führte er dann wie folgt aus: "Zu starke Steigerung der Lohnkosten könnten in dieser Phase die Gefahr der Unterbeschäftigung hervorrufen. Deshalb erschiene es mir sinnvoll, wenn jetzt bei Prei-

sen und Lohnkosten eine Art Konsolidierungspause ernsthaft in Erwägung gezogen würde." Und Schillers Staatssekretär Hermsdorf erklärte am 22. August, neue Tarifabschlüsse müssten unter 7,5% bleiben. Äußerungen dieser Art von SPD-Politikern und Regierungsbeamten lassen sich bis zur Tarifrunde in Unmengen finden. Inzwischen ist Schiller schon wieder dabei, für 1972 den Lohnstop zu propagieren:" Sobald Lohn- und Gehaltssteigerungen stabilitätsorientiert sind, gibt der Staat Konjunkturspritzen. Dabei gelte für die Lohnpolitik, weder die Preissteigerungen der Vergangenheit einfangen noch die Steuererhöhungen bei Tabak, Branntwein und Mineralöl sowie die Anhebung der Postgebühren ausgleichen zu wollen. Ein solches Verfahren würde den inflatorischen Prozess des letzten Jahres wieder beschleunigen, was "im Endeffekt nur durch eine schwere Rezession aufgehalten werden kann." (FR, 28.12.71)

Auch der Sachverständigenrat ist 1971 verstärkt lohnpolitisch hervorgetreten. Bereits auf der Sitzung der Konzertierten Aktion am 4. März forderte der Vorsitzende Kloten den vollständigen Lohnstop. Im Sondergutachten vom 28. Mai 1971 stellen die Sachverständigen fest, daß "eine sehr langsame Verminderung der Lohnsteigerungsrate " nicht ausreicht, sondern "eine Zäsur notwendig" ist. Und das Jahresgutachten 1971, das noch während der Metalltarifverhandlungen erschien, hatte ganz offensichtlich die Funktion, "wissenschaftlich" die Notwendigkeit des Lohnabbaus zu untermauern, -was propagandistisch dann auch ausführlich ausgeschlachtet wurde.

Das Festhalten der Gewerkschaftsführung an Lohnleitlinien und Konzertierter Aktion erleichterte den Kapitalisten das Geschäft ungemein. Die Kapitalisten konnten sich darauf verlassen, daß die Gewerkschaftsführung aufgrund ihrer Bindung an die SPD auf jeden Fall der Durchsetzung der Lohnleitlinien keinen wirklich ernsten Widerstand entgegensetzen würde. Auf einer Sitzung der Konzertierten Aktion im Juni 1971 erklärte die Gewerkschaft sogar ihre Zustimmung, sich für die Durchsetzung eines Lohnstops einzusetzen. In dem Kommunique dieser Sitzung der Konzertierten Aktion heißt es:"Die am Gespräch der Konzertierten Aktion Beteiligten werden...in voller Eigenverantwortlichkeit auf Unternehmer und Gewerkschaften einwirken mit dem Ziel, daß alle Beteiligten sich nicht an den Preis- und Einkommenserwartungen des Booms orientieren ,sondern an den Notwendigkeiten einer Phase der gesamtwirtschaftlichen Konsolidierung. Nach dem Verständnis aller Beteiligten bedeutet das keine Stillhaltepause für die Einkommen ,sondern vielmehr eine Phase ,in der die Ertrags- und Kostenentwicklung der Unternehmungen sich normalisiert und in der die realen Einkommenserhöhungen ,die die Arbeitnehmer in den letzten beiden Jahren erreicht haben, gesichert werden."

Staatliche Lohnpolitik, Lohnleitlinien und Konzertierte Aktion sind für die Metallkapitalisten nur taktische Mittel zur Verbesserung der Bedingungen für die Durchsetzung der Lohndrückerei. Die entscheidende Stärke der Kapitalisten in den Metalltarifauseinandersetzungen 1971 lag darin, daß sie sich weitaus fester als in den vorangegangenen Jahren zusammengeschlossen haben und langfristig und zentral die Auseinandersetzungen vorbereitet haben. Das zeichnete sich schon in der Chemie-Tarifrunde ab. In den Metalltarifauseinandersetzungen wurde es vollends deutlich: Bereits auf der Mitgliederversammlung von Gesamtmetall am 24. Juni in Hamburg erklärte der Vorsitzende van Hüllen ,die Unternehmer würden in der diesjährigen Tarifbewegung alle Möglichkeiten zu solidarischem Vorgehen ausschöpfen; die entsprechenden Beschlüsse seien gefaßt worden.

Die Metallkapitalisten haben in der Tat ein vielfältiges Repertoir von Maßnahmen zur Vorbereitung des Tarifkampfes aufgeboten. Schon seit Jahresbeginn setzte eine gewaltige einheitliche Flut von panikmachenden Meldungen über die "verschlechterte Ertragslage der Wirtschaft " ,über die drohende Krise ein. Die Kapitalisten stöhnten über die "unerträglich hohen Lohnkosten" und drohten bei "unmäßigen" Lohnsteigerungen mit Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit und Preissteigerungen. Nun ist zwar 1971 in der Industrie ein merklicher konjunktureller Abschwung zu verzeichnen, nur liegt das einmal nicht an den Löhnen sondern an den allgemeinen Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise ,zum anderen wurde die konjunkturelle Lage von den Kapitalisten bewußt aus propagandistischen Gründen überzeichnet ,um die Lohnforderungen durch gezielte Panikmache von vornherein auf ein möglichst niedriges Niveau zu bringen.

Van Hüllen, Vorsitzender von Gesamtmetall, erklärte bereits im Juni:"Alle Beteiligten am Lohnkampf sollten jetzt wissen, daß die Tarifbewegungen im Herbst über die Sicherheit der Arbeitsplätze in der Metallindustrie entscheiden werden." Und der Geschäftsführer von Gesamtmetall im Juli:"Die Metalltarifrunde 1971 bestimmt das Ausmaß der Flaute 1972." Ab Ende August setzte eine massive, zentral gesteuerte Propaganda- und Anzeigenkampagne der Metallkapitalisten ein, deren immer wiederkehrende Stereotypen die " Gefährdung der Wirtschaftskraft", des "Gesamtwohls", die Gefahr von Kurzarbeit, Entlassungen ,Krise und Inflation durch sogenannte überhöhte Lohnforderungen waren. Diese Propagandakampagne hatte das Ziel, die Bevölkerung gegen die Lohnforderungen der Metaller aufzuhetzen und die Arbeiter schon vor Beginn des Kampfes zu demoralisieren.

Die bürgerliche Presse und die SPD-Regierung standen den Kapitalisten dabei hilfreich zur Seite. Daß hinter dieser Propaganda-Kampagne eine bewußte Strategie zur Schwächung des Lohnkampfes stand, läßt sich sehr schön im Sonderrundschreiben des Arbeitgeberverbandes der Badischen Eisen- und Metallindustrie nachlesen .Dort heißt es:"Die Mitgliedsfirmen werden angehalten zu laufender Information der Betriebsangehörigen über die sich ständig verschlechternde Wirtschaftslage in den meisten Bereichen der Metallindustrie ...,zur besonderen Zurückhaltung in bezug auf Anzahl, Inhalt und äußere Aufmachung von Personalinseraten ,Unterlassung spektakulärer Aktionen aus Anlaß von Firmenjubiläen ,und zur Zurückhaltung bei Darstellungen der Geschäftslage." (Spiegel, 6.12.71)

Von entscheidender Bedeutung für die Metalltarifrunde 1971 war die Verschärfung der Weltwährungskrise durch die protektionistischen Maßnahmen der Nixon-Regierung vom 15. August. Die Kapitalisten nutzten die durch die Aufwertung der DM und die US-Einfuhrzölle zum Teil tatsächlich verschlech-

terten Exportbedingungen als propagandistisches Druckmittel zur Durchsetzung eines langfristigen Lohnstops ,um mit dieser "sicheren Kalkulationsgrundlage " ihre Strategie im verschärften Konkurrenzkampf zwischen den imperialistischen Ländern langfristig und unter günstigen Bedingungen planen zu können. BDA-Chef Otto Friedrichs erklärte am 19. August ,man dürfe "die in Konkurrenzschwierigkeiten geratene Exportwirtschaft nicht noch unter den zusätzlichen Druck unvertretbarer ...Lohnkosten bringen. Dagegen könne jede in der Lohnpolitik geübte Rücksichtnahme...dazu beitragen, tausende von Arbeitsplätzen zu sichern ,die sonst auf dem Spiel stünden." (SZ, 20.8.71) Die SPD-Regierung blies ins gleiche Horn. Schiller erklärte in der "Welt am Sonntag" vom 22.8.71: "Die deutschen Exporteure müssen mit stärkerer Konkurrenz rechnen. Aus diesen Gründen sollten Unternehmer und Gewerkschaften alle Anstrengungen unternehmen, um unsere Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt zu erhalten. Wer jetzt unvernünftige lohn- und preispolitische Entscheidungen trifft, beweist, daß er die Bedeutung der amerikanischen Maßnahmen nicht verstanden hat."

Um den Metallarbeitern die Kampfmoral zu nehmen, verstärkten die Metallbosse vor Beginn der Tarifrunde in enormem Maße die Einführung von Kurzarbeit. Daß dies vielfach eine bewußt taktische Maßnahme war, die nicht nur auf konjunkturellen Schwierigkeiten beruhte, zeigte sich darin, daß viele Kollegen erzählten, sie hätten noch nie so viel geschafft wie während der Zeit als die Kurzarbeit eingeführt war. Bei MWM in Mannheim trat die taktische Einführung der Kurzarbeit als Einschüchterungsmaßnahme dadurch offen zutage, daß der Betrieb die Kurzarbeit nach drei Wochen wieder einstellen mußte, weil er dem Arbeitsamt keinen Nachweis der wirtschaftlichen Notwendigkeit der Kurzarbeit liefern konnte.

Als weiteres Druckmittel wurde die Streichung von übertariflichen Leistungen benutzt, z.B. bei Krupp, oder in vielen Fällen auch nur die Androhung ihrer Streichung. Auch diese Maßnahme war, wie das aus dem o.a. Sonderrundschreiben hervorgeht, zentral geplant und verbindlich festgelegt. Die Mitgliedsfirmen waren danach angehalten "zur Unterlassung betrieblicher Gehalts- und Lohnzugeständnisse ,sowie betriebsinterner Erörterung und Festlegung von Sozialleistungen zum Jahresende." (Spiegel, 6.12.71)

Den Streik ,den die Metallkapitalisten mit ihrem 4,5% -Angebot bewußt provozierten ,hatten sie so genau vorbereitet ,daß er dann tatsächlich wohl ziemlich genau nach ihren Vorstellungen ablief. Daß den Kapitalisten dies gelingen konnte, obwohl der Kampfwillen der Metallarbeiter sehr stark war, liegt zum einen an der Streiktaktik der IGM-Führung, nicht zuletzt aber auch an der ungeheuer fest organisierten einheitlichen Front der Metallkapitalisten. Die Metallkapitalisten hatten ,ähnlich wie die Chemiekapitalisten für den Chemietarifkampf 1971, schon lange vor der Tarifrunde vielfältige Abmachungen getroffen: über Ersatzlieferungen, Konkurrenzaufhebung während des Streiks ,über die einheitliche Aussperrung usw.. Zur Ausschaltung von Konkurrenzvorteilen für nicht-bestreikte Betriebe wurden zentrale Streikfonds eingerichtet, "Instrumente zur Stärkung und Sicherung der Solidarität der Arbeitgeber ", die das "Unternehmen in die Lage versetzen soll(t)en, die während des Arbeitskampfes weiterlaufenden Kosten zu tragen." (Vertrauliches Chefrundschreiben des Unternehmerverbandes der Metallindustrie Ruhr-Niederrhein)

Bei Nichteinhaltung der Verbandsbeschlüsse gab es scharfe Sanktionen: Keine Unterstützung aus dem Streikfond (jeder bestreikte Betrieb erhielt 70% des durchschnittlichen Tagesverdienstes der Streikenden oder ausgesperrten Arbeiter), und sofortiger Ausschluss aus dem Verband. Daß bis auf einige wenige Betriebe, die vor allem aus Gründen der Weihnachtsproduktion keinen Produktions- und Profitausfall haben wollten (das war vor allem in der Photoindustrie der Fall, z.B. bei Zeiss und Kodak), und deshalb den Aussperrungsbeschluss nicht befolgten, sämtliche Kapitalisten dem Aussperrungsbeschluss in Nordwürttemberg-Nordbaden nachkamen, ist nur eins von vielen Beispielen für die geschlossene Phalanx der Metallkapitalisten

Auch der Einsatz des staaatlichen Unterdrückungsapparates gegen streikende Arbeiter war genauestens vorbereitet. In der vertraulichen "Eilnachricht" des Siemens-Konzerns vom 4.11.71 an die Leitungen aller Betriebe steht unter den Maßnahmen für den Streikfall: " Sicherungsmaßnahmen:...Kontaktaufnahme mit der Polizei; Karte des Betriebsgeländes mit Zugängen rechtzeitig an Polizei und Feuerwehr; Anschriften der Wohnheime, Namen der Heimleiter und Angaben über die im Heim wohnenden Nationalitäten an die örtliche Polizeidienststelle..." Bei Daimler-Benz, Mannheim, standen seit Streikbeginn in der anliegenden Lüttich-Kaserne ungefähr 200 Polizisten zum Einsatz gegen Streikende bereit, und bei MWM Mannheim kam die Polizei während des Streiks auch zum Einsatz, um streikbrechenden Angestellten den Eingang freizumachen.

Die umfassende Vorbereitung der Kapitalisten auf den Streik ermöglichte es ihnen, ihre Ziele- zentrale Verhandlungen und einheitlicher Abschluss, Durchsetzung des Lohnabbaus ,und lange Laufzeit-bis auf die zentralen Verhandlungen voll durchzusetzen.

Die IGM-Führung weigerte sich von Anfang an, die Verhandlungen zentral zu führen . Sie begründete dies vor allem damit, die SPD-Regierung nicht durch zentrale Verhandlungen "zum Büttel gegen die IGM " machen lassen zu wollen, d.h. eine politische Schlichtung durch die SPD-Regierung vermeiden zu wollen (vgl. dazu die "Streiknachrichten" der IGM).

Außerdem wollte die IGM-Führung auf jeden Fall die Gefahr eines zentralen Streiks in der ganzen BRD vermeiden.

Die Metallkapitalisten hingegen hatten bereits am 5. September unter sich den Beschluß zur zentralen Verhandlung gefaßt und alle Kompetenzen an den Gesamtverband metallindustrieller Arbeitgeber (Gesamtmetall) in Köln übergeben. Aufgrund der Weigerung der IGM-Führung wurde dann zwar regional verhandelt, faktisch aber waren die Verhandlungen zentral gesteuert, und zwar auf beiden Seiten. Deswegen setzte sich auch das Tarifergebnis des Bezirks Nordwürttemberg-Nordbaden so blitzartig in allen anderen Tarifbezirken durch.

Die Metallkapitalisten zielten von Anfang an des-

wegen auf zentrale Verhandlungen und einen einheitlichen Abschluß für alle Tarifbezirke hin, um einmal in den in verschiedenen Bezirken liegenden und zum gleichen Konzern gehörenden Betrieben einheitliche Kostengrundlagen zu schaffen (vgl. Handelsblatt 16.11.71), zum andern, weil sie sich sicher waren, daß die an die SPD-Lohnleitlinien gebundene IGM-Führung einen zentralen Streik nicht riskieren würde, zum dritten, weil sie unter allen Umständen verhindern wollten, daß in einem Bezirk der IGM ein Durchbruch gelingen könnte.

Die IGM-Führung aber spielte mit ihrer regionalen und terminlich auseinandergezogenen Verhandlungstaktik und der Begrenzung des Streiks auf einen Bezirk den Metallkapitalisten insofern in die Hände, als dadurch die Betriebsstillegungen in den anderen Bezirken als Druckmittel erst wirksam werden konnten. Daß auch diese Stillegungen von den Kapitalisten taktisch eingesetzt wurden, zeigte sich z.B. daran, daß schon am Tag der Wiederaufnahme der Arbeit in NW-NB Audi NSU und einen Tag später sämtliche VW-Werke die Stillegungen aufhoben.

Wie schon im Metallarbeiterstreik 1963 so wandten auch im Tarifkampf 1971 die Metallkapitalisten die Aussperrung als Mittel zur Schwächung des Lohnkampfes an. Sie sperrten nur die Arbeiter, nicht die Angestellten aus und versuchten damit den Aufbau einer starken einheitlichen Streikfront zu verhindern; zum andern versuchten sie, durch die Aussperrung einer großen Zahl nicht-organisierter Metallarbeiter, die keine Streikunterstützung bekamen, sondern nur im Notfall Sozialhilfe, einen Spaltkeil in die Streikfront zu treiben. Die Schwerpunkttaktik der IGM-Führung spielte den Metallkapitalisten dabei in die Hände, denn bei einem Vollstreik wäre die Aussperrung einfach wirkungslosgeblieben.

Um die Kampfmoral zu schwächen, wurden in manchen Betrieben, z.B. bei Chrobok in Heidelberg, sogar noch größere Entlassungen vorgenommen. Zu dem Druck all dieser Maßnahmen kam hinzu, daß die Metallkapitalisten die Verhandlungen von Anfang an systematisch hinausgezögert hatten, um mit dem Abschluß weiter in die abfallende Konjunkturlage und die ungünstige unmittelbare Vorweihnachtszeit zu kommen. Dies alles wurde begleitet von einer beispiellosen Propagandakampagne der Metallkapitalisten und der bürgerlichen Presse. So heißt es z. B. anläßlich des Aussperrungsbeschlusses für NW-NB am 16.11.71 in einer Presse-Erklärung von Gesamtmetall: "Die Entscheidung der IG-Metall, in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage zu streiken, ist der Startschuß in die Rezession." Am 18.11. droht Gesamtmetall in einer Anzeige: "Heute streiken, morgen stempeln". Zum Ende der ersten Streikwoche verbreiten Gesamtmetall und die bürgerliche Presse -allen voran BILD-gezielte Panik: "Die gesamte Automobilindustrie muß schliessen. Hunderttausende geraten in Not. Eine Million Arbeitslose vor Weihnachten".

Durch ihre bewußte Strategie konnten die Metallkapitalisten dann nach drei Wochen Streik, angesichts der Taktik der IGM-Führung, die den Streik bewußt nie zu einer einheitlichen Kampffront zusammengefaßt hatte, ihre Ziele klar durchsetzen: Abbau des realen Lohns für die Arbeiterklasse, langfristige Laufzeit des Tarifvertrags und einheitlicher Abschluß im ganzen Bundesgebiet.

Kommentar

HERAUSGEGEBEN VON DER KOMMUNISTISCHEN GRUPPE (NRF) HEIDELBERG
VERANTWORTLICH: M.FRIEDRICHS, 69 HD, UNTERE STR. 7

4,5%-EIN POLITISCHER ANGRIFF AUF DIE ARBEITERKLASSE UND DIE GEWERKSCHAFTEN

Die Metallkapitalisten fühlen sich offensichtlich sehr stark. Sie wollen nicht nur die Reallöhne und die Lebenshaltung der Metaller angreifen. Sie wollen die Metaller auch demütigen. Sie wollen den Metallern die Niederlagen der Metallkapitalisten von 1969 und 1970 heimzahlen. Sie wollen zeigen, wer die wirtschaftliche und politische Macht in der BRD hat. Die 4,5% würden nicht einmal ausreichen, die Preissteigerungen auch nur annähernd auszugleichen. Einen Ausgleich für den wachsenden Steuerdruck und die ständig zunehmende Arbeitshetze wollen die Kapitalisten ohnehin nicht zulassen. Aber diese unverschämten 4,5% stellen die Metallkapitalisten auch noch als Almosen und Spende für Bedürftige dar. Die durch die Arbeit der Metaller fettgewordenen Metallkapitalisten sagen: Wenn wir euch überhaupt etwas geben, müßt ihr dankbar sein. Das habt ihr nur unserem sozialen Gewissen zu verdanken.

Diese Blutsauger behandeln die Metaller wie Bettler. Sie wollen den Metallern das Rückgrat brechen und wollen sie zu demütigen Bittstellern machen. Diese offene Herausforderung verlangt die richtige Antwort: Der jetzige Lohnkampf muß als Kampf zur Verteidigung der politischen Stellung der Arbeiterklasse geführt werden. Genausowenig wie es den Metallkapitalisten nur um Prozente geht, kann es den Arbeitern nur um Prozente gehen. Der bevorstehende Kampf ist entscheidend für die Entwicklung der politischen Kräfteverhältnisse zwischen Arbeiter- und Kapitalistenklasse in der BRD. Wenn die Arbeiterklasse diesen Kampf nicht bewußt und einheitlich führt, wird die Macht der Kapitalisten noch erdrückender, verschlechtern sich die Kampfbedingungen auf Jahre hinaus.

Um diesen Kampf führen zu können, müssen alle Sozialpartnerschaftsillusionen bekämpft werden. Was ist z.B. die Konzertierte Aktion und was sind die Lohnleitlinien anderes als politische Fesseln der Arbeiterklasse? Die Gewerkschaftsführungen wollen in diesen Gremien Sozialpartnerschaft spielen. Das ist nicht nur eine arbeiterfeindliche Politik, sondern das ist auch hoffnungslos naiv. Die Kapitalisten lassen sich das Sozialpartnerschaftsgerede gefallen, solange es ihnen nützt. Wenn sie eine Möglichkeit sehen, die Arbeiterklasse durch einen offenen Angriff zu schwächen, dann pfeifen sie auf dieses Gerede. Das zeigen sie auch jetzt wieder, wenn sie die Arbeiter und die Gewerkschaften bewußt demütigen wollen. Die Kapitalisten gehen von den Klassengegensätzen aus und von nichts anderem. Die Gewerkschaftsführer haben das nie begriffen. Deshalb beklagt sich Bleicher jetzt über das "ungezogene" Verhalten der Metallkapitalisten und zeigt sich "tief enttäuscht". Aber verhalten sich die Kapitalisten nicht immer so, wie sie die Arbeiterklasse maximal niederhalten können? In den Fabriken können Bleichers Illusionen nicht entstehen. Gerade solche Illusionen schwächen die Arbeiterklasse; ohne solche Illusionen ist die Arbeiterklasse stark und den Angriffen der Kapitalisten gewachsen.

Jetzt beginnt das Schlichtungstheater

Nach dem Scheitern der Verhandlungen beginnt jetzt das Schlichtungstheater. Weiterhin herrscht sogenannte "Friedenspflicht". Diese Fessel des automatischen Schlichtungswesens hat sich die IG-Metall in den 60er Jahren eingehandelt. Diese "Friedenspflicht" ist eine ganz gefährliche Waffe in der Hand der Unternehmer. Mit Hilfe des Schlichtungsverfahrens können sie den Zeitpunkt der Kämpfe bestimmen, wenn sich die Gewerkschaften in den Betrieben an diese "Friedenspflicht" halten.
Schlichter für unseren Tarifbezirk ist der SPD-Politiker Veit. Es ist klar, daß er auf einen Abschluß im Sinne Schillers, also auf höchstens 6,5% hinauswill. Es ist also auch klar, auf was das ganze Schlichtungstheater hinausläuft: Wenn die Arbeiter in den Betrieben warten, bis der Schiedsspruch gefallen ist und sie legal streiken können, dann ist es schon weit im November. Die Kampfbedingungen sind schlechter geworden, die Kapitalisten hatten weitere Zeit, sich vorzubereiten, auf Lager arbeiten zu lassen, und in Krisenpanik zu machen. Dann besteht die Gefahr, daß die Tarifkommission selbst einen ganz miserablen Schiedsspruch annimmt. Die Arbeiter sind dann die Betrogenen: Ihre Reallöhne sind gesunken und zu der wirtschaftlichen Verschlechterung kommt noch die politische Niederlage.

Droht 6,5%-Abschluß?

Im Juli und Anfang August haben mehrere Spitzengespräche von IG-Metall und Gesamtmetall stattgefunden. Offensichtlich hatte man sich damals auf eine bestimmte Verhandlungstaktik geeinigt: Die IG-Metall wollte 10-11%

fordern, die Kapitalisten wollten rund 6% anbieten und man hätte sich dann bei rund 8% getroffen. Dieses Manöver ist offensichtlich daran gescheitertert, daß die Metallkapitalisten die US-Außenhandelsmaßnahmen sofort zum Vorwand nahmen, um den Lohndruck zu verschärfen und die Gewerkschaftsspitze zu noch schärferem Nachgeben zu zwingen. Dabei fanden sie in Schiller einen Helfershelfer. Schillers Staatssekretär Hermsdorf verkündete sofort, die Metallabschlüsse dürften 6,5% nicht überschreiten. Daß das heimliche Prozent-Manöver zwischen IG-Metall-Spitze und Gesamtmetall tatsächlich stattgefunden hat, geht eindeutig aus einer Äußerung des Kapitalistensprechers Frankenberger hervor. Nur so wird auch die jetzige Enttäuschung der IG-Metall-Führer verständlich. Frankenberger sagte nach den gescheiterten Verhandlungen: Die 11%-Forderung sei "nachweislich vor dem 13. August, dem Tag des US-Beschlusses zustande gekommen und sei heute unzeitgemäß." (Stuttgarter Nachrichten, 18.10.71). Das heißt: Gesamtmetall kannte die Forderung der IG-Metall-Spitze schon, bevor die Tarifkommission sie Ende August endgültig beschloß, weil sich die IG-Metall-Spitze schon vor dem Beschluß der Tarifkommission mit Gesamtmetall abgesprochen hatte. Gesamtmetall hat diese heimliche Absprache jetzt ausdrücklich aufgekündigt und die IG-Metall-Führung ist ziemlich ratlos. In allen größeren Betrieben sind die 11% als Mindestforderung verstanden worden, die unbedingt durchgesetzt werden muß. Die IG-Metall-Führung wollte von vornherein bei 8% abschließen und hoffte auf das Einverständnis der Kapitalisten. Jetzt sitzt die IG-Metall-Führung zwischen allen Stühlen: Die Arbeiter wollen um die 11% kämpfen, weil sie nur so ihre Reallöhne halten können und die Kapitalisten wollen allerhöchstens 6,5% zugestehen. Es ist zu befürchten, daß die IG-Metall-Spitze während der Schlichtungsgespräche unter der Obhut von SPD-Veit noch einmal mit Gesamtmetall übereinkommt: Das Ergebnis werden dann nicht einmal die von der IG-Metall-Spitze ursprünglich geplanten 8% sondern höchstens 6,5% sein. Schon hat Bleicher wieder einmal betont, daß die 11% kein Ultimatum seien und daß er den Kampf nicht wolle. Was aber kann denn ohne Kampf herauskommen? Nur das Lohndiktat von 6,5%.

Gewerkschaftlicher Kampf gegen das Lohndiktat

Aus den Schlichtungsgesprächen kann bloß das Lohndiktat herauskommen. Können die Metaller ruhig darauf warten, bis das Lohndiktat da ist? Können sie darauf hoffen, daß sich die IG-Metall-Spitze dem Lohndiktat nicht unterwirft und daß dann der Kampf beginnen wird? Jedes Warten nützt den Kapitalisten, die bewußt die Verhandlungen hinausgezogen haben. Der Kampf gegen das Lohndiktat muß schon jetzt geführt werden. Sonst füllen sich die Lager der Kapitalisten bis zum November noch mehr und die Kampfbedingungen werden schlechter. Nicht umsonst drohen die Kapitalisten mit Aussperrungen gegenüber sogenannten wilden Streiks. Sie wollen durch Einschüchterung und Drohung verhindern, daß die Metaller rechtzeitig den Kampf dort aufnehmen, wo sie stark sind: im Betrieb. Nur wenn die Metaller sich jetzt über die Kampfmaßnahmen in den Betrieben verständigen, kann eine breite Kampffront gegen das Lohndiktat errichtet werden. Nur dann können die Angriffe der Kapitalistenklasse auf die Reallöhne abgewehrt werden.

„HAUT DEN BOSSEN AUF DIE FLOSSEN...

sonst wird unser Werk geschlossen!" Das riefen am Montag, dem 4.10.71, über 5000 Stahlarbeiter in Hagen/Westfalen auf einer Demonstration gegen die geplante Stillegung der zum Klöckner-Konzern gehörenden Hasper Hütte und des Stahlwerks Eckesey, das zur Südwestfalen AG gehört. 4500 Arbeiter verlieren durch die geplanten Maßnahmen ihren Arbeitsplatz. Die Arbeitgeber haben bereits Kurzarbeit in beiden Werken eingeführt und in der Hasper Hütte wird die Belegschaft monatlich um 49 Arbeiter verringert. Ab 50 müssen die Unternehmer Massenentlassungen beantragen.

Die Kapitalisten, die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, die Stadt Hagen, die IGM- und die DGB-Spitze reagierten sofort auf die Demonstration der Stahlarbeiter. Die im Rahmen der Montanmitbestimmung von der Gewerkschaftsführung in die Aufsichtsräte der beiden Konzerne entstandten Arbeitsdirektoren Murawski und Sporner rechtfertigten den Kollegen gegenüber die Stillegung als notwendige Rationalisierungen, so daß nicht jedes Belegschaftsmitglied "seinen angestammten Arbeitsplatz für immer und alle Zeiten behalten kann." (Murawski, Arbeitsdirektor in Eckesey in der Westfälischen Rundschau am 5.10.)

Wie sich immer wieder zeigt, haben diese Arbeitsdirektoren, die aufgrund der paritätischen Mitbestimmung in die Aufsichtsräte gewählt worden sind, keine andere Funktion, als die Kapitalisteninteressen gegen die Arbeiter durchzusetzen. Nur durch die solidarische Kampfstärke der Belegschaften können die Arbeiter und Angestellten ihre Interessen wirksam vertreten.

Die Arbeitsdirektoren wurden auf der Kundgebung vor dem Hagener Rathaus ausgepfiffen. Die Kollegen forderten dagegen in einer einstimmig angenommenen Resolution ultimativ von den Konzernleitungen schriftliche Garantien für die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze oder Überführung der Betriebe in Gemeineigentum.

Diese antikapitalistische Forderung der Arbeiter ist gegen die private Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel gerichtet. Für die SPD-Landesregierung und die Kapitalisten sind aber Subventionen und Stillegungsprämien ein politisch und finanziell abgesicherterer Weg zur Erhaltung der Profite des Monopolkapitals. Deshalb wird nicht über die Forderungen der Arbeiter verhandelt, sondern seit der Demonstration schachern Landesregierung und Unternehmer um die Höhe der Subventionen und Stillegungsprämien.

Die Stadt Hagen, der DGB, die IGM und die Betriebsräte waren anfangs an den Verhandlungen beteiligt. Auf Druck der Kapitalisten wurden sie von der Landesregierung ausgeschlossen. Die Summe, die den Unternehmern aus dem Staatshaushalt in den Rachen geworfen werden soll, soll geheim bleiben.

Kommentar

HERAUSGEGEBEN VON DER KOMMUNISTISCHEN GRUPPE (NRF) MANNHEIM/HEIDELBERG
VERANTWORTLICH: MICHAEL FRIEDRICHS, 69 HD, UNTERE STR. 7

4.11.71

7,5 % - Jetzt mit Kampfmaßnahmen die Streikfront aufbauen!

Mit ihrer Zustimmung zum Schlichtungsvorschlag haben die beiden Gewerkschaftsvertreter in der Stuttgarter Schlichtungskommission eindeutig gegen die Interessen der 550 000 Metallarbeiter gestimmt. Bedeuten schon die von der IG Metall geforderten 11% die unterste Grenze des Kompromisses angesichts der erhöhten Preistreiberei der Kapitalisten und der verschärften Ausbeutung der Arbeiter im vergangenen Jahr, so sind die jetzt beabsichtigten 7,5% nichts anderes als realer Lohnabbau!

Dies wurde vom Landesschlichter Veit (SPD) sogar unumwunden am Dienstagabend zugegeben. Er sagte, die Preissteigerungen seien nicht "im vollen Umfange berücksichtigt" worden, hier hätten die Arbeitnehmer "im Interesse der Stabilität" ein Opfer gebracht.
Um dieses Opfer, das die Metallarbeiter für die Stabilität der Unternehmerprofite bringen sollen, eventuell noch vergrößern zu können, schlug SPD-Schlichter Veit eine nur siebenmonatige Laufzeit des Tarifvertrags vor. Die Absicht ist klar: Man rechnet mit fallender Konjunktur im nächsten halben Jahr und damit mit verschlechterten Kampfbedingungen der Arbeiterklasse, der dann ein noch härteres Lohndiktat aufgezwungen werden soll. Mit der Zustimmung zum Schlichtungsergebnis hat die Gewerkschaftsführung gezeigt, daß es ihr nicht um eine konsequente Interessenvertretung der Metallarbeiter geht, sondern daß sie die Politik der Schlichtungstaktiererei auf dem Rücken der Arbeiter betreibt. Damit soll die Arbeiterklasse an die SPD-Politik gebunden werden. Was diese Politik bedeutet, zeigt das Schlichtungsergebnis klar auf: Die Interessen der Arbeiter werden der "Stabilität" der Unternehmerprofite geopfert. Die IG-Metall-Führung hat die 11% - Mindestforderung aufgegeben. So wurde z.B. ein in Heidelberg für Mittwoch angesetzter Warnstreik abgeblasen, nachdem das Schlichtungsergebnis bekannt war. Gerade das Schlichtungsergebnis erfordert Kampfmaßnahmen.

Lohnkampf gegen Schlichtung

Mit der Zustimmung zu den 7,5% hat die Gewerkschaftsführung mit ihrer Schlichtungstaktiererei die Kamptmaßnahmen an die Entscheidung der Metallkapitalisten gebunden und ist mit ihrer Zustimmung zu den 7,5% den für die ursprüngliche 11%-Forderung kämpfenden Metallarbeitern in den Rücken gefallen.

Willi Bleicher sagte: "Die Arbeiter werden sehr sauer reagieren." Bleicher weiß also genau, daß die Interessen der Metaller der Schlichtungstaktiererei geopfert werden sollen, daß die 7,5% nur heißen:

> die Arbeiter sollen für die Profitschinderei auch noch mit Lohnabbau herhalten.

Das Lohndiktat der Metallkapitalisten und das Schlichtungsergebnis verdienen nur eine Antwort der Metaller:

- Jetzt mit Kampfmaßnahmen die breite Streikfront aufbauen.

Die Metallarbeiter können ihre Interessen gegen die Kapitalisten nur dann verteidigen und ihre Forderungen durchsetzen, wenn sie jetzt mit Kampfmaßnahmen beginnen. Sie dürfen sich ihre Kampfbedingungen nicht von den Kapitalisten bestimmen lassen. Sie dürfen nicht warten, bis die Unternehmer zustimmen oder das Schlichtungsergebnis ablehnen. Sie dürfen nicht warten, bis dann vielleicht eine Urabstimmung angesetzt wird. Ohne Vorbereitung einer breiten Kampffront, ohne Kampfmaßnahmen, nur mit Warten kommt nicht einmal eine Urabstimmung zustande.

In den Betrieben, in denen die besten Kampfbedingungen sind, müssen die Kampfmaßnahmen beginnen, um eine breite Streikfront aufzubauen.
Das Ziel ist der einheitliche durch Urabstimmung beschlossene Streik für die volle Forderung.
Wenn die Gewerkschaftsführung den Kampf aufgibt, muß ihn die Gewerkschaft noch nicht verloren haben.
"Vertrauen auf die eigene Kraft" hieß es gestern in einem Flugblatt. Das bleibt leeres Gerede, wenn die eigene Kraft der Metaller nicht in der gewerkschaftlichen Organisation durchgesetzt wird.

- Die Kampfkraft der Gewerkschaft durchsetzen gegen die Schlichter in den eigenen Reihen und gegen das Lohndiktat der Kapitalisten!
- Gegen Lohnabbau durch Schlichterei!
- Jetzt mit Kampfmaßnahmen die breite gewerkschaftliche Kampffront aufbauen!

Streik-Nachrichten 22.11.

Ab Montag streiken alle Arbeiter in folgenden Betrieben:

Verwaltungsstelle Stuttgart

Daimler-Benz Untertürkheim
Daimler-Benz Sindelfingen

Verwaltungsstelle Esslingen

Daimler-Benz Mettingen

Verwaltungsstelle Mannheim

Daimler-Benz Mannheim

Verwaltungsstelle Heilbronn

Audi-NSU

Verwaltungsstelle Neckarsulm

Audi-NSU

Verwaltungsstelle Heidelberg

Graubremse

... und ab Dienstag alle Arbeiter in diesen Betrieben:

Verwaltungsstelle Bretten

Blanc Sulzfeld
Fuchs, Bad Mingolsheim
(zusammen mit den Angestellten)
Neff-Werke II, Bretten
Neff-Werke III, Bruchsal
Scharringhausen, Rheinsheim
(zusammen mit den Angestellten)
Schenk, Maulbronn
Südd. Maschinenbau-Ges., Wiesental

Verwaltungsstelle Esslingen

Trafo-Union
(zusammen mit den Angestellten)

Verwaltungsstelle Göppingen

Boehringer
Schuler
Zinser, Ebersbach

Verwaltungsstelle Heidelberg

Chrobok
(zusammen mit den Angestellten)
Intern. Harvester Comp.,
(zusammen mit den Angestellten)
Schnellpresse
(zusammen mit den Angestellten)

Verwaltungsstelle Heilbronn

Drauz
Stahlbau Mehne

Verwaltungsstelle Karlsruhe

IWKA
Ritter AG, Durlach

Verwaltungsstelle Ludwigsburg

GETRAG
Mann & Hummel
(zusammen mit den Angestellten)
SWF Bietigheim

Verwaltungsstelle Mannheim

Bischoff & Hensel
Bopp & Reuther
BBC-Käfertal
BBC-Ladenburg
BBC-Neckarau
Draiswerke
Enzinger-Union-Werke
Frankl & Kirchner
Gartner
Gerberich & Cie.
Halberg
Hommelwerke
Hottinger
Isolation
Kabel- und Lackdrahtfabrik (Iso)
Kabel- und Lackdrahtfabrik, Neckarau
Konus-Kessel
Knauer
John Deere
Mannesman-Geisel
Mohr & Federhaff
Mohr & Federhaff, Lohsenhausen
Moco-Walker
Motorenwerke Mannheim
Neidig
Rheta
Ridinger
Spangenberg
Stahlwerk
Strebelwerk
Total Foerstner & Co.
Vögele Mannheim
Vögele Hockenheim
Weber
Weiland
Wetzel
Winterwerb, Streng
Kirchgässer
Waldherr

Verwaltungsstelle Neckarsulm

Kolben-Schmidt

Verwaltungsstelle Pforzheim

Südd. Kühlerfarik Behr, Pforzheim
Südd. Kühlerfabrik Behr, Mühlacker

Verwaltungsstelle Reutlingen

Bosch Reutlingen
Bosch Rommelsbach

Verwaltungsstelle Schwäb. Gmünd

ZF (zusammen mit den Angestellten)

Verwaltungsstelle Stuttgart

Bosch Feuerbach
Mahle
Morat
SKF Kugellagerfabrik
Südd. Kühlerfabrik Behr
Terrot
Trafo-Union
Werner & Pfleiderer

Verwaltungsstelle Waiblingen

Bosch Waiblingen

Kommentar

HERAUSGEGEBEN VON DER KOMMUNISTISCHEN GRUPPE (NRF) MANNHEIM/HEIDELBERG 23.11.
VERANTWORTLICH: DIETER REICHERT, 68 MA 1, B 5, 12

Klare Front gegen das Kapital !

Seit gestern stehen 60 000 Metaller im Streik. Heute treten weitere 90 000 in den Streik. Die Kampfsituation ist dennoch äußerst schwierig. Noch nie waren die Metallkapitalisten für die Auseinandersetzung so gut gerüstet wie heute.

Die Kapitalisten haben die Zeit genutzt

Nach dem Metallerstreik von 1963 haben sie mit der IGM ein automatisches Schlichtungsabkommen geschlossen, das die Gewerkschaften auf Monate hinaus an die Kandare legt und zur Friedenspflicht zwingt. Diese "Friedenszeit" haben die Metallkapitalisten 1971 ausgezeichnet genützt. Sie haben durch ihre Panikmache in der Öffentlichkeit versucht, die Metaller von der übrigen Bevölkerung zu isolieren und sie haben in vielen Betrieben Überstunden fahren und kräftig auf Lager arbeiten lassen, um den Streik unterlaufen zu können. In dieser Position glaubten sie es sich leisten zu können, kompromißlos auf ihrem 4,5%-Angebot zu beharren.

Die Taktik der IGM-Führung

Dieser bewußten Taktik der Metallkapitalisten, die den Arbeitern eine schwere Niederlage bereiten wollen, setzte die IGM-Führung von vornherein ihre versöhnlerische und gegen die Interessen der Arbeiter gerichtete Lohnleitlinienpolitik entgegen. Sie akzeptierte jedes auch noch so schlechte Schlichtungsergebnis, sie verzögerte den Streikbeginn und verhinderte durch ihre Verhandlungsführung die Zusammenfassung der kampfstärksten Tarifbezirke in einem gemeinsamen Streik.

Als in Nordbaden-Nordwürttemberg der Streik nicht länger hinausgeschoben werden konnte, wollte sie ihn auf ganz wenige Betriebe beschränken. Nur in Mannheim ist es durch den Protest der Gewerkschafter aus den Betrieben gelungen, einen allgemeinen Streik durchzusetzen. Auch in Heidelberg kamen einzelne Betriebe (Harvester) nur gegen den Widerstand des Vorstands in Stuttgart auf die Liste der bestreikten Betriebe.

Der IGM-Vorstand gefährdet den Kampferfolg

Den Streik selbst will der IGM-Vorstand möglichst "zurückhaltend" führen. Aber gegenüber der festen Entschlossenheit und guten Vorbereitung der Metallkapitalisten nützt den Arbeitern das bloße Abwarten wenig. Es führt zur Auflösung der Belegschaften als Kampfeinheit und verhindert die Zusammenfassung der einzelnen Belegschaften in gemeinsamen Aktionen. Die Arbeiter können keinen Einfluß auf die Streikführung nehmen. Damit sind solche Initiativen ausgeschaltet, wie sie die Mannheimer Kollegen am Donnerstag und Freitag ergriffen haben, um ihren Willen gegenüber der Führung durchzusetzen.

Die Vertreter der Vorstandspolitik argumentieren gegenüber fortschrittlichen Kollegen so: Die bisherige abwartende und zurückhaltende Taktik schiebe den Kapitalisten den Schwarzen Peter zu und deshalb sei sie sehr geschickt. Das ist aber bloße Augenwischerei. Statt den Kampf gegen die Aussperrung zu organisieren, hoffen sie auf einen neuen Schlichtungsversuch. Und genau darauf will die IGM-Führung hinaus: Zur Durchsetzung ihrer Lohnleitlinienpolitik ist die bisherige Taktik vielleicht geeignet, aber zur Durchsetzung der 11% keineswegs.

Streik für die 11%

Die Taktik der IGM-Führung zeigt ganz klar, daß sie gar nicht daran denkt, für die 11% zu kämpfen. Für sie ist der Streik nicht Ausdruck der gegensätzlichen Interessen von Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse, nicht Kampfmittel gegen die Herrschaft des Kapitals, sondern Vorspiel für eine große Versöhnungsfeier. Deshalb erhebt sie das Schlichtungsergebnis offen zum Streikziel und verstößt gegen den Beschluß der Urabstimmung. Deshalb ist es ihr ganz egal, daß die 7,5% durch Preiserhöhungen schon wieder weg sind, bevor sie überhaupt durch sind. Aber genausowenig wie es für die Arbeiter nach dem Streik eine Versöhnung mit dem Kapital gibt, sondern nur, wie nach jeder Tarifauseinandersetzung, den Kampf gegen neue Versuche der Kapitalisten, die Arbeitshetze zu verschärfen, genausowenig können die Arbeiter es sich leisten, freiwillig von ihrer Mindestforderung von 11% herunterzugehen.

Kollegen, fordert Streikversammlungen. Diskutiert über gemeinsame Demonstrationen in der Stadt. Dringt darauf, daß in anderen Bezirken mit unserem Bezirk gleichgezogen wird.

Einheit u. Disziplin

Disziplin ist unabdingbares Gebot im Streik. Dies schreiben die IGM-Nachrichten zu Recht. Aber Disziplin im Kampf der Arbeiterklasse kann nie bedeuten, sich blind einer Führung anzuvertrauen. Disziplin ist notwendig, um die Einheit im Kampf herzustellen, die Einheit auf der Grundlage der beschlossenen Kampfziele. Einheit und Disziplin müssen im besonderen Maße auch für die Streikleitung gelten. Ein Verstoß gegen die einheitlichen Kampfziele und die Streikdisziplin liegt vor, wenn die Streikleitung während des Streiks für die beschlossenen 11% vor der Presse erzählt, es ginge um die Durchsetzung von 7,5% auf 7 Monate. So Betriebsrat Lucy von der Streikleitung bei Daimler-Benz im Spiegel vom 22.11. auf Seite 30.

Einheit und Streikdisziplin für die 11%, aber keine Disziplin bei Abwiegelei und Schlichtungsmanövern.

Kommentar 13.12.

HERAUSGEGEBEN VON DER KOMMUNISTISCHEN GRUPPE (NRF) MANNHEIM/HEIDELBERG
VERANTWORTLICH: DIETER REICHERT, 68 MANNHEIM 1, B 5, 12

SPD - Linie = Lohnleitlinienabschluß

Am Freitag trafen die Kapitalisten von Gesamtmetall und die Tarifkommission der IGM folgende Vereinbarung:

1. Der neue Tarifvertrag hat eine Laufzeit von mindestens 15 Monaten; er beginnt rückwirkend am 1. Oktober 1971 und ist zum 31. Dezember 1972 erstmalig kündbar.
2. Für Okt./Nov./Dez. 1971 werden pro Monat 60.- DM netto ausgezahlt. Das entspricht, ungefähr, einer durchschnittlichen Lohnerhöhung von 7,5%.
3. Ab 1. Januar 1972 werden die Löhne und Gehälter (brutto) um 7,5% auf 12 Monate erhöht.
4. Ab 6 Monaten Betriebszugehörigkeit werden Teile eines 13. Monatseinkommens abgesichert.

6-12 Monate Betriebszugehörigkeit:		10%
12-24 "	"	20%
über 24"	"	30%
über 36 "	" (ab 1974)	40%

Diese Vereinbarung ist erst zum 31.12.1975 kündbar.

Blitztelelegramm der Mannheimer Streikleiter: NEIN zu diesem Abschluß!

Als am Freitag Nachmittag dieses Verhandlungsergebnis aus Stuttgart bekanntwurde, brach in der Mannheimer Streikleiterversammlung große Empörung aus. In einem Blitztelegramm an die Tarifkommission lehnten die Streikleiter diese Vereinbarung ab. Die 250 Versammelten forderten einstimmig die Tarifkommission auf, diese Vereinbarung abzulehnen. Die Streikleiter wandten sich besonders gegen die zu lange Laufzeit und gegen die praktisch nichtige Absicherung eines 13. Monatslohns.

Diese angebliche Absicherung ermöglicht es den Kapitalisten auf Jahre hinaus, den größten Teil des Weihnachtsgeldes zu streichen, wann immer sie es wollen. Außerdem bindet diese Vereinbarung die Arbeiter an den Betrieb oder schließt sie von der Absicherung aus. Denn etwa ein Drittel der Arbeiter wechselt jährlich den Betrieb. Erst ab 1976 kann wieder über die Absicherung des 13. Monatseinkommens verhandelt werden.

Lohnstop für 8 Monate

Die Kollegen von der Streikleitung protestierten gegen ein Ergebnis, das - nach drei Wochen Streik - realen Lohnabbau bedeutet. Die Metaller haben nicht für die Lohnleitlinien gestreikt, die ihnen jetzt aufgezwungen werden, sondern für die Absicherung ihrer Löhne durch die 11%-Mindestforderung.

Bei einer Laufzeit von sieben Monaten hätten viele Kollegen die 7,5% noch akzeptiert. Bei einer Laufzeit von 15 Monaten aber bedeuten die 7,5% 8 Monate Lohnstop verglichen mit dem Veit-Schlichtungsspruch. Mit diesem Abschluß haben die Kapitalisten einen Grundstein für eine neue Gewinnexplosion für das nächste und die kommenden Jahre gelegt. Macht und Profit der Kapitalisten werden auf Kosten der Lohnabhängigen weiter zunehmen.

Mit dem ausgehandelten Ergebnis werden die Arbeiter und Angestellten die bisherigen Preissteigerungen von 6,8% nicht abfangen können. Von den Löhnen gehen die Abzüge ab, die Preissteigerungen aber sind immer netto. Die kommenden Preissteigerungen werden den Reallohn weiter abbauen.

Die von den Kapitalisten ständig verschärfte Arbeitshetze bleibt von vornherein unberücksichtigt. Es wird jetzt deutlich, was es mit den Lohnleitlinien, den sogenannten Orientierungsdaten, auf sich hat. Die Preissteigerungen wurden im letzten Jahr auf 3,5% orientiert und gingen auf 6,8%. Für 1972 sind 4,5% Preissteigerungen vorausgesagt worden. Wie die Preise dann in Wirklichkeit steigen werden, kann man nur ahnen. Bei den Lohnleitlinien ist es gerade umgekehrt. Anfang 1971 wurden 9% projektiert. Sie wurden auf 7,5% von der SPD/FDP-Regierung nach unten korrigiert. 1972 sollen es 6% sein. Gedacht ist natürlich an weniger. Die Gewinne sollen weiter auf Kosten der Löhne steigen.

ohne Worte

Die jetzt getroffene Vereinbarung heißt: Die Metaller sollen 15 Monate stillhalten, die Unternehmer sollen 15 Monate lang Preise hochtreiben und Profite scheffeln.

Wer für 11% gestimmt hat, stimmt jetzt mit NEIN

Die IGM hat konsequent dieses Ergebnis angesteuert Sie hat zuerst die Forderungen, die von den Vertrauensleuten in den Betrieben aufgestellt worden sind, auf die Kompromissformel der 11%-Mindestforderung heruntergehandelt. Für die IGM-Führung war die Mindestforderung von 11% keine Mindestforderung, sondern nur Verhandlungsbasis in Richtung Lohnleitlinien. In den Verhandlungen hat sie alle Schlichtungssprüche in Lohnleitlinienhöhe akzeptiert. Aber die Metallkapitalisten gaben sich mit den Schlichtungszugeständnissen nicht zufrieden. So wurde die IGM-Führung gezwungen, Urabstimmung und Streik für die ursprünglichen 11% zu beschließen. Aber der Streik für die 11% wurde von der IGM-Führung lediglich für Verhandlungen um die Lohnleitlinien genutzt.

Durch die regionale Verhandlungsführung und die Schwerpunkttaktik im Streikgebiet hat sie den Metallkapitalisten fast alle Machtmittel in der Hand gelassen und die Stärke der gesamten Gewerkschaft bewußt nicht eingesetzt.

Die IGM-Führung hat die Politik der SPD gemacht und gleichzeitig die SPD herausgehalten. Sie folgte der Lohnleitlinienpolitik der SPD und opferte dieser Politik die Kampfstärke der Gewerkschaft. So war die SPD nicht gezwungen, ihre Lohnleitlinien direkt durchzusetzen, weil die IGM-Führung die Gewerkschaften zum Instrument der SPD-Politik macht. So setzte sie die Metaller voll den Angriffen der Metallkapitalisten aus.

Die Ablehnung der politischen Schlichtung sollte bloß für SPD Stimmen erhalten; aber das Ergebnis sollte sich von einer politischen Schlichtung nicht unterscheiden.

Wie konnte die IGM-Führung diese Politik gegenüber den Mitgliedern durchsetzen? Wie können die paar Leute am Verhandlungstisch gegen die Massen der kämpfenden Metaller einen Abschluß durchsetzen, der den Kampfzielen der Streikenden widerspricht?

Sie können es deshalb, weil sie im Vorstand und am Verhandlungstisch nur die Spitze eines Eisbergs darstellen, der bis in die Betriebe reicht. Es gibt auch in den Betrieben die Pöstchenjäger und Karrieremacher, die jede Wendung des Vorstands mitmachen.

Man muß klar sehen, daß selbst viele fortschrittliche Kollegen im Betriebsrat und in den Vertrauensleutekörpern, die ehrlich bemüht sind, sich für die Kollegen einzusetzen, dennoch die SPD-Politik der Gewerkschaftsführung unterstützen, auch wenn sie tausendmal merken, daß das Gerede von der Sozialpartnerschaft eine ewige Illusion bleibt. Die Gewerkschaftsführung macht eine Politik, die diese Illusion immer aufs Neue nährt. Schließlich werden die Betriebsräte durch das Betriebsverfassungsgesetz immer wieder gezwungen, auf die Zusammenarbeit mit den Kapitalisten einzugehen. Die SPD hat zudem die Möglichkeit, ihre Anhänger offen und geduldet von der Betriebsleitung zu organisieren. Dieser festgefügten Organisation der SPD-Politik in Betrieb und Gewerkschaften stehen die fortschrittlichen Kollegen zunächst einzeln und isoliert gegenüber, und die Gewerkschaftsführung unternimmt alles, um diese Vereinzelung selbst noch in der Streiksituation aufrecht zu erhalten. Sie verhindert Streikversammlungen und Kundgebungen, bei denen sich der Kampfwille der Mitglieder offen ausdrücken könnte. Sie verhindert Kritik, indem sie sie von vornherein als gewerkschaftsfeindlich diffamiert. Gegen diese geschlossene Organisation der SPD-Politik hilft nur die politische Organisation der fortschrittlichen Kollegen im Betrieb und ihre Zusammenfassung in einer überbetrieblichen politischen Organisation. Diese politisch organisierten Kollegen müssen zusammen mit der Mehrzahl der IGM-Mitglieder die SPD-Linie in den Gewerkschaften bekämpfen. Es darf nicht so passieren wie 1963, als viele Gewerkschafter, vor allem in Mannheim, in der Urabstimmung gegen den Abschluß der IGM-Führung stimmten, aber dann resignierten. Die Resignation hält die Vereinzelung der fortschrittlichen Kollegen aufrecht und liefert die Mitglieder der IGM-Führung aus. Es nützt auch nichts, die Gewerkschaftsbücher hinzuschmeißen. Es kommt darauf an, den organisierten Kampf in den Gewerkschaften gegen die SPD-Linie aufzunehmen. Sonst wiederholen sich die Erfahrungen von 1963 und 1971

Zweierlei Einheit: Unsere Differenzen zur DKP

Immer wenn im Verlauf des Streiks Kritik an der Gewerkschaftsführung aufkam, reagierte die DKP genau wie die IGM-Hauptamtlichen. Sie faselte etwas von Spaltung der Streikbewegung und stellte sich schützend vor die IGM-Politik. Auch die KOMMENTARe bekamen öfters von DKP-Mitgliedern und in DKP-Flugblättern den Spaltungsvorwurf zu hören.

Für die DKP ist Einheit der gewerkschaftlichen Streikfront = Einheit der Gewerkschafter mit der IGM-Führung. Wir meinen aber: Wenn die IGM-Führung den Kampfwillen untergräbt, wenn die IGM-Führung die Forderungen der Gewerkschafter in den Wind schlägt, dann kann die Einheit der Kampffront nur durch die Kritik der Politik der IGM-Führung hergestellt werden. Eine Einheit ohne gemeinsame Kampfziele ist unmöglich. Sie schadet gerade der Kampfkraft der Metaller: Die IGM-Führung hatte aber in diesem Streik von vornherein ein anderes Ziel als die streikenden Metaller. Die streikenden Metaller wollten eine reale Lohnerhöhung gegen die Kapitalisten durchsetzen; die IGM-Führung wollte die SPD-Lohnleitlinien gegenüber den Arbeitern durchsetzen.

Das weiß natürlich auch die DKP. Schließlich waren die einzelnen Schritte zum jetzigen miserablen Lohnleitlinienabschluß nicht zu verkennen: Die Annahme des Veit-Spruches, der 7,9%-Vorschlag auf 12 Monate, die Annahme des Wannagat-Spruches, das waren die Stationen des zielstrebigen Rückzugs auf die arbeiterfeindlichen SPD-Lohnleitlinien. Die DKP tat einfach so, als sähe sie nicht, worauf die IGM-Führung hinauswollte. Selbst als die große Tarifkommission schon auf die 7,9% auf 12 Monate heruntergekommen war und die sieben Monate vom Tisch gewischt waren, fragte die DKP lediglich: "Warum also ging die große Tarifkommission von der ursprünglichen Forderung ab?" Eine Antwort gab sie nicht. Obwohl die Antwort auf der Hand liegt: Den IGM-Führern und den Mitgliedern der Tarifkommission ist das SPD-Hemd näher als die Haut der Metaller.

Warum hält die DKP bewußt mit der Wahrheit hinterm Berg? Warum trägt die DKP durch ihre Unterstützung der IGM-Führung bewußt zur Niederlage der Metaller bei? Warum hat sie kritiklos die grossen Sprüche von Bleicher und Steinkühler immer wiederholt und den Kollegen Sand in die Augen gestreut?

Auch der DKP ist die SPD/FDP-Regierung wichtiger als die gegenwärtigen Kämpfe der Arbeiterklasse. Ihr liegt mehr an der Unterschrift der Regierung unter die Ostverträge als an einer konsequenten Klassenpolitik. So ist es kein Wunder, wenn die DKP sich in den innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen zum Büttel der SPD-Politik gegen eine konsequente Arbeiterpolitik machen läßt. Die DKP hat den Metallern die ganze Zeit vorgeschwindelt, die IGM-Führung hätte die Interessen der Metaller im Auge. Jetzt wo der ganze Schwindel aufgeflogen ist, wird sie ein paar Worte des Bedauerns äußern und die Arbeiter auf das nächste Mal vertrösten. Das war die Politik der DKP schon im Chemiekampf.

Die DKP ist keine kommunistische Partei, auch wenn sie sich so nennt. Wo haben jemals Kommunisten über den "Macht mißbrauch" des Kapitals gejammert, wie es die DKP ständig tut? Kommunisten wissen, daß das Kapital immer alle Macht einsetzt, um die Arbeiterklasse maximal niederzuhalten und auszubeuten. Kommunisten sagen das auch offen und schüren keine Illusionen über die "Mitbestimmung", die diesen "Machtmißbrauch" einschränken könne. Kommunisten sagen offen, daß nicht der "Mißbrauch" der Macht des Kapitals verhindert, sondern daß die Macht des Kapitals zerschlagen werden muß, und daß das nur geht, wenn die Arbeiterklasse den kapitalistischen Staatsapparat zerschlägt und die Kapitalistenklasse beseitigt.

Wie können also Kommunisten Illusionen schüren über die Politik der SPD und die klassenversöhnlerische Politik der Gewerkschaftsführung? Diese Illusionen aber schürt die DKP, ja sie geht so weit, den Kampf gegen diese Illusionen als "Spalterpolitik" zu verfolgen. Eine geschlossene Klassenfront gegen das Kapital kann aber nicht auf Illusionen aufgebaut werden. Deshalb sagen wir ganz offen: Der konsequente Kampf gegen das Kapital und der konsequente Kampf innerhalb der Gewerkschaften gegen die SPD-Politik bedingen sich gegenseitig. Das eine ist ohne das andere nicht möglich. Die Kommunistische Gruppe (Neues Rotes Forum)+) hat ihre Arbeit von vornherein in den Dienst der Errichtung dieser Klassenfront gestellt und während des ganzen Tarifkampfes die falsche bürgerliche Linie der IGM-Führung konsequent bekämpft.

+) Das "Neue Rote Forum" ist das theoretische Organ der Kommunistischen Gruppe. Es kann über unsere Verteiler oder über unser Büro bestellt werden.

Herausgegeben von der Industriegewerkschaft Metall
für die Bundesrepublik Deutschland - Bezirksleitung
Stuttgart 11. Dezember 1971 (NW 15)

Streik Nachrichten

Am Montag und Dienstag neue Urabstimmung über einen Vertrag mit den Metallindustriellen (Wortlaut s. Seite 3)

Das Lohndiktat von Gesamtmetall ist gebrochen worden

Nur durch unseren Kampf wurden die Arbeitgeber wieder an den Verhandlungstisch gezwungen

Die Scharfmacher im Arbeitgeberlager haben sich verkalkuliert

Erfolg unserer Solidarität

Ohne politischen Schlichter — ohne das „Eingreifen" der Bundesregierung — nicht zentral, sondern auf der regionalen Ebene haben die Tarifparteien der Metallindustrie von Nordwürttemberg-Nordbaden ein Verhandlungsergebnis zur Beendigung des Arbeitskampfes in diesem Lande ausgearbeitet. Wenn er von den Mitgliedern der IG Metall in der Urabstimmung am Montag und Dienstag ebenso gebilligt wird, wie dies einstimmig in der IGM-Tarifkommission und im Vorstand geschah, kann der drei Wochen dauernde Kampf — der Streik und die Aussperrung — beendet werden. Es ist zu erwarten, daß von diesem Ergebnis auch eine gewisse Signalwirkung auf andere Tarifgebiete im Bundesgebiet ausgehen wird.

Der Einigungsvorschlag, der von der Tarifkommission einstimmig zur Annahme empfohlen wird, sieht folgendermaßen aus:

1. Für die drei Monate Oktober bis Dezember 1971 — also auch für die Zeit des Streiks und der Aussperrung — erhält jeder Arbeiter und Angestellte eine einmalige Zuwendung in Höhe von 180,— DM netto.

2. Ab dem 1. Januar 1972 werden die Tariflöhne und -gehälter mit einer Laufzeit von zwölf Monaten, also bis zum 31. Dezember 1972, um 7,5 Prozent erhöht. In Zukunft wird man bei Tarifverhandlungen nicht mehr zum „Bethlehem-Terror" — wie er in den Betrieben genannt wird — greifen können. Man wird also nicht mehr mit der Drohung, das Weihnachtsgeld zu verringern, Tarifverhandlungen unter Druck setzen können.

3. Ab 1972 hat jeder, der 6 bis 12 Monate in einem Betrieb beschäftigt ist, einen persönlichen Anspruch auf 10 Prozent eines vertraglich abgesicherten 13. Monatseinkommens. Nach 12 bis 24 Monaten Beschäftigungszeit beträgt der Anspruch 20 Prozent, nach mehr als 24 Monaten 30 Prozent. Ab 1974 erhöht sich dieser Anspruch für alle mit mehr als 36 Monaten Beschäftigungszeit auf 40 Prozent. Dieses Abkommen ist zum 31. 12. 1975 kündbar.

Dank Eurer hervorragenden Haltung in diesem Streik und während der Aussperrung, dank der beispielhaften Solidarität auch jener Angestellten, die nicht in Streik und Aussperrung miteinbezogen waren, sowie vieler zehntausender Unorganisierter, die uns nicht in den Rücken gefallen sind, dank dem tapferen Verhalten Eurer Frauen, die sich durch die Propaganda unserer Gegner nicht irre machen ließen, dank der Standhaftigkeit der ausländischen Kolleginnen und Kollegen und nicht zuletzt dank der Energie, der unendlichen Tatkraft, dem Opfermut von tausenden Streikposten und Streikhelfern, ehrenamtlichen und hauptamtlichen Funktionären ist es gelungen, die ursprünglichen Pläne von Gesamtmetall zu durchkreuzen.

Ihre Chefstrategen, an der Spitze Horst Knapp, forderten diesen Kampf nicht nur als Kraftprobe mit der IG Metall, sondern auch mit dieser Bundesregierung heraus. Sie setzten sie ständig unter Druck, damit sie den Gewerkschaften Lohnleitlinien aufzwingt, während die Unternehmer selbst jede Kontrolle über ihre Gewinne, ihre Investitionen oder ihre Preise entrüstet im Namen der freien Marktwirtschaft zurückweisen.

Diese Strategen von Gesamtmetall, die jeden Reformplan dieser Regierung als unzumutbare Belastung „ihrer" Wirtschaft anprangern, die mit allen Mitteln — bisher allerdings vergeblich — sogar versuchten, die Entscheidung des Verwaltungsrates der Bundesanstalt für Arbeit rückgängig zu machen, den mittelbar von Streik und Aussperrung Betroffenen Arbeitslosenunterstützung zu gewähren, hätten nur allzu gerne der jetzigen Regierung ein Bein gestellt. Aber das ist ihnen dank Eurem Widerstand in diesem Arbeitskampf nicht gelungen.

Als wir ihrer Aussperrung aller Arbeiter in Betrieben mit mehr als hundert Beschäftigten unsere gewaltige Protestkundgebung und Demonstration entgegensetzten, die mächtigste, die Stuttgart seit dem Kriege erlebt hat, da wurde ihnen klar, daß unsere Kampfmittel keineswegs erschöpft sind. Wir verraten kein Geheimnis, wenn wir sagen, daß wir noch einige Pfeile im Köcher hatten für den Fall, daß die Metallindustriellen dieses Landes unter dem Diktat von Gesamtmetall absolut keinen Einigungswillen gezeigt und ihre politisch bedingte Eskalation weitergetrieben hätten.

Vor allem: Das erzielte Ergebnis kann sich darum sehen lassen, weil es uns gelungen ist, den Angriff auf den Lebensstandard aller abhängig Beschäftigten durch das 4,5-Prozent-Ultimatum von Gesamtmetall erfolgreich abzuwehren.

Unser Abwehrkampf, der von Hunderttausenden in diesem Lande getragen war, hat das gewerkschaftliche Bewußtsein, das Band der Solidarität zwischen allen arbeitenden Menschen, das Verständnis für die Notwendigkeit der Verteidigung der Tarifvertragsfreiheit sowie der Unabhängigkeit der Gewerkschaften von Staat und Regierung und für ihre Bedeutung als lebendige mobilisierbare demokratische Kraft in dieser Gesellschaftsordnung in unerhörter Weise vertieft und gestärkt. Das in diesem Kampf in unseren Reihen geweckte Selbstvertrauen wird sich nicht so schnell verflüchtigen. Es wird eine mächtige Barriere gegen alle Versuche sein,

- die Tarifvertragsfreiheit der Gewerkschaften anzutasten,
- die Lebensinteressen der Arbeiter und Angestellten den Investitions- und Profitinteressen des Großkapitals unterzuordnen,
- die Löhne und Gehälter als Notstopfen zu benutzen, wenn die Preispolitik der Großkonzerne Löcher aufgerissen hat.

Wir werden noch mehr als bisher darauf achten müssen, daß nicht nur die Löhne und Gehälter ständig steigen, sondern daß wir uns nicht

- durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit,
- durch unkontrollierte Steigerung des Arbeitstempos,
- durch Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen,
- durch maßlose Preiserhöhungen

wieder abnehmen lassen, was wir im Tarifkampf mühevoll errungen haben.

Wir werden Mittel und Wege finden müssen, unsere Forderungen auch als Hebel gesellschaftlicher Reformen und Umwandlung anzusetzen. So dürfen wir es zum Beispiel nicht einfach hinnehmen, daß die Fortschritte im Betriebsverfassungsgesetz von einer reaktionären Mehrheit im Bundesrat blockiert werden können. Die unumschränkte Herrschaft des Großkapitals wird in unserem Lande einer menschlicheren Gesellschaft weichen müssen.

„Die IG Metall hat alles bestens organisiert." So lobte — wie die „Stuttgarter Nachrichten" berichteten — der Polizeipräsident der Landeshauptstadt die Disziplin der Demonstranten am Mittwoch.

Das Lob sei, verbunden mit einem herzlichen Dank von uns, an die Polizei zurückgegeben. Die im Ordnungsdienst anläßlich der Großkundgebung in Stuttgart eingesetzten Kollegen von der Polizei haben sich vorbildlich verhalten.

Herausgegeben von der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Bezirksleitung Stuttgart — Verantwortlich: Willi Bleicher.

Kommentar

HERAUSGEGEBEN VON DER KOMMUNISTISCHEN GRUPPE (NRF) MANNHEIM/HEIDELBERG
VERANTWORTLICH: DIETER REICHERT, 68 MANNHEIM 1, B 5, 12

15.12.71

Den Kampf gegen die SPD-Linie organisieren!

Im ganzen Tarifbezirk stimmten über 30% gegen den Abschluß. In Mannheim stimmten 65,2% für und 32,9% dagegen, in Heidelberg 69,3% dafür und 30,7% dagegen.

In Heidelberg hat unter anderem bei Graubremse, Harvester, Chrobok und Stieber die klare Mehrheit mit Nein gestimmt. In Mannheim haben 10 000 von 30 000 Kollegen gegen den Abschluß gestimmt. Obwohl die Gewerkschaft eine starke Propaganda für die Annahme der Vereinbarung entfaltete, stimmte ein Drittel der IGM-Mitglieder in Mannheim dagegen. Auch die Streikleiterversammlung in Mannheim hatte am Freitag einstimmig den Abschluß mißbilligt. In Heidenheim hatte sich die Funktionärsversammlung gegen den Abschluß ausgesprochen und die IGM-Mitglieder aufgefordert, den Tarifvertrag abzulehnen. Die Heidelberger und Mannheimer Mitglieder der großen Tarifkommission hatten für den Abschluß gestimmt. Die Tarifkommission hatte den Kollegen einstimmig die Annahme des Ergebnisses empfohlen.

Die Metaller hatten aber nicht für die Lohnleitlinien gestreikt. Sie haben für 11% gekämpft. Die IGM-Führung hat diesen Kampf in einen Kampf für die Lohnleitlinien abgebogen. Weil die Metallkapitalisten weniger als die Lohnleitlinien angeboten hatten, kann die IGM-Führung nun den Kollegen vormachen, es sei nicht mehr drin gewesen.

Ganz besonders den Kollegen, die jetzt gegen den Abschluß gestimmt haben, ist klar, daß die Durchsetzung der 11% bei vollem Einsatz der Kampfstärke der IGM in unserem Bezirk und in den anderen Bezirken möglich gewesen wäre. Manche Kollegen haben aber auch für den Abschluß gestimmt, weil sie unter den derzeitigen Bedingungen keine Möglichkeit mehr sehen, diesen Kampf fortzuführen.

Die Fortführung und Verbreiterung eines Streiks, den die IGM-Führung abgewürgt hat, ist kurz vor Weihnachten nicht mehr gegen die IGM-Führung durchzusetzen.

Funktionärsversammlung in MA am Montag: TARIFVERTRAG SOLL ALS ERFOLG VERKAUFT WERDEN

Das Ergebnis der Urabstimmung hat aber wieder deutlich gemacht, daß die IGM-Führung mit ihrer Politik keineswegs allein steht. Sie hat ihre festen Leute in den Betriebsräten und Vertrauensleutekörpern, die mit allen Tricks die SPD-Linie unterstützen. Dieselben Lucy und Jäger, die bei Beginn der Tarifrunde erklärt hatten, die 11% müßten ohne Abstriche durchgesetzt werden (DKP-Jäger sprach sich sogar für 12% aus), stimmen jetzt für die Lohnleitlinien. Lucy beschimpfte sogar die Streikleiterversammlung, die am Freitag einstimmig den Abschluß abgelehnt hatte. Die Streikleiter seien aus der Reihe getanzt und hätten Mannheim blamiert.

Benz-Betriebsratsvoristzender Lucy wollte die streikenden Kollegen selbst für das miserable Lohnleitlinienergebnis verantwortlich machen: Ihr habt doch selber bei der Bleicher-Rede und seiner Feststellung, Brandt sei den Gewerkschaften näher als Barzel, geklatscht. Lucy meinte damit: Ihr habt doch auch in Rücksichtnahme auf die SPD den Streik geführt. Ihr habt doch auch wegen der SPD auf die Prozente verzichtet. Die Kollegen haben aber nicht auf das Geld zugunsten der Unternehmer verzichten wollen. Das weiß Lucy genau! DKP-Jäger gab sich dafür her, den Abschluß in einer langen Rede zu verteidigen, während im Flugblatt der DKP für NEIN aufgerufen wurde. Kollege Feuerstein (SPD), der zuerst den Beschluß der Mannheimer Streikleiter unterstützt hatte, schwenkte eilig auf die Vorstandslinie zurück und sprach von "Erfolg".

IGM-Bevollmächtigter Karg meinte, die Kollegen hätten schon das Recht, das Telegramm mit der Ablehnung abzuschicken. Aber jetzt, wo die Kollegen die Argumente Spagerers, Lucys und Jägers gehört hätten, müßten sie anderer Meinung sein.

DEN KAMPF GEGEN DIE SPD-LINIE ORGANISIEREN!

Die Kollegen haben aber aus diesem Streikverlauf die eindeutige Erfahrung gewonnen: Mit der SPD-Gewerkschaftspolitik können die Angriffe der Kapitalisten auf die Arbeiterklasse nicht abgewehrt werden. Mit der SPD-Linie der IGM-Führung kann das Lohndiktat, das mit der SPD/FDP-Regierung und den Unternehmern ausgehandelt wird, nicht gebrochen werden. Im Gegenteil: Mit der SPD-Linie wird der gewerkschaftliche Kampf der Kollegen entscheidend geschwächt.

Es kommt jetzt darauf an, die kommende Angriffswelle der Kapitalisten in den Betrieben abzuwehren. Durch Erhöhung der Akkordnormen und Steigerung der Arbeitsintensität wird die Arbeitshetze verschärft. So ist es nach jedem noch so schlechten Abschluß. Gegen diese Angriffe der Kapitalisten muß der gewerkschaftliche Kampf konsequent geführt werden. Der konsequente Kampf für die Interessen der Arbeiter und Angestellten ist nur möglich, wenn die fortschrittlichen Kollegen sich zusammenschließen und den Kampf gegen die SPD-Linie in den Gewerkschaften organisieren.

Gegen die organisierte SPD-Politik in den Gewerkschaften hilft nur die politische Organisation der fortschrittlichen Kollegen im Betrieb und ihre Zusammenfassung in einer überbetrieblichen politischen Organisation.

Metallerstreik in Nordbaden/ Nordwürttemberg

An der Lohnfront hatte die westdeutsche Arbeiterklasse in den letzten Jahren begonnen, der Kapitalistenklasse pari zu bieten; an der Lohnfront wollte die Kapitalistenklasse jetzt zum Schlag ausholen, der nicht nur auf das Reallohnniveau abzielte, sondern auch auf die Ansätze von Klassenbewußtsein in der Arbeiterklasse. Im Lohnkampf hatte die westdeutsche Arbeiterklasse in den Jahren 1969/70 einen relativen Erfolg, der auch ihr Selbstbewußtsein als Klasse gestärkt hatte. Keineswegs aber berechtigen diese ökonomischen Erfolge, die unter extrem günstigen ökonomischen Kampfbedingungen erzielt wurden, zu der Annahme, die Arbeiterklasse befände sich am Beginn einer Offensive gegen die Kapitalistenklasse. Vielmehr ist es der Arbeiterklasse unter den ungünstigen Kampfbedingungen 1971 nicht einmal gelungen, die ökonomische Abwehrfront gegen den Angriff der Kapitalistenklasse auf den Reallohn aufzubauen. Die Kapitalistenklasse dagegen versucht bis jetzt erfolgreich, mit dem Angriff auf die materiellen Existenzbedingungen den Angriff auf die bescheidenen Ansätze politischen Bewußtseins und politischer Organisation in der Arbeiterklasse zu verbinden. Es ist den Kommunisten - trotz relativer Erfolge bei der Unterstützung und Anleitung der ökonomischen Kämpfe und in der politischen Propaganda - und Organisationsarbeit in der Arbeiterklasse - noch keineswegs gelungen, die allseitige Abwehrfront gegen den allseitigen Angriff der Kapitalistenklasse aufzubauen.

Die Metalltarifkämpfe 1971 zeigen in aller Deutlichkeit den wirklichen Stand der Klassenkämpfe in Westdeutschland. Wir wollen versuchen, die wesentlichen Erfahrungen zusammenzufassen und dann am konkreten Verlauf der Kämpfe vor allem in Nordbaden/Nordwürttemberg zu verdeutlichen.

Das Vorgehen der Metallkapitalisten ist kennzeichnend für die Strategie der Klasse, insofern die Metallkapitalisten sich als bewußter Stoßtrupp der ganzen Kapitalistenklasse verhielten. Die Metallkapitalisten gingen in offenem Angriff gegen die Arbeiterklasse vor. Sie versteckten sich nicht hinter der Maske der Sozialpartnerschaft und hinter der Lohnleitlinienpolitik ihrer Regierung. Die ökonomische Situation, sinkende Produktion und sinkende Beschäftigung begünstigten ihre Vorgehensweise, obwohl die ökonomischen Kampfbedingungen keineswegs ausreichen, ihr Vorgehen zu erklären. Die konjunkturelle Abwärtsentwicklung war auch keineswegs so fortgeschritten, daß sie allein ausgereicht hätte, die Arbeiterklasse zum Lohndiktat zu erpressen, wie es praktisch erst durch die Politik der IG-Metallführung geschehen konnte.

Das offenen Vorgehen der Metallkapitalisten entspricht der derzeitigen Taktik der Kapitalistenklasse. Schon im Frühjahr 1971 sprach sich Friedrich vom BDA für klassenkämpferische Unternehmerverbände gegen eine Sozialpartnerschaftspolitik aus, die die Tarifautonomie gefährde. U. E. handelt es sich hier nicht um die Meinung einer besonders chauvinistischen Fraktion des Kapitals, sondern um die Strategie der Kapitalistenklasse, die einerseits die für sie schreckliche Überraschung der 69er Septemberstreiks verarbeitet, andererseits der notwendigen Verstärkung des Drucks auf die Arbeiterklasse entspricht, um der imperialistischen Konkurrenz innenpolitisch gewachsen zu sein.

U. E. steht diese offene Strategie auch nicht im Widerspruch zur Lohnleitlinienpolitik und zur Strategie der Sozialpartnerschaft in der Arbeiterklasse. Vielmehr hilft sie, diese zu effektivieren. Wir hatten schon nach den Lohnkämpfen 1970 darauf hingewiesen (NRF 3/70, S. 8), daß die Kapitalistenklasse Überlegungen anstellt, daß eine Stärkung der Tarifautonomie nötig ist, um die Funktion der Gewerkschaften als Ordnungsfaktor zu erhalten. Denn die Gewerkschaften würden durch eine allzu offene und reibungslose Zusammenarbeit mit Kapitalisten und Staatsapparat in der Arbeiterklasse einen Vertrauenseinbruch erleiden. Doch dies ideologische Kalkül hat auch seine materielle Seite. Die Lohnleitlinien sollen maximal für die Gewerkschaften verbindlich sein, während für die Kapitalisten volle Handlungsfreiheit bestehen soll, die Löhne auch unter die Lohnleitlinien zu drücken.

Der Angriff der Metallkapitalisten auf die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften war begleitet von heftigen Angriffen auf die Politik der SPD. Wir sehen auch in diesem Angriff, der beträchtliche Verwirrung in der Arbeiterklasse schuf, nicht das Wirken einer besonders chauvinistischen Fraktion des Kapitals, und sind auch nicht der Meinung, daß dieser Angriff auf die SPD bedeutet, daß die Kapitalistenklasse einen Regierungswechsel zugunsten der CDU/CSU unmittelbar anstrebt, was nicht heißen soll, daß es nicht einflußreiche Kapitalisten gibt, die lieber eine CDU-Regierung als eine SPD-Regierung hätten. Die Angriffe auf die SPD, die seit Monaten in den wichtigsten Unternehmerzeitungen zu verfolgen sind, haben als Politik der Kapitalistenklasse vielmehr die Funktion, die SPD-Regierung von den reformistischen Fraktionen in der SPD zu isolieren und die SPD auf Vordermann zu bringen. Diese Angriffe unterstützen die Regierungspolitik der SPD, und die Regierungspolitik der SPD läßt selbst keinen Zweifel daran aufkommen. So ermunterte das Wirtschaftsministerium öffentlich die Metallkapitalisten, unnachgiebig in der Lohnfrage zu bleiben und korrigierte die Lohnleitlinien nach unten, während die Preisorientierungsdaten weit von der Realität nach oben korrigiert waren. So sagten die Metallkapitalisten, daß sie mit ihren Lohnvorstellungen einen Beitrag zur Stabilitätspolitik der Regierung leisten wollten, und Brandt lobte in seiner Neujahrsrede die Kapitalisten, "weil sie es verdient hätten". In der Metalltarifrunde hatte der Angriff auf die SPD zudem die taktische Funktion, die IG-Metall maximal auf die SPD-Politik festzulegen und sie zu vollem Nachgeben zu zwingen, nachdem Brenner offen gesagt hatte, er verstehe sich als Partner der SPD-Regierungspolitik. Dies taktische Vorgehen der Metallkapitalisten wird im zweiten Teil in der Darstellung des Streikverlaufs genauer

geschrieben.
Unter Führung der SPD orientierten IG-Metallführung konnte die Arbeiterklasse dem offenen Angriff der Kapitalistenklasse nicht offen begegnen. Ihre Kampfbereitschaft wurde von vornherein von der Gewerkschaftsführung abgebogen. Die politisch entscheidende Auseinandersetzung spielte sich innerhalb der Gewerkschaft ab zwischen bürgerlicher SPD-Linie und proletarischer Linie. Für große Teile der Arbeiterklasse verlief die politische Linie des Kampfes irregeleitet durch die IG-Metallführung als Verteidigung der SPD vor den Angriffen der Unternehmer. Gegenüber großen Teilen der Metaller ist es der IG-Metallführung gelungen, diese falsche Frontlinie aufzubauen, und damit die ökonomische Niederlage zu rechtfertigen. Die einzelnen und örtlichen Erfolge der Kommunisten, diesen Sachverhalt aufzuklären und die konkreten Erfahrungen politisch und organisatorisch zu wenden, dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß es ihnen nicht gelungen ist, der bürgerlichen Fraktion die Führung der Arbeiterklasse zu entreißen.

II. Der Verlauf der Tarifkämpfe in Nordwürttemberg/Nordbaden.

Die Diskussionen und Aufstellung der Forderungen in den Betrieben für die Tarifrunde wurde von der IG-Metall hintertrieben. In Mannheim wurde von zwei Betrieben bekannt, daß Forderungen über 120 DM linear aufgestellt wurden. Die Propagierung der bekannten Forderungen aus anderen Bezirken führte nicht zu einer organisierten Diskussion in den Betrieben.
Vor der Beschlußfassung durch die Tarifkommission hatte es dagegen offensichtlich Konsultationen zwischen IG-Metallführung und Gesamtmetall gegeben. Dies geht eindeutig aus einer Äußerung des Gesamtmetallvertreters Frankenberger hervor, der in der ersten Verhandlungsrunde von der IG-Metall forderte, ihre 11 %-Forderung zurückzunehmen, da sie vor den amerikanischen Importbeschränkungen aufgestellt worden sei, und jetzt der veränderten wirtschaftlichen Situation nicht mehr entspräche. Die amerikanische Importbeschränkung war aber ungefähr drei Wochen vor der Beschlußfassung durch die Große Tarifkommission verhängt worden. Gesamtmetall kannte also die Forderung der IG-Metall schon vor der Beschlußfassung durch die Tarifkommission.

In der Großen Tarifkommission kam es zwar zu Auseinandersetzungen über die Höhe der Forderungen, in der auch ein gewisser Gegensatz zwischen dem Hauptvorstand, der auf 10 % hinwirkte und dem Stuttgarter Bezirksvorstand, der sich für 12 % aussprach, aber diese Auseinandersetzungen können nicht als direkte Konfrontation von bürgerlicher und proletarischer Linie in der Tarifkommission verstanden werden. Die proletarische Linie war in der Tarifkommission nicht vertreten, wie sich auch an ihrem weiteren Verhalten zeigte.

Gegen die 11 %-Forderung gab es nach dem Beschluß der Tarifkommission keinen größeren Widerstand in den Betrieben, obwohl sie von vielen Kollegen als absolute Mindestforderung begriffen wurde. Bei Daimler-Benz allerdings kam es zu einer stürmischen Betriebsversammlung, in der zum Ausdruck gebracht wurde, daß 15 % die Forderung gewesen wäre, die den Bedürfnissen der Kollegen näher gekommen wäre. Es blieb aber bei dieser Kritik und es wurde kein Beschluß gefaßt, der eindeutig auf den 15 % beharrte. SPD- und DKP-Betriebsräte, die auch Mitglieder der Großen Tarifkommission sind, sahen sich daraufhin genötigt, zu versprechen, daß sie ohne Abstriche die 11 % Forderung durchkämpfen würden.

Schon vor der Aufnahme der Verhandlungen sprach die IG-Metallführung offen aus, daß sie die 11 %-Forderung lediglich als Ausgangsbasis verstand. Brenner: "Die 11 % sind kein Ultimatum." Thönessen erinnerte an die 6,9 % des Chemieabschlusses, "eines der Daten, welche wir nicht übersehen können."

Als die Metallkapitalisten in der ersten Verhandlungsrunde gar kein Angebot machten und in der zweiten Runde ihr 4,5 %-Angebot unterbreiteten, wurde offensichtlich, daß sie ein Ergebnis unter den Lohnleitlinien anstrebten. Die Überraschung und Hilflosigkeit des IGM-Vorstandes in Stuttgart über die "Ungezogenheit" der Unternehmer war sicherlich ehrlich, denn die Metallkapitalisten hielten sich offensichtlich nicht an die Abmachungen. Die Parole, die die IGM ausgab, war: "Wir wollen keinen Kampf", und diese Parole war sicherlich ebenfalls ehrlich gemeint.

Die erste Schlichtung durch den ehemaligen Wirtschaftsminister Veit (SPD) brachte 7,5 % auf 7 Monate Laufzeit. Veit selbst sagte, daß dieser Vorschlag ein Opfer der Arbeiter für die Stabilität bedeute, da er die Preissteigerungen nicht voll berücksichtige. Das Ergebnis wurde von der Tarifkommission einstimmig angenommen. Es war nun offensichtlich, daß die IG-Metall ein Lohnleitlinienergebnis anstrebte. Die Unternehmer lehnten ab. Die siebenmonatige Laufzeit war für sie unannehmbar. Schon vor Beginn der Tarifrunde war als eines der strategischen Ziele der Kapitalisten bekannt geworden, möglichst eine längere Laufzeit, zumindest aber eine feste Vereinbarung über 12 Monate als verbindliche Laufzeit für alle weiteren Tarifverträge durchzusetzen.

Für sehr viele Kollegen wurde die siebenmonatige Laufzeit zu einem wichtigen Streikziel, für das sie auch bereit waren, eine 7,5 %ige Lohnerhöhung hinzunehmen. Es kam ihnen darauf an, aus der ungünstigen Vorweihnachtszeit herauszukommen und damit günstigere Kampfbedingungen zu erreichen. Die IG Metall Führung hingegen hat die siebenmonatige Laufzeit von vorneherein nur als ein Mittel gesehen, von der 11%-Forderung auf die Lohnleitlinien möglichst ohne Widerstand der Kollegen zu kommen. Ein paar Tage nach dem Veitschen Schlichtungsspruch propagierte sie in der Metallzeitung das Schlichtungsergebnis von Nordrhein-Westfalen von 7,3% auf 12 Monate plus 40% Weihnachtsgeldabsicherung, das von Katzer gefällt und ebenfalls von Gesamtmetall abgelehnt worden war. Vor der Urabstimmung schon und vor Streikbeginn hatte die IG Metall Führung den einheitlichen Kampf für einheitliche Forderungen weitgehend verwirkt. Doch die Kampfbereitschaft war im ganzen Bezirk immer noch groß. Schon während der Schlichtungsverhandlungen kam es zu einzelnen Warnstreiks und zu Demonstrationen vor das Verhandlungsgebäude, in denen nach wie vor die 11% gefordert wurden.

Nach dem Scheitern der Schlichtung mußte die IG Metall Führung die Urabstimmung ansetzen und zwar auf der Basis der Ausgangsforderung: Streik für 11%. Die Urabstimmung hatte noch einmal eine große vereinheitlichende Wirkung. Ca. 90% der organisierten Metaller stimmten für den Streik für 11%. Aber schon 3 Tage nach der Urabstimmung faßte die große Tarifkommission einen Beschluß mit 7,9% auf 12 Monate in neue Verhandlungen zu gehen. Daß es vor Streikbeginn nicht zu neuen Verhandlungen kam, hing wohl hauptsächlich an der ablehnenden Haltung von Ge-

samtmetall. Immerhin fühlte sich die IG Metall Führung noch sicher, Verhandlungen vor Streikbeginn auch gegen punktuellen Widerstand der Kollegen durchzusetzen. Widerstand gegen die Taktik der IG Metall Führung kam erst kurz vor Streikbeginn auf.

Der Beginn des Streiks war lange hinausgezögert worden. Nach dem Scheitern der Schlichtung vergingen insgesamt über zwei Wochen bis zum Streikbeginn. Zuerst war die Urabstimmung selbst maximal hinausgezögert worden, nach der Urabstimmung wurde der Streikbeginn noch um über eine Woche hinausgezogen. Daran entzündete sich der erste Widerstand aus den Betrieben, den die IG M-Führung noch unter Hinweis auf den Feiertag (17.11. Buß- und Bettag), den die Unternehmer, solange gearbeitet werde, noch zahlen müßten, abwiegeln konnten. In einigen Betrieben kam es zu kurzen Streiks in der Woche vor Streikbeginn gegen die Kürzung oder Verzögerung der Auszahlung des Weihnachtsgeldes.

Als Ende der Woche schließlich bekannt wurde, daß die IG M-Führung am Montag den Streik nur bei Daimler Benz und Audi NSU beginnen wolle, "den Betrieben der Oberscharfmacher Schleyer und Frankenberger" (Streiknachrichten der IGM) kam es in einer Vertrauensleute- und Funktionärsversammlung in Mannheim zur scharfer Kritik an der Vorstands-Politik. Auch der angereiste Bleicher konnte seine Streiktaktik zumindest für den Raum Mannheim nicht durchsetzen. Zwar gelang es nicht in der Funktionärsversammlung selbst einen bindenden Beschluß zu fassen, aber noch nach der Versammlung wurden in manchen Betrieben Delegationen gebildet, und der Stuttgarter Vorstand sah sich gezwungen, am zweiten Streiktag den Streik in Mannheim in allen wesentlichen Betrieben aufzunehmen. Die Mannheimer Kollegen hatten durchgesetzt, daß Mannheim Streikschwerpunkt wurde (s. nebenstehende Liste der bestreikten Betriebe und vgl. Mannheim und Stuttgart).

Ein gewitzter Coup gelang den Kollegen der Firma Graubremse in Heidelberg. Sie hatten am Freitag mit einem Streik gegen die Kürzung des Weihnachtsgeldes begonnen und führten diesen Streik ein in die allgemeine Streikfront. So kam es, daß neben den Giganten Benz und NSU der kleine Mittelbetrieb Graubremse am Montag ebenfalls schon streikte.

Nachdem es den Mannheimer Kollegen gelungen war, wenigstens ab Dienstag in allen wesentlichen Betrieben zu streiken, war es am Montag nicht mehr möglich, den sofortigen Streikbeginn in allen Betrieben durchzusetzen. Die SPD und DKP - Vertrauensleute und Betriebsräte bei Daimler Benz hatten eine intensive Bearbeitung der Kollegen organisiert, daß diese am Montag zu Hause blieben und nur die eingeteilten Streikposten vor den Toren erschienen. Diese Machenschaften hatten Erfolg. In den anderen Betrieben wurde zwar kaum mehr regulär gearbeitet. Nachdem aber die erwarteten Kollegen von Benz nicht kamen, begannen sie den organisierten Streik erst am Dienstag.

Die Schwerpunkttaktik der IG Metall Führung war offene Abwiegelei von Streikbeginn an. Die IGM Führung war sich dessen bewußt. Bleicher selbst soll gesagt haben, eine Woche Streik im ganzen Bundesgebiet und die Unternehmer müssen nachgeben. Die IG Metall Führung wußte auch, daß die Kapitalisten mit gezielten Gegenaussperrungen antworten würden. Schon vor dem Streikbeginn hatte Gesamtmetall öffentlich erklärt, es werde auf Streiks mit Aussperrungen in ganz anderen Gebieten antworten. Diese Streikführung ließ alle Handlungsfreiheit bei den Kapitalisten und begrenzte die Kampfmöglichkeiten der Arbeiterklasse. Die Schwerpunkttaktik wurde von der IGM Führung sogar damit gerechtfertigt, daß die Unternehmer dann aussperren würden und damit sichtbar wird, wer der Störenfried sei, wer den Kampf wolle, auf alle Fälle nicht die IGM Führung. Sie wurde weiter damit gerechtfertigt, daß die Kapitalisten die SPD in der Regierung angreifen wolle, sie zur politischen Schlichtung zwingen wolle. Hier wurde die Argumentation der IGM widersprüchlich, konnte sie doch nicht offen sagen, warum sie die politische Schlichtung vermeiden wollte, wo sie der SPD doch permanent dafür dankte, daß sie hinter der IGM stehe. Es ist aber völlig klar, daß sowohl IG Metall Führung als auch SPD die politische Schlichtung deshalb auf alle Fälle vermeiden wollte, weil sie die SPD unweigerlich in die Zwickmühle bringen würde. Einerseits würde die SPD durch jedes Schlichtungsergebnis sich in der Arbeiterklasse entlarven, andererseits würden die Kapitalisten bei jedem Ergebnis immer noch die Möglichkeit haben, ihr mangelnde Stabilitätspolitik nachzuweisen. Aber warum haben dann die Metall Kapitalisten nicht um jeden Preis die politische Schlichtung erzwungen, was sie zweifellos vermocht hätten? Weil sie ihr Ziel, die IG Metall maximal in die Enge zu treiben schon mit dem Spiel mit der politischen Schlichtung erreichen konnten und nicht an einem Frontalangriff auf die SPD mit dem Ziel des Regierungswechsels interessiert sind.

Die Metall-Kapitalisten verzichteten darauf, die SPD und damit die SPD-Linie in den Gewerkschaften voll vor der Arbeiterklasse zu desavouieren, aber sie zeigten deutlich, daß sie dazu in der Lage wären und erreichten mit dieser souveränen politischen Taktik die maximale Bindung der IG Metall Führung an die SPD. Die Schwäche der Kommunisten aber zeigte sich darin, daß es ihnen nicht gelang zu verhindern, daß die IG Metall Führung die Arbeiter in die wehrlose Defensive drängte: besser SPD als CDU oder "uns ist das Hemd mehr als der Rock und ein Brandt steht uns näher als ein Barzel", wie Bleicher sagte. Freilich wäre der IG Metall Führung dies nur schwerlich gelungen, hätte sie den Lohnkampf nicht in die unmittelbare Vorweihnachtszeit verzögern können.

Wie souverän die Metall-Kapitalisten mit der politischen Schlichtung spielen konnten, zeigte sich besonders deutlich bei der nachfolgenden besonderen Schlichtung durch Professor Wannagat. Dieser Bundessozialrichter hatte sich schon im Sommer durch das 6,9% Schlichtungsergebnis beim Chemie-Streik empfohlen. Er war aber nicht von Gesamtmetall sondern von Brenner selbst vorgeschlagen. In dieser Runde der Verhandlungen hatte der Frankfurter Hauptvorstand die Verhandlungsführung praktisch ganz in die Hand genommen, mußte doch immer noch mit einem Trotzschritt des frustrierten und auch alterseigensinnigen Bleicher gerechnet werden.

Die Metall-Kapitalisten lehnten das Wannagat-Schlichtungsergebnis ebenfalls ab, obwohl es die 7,5% auf 12 Monate vorschlug und damit ganz auf Lohnleitlinie lag. Daß in dieser Situation die IG Metall und die SPD Regierungspolitiker auf einen Versuch der politischen Schlichtung eingingen, zeigt, daß beide die Übersicht gegenüber der Taktik der Metall-Kapitalisten verloren hatten. Denn es war der IG Metall aus internen Papieren von Gesamt-

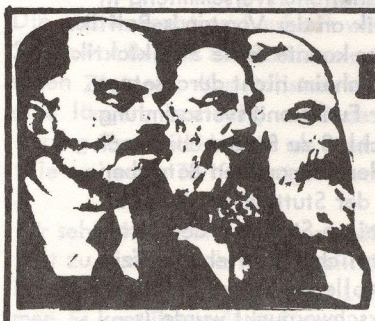
metall bekannt, daß die Metall-Kapitalisten vorhatten, jeden Schlichtungsspruch abzulehnen. Indem die Metall-Kapitalisten den Friedensstifter Brandt einfach hängen ließen, zu dem sie spät am Abend im eigenen Jet geflogen waren (die IG M Vertreter flogen in einer Bundeswehrmaschine nach Bonn) gaben sie geradezu ein politisches Lehrstück ab über das Verhältnis der Kapitalistenklasse zu ihrem geschäftsführenden Ausschuß. Hat dieser zwar gewisse Vollmachten, um gegenüber den Widersprüchen zwischen den Einzelkapitalien das Gesamtinteresse der Kapitalistenklasse bzw. ihren mächtigsten Fraktionen durchzusetzen, so ist die Regierung doch nie selbstständige Macht gegenüber der Kapitalistenklasse sondern ihr Handlanger.

Während der gesamten Dauer des Streiks bestand die Aktivität der Streikleitung darin, die Kommunikation zwischen den Streikenden zu begrenzen und möglichst öffentliche Demonstrationen zu verhindern. Sie erreichte die weitgehende Passivierung der Streikenden. So wurde in Mannheim eine Kundgebung vor Benz abgehalten, die absichtlich so vorbereitet war, daß nur ein geringer Teil der Benz-Arbeiter davon erfuhr, geschweige denn die Kollegen der anderen Betriebe. Von 12 000 Benz-Arbeitern kamen gerade 700 zusammen. Eine weitere Kundgebung, die schon geplant war, wurde kurzerhand abgesagt, nachdem die Kommunisten sie propagiert hatten. Auf den Anruf eines Kollegen, was denn mit dieser geplanten Kundgebung sei, antwortete ein Vertreter der Mannheimer Ortsverwaltung, es handle sich nicht um eine IG M - Kundgebung, sondern um eine Kundgebung der "Kommentare". Als der Kollege daraufhin sagte, die Kundgebung sei doch in seinem Streiklokal von der Streikleitung angekündigt worden, antwortete dieser IGM Vertreter : " Kollege, da siehst du, wie weit die schon in der IG Metall eingedrungen sind." Für die zentrale Kundgebung in Stuttgart wurde die Zahl der Plätze im Sonderzug so begrenzt, daß zahlreiche Kollegen nicht mitfahren konnten. Der Mannheimer Streikleitung war es durch ihre Verhinderungstaktik gelungen, den Streikschwerpunkt, den sich die Mannheimer Kollegen erkämpft hatten, praktisch aufzulösen. Die Kollegen konnten keinen Einfluß auf die Streikleitung nehmen. Widerstand kam erst wieder auf, nachdem das Verhandlungsergebnis bekannt wurde. In einer Streikleiterversammlung wurde einstimmig beschlossen, daß das Ergebnis abzulehnen sei. Dem gleichen Beispiel folgte die Funktionärsversammlung von Heidenheim. Aber die entscheidenden Funktionäre waren zu diesem Zeitpunkt in Sindelfingen bei der großen Tarifkommission. Als sie zurückkamen, ließen sie ein großes Donnerwetter los, die Mannheimer hätten sich blamiert, und ein großer Teil der Streikleiter fiel wieder um. Besonders verdient machte sich dabei ein DKP-Mitglied, Mitglied der großen Tarifkommission und des Betriebsrates von Daimler Benz. Er hatte entgegen dem Beschluß der DKP für das Ergebnis gestimmt und machte sich zum Hauptverteidiger des Lohndiktats.

Die Urabstimmung brachte keinen wesentlich verschiedenen Ausgang als im ganzen Bezirk, ungefähr 1/3 stimmte gegen den Abschluß . In den größeren Betrieben, in denen ein aktiver Vertrauensleutekörper gegen die Annahme agitierte, lehnten jedoch mehr als die Hälfte der Metaller den Abschluß ab. Konkret wissen wir das von einem Mannheimer und vier Heidelberger Betrieben. Es dürften aber doch einige mehr sein. Aber die IG Metall Führung verweigerte die Information über jedes Einzelergebnis. Es ist daher keineswegs auszuschließen, daß sie an dem Ergebnis herumgemacht hat, hatte sie doch sogar die Stirn zu erklären, sie wisse garnicht, wie die einzelnen Betrieben abgestimmt hätten, obwohl nach Betrieben ausgezählt wird.

Der Abschluß in Nord-Baden/Nord-Württemberg wurde zum Vorbild für alle weiteren Abschlüsse in allen Bezirken der BRD. Die IG Metall Führung hatte erreicht, die anderen Bezirke aus dem Kampf herauszuhalten und sie unter das Diktat eines Abschlusses zu stellen, der nur zustande kam, weil die anderen Bezirke aus dem Kampf gehalten wurden. Die regionale Verhandlungsführung, die Brenner mit den besonderen Bedingungen in den einzelnen Bezirken rechtfertigte, hatte ein zentrales Verhandlungsergebnis am untersten Rand der Lohnleitlinien ermöglicht. Trotz einzelnen Streiks in Hessen, Nordrheinwestfalen und Hamburg konnten die Kollegen nicht erzwingen, die Streikfront auszuweiten.

Die SPD-Linie in den Gewerkschaften erwies sich als das Haupthindernis für die Entwicklung einer selbstständigen Klassenpolitik der Arbeiterklasse. Der politische Angriff der Kapitalistenklasse wurde von der IG Metall Führung voll auf die Arbeiterklasse weitergegeben, indem sie sie der Politik der SPD unterwarf und gegenüber dem Lohnabbau durch die Metall-Kapitalisten entwaffnete.



ROTER ★ KURS

SOZIALISTISCHE GÖTTINGER STUDENTENZEITUNG

SONDERNUMMER 4

1,50 DM

Aus dem Inhalt:

Aktionseinheit zum HRG

Kritik des Spartakus-Aktionsprogramms zur HRG-Kampagne

Schritt halten! Zur Kritik des KSV-Westberlin

Zu beziehen über:
Polibula 34 Göttingen
Weenderstr. 78

Agitation der DKP im Streik:

SAMMELSURIUM REVISIONISTISCHER PHRASEN

Vorbemerkung

Nachstehend drucken wir den Bericht einer Arbeitsgruppe ab, die auf einem Arbeitstreffen des KB Bremen, des BKA Freiburg und der KG (NRF) MA/HD die Agitation und Propaganda der DKP in der Metalltarifrunde untersuchte. Das Papier ist für den internen Gebrauch geschrieben worden und ist entsprechend gerafft. Wir veröffentlichen dieses Papier, weil es einige schlagende Beispiele für die Agitation und Propaganda der DKP während der Metalltarifrunde dokumentiert und den klassenversöhnlerischen Charakter der DKP-Politik belegt. Wichtig ist der Hinweis, daß durchaus ein verbaler Linksschwenk der DKP in einzelnen Fragen nach den Erfahrungen der Metalltarifrunde möglich ist. Die Metalltarifrunde 1971 war der erste Arbeiterkampf, in dem die DKP als Partei mit den Auffassungen und Meinungen der fortschrittlichen Kollegen konfrontiert wurde. Dabei mußte sie erfahren, daß ihre an die SPD- und Gewerkschaftsführung gerichtete Agitation keine Basis bei den kämpfenden Metallern fand und mußte erkennen, daß die Arbeit angeblich linksradikaler Organisationen wie etwa der KG (NRF) MA/HD sehr erfolgreich gewesen ist. In diesen Kämpfen zeigte sich, daß die DKP gerade deswegen von den Kommunisten geschlagen werden kann, weil die DKP konsequent nicht nur jede Klassenpolitik vermeidet, sondern aktiv bekämpft. Die Erfahrung dieser Kämpfe und der Erfolglosigkeit der klassenversöhnlerischen Politik der DKP wird die Auseinandersetzungen in dieser Partei verschärfen und die klassenbewußten Kollegen in der DKP noch skeptischer machen. Eine konsequente kommunistische Politik, die sich nicht in die Sackgasse des Linkssektierertums treiben läßt, wird die DKP schlagen. Nicht nur an der Universität, sondern erst recht in der Arbeiterklasse.

Red.

Die UZ ab September 71, die DKP-Betriebszeitungen in Bremen, Heidelberg, Mannheim und in Freiburg, sowie die DKP-Streiknachrichten wurden nach folgenden Gesichtspunkten durchgearbeitet:

1. Einschätzung der Klassenkampfsituation durch die DKP;
2. Hauptstoßrichtung der DKP;
3. Gewerkschaftslinie/ Stellung zur SPD;
4. Strategie und Taktik in der Metalltarifrunde
5. Linkskeynesianertum der DKP;
6. Kampf gegen Kommunisten und Linkssektierer.

A. Einschätzung der Klassenkampfsituation

Die DKP stellte den Lohnkampf nicht in den Zusammenhang einer allgemeinen politischen und ökonomischen Offensive der Kapitalistenklasse gegen die Arbeiterklasse. Die DKP führte den Lohnkampf völlig losgelöst von der Gesamtheit der Klassenauseinandersetzungen und verschwieg von Beginn ihrer Agitprop an, daß der Versuch, das Reallohnniveau der Arbeiterklasse zu senken, nur einer der vielfältigen ökonomischen und politischen Angriffe der Kapitalistenklasse auf die Arbeiterklasse darstellte. Die DKP führte somit den Lohnkampf nicht als Kampf Klasse gegen Klasse, sondern propagierte den isolierten Kampf um die Tagesinteressen der Arbeiterklasse, womit sie dazu beitrug, daß die Arbeiterklasse diesen ihren Tageskampf nicht als Teil ihres gesamten Klassenkampfes erfolgreich führen konnte. Die DKP hatte auch keinen Anlaß, den Lohnkampf in den Zusammenhang einer allgemeinen Offensive des Kapitals zu stellen, weil es für sie keine verschärfte Krise des westdeutschen Imperialismus als Teil einer Verschärfung der innerimperialistischen Widersprüche als bestimmenden Faktor gibt. "Im Jahre 1972 ... müssen wir die günstiger werdenden äußeren Bedingungen" (womit "wichtige Schritte zum Frieden" wie die "Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau" gemeint sind) "nutzen, um die Lebensinteressen der Arbeiterklasse, ihre Rechte und ihre Freiheit gegen die Macht der Monopole durchzusetzen. ... Wenn wir gemeinsam handeln, dann kann auch in der BRD eine Wende zugunsten des Friedens und des demokratischen Fortschritts zugunsten der Arbeiterklasse durchgesetzt werden. " (Kurt Bachmann, in: UZ Nr. 52/53, 23.12.71, S.2) Die tatsächlich vorhandenen Krisenanzeichen wurden in den DKP-Betriebszeitungen als "Schwarzmalerei der Unternehmer" (Benzler, Betriebszeitung der DKP-Betriebsgruppe Daimler, Mannheim, November 1971) abgetan. Der Panikmache in BILD ("Alarm für viele Arbeitsplätze") setzte die DKP die Verleugnung der innerimperialistischen Widersprüche entgegen und versuchte, dies auch noch rechnerisch zu belegen (UZ Nr. 36, 4.Sept.71, S.6). Damit übernahm die DKP voll und ganz die Argumentation der Gewerkschaftsführer und verfestigte damit falsche Vorstellungen über den Kapitalismus in der Arbeiterklasse.

B. Hauptstoß der DKP

Die DKP richtet ihren Hauptstoß gegen die "Metallbosse", "Großunternehmer", das "Großkapital". Überall wird ihr Ziel deutlich, "die Macht des Großkapitals einzuschränken, zurückzudrängen, den Interessen der Arbeiterklasse zum Durchbruch zu verhelfen" (UZ, 20.11.71, S. 25, Zum DKP-Parteitag). Die DKP kämpft nicht im Interesse der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse, sondern im Interesse "jener 80%, die die Masse des Volkes ausmachen"...gegen den "winzig kleinen Teil der Großkapitalisten und ihres Anhangs". Der DKP geht es nicht darum, die einheitliche Kampffront der Arbeiterklasse herzustellen, und deren selbständige Politik zu entwickeln, sondern darum, alle "antimonopolistischen Kräfte" zu sammeln. Die DKP tut so, als ob sie vom Standpunkt des Proletariats aus Bündnispolitik betreibe. Doch Bündnispolitik heißt für die DKP, die Interessen der Arbeiterklasse zugunsten der antimonopolistischen Front aufzugeben. Dies zeigte sich auch im Lohnkampf. Zu Beginn des Streiks verteilte die DKP, Bezirksvorstand Baden, ein Flugblatt "an die Bevölkerung in Stadt und Land". Die DKP rief darin alle zur Solidarität mit den streikenden Metallarbeitern auf, weil: "Die unersättlichen Konzerne beuten alle aus: die Arbeiter und Angestellten, den Mittelstand und die Bau-

ern". Indem der Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital allen anderen Widersprüchen (z.B. zwischen Mittelstand und Monopolkapitd) gleichgesetzt wird, muß der Klassenstandpunkt des Proletariats zugunsten einer Front aller, "die von ihrer Hände Arbeit leben", aufgegeben werden. Die Verwischung des antagonistischen Widerspruchs zugunsten eines Widerspruchs der "Millionen gegen die Millionäre" dient zur Rechtfertigung ihrer Theorie vom "antimonopolistischen Kampf", der einen friedlichen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus schaffen soll. Die Verwischung qualitativ unterschiedlicher Widersprüche führt auch zu einem falschen Einbeziehen der Studenten in den Kampf der Metallarbeiter: "Studenten! Unterstützt die berechtigten Forderungen der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaft. Zwingt durch einheitliches und solidarisches Verhalten an der Seite der Metaller das Monopolkapital in seine Schranken!" (DKP-Hochschulgruppe Heidelberg, Extrablatt des "Kommunist" nach der ersten Urabstimmung). In dem schon zitierten Flugblatt der DKP an die "Bürger in Stadt und Land" wird versucht, die Notwendigkeit des Bündnisses von Arbeiterklasse und "Mittelstand" "materialistisch" zu begründen: "Tatsache ist: Wenn der Arbeiter Geld hat, dann kann er menschenwürdig leben, dann kann er mehr kaufen. Deshalb:... Höhere Löhne für die Arbeiter und Angestellten, das bedeutet mehr Einkommen und mehr Sicherheit für den Mittelstand." Hier wird Bündnispolitik gemacht, aber nicht vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus, sondern vom Standpunkt des Mittelstandes.

C. 'Linkskeynesianertum'

Lohnerhöhungen werden von der DKP nicht von den Lebensinteressen der Arbeiterklasse abgeleitet, sondern "gerechtfertigt" mit dem Verweis auf ihre stabilitätsgerechte Wirkung. "Lohnforderungen sind also keine Gefahr für den Arbeitsplatz. Im Gegenteil, die Stärkung der Massenkaufkraft durch höhere Löhne wirkt sogar konjunkturbelebend." (UZ Nr.37, 11.9.71, S.1). Und im Bremer Metallreport (4.Septemberwoche) schreiben sie ebenso wie in Mannheimer und Freiburger Betriebszeitungen: "Die Bremer Metallindustriellen tun so, als wenn der Lohn nur ein Kostenfaktor wäre und nicht auch ein Konjunkturfaktor. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Eine Lohnerhöhung soll nur den überhöhten Profit der Unternehmer schmälern. Dadurch wird die Kaufkraft erhöht! Es ist doch klar, wenn die Arbeiter wenig kaufen können, dann können die Unternehmer nicht produzieren. Also, höhere Löhne stärken die Massenkaufkraft, machen die Arbeitsplätze sicherer; niedrige Löhne verunsichern die Arbeitsplätze noch mehr". (Auf derartige "Krisentheorien", die verschweigen, daß es im Kapitalismus keine sicheren Arbeitsplätze geben kann, antwortete Marx: "Es ist eine reine Tautologie zu sagen, daß die Krisen aus Mangel an zahlungsfähiger Konsumption oder an zahlungsfähigen Konsumenten hervorgehen... Will man aber dieser Tautologie einen Schein tieferer Begründung dadurch geben, daß man sagt, die Arbeiterklasse erhalte einen zu geringen Teil ihres eigenen Produkts und dem Übelstand werde mithin abgeholfen, sobald sie größeren Anteil davon empfängt, ihr Arbeitslohn folglich wächst, so ist nur zu bemerken, daß die Krisen jedesmal gerade vorbereitet werden durch eine Periode, worin der Arbeitslohn allgemein steigt und die Arbeiterklasse realiter größern Anteil an dem für die Konsumption bestimmten Teil des jährlichen Produkts erhält. Jene Periode müßte - von dem Gesichtspunkt dieser Ritter vom gesunden und 'einfachen'(!) Menschenverstand - umgekehrt die Krise entfernen. Es scheint also, daß die kapitalistische Produktion vom guten oder bösen Willen unabhängige Bedingungen einschließt, die jene relative Prosperität der Arbeiterklasse nur momentan zulassen, und zwar immer nur als Sturmvogel einer Krise." (Marx, Kapital II, S.409f.) Daraus, daß die Kapitalisten ihrem Ratschlag nicht folgen, folgt für die DKP: "Wenn die Unternehmer unfähig sind, die gesellschaftlichen Probleme unserer Zeit zu lösen, dann müssen sie z.B. durch die umfassende Mitbestimmung der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften in ihrer Macht eingeschränkt werden. Es geht nicht zu, daß ihre Profitgier und die damit verbundene Unfähigkeit, die wirtschaftlichen Probleme im Interesse der gesellschaftlichen Erfordernisse zu lösen, auf dem Rücken des kleinen Mannes ausgetragen wird."

Was zeigt dieses Zitat? Die DKP argumentiert auf dem Boden der bürgerlichen Produktionsverhältnisse gegen die Kapitalisten, weil diese nicht in der Lage seien, den "gesellschaftlichen Erfordernissen" Rechnung zu tragen. Die DKP weiß angeblich besser als die Kapitalisten, was für die kapitalistischen Produktionsverhältnisse nottut: Mitbestimmung und Lohnerhöhungen sollen die "wirtschaftlichen Probleme" unserer Zeit lösen. Die DKP unterschlägt, daß weder "Maßhalten" (so die SPD-Regierung), noch "kräftige Lohnerhöhungen" (so die Gewerkschaftsführung) in der Lage ist, die kapitalistische Wirtschaftsordnung krisenfrei zu machen, daß es im Kapitalismus niemals sichere Arbeitsplätze geben wird. Die DKP erweckt und verstärkt mit ihrer bürgerlichen Argumentation Illusionen in der Arbeiterklasse über den Charakter des Kapitalismus und hintertreibt damit objektiv die Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse.

D. Strategie und Taktik der DKP im Streik - Stellung zur Gewerkschaftsführung

Die DKP propagierte zunächst eine 15%-Forderung. Dabei ging sie von der reformistischen "DGB-Zielprojektion" aus: "Sicherung der Vollbeschäftigung und des Wirtschaftswachstums sowie Verbesserung der Einkommensverteilung und Beseitigung des Gewinnvorsprungs". (UZ Nr.46, 13.11.71) Als sich die in vielen Betrieben aufgestellte Forderung von 15% in den Tarifkommissionen nicht durchsetzte, begründete die DKP ihre Unterstützung für die 11%: "Das ist zu wenig - aber beschlossen. Darum keinen Abstrich mehr von den 11%." (Roter Kurier, Betriebszeitung der DKP bei Hanomag/Henschel, Bremen). Die DKP erweckte von Anfang an Illusionen bei den Metallarbeitern, die SPD-Gewerkschaftsführung würde hinter den 11% stehen - sie unterschlug, daß die 11% nur gegen die Lohnleitlinienpolitik der Gewerkschaftsführung durchgesetzt werden können würde. Stattdessen zitierte sie kraftmeierische Aussprüche der Gewerkschaftsführer: "Auch Kollege O.Brenner sagte dazu: '...es muß ja schließlich ein Ergebnis erzielt werden, das sich effektiv auswirkt für die Arbeiterklasse in zusätzlicher Kaufkraft.'" (DKP in der Betriebszeitung bei Inter Metall (ITT), Freiburg). "Eine Orientierung nach Schillers Lohnleitlinien lehnt der Vorstand der IGM bis in die jüngste Zeit ab. Dann darauf aber auf

keinen Fall die 11%-Forderung in den Verhandlungen nach unten reduziert werden." (Metall-Report, DKP-Informationen für Bremen-Ost, Mitte September) "Um Erreichtes zu sichern, darf es, wie Willi Bleicher am 9. Oktober 1971 richtig sagte, an den 11% keine Abstriche geben." (DKP-Betriebszeitung für Daimler-Benz, Der Benzler, November 71)

Die DKP unterschlug, daß es der Gewerkschaftsführung im Interesse der SPD-Regierung gerade darauf ankam, eine einheitliche Streikfront für die "11% und keinen Pfennig weniger" zu verhindern. Die DKP hat sich im Streik mit ihren Parolen zwar wortradikal an die fortschrittlichen Kollegen angehängt, mit ihrer Unterstützung der Gewerkschaftsführung aber zur ökonomischen Niederlage der Metallarbeiter beigetragen. Außerdem hat die DKP dadurch, daß sie verschwieg, daß die Gewerkschaftsführung spaltete, abwiegelte, verzögerte, um die SPD-Politik durchzusetzen, und daß es ihr eben nicht um die Erhöhung der realen Kaufkraft für die Arbeiterklasse ging, die politische Desorientierung der Arbeiterklasse verstärkt.

Die Stellungnahme der DKP zum Tarifabschluß in Nordwürtemberg/Nordbaden zeigt deutlich, wie die DKP durch ihr opportunistisches Anhängen an die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung zunehmend in Widerspruch zu den fortschrittlichen Arbeitern gerät. Die DKP erklärt einerseits richtig, daß der 7,5%-Abschluß Abbau der Reallöhne bedeutet, verfälscht aber andererseits das Ergebnis, indem sie sagt, daß "durch den einheitlichen und geschlossenen Kampf der Metallarbeiter in NW/NB die van Hüllen, Schleyer, Frankenberger und ihr Unternehmerverband zum Rückzug gezwungen wurden." (DKP-Streikinformationen, Nr.12, 13.12.71) So richtig es ist, daß der Kampf der Metaller in NW/NB einen Abschluß unter 7,5% verhinderte, so falsch und gefährlich ist es doch, den mit diesem Abschluß verbundenen Lohnraub in einen halben Sieg umzudeuten und die Verantwortlichkeit der sozialpartnerschaftlichen SPD-Linie in den Gewerkschaften für diese ökonomische Niederlage zu unterschlagen.

Die DKP, die während des ganzen Streiks nie gezeigt hat, wer für den Lohnleitlinienabschluß verantwortlich sein wird und damit die Kampfbereitschaft der Arbeiter geschwächt hat, weckte vor der Urabstimmung Illusionen über die Möglichkeit, einen Lohnabbau zu verhindern: "Wir haben es noch in der Hand, dafür zu sorgen, daß wir von unserem Lohn und Gehalt in Zukunft nicht weniger kaufen können als vor einem Jahr." Die DKP unterschlägt daß nur 25% Ja-Stimmen genügen, um den Abschluß zu billigen und den Streik zu beenden. Sie gibt gleichzeitig nur in unklaren, verschämten Formulierungen am Ende des Flugblatts an, wie die richtige Entscheidung bei der Urabstimmung aussieht: "Das nein dieser Kollegen (bezieht sich auf ein Telegramm der Mannheimer Streikleitungen nach Bekanntwerden des Ergebnisses) zeigt, daß die Streikenden und Ausgesperrten mit der gleichen Klarheit und Entschiedenheit, mit der sie bisher für ihre Forderungen gekämpft haben, auch über das zur Abstimmung stehende Ergebnis entscheiden müssen." Eine klare Aufforderung, mit nein zu stimmen, konnte die DKP auch gar nicht geben, weil es für sie nur "die Gewerkschaften" gibt, und sie deshalb auch gar nicht in der Lage ist, auch nur eine Entscheidung klar als Produkt dieser sozialdemokratischen Linie zu demaskieren.

Die Zwickmühle, in der die DKP steckt, zeigte sich schließlich deutlich am Verhalten ihres Mitgliedes Jäger bei der Abstimmung der Großen Tarifkommission NW/NB. Während die DKP vor den Betrieben verschämt aufforderte, das Ergebnis mit nein zu beantworten, billigte Jäger (stellvertretender Betriebsratsvorsitzender bei Daimler Mannheim) ebenso wie die anderen Mitglieder der TK das Verhandlungsergebnis. Ebenso verhielt sich Jäger in der Erweiterten Delegiertenkonferenz der IGM Mannheim, wo er ebenfalls für die Annahme der 7,5% argumentierte und stimmte. Selbstverständlich hat dieses Verhalten von Jäger zu keiner öffentlichen Kritik der DKP an ihm geführt.

Nach der Urabstimmung, in der über 50 000 Metaller in NW/NB mit nein stimmten, konnte der DKP-Landesvorstand nicht umhin festzustellen, daß "einem großen Teil der Metallarbeiter auch die Tatsache nicht verborgen geblieben sei, daß es innerhalb der IGM Kräfte gebe, die durch ihre kompromißlerische Haltung nicht zur Stärkung der Streikfront beitrugen" (UZ Nr.52/53, 23.12.71, S.6). Und Karl Leger, Betriebsgruppenvorsitzender der DKP bei Daimler-Benz in Mannheim, muß von "Unzufriedenheit mit dem Ergebnis" berichten und auch davon, daß über die "Einschränkung" (des Streiks auf NW/NB) "berechtigte Empörung" herrsche, und diese Einschränkung von den Kollegen als "Beitrag des IGM-Vorstandes gewertet werde, im Rahmen der Lohnleitlinien von Schiller abzuschließen" (UZ, 23.11.71, S.2).

In der DKP Heidelberg/Mannheim ist intern eine Diskussion darüber zustande gekommen, daß man in dieser ersten Streikbewährungsprobe der DKP durch das Verhalten der Gewerkschaftsführung zu weit nach rechts abgedrängt worden sei. Diese Diskussionen lassen es als möglich erscheinen, daß sich die DKP verbalradikal einen Linksruck geben wird, um nicht den Anschluß an die fortschrittlichen Kollegen zu verpassen.

Das Verständnis vieler Arbeiter von den Gewerkschaften als von ihnen losgelöster Apparat wird von der DKP aufgegriffen und verstärkt. So sind Lohnforderungen für die DKP "Forderungen der Gewerkschaft, die es durchzusetzen gilt" (DKP-Metaller Heidelberg, 12.11.71), nicht aber Forderungen der Arbeiterklasse, die sie im gewerkschaftlichen Kampf durchsetzen muß. (Dies wird auch deutlich im DKP-Wahlmotto in Bremen "Alles für den, der arbeitet" - anstatt: Alles durch die Arbeiter). Ebenso sollen die Arbeiter aktiv werden, um "die Position der Gewerkschaft zu stärken" (DKP-Metaller, s.o.), was im Rahmen der DKP-Politik zur Folge hat, die in den Gewerkschaften bestimmende SPD-Linie zu unterstützen. Der DKP geht es nicht darum, daß die Arbeiter in der Gewerkschaft aktiv werden, um diese zu ihrem Kampfinstrument zu machen. Die Gewerkschaften sind nach Ansicht der DKP ihrem Wesen nach den Interessen der Arbeiter verpflichtet, weshalb jeder Angriff auf die in den Gewerkschaften herrschende sozialdemokratische Linie von der DKP als Angriff auf die Gewerkschaften bekämpft wird. Daß die sozialdemokratische, den Interessen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung verpflichtete Politik die Gewerkschaften derzeit bestimmt und daß im Klassenkampf diese Linie zu bekämpfen ist, unterschlägt die DKP. Ihr Prinzip in der Gewerkschaftsfrage ist kurzum: Die Arbeiter haben die Gewerkschaften zu unterstützten. Von daher muß die DKP in schärfste

Konfrontation mit der Parole "Machen wir die Gewerkschaften zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse" kommen, geht doch diese Parole davon aus, daß

- die Arbeiterklasse Gewerkschaften als Kampfinstrumente benötigt, die Gewerkschaften derzeit aber diese Kampfinstrumente nicht sind;
- deshalb im Kampf gegen die Kapitalistenklasse die in den Gewerkschaften herrschende SPD-Linie bekämpft werden muß.

E. Kampf der DKP gegen Kommunisten und Linkssektierer

Nicht nur unsere Organisationen, sondern alle antirevisionistischen Organisationen werden von der DKP als "ultralinke Gruppen" verleumdet, die "mit ihrem Feuer gegen die IG-Metall den Unternehmern Schützenhilfe leisten." Das folgende Zitat aus der Betriebszeitung "Die Bramme" bei Klöckner Bremen gegen "solche 'linken' Spinner unter dem Namen 'KPD/ML', 'Rote Garde', 'Rote Fahne'" zeigt, mit welchen Mitteln die DKP bereit ist, antirevisionistische Organisationen zu bekämpfen, um sich selbst vom Vorwurf, extreme Partei zu sein, zu reinigen:

"Diese Wirrköpfe, die mit Kommunisten nicht das geringste zu tun haben und die ihren dümmsten und jämmerlichsten Ausdruck bei der ins Kriminelle abgerutschten Baader-Meinhof-Gruppe finden, sind gerade gut genug, um Verwirrung zu stiften. Denn mancher Kollege ist da noch, der sagt, das sind doch auch Linke, sind doch auch Kommunisten.
Die Wahrheit: das sind weder Kommunisten noch Linke! Das sind Leute, die die Aufgabe haben, uns Kommunisten zu schaden! Denn ebensowenig, wie jemand, der von sich behauptet, Napoleon zu sein, auch ein solcher ist, sondern höchstens reif ist für eine gewisse Anstalt, haben Leute, die viel Rot in ihrer Zeitung verwenden, sich hochtrabend 'Marxisten-Leninisten' nennen, schon etwas mit der Kommunistischen Partei zu tun. Vielmehr lassen sich in der Argumentation dieser sog. 'Linksextremen' verblüffende Parallelen zur Argumentation der rechtsextremen NPD und CDU/CSU finden. Gleich dem Rechtsklüngel verleumden sie die Verträge von Moskau und Warschau, beschimpfen sie die Gewerkschaften und die DKP, predigen sie Feindschaft zur UdSSR und DDR. Und das wollen Linke, wollen Kommunisten sein?
Die DKP aber ist die demokratische Partei auf dem Boden der Bundesrepublik, sie vertritt konsequent die Interessen der Arbeiter und Angestellten, sie tritt ein für mehr Demokratie, für Mitbestimmung, für Frieden und Sicherheit in Europa. Wer die DKP als extreme Partei verleumdet, tut das aus sehr durchsichtigen Gründen voller Böswilligkeit."

Kritik der KPD/ML-ZB

Im Verlauf der Metalltarifrunde ist die KG (NRF) Ma/HD immer wieder mit der KPD/ML -ZB (Rote Fahne) zusammengestoßen. Die Gruppe Rote Fahne verteilt seit einigen Monaten vor Benz in Mannheim regelmäßig den Roten-Benz-Arbeiter. Im Verlauf des Streiks versuchte sie ihre Arbeit auch auf MWM (Motorenwerke Mannheim) auszudehnen. Zu öffentlichen Auseinandersetzungen zwischen unseren Organisationen ist es einerseits auf einer Veranstaltung der KG (NRF) MA/HD in der Heidelberger Universität gekommen, andererseits auf einer Arbeiterversammlung der KG(NRF) MA/HD in Mannheim. Auch auf einer "Kampfveranstaltung"der KPD/ML in Mannheim ist es zu einer kurzen Kontroverse zwischen Vertretern unserer Organisation und der KPD/ML gekommen. Außerdem hat uns die KPD/ML (ZB) in ihren Publikationen, so im KND und im Roten Benz Arbeiter verschiedentlich angegriffen.(1)
All das macht es notwendig, eine gründliche, öffentliche Auseinandersetzung mit der KPD/ML einzuleiten. Wir werden uns in dieser Auseinandersetzung vor allem auf die Rote Fahne, den KND und auf den Roten-Benz -Arbeiter stützen und die Auseinandersetzung zunächst auf die Arbeit der KPD/ML (ZB) in der Metalltarifrunde konzentrieren. Dabei werden wir auch unsere praktischen Erfahrungen mit der KPD/ML (ZB) auswerten.

Die entscheidenden Parolen der KG(NRF) MA/HD für den Metalltarifkampf waren: "Gegen die Angriffe der Kapitalistenklasse die einheitliche Kampffront der Arbeiterklasse"; " Gegen Lohnleitlinien- Raus aus der Konzertierten Aktion"; "Kampf der SPD-Linie in den Gewerkschaften"; "Gegen die Schlichter in den eigenen Reihen"; "Die Gewerkschaften zum Kampfinstrument der Arbeiterklasse machen". Die KG (NRF) MA/HD stellte keine eigenen ökonomischen Forderungen auf, sondern dokumentierte, interpretierte und propagierte fortschrittliche Forderungen aus den Betrieben, so die Forderungen der Hösch-Vertrauensleute und der Gewerkschaftler von Siemens-Balanstraße. Als die 11% Forderung der Tarifkommission von Nord-Baden - Nord-Württemberg bekannt wurde, interpretierten wir diesen Beschluß als Schritt zu einem Lohnleitlinienabschluß, gingen aber gleichzeitig davon aus, daß der Kampf zwischen den Lohnleitlinienpolitikern in den Gewerkschaften und den fortschrittlichen Gewerkschaftern im Folgenden um die Durch-

(1) Die Angriffe verliefen im allgemeinen so:
Die DKP hat die 11% akzeptiert, die "Kommentarführer" (unsere Betriebszeitung heißt "Kommentar") haben die 11% nicht aktiv bekämpft und haben "unsere" 15% verraten. Sie sind genau so schlimm wie die DKP. (vgl. Roter Benz-Arbeiter 20.12.71) Im übrigen hätten wir vom Lohndiktat der Kapitalisten gesprochen und dadurch vom Hauptfeind SPD abgelenkt.

setzung der 11% oder um die Durchsetzung eines Lohnleitlinienabschlusses gehen würde. Deshalb stellten wir der 11%-Forderung zwar noch einmal die fortschrittlichen Forderungen aus den Betrieben gegenüber, zeigten, wie unzureichend die 11%-Forderung war, propagierten jedoch nicht den Kampf gegen die 11%-Forderung, sondern zeigten, daß jeder Abschluß unter 11% realen Lohnabbau bedeuten würde, und daß die Taktik der IGM-Führung gerade darauf hinauslief. Im Verlauf der Tarifkämpfe hat sich diese Taktik als richtig erwiesen, weil der Kampf der fortschrittlichen Kollegen gegen die SPD-Lohnleitlinienpolitik in den Gewerkschaften überall tatsächlich auf dem Boden der 11% geführt wurde, wobei große Teile der Kollegen sogar zu Abstrichen in den Prozenten bereit gewesen wären für eine Verkürzung der Laufzeiten. (2)
Die 15%-Forderung auf den Ecklohn oder andere Forderungen aus den Betrieben haben als positive Forderungen zumindest in Mannheim und Heidelberg nach dem Beschluß der Tarifkommission keine Rolle mehr gespielt. Bei Benz, wo es eine relativ starke DKP-Gruppe gibt, wurde die 15%-Forderung (nicht linear) allerdings noch einmal erhoben, aber vom Betriebsratsvorsitzenden Lucy erfolgreich abgeblockt. Hier war es im Übrigen der IGM-Führung ohnehin gelungen, eine breite Diskussion und Beschlüsse über Forderungen zu verhindern, sodaß sich ein aktiver Kampf gegen die 11%-Forderung auf keine Bewegung in den Betrieben hätte beziehen können. Jedes Beharren auf den 15%, auf dem Ecklohn oder auf anderen Forderungen hätte uns nur aus der tatsächlichen Auseinandersetzung und dem tatsächlichen Kampf gegen die Lohnleitlinienpolitik hinauskatapultiert, wie es der KPD/ML dann auch geschehen ist. Wir hielten den Eingriff in die realen Kämpfe für wichtiger als uns durch die 15% auf den Ecklohn stellvertretend als besonders radikal auszuweisen.

Waren unsere politischen Parolen für den Metalltarifkampf richtig? Die erste Parole reihte den Kampf der Metaller in den allgemeinen Kampf der Arbeiterklasse gegen die Angriffe der Kapitalistenklasse ein. Sie wurde konkretisiert, indem wir zeigten, daß die Metallkapitalisten den vergangenen Tarifkampf von vornherein als bewußter Stoßtrupp ihrer ganzen Klasse angegangen haben und dabei vom Staat als geschäftsführendem Ausschuß der Kapitalistenklasse unterstützt wurden. Diese Unterstützung besteht gegenwärtig vor allem in der Festlegung von staatlichen Lohnleitlinien und der Fesselung der Gewerkschaften an diese Lohnleitlinien mit Hilfe der Konzertierten Aktion. Dagegen richtete sich die 2. Parole. Die Fesselung der Gewerkschaften und speziell der IGM an die Konzertierte Aktion ist nur möglich, weil in den Gewerkschaften die SPD-Linie vorherrscht. Der Kampf gegen die staatliche Lohnleitlinienpolitik und die Konzertierte Aktion, die ja keineswegs eine Erfindung der SPD/FDP-Regierung ist und die gegenwärtig jede Regierung der Bourgeoisie anstreben würde, muß deshalb mit dem Kampf gegen die SPD-Linie in den Gewerkschaften verbunden werden. Nicht die Beseitigung der SPD/FDP-Regierung, sondern nur die Vernichtung der Vorherrschaft der SPD-Linie in den Gewerkschaften muß das Ziel einer konsequenten Politik gegen die Fesselung der Gewerkschaften an die staatliche Lohnpolitik der Kapitalistklasse sein. Solange die SPD-Linie in den Gewerkschaften herrscht, werden die Gewerkschaften Lohnleitlinienpolitik machen, werden die Gewerkschaftsführungen mit den kapitalistischen Staat kollaborieren - ganz gleichgültig, ob die SPD in der Regierung sitzt oder nicht. Daß die herrschende Klasse wenn sie dafür keine Notwendigkeit mehr sieht, sich der SPD im Regierungsapparat entledigen und auf die Lohnleitlinienpolitik zugunsten anderer Methoden des Klassenkampfes verzichten wird, ist sicher richtig. Bloß wird die Arbeiterklasse auch diesen Methoden des Klassenkampfes nicht erfolgreich begegnen können, solange die SPD-Linie in den Gewerkschaften herrscht und so verhindert, daß die Gewerkschaften Kampfinstrumente der Arbeiterklasse sein können. Deshalb darf der Kampf gegen den kapitalistischen Staat nicht auf den Kampf gegen die SPD/FDP-Regierung verengt werden und muß der Kampf gegen die SPD als Kampf um die Gewerkschaften geführt werden. Es muß klar gesagt werden, daß der Hauptfeind der Arbeiterklasse die Kapitalistenklasse ist, es muß gezeigt werden, wie die Bourgeoisie sich im Staat die Mittel geschaffen hat, den Kampf gegen die Arbeiter als Klasse führen zu können und welche Hindernisse den geschlossenen Kampf der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse hemmen. Das Haupthindernis hierfür ist die Vorherrschaft der SPD-Linie in den Gewerkschaften und die Vorherrschaft der Sozialpartnerschaftsideologie in der Arbeiterklasse. Der Kampf gegen die SPD-Linie in den Gewerkschaften und gegen die Sozialpartnerschaftsideologie in der Arbeiterklasse muß geführt werden in der Perspektive der politischen Organisation der Arbeiterklasse, der Parteibildung des Proletariats und des Wiederaufbaus der kommunistischen Partei als festem Kern, der die Arbeiterklasse um sich sammelt. Ohne die Schaffung der Kommunistischen Partei kann der Kampf gegen die Sozialpartnerschaftsideologie in der Arbeiterklasse und gegen die SPD-Linie in den Gewerkschaften nicht erfolgreich geführt werden. Aber ohne entscheidende Fortschritte in diesem Kampf um die Arbeitermassen bleibt auch jede Verkündung, die Partei der Arbeiterklasse zu sein, bloße Proklamation. Jede noch so vehemente Anpreisung der eigenen Organisation wird die Arbeiter nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Partei der Arbeiterklasse noch nicht existiert. Das bedeutet natürlich ein Eingeständnis der gegenwärtigen Schwäche der kommunistischen Bewegung. Aber diese Schwäche kann nur in den Kämpfen der

---

(2) Dabei ging es den Kollegen darum, aus der schlechten Vorweihnachtszeit herauszukommen. Auf Seiten der Arbeiter ging es also bei den sieben Monaten nicht um Versöhnung und Kompromiss, sondern um bessere Kampfbedingungen. Der IGM-Führung ging es bei den sieben Monaten darum, die Arbeiter von den Prozenten abzulenken. In dieser Situation ging es in der Agitation darum, die richtige Forderung nach Verbesserung der Kampfbedingungen aufzunehmen, ohne den IGM-Manövern Vorschub zu leisten. Kollegen einer Heidelberger Firma forderten deshalb auf einem Transparent auf der Stuttgarter Kundgebung:

"Konsequenter Kampf gegen die Kapitalisten!"
"Laufzeit bis zum Frühjahr!"
"Kein Verzicht auf die 11%!"

Arbeiterklasse selber überwunden werden und nicht durch die Anpreisung der bescheidenen und zersplitterten Organisationsansätze der Kommunisten als Parteien der Arbeiterklasse. Die Kommunisten müssen sich in der Unterstützung und Anleitung der tatsächlichen Kämpfe der Arbeiterklasse bewähren, wenn sie eine unmittelbare organisatorische Perspektive für die Arbeiterklasse bieten wollen. Um eine solche Bewährung ging es in diesem Tarifkampf. Deshalb haben wir auch auf eine direkte Propagierung unserer eigenen Organisation verzichtet und die Notwendigkeit der politischen Organisation der Arbeiterklasse nicht in einer Parole propagiert.

Die KPD/ML (ZB) ging in die Metalltarifrunde mit folgenden Hauptparolen, die sie auch ungebrochen durchhielt: "Kampf dem Lohndiktat der SPD-Regierung"

"Gegen die Verrätereien der SPD-Regierung die geschlossene Kampffront der Arbeiterklasse!"

"Vertrauen auf die eigene Kraft - stärkt die KPD/ML!"

"15% auf den Ecklohn"

In diesen Parolen wird weder klargemacht, wessen Instrument die SPD-Regierung ist, noch wird das Lohndiktat, d.h. die Fesselung der Gewerkschaften an die Lohnleitlinien aus der Politik der Kapitalistenklasse und seines Staates abgeleitet, vielmehr wird die SPD-Regierung in der ersten Parole als selbständiger politischer Faktor behandelt, der willkürlich das Lohndiktat durchsetzt. Diese "Willkür" wird in der zweiten Parole als Verräterei interpretiert (3), wobei hier davon ausgegangen wird, daß die Arbeiterklasse die SPD als ihre Partei begreift, obwohl doch in der ersten Parole immer schon vorausgesetzt ist, daß die SPD-Regierung die Regierung der Kapitalistenklasse ist und daß das auch jeder weiß. Über solche Kleinigkeiten, daß viele Kollegen es für durchaus wichtig halten, daß die gegenwärtige Regierung eben keine reine SPD-Regierung ist, und daß diese Tatsache von großer Bedeutung für die Haltung größerer Teile der Arbeiterklasse gegenüber der SPD ist, wird natürlich ohnehin hinweggesehen. Wenn es aber angeblich keinerlei Differenzen zwischen den Parteien der Bourgeoisie gibt, warum heißt es dann nicht gleich: Gegen das Lohndiktat des Staates oder der Regierung? Weil dann die ganze Fiktion der KPD/ML, als ob der Kampf gegen den SPD Einfluß in der Arbeiterklasse und der Kampf gegen den kapitalistischen Staat ein und dasselbe wäre, zerbrechen müßte weil dann überhaupt die ganze Agitation und Propaganda viel schwieriger würde. Mit Parole I und II versucht die KPD/ML nämlich den Kampf gegen die Kapitalisten, den Kampf gegen den Staat als geschäftsführenden Ausschuß der Kapitalistenklasse und den Kampf gegen die bürgerliche Ideologie in der Arbeiterklasse mit einem Schlag zu erledigen und meint sich damit, um sämtliche Vermittlungen zwischen ideologischem, politischem und ökonomischem Kampf elegant gedrückt zu haben. Der Nachteil ist bloß, daß genau von diesen Vermittlungen die Herausbildung des Klassenbewußtseins des Proletariats abhängt, wobei ein großer Teil der Arbeiter die Verhältnisse schon wesentlich präziser analysiert als die KPD/ML. Weder hält er die SPD/FDP-Regierung für ein frei waltendes Geschöpf, noch hält er die SPD/FDP-Regierung für ein Instrument der Arbeiterklasse, das plötzlich heimtückisch die Interessen der Arbeiter verrät. Vielmehr sieht er die Verbindung von SPD und Gewerkschaften, sieht er die Zwänge der Kapitalverwertung, sieht er die Abhängigkeit der Regierungen von diesen Zwängen und sieht daß die SPD/FDP-Regierung sich hierin von anderen Regierungen nicht wesentlich unterscheidet, und daß die Gewerkschaften dennoch diese Regierung voll unterstützen. Auf die politischen Fragen, die sich daraus ergeben, kann natürlich eine Agitation und Propaganda, die den Klassencharakter des Staates auf die Willkür und Verräterei einer bestimmten Regierung reduziert und die Gewerkschaftsfrage umgeht, nicht antworten. Deshalb folgt auch in der dritten Parole keine Antwort auf diese Fragen. Statt die Trennung der Gewerkschaften vom bürgerlichen Staat und die Bekämpfung der SPD-Linie in den Gewerkschaften zu propagieren, wird völlig abstrakt auf die eigene Kraft hingewiesen und dazu aufgefordert, die KPD/ML zu stärken. Die dritte Parole hat in diesem Zusammenhang zwei Konsequenzen: Einerseits muß sie notwendig antigewerkschaftlich erscheinen, weil der Kampf um die Gewerkschaften völlig herausfällt, in dem sich die eigene Kraft des Proletariats unter anderem ausdrücken muß, andererseits wird die KPD/ML zur Ersatzgewerkschaft stilisiert, die unmittelbar den selbständigen, außerhalb der Gewerkschaften stattfindenden ökonomischen Kampf zu organisieren hat. Dahinter steht wohl folgende Verlegenheit: Da in Parole I und II der politische Charakter des Lohnkampfes unmittelbar zum Ausdruck gebracht wird, kann und muß auch sofort die politische Organisation genannt werden, die diesen politischen Kampf allein erfolgreich führen kann: eben die KPD/ML. Entsprechend ist natürlich auch die 15 % Forderung, die die KPD/ML unentwegt aufrechterhielt, gar keine wirtschaftliche Forderung, sondern unmittelbar politisch, weil direkt gegen das Lohndiktat der SPD-Regierung gerichtet. (4)

Im Verlauf des Tarifkampfes kam dann noch die Parole "Weg mit den falschen Führern" dazu, ohne daß freilich die Perspektive des innergewerkschaftlichen Kampfes gegen die SPD-Linie propagiert worden wäre. Diese Parole wurde vielmehr völlig illusionär und personalisierend propagiert und war dementsprechend keineswegs geeignet, die Bindung vieler Kollegen an bekannte Betriebsräte oder Führer der Gewerkschaften zu durchbrechen So hieß es z. B im Roten-Benz-Arbeiter während der Urabstimmung(13. 12.) : "Ohne diese falschen Führer an der Spitze, ohne Bleicher ohne Lucy, Jäger, Feuerstein+ als Streikleiter - da wäre unser Kampf allerdings erfolgreich gewesen! Hätten wir im Vertrauen auf die eigene Kraft gekämpft, dann wäre unsere gewaltige Kampfkraft allerdings nicht geknebelt worden! Deshalb muß unsere erste Lehre sein (...):

Weg mit den falschen Führern!
Vertrauen auf die eigene Kraft!"

(3) Hinter diesem subjektivistischen Herangehen an das Verhalten der SPD-Regierung verbirgt sich letztenendes eine ähnliche Loslösung des kapitalistischen Staates von der Kapitalistenklasse wie bei der DKP. Dann wird auch die Frage des Regierungswechsel zum strategischen A und O. Mal sorum, mal sorum.

+Betriebsräte bei Benz/Mannheim

(4) So die Mannheimer KPD/ML-Genossen in ihrer mündlichen Agitation.

Da die Notwendigkeit des Kampfes in den Gewerkschaften überhaupt nicht aufgezeigt wird, bleibt die Parole "Weg mit den falschen Führern! Vertrauen auf die eigene Kraft!" bestenfalls eine leere Phrase. Wenn nach dem gleichen Flugblatt die "erste Konsequenz", die wir aus der Tarifrunde ziehen müssen, "sein muß":

"Stärkt die KPD/ML - denn damit stärkt ihr euch selbst!"

dann wird aus der radikalen Phrase die phrasenhafte Konsequenz gezogen und die KPD/ML als Allheilmittel angeboten für Probleme, die die KPD/ML nicht einmal zu analysieren in der Lage ist.

Wie schätzt die KPD/ML die gegenwärtige Kampfsituation ein?

Die Präambel der Plattform der Aktionseinheit zur Metalltarifrunde, der sich auch die Kommunistische Gruppe (NRF) Mannheim/Heidelberg angeschlossen hat, ging in ihren beiden ersten Abschnitten von folgender Einschätzung aus:

"Im Zentrum der gegenwärtigen Klassenkämpfe stehen die konzentrierten Angriffe der Bourgeoisie gegen das Lebensniveau, die politischen Rechte, und die Ansätze zur politischen und ideologischen Selbständigkeit der Arbeiterklasse. Gegen diese Angriffe auf ihr Lebensniveau hat sich die Arbeiterklasse in den letzten Jahren durch Lohnkämpfe zur Wehr gesetzt.

In diesen Kämpfen dokumentierte sich von Jahr zu Jahr eine steigende Kampfbereitschaft. Diese Kampfbereitschaft im Lohnkampf blieb jedoch in den ideologischen Fesseln der Bourgeoisie befangen und steht gegenwärtig in Gefahr, der Allseitigkeit des Angriffs der Bourgeoisie zu erliegen, wenn es den Kommunisten nicht gelingt, die Abwehrfront der Arbeiterklasse auf allen Ebenen des Kampfes zu errichten."

Diese Beschreibung der gegenwärtigen Klassenkampfsituation, und mehr als eine Beschreibung ist es nicht, halten wir nach wie vor für richtig. Wir halten die gegenwärtigen Kämpfe der Arbeiterklasse für wirtschaftliche Abwehrkämpfe, die keineswegs schon ein den Angriffen der Bourgeoisie adäquates Klassenbewußtsein zum Ausdruck bringen. Die Plattform der Aktionseinheit erklärt allerdings weder die Angriffe der Bourgeoisie, noch erklärt sie den niedrigen Stand des politischen Bewußtseins der Arbeiterklasse. Das ist ihre Schwäche. Wie aber kritisiert die KPD/ML die Plattform? Sie leugnet den vorwiegend wirtschaftlichen Charakter der Abwehrkämpfe und bestreitet überhaupt, daß die Arbeiterklasse sich in der Defensive befindet, und daß es Aufgabe der Kommunisten ist, die Abwehrfront der Arbeiterklasse auf allen Ebenen des Kampfes zu errichten, sondern geht von einer beginnenden revolutionären Offensive der Arbeiterklasse aus. Gegen die Einschätzung der Situation in der BRD durch die Plattform der Aktionseinheit setzt sie folgende Aussage:

"In Wirklichkeit steht jedoch die gesamte Arbeiterklasse in den kapitalistischen und revisionistischen Ländern am Beginn einer revolutionären Flut." (KND 69)

Die KPD/ML befreit sich also unter Hinweis auf die allgemeine Aussage Maotsetungs "Die Haupttendenz in der Welt ist die Revolution" von der Notwendigkeit, eine taktische Klassenkampfsituation in einem bestimmten Land zu einem bestimmten Zeitpunkt zu untersuchen. Die strategische Aussage Maos und Lenins bezieht sich auf die Epoche des Imperialismus und des beginnenden Sieges der sozialistischen Revolution, erübrigt aber keineswegs eine konkrete Analyse der nationalen Klassenkämpfe und eine taktische Einschätzung von deren Entfaltung. Die Tatsache, daß die westdeutsche Kapitalistenklasse die verschärften Widersprüche der imperialistischen Konkurrenz durch verstärkten Druck auf die Arbeiterklasse zu lösen versuchen muß, und daß dieser Lösungsversuch eine Verschärfung des Klassenkampfes bedeutet, kann uns keineswegs dazu veranlassen, den defensiven und unentfalteten Charakter des proletarischen Klassenkampfes zu übersehen und in triumphalistische und abenteuerliche Phrasen auszubrechen. In diesen Defensivkämpfen wird die Arbeiterklasse ihre politische Organisation schmieden und ihr politisches Klassenbewußtsein entwickeln, das es ihr ernöglichen kann, offensiv in die gegenwärtige Krise des Imperialismus einzugreifen und nicht nur eine Lösung der Krise auf ihre Kosten abzuwehren. Dennoch lernt die westdeutsche Arbeiterklasse gegenwärtig gerade erst die Notwendigkeit der ständigen Verteidigung ihrer Lebensinteressen und befindet sich noch nicht "am Beginn einer revolutionären Flut". Der Kampf geht gegenwärtig gegen Lohnabbau, den Abbau politischer Rechte und den Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates. Daß die Arbeiterklasse zumindest den Kampf gegen den Lohnabbau zu führen beginnt, und daß die kommunistische Bewegung in diesen Kämpfen Fortschritte macht, bedeutet einen mächtigen Sprung vorwärts im Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus, ändert aber nichts am defensiven Charakter der Kämpfe, die gegenwärtig noch ein sehr geringes Ausmaß und ein sehr geringes Niveau haben. Das Kategorienpaar "Ebbe" und "Flut", das der KPD/ML offensichtlich allein zur Verfügung steht und das sie zudem ganz global verwendet, ist überhaupt nicht geeignet, die gegenwärtigen Bewegungen in der Arbeiterklasse und im Volk zu untersuchen und die richtigen taktischen Schlüsse aus dieser Untersuchung zu ziehen. Das zeigt sich z. B., wenn die KPD/ML die vereinzelten Streiks gegen die Notstandsgesetze 1968 als Anzeichen der beginndenden "revolutionären Flut" begreift (5), während diese Streiks in Wirklichkeit viel eher der schwache Ausläufer einer ganzen Reihe von demokratischen Abwehrschlachten der westdeutschen Arbeiterklasse gegen die Nachkriegsreaktion in der Bundesrepublik Deutschland gewesen sind und weder im Massencharakter noch der Militanz und Ausdauer an diese Kämpfe anschließen konnten. Soweit es 1968 zu Streiks kam, waren diese auch angeleitet von den alten politischen Kernen dieser damaligen Kämpfe.

Zwar hatten die Septemberstreiks und auch die Tarifkämpfe von 1970 teilweise offensiven Charakter, wobei die Septemberstreiks zudem organisatorisch autonom durchgeführt wurden, doch kam auch in diesen Kämpfen kein revolutionäres Bewußtsein zum Ausdruck oder eine politische Absage an den Klassencharakter des Staates. Wie leichtsinnig es ist, die gegenwärtigen Kämpfe als Beginn einer revolutionären Flut zu bezeichnen, zeigt sich daran, wie leicht es 1971 der Kapitalistenklasse mit Hilfe ihres Staates und der klassenversöhnlerischen Gewerkschaftsführung gelungen ist, die Lohnleitlinien durchzusetzen und ohne nennenswerten Widerstand der Arbeiterklasse eine verfeinerte und verschärfte Neuauflage des Adenauer-BVG durchzusetzen, dessen Vor-

(5) s. Grundlagen und Taktik der Gewerkschaftsarbeit der KPD/ML, Juni 1970

bereitung 1952 noch Hunderttausende auf die Straße gebracht hat. Es ist eine grobe Fehleinschätzung nach Jahrzehnten der politischen Niederlage der Arbeiterklasse in der BRD die gegenwärtigen Kämpfe als Beginn einer neuen revolutionären Flut zu bezeichnen und zu verschweigen, daß die Bourgeoisie nach dem spontanen Aufschwung der Septemberstreiks immer deutlicher die politische Initiative ergreift, um die gegenwärtigen Bewegungen in der Arbeiterklasse sofort zu ersticken und auch jene Teile des Volkes wieder fest an die Kandare zu nehmen, die ihr vorübergehend entglitten waren (Reaktion an den Schulen und Universitäten).
"Es dient der Arbeiterklasse überhaupt nicht, daß zur Zeit zahlreiche Organisationen und Gruppen kräftig einen auf Optimismus machen." (KB, Unser Weg, Nr 13, S. 3) Besonders seltsam wirkt dieser Optimismus, wenn er sich wie bei der KPD/ML oft nur aus der Tatsache speist, daß Mitglieder ihrer Organisation beim Flugblattverteilen Prügel bezogen haben oder daß Kollegen, oft mit Unterstützung des Betriebsrats, aus einem Betrieb geworfen worden sind. Derlei Ereignisse werden von der KPD/ML flugs als Zeichen der Polarisierung in den Betrieben und als Zeichen des Einflusses der "Partei" interpretiert und als weiterer Beleg für den Beginn einer neuen revolutionären Flut angeführt. Wo solche Ereignisse noch nicht ausreichen, macht man sich Mut mit erschwindelten Berichten von "Kampfveranstaltungen" und mit Resolutionen, die an den Gefühlen und dem Denken der Massen völlig vorbeigehen und höchstens von einer Handvoll Kollegen unterstützt wurden, in der organisationseigenen Presse aber als Ausdruck der Stimmungen der Massen veröffentlicht werden. So endet der Optimismus in Schwindel und Selbstbetrug.(6) Von marxistisch-leninistischer Analyse und Untersuchungsarbeit kann keine Rede sein, wo idealistische Ansichten den Blick für die Realität des Klassenkampfes verstellen und die verstellte Realität dann als Beleg dient, um die idealistischen Ansichten "materialistisch" zu untermauern.

"Hauptfeind: SPD-Regierung"

Es ist die Aufgabe der Kommunisten, in die spontanen Kämpfe der Arbeiter politisches Klassenbewußtsein "hineinzutragen" und die vorhandenen Elemente von politischem Klassenbewußtsein weiterzuentwickeln, damit die Arbeiter aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen und der systematischen Agitation und Propaganda der Kommunisten, zunehmend die "Erkenntnis der unversöhnlichen Gegensätzlichkeit ihrer Interessen zu dem gesamten gegenwärtigen politischen und sozialen System" (Lenin, Was tun?) gewinnen und sich als Klasse der Kapitalistenklasse politisch entgegenstellen. Die spontanen Kämpfe stellen die Arbeiter einzelner Abteilungen, Betriebe oder Industriezweige, den einzelnen Kapitalisten und ihren Verbänden gegenüber. In diesem Kampf entwickelt sich das Bewußtsein der Gegensätzlichkeit der ökonomischen Interessen von Arbeitern und Kapitalisten und die Einsicht in die Notwendigkeit des ständigen Kampfes gegen die Kapitalisten. Es entwickelt sich aber in diesen Kämpfen nicht naturwüchsig die Erkenntnis des bürgerlichen Klassencharakters des Staates und die Notwendigkeit der Zerschlagung des kapitalistischen Staates, um das gesamte politische und soziale System zu beseitigen.

Da der Staat nicht der Vertreter der einzelnen Kapitalisten ist, sondern der geschäftsführende Ausschuß der Kapitalistenklasse und gerade auch die Funktion hat, wie Engels sagt, die bestehenden Gegensätze zwischen den Klassen zu kanalisieren, ergeben sich auf der Ebene des spontanen Kampfes der Arbeiter gegen die Kapitalisten zwangsläufig Illusionen über den Klassencharakter des Staates, der als neutrale Instanz zumindest solange begriffen wird, als er nicht offen auf Seite der Kapitalisten in diese spontanen Kämpfe eingreift. So kann auf dieser Ebene des spontanen Kampfes der Arbeiter gerade das Klasseninteresse der Bourgeoisie an der Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft, das sich im Staat verkörpert, als Interesse der gesamten Gesellschaft an ihrem Fortbestehen erscheinen. In Zeiten des nicht entwickelten Klassenkampfes und zersplitterter Kämpfe der Arbeiter gegen die Kapitalisten sind diese Illusionen über den Charakter des Staates nahezu zwangsläufig. Sie werden natürlich verstärkt, wenn eine Partei mit traditionellem Rückhalt in der Arbeiterklasse an der Regierung ist. So werden gerade auch die Institutionen und Veranstaltungen des heutigen kapitalistischen Staates wie die Konzertierte Aktion oder die Lohnleitlinien keineswegs von vornherein als Instrumente der im Staat organisierten Kapitalistenklasse begriffen, genausowenig wie eine staatliche Schlichtung in Tarifkämpfen von vornherein als Unterwerfung der Klasseninteressen der Arbeiter unter die Klasseninteressen der Kapitalisten begriffen werden, wenn die Interessen der einzelnen Kapitalisten oder auch ihrer Verbände von denen der Kapitalistenklasse an einer möglichst reibungslosen Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft abweichen und der Staat so als Mittler zwischen den Klassen erscheinen kann.

Damit der Klassencharakter des Staates und die Notwendigkeit seiner Zerschlagung für die Beseitigung des gesamten sozialen und politischen Systems von den Kommunisten in den Arbeitermassen verbreitet werden kann, ist eine gewisse Entfaltung der spontanen ökonomischen Kämpfe notwendig, denn ohne eigen Kampferfahrung können die Massen nicht für den Kommunismus gewonnen werden. Es ist jedoch die Aufgabe der Kommunisten, die Arbeiterklasse auch dort, wo sie "noch nicht weit genug fortgeschritten ist, um gegen die Kollektivgewalt einen entscheidenden Feldzug zu unternehmen", " durch fortwährende Agitation gegen und feindselige Haltung zur Politik der herrschenden Klassen" (Marx) zu schulen, wenn die Arbeiterklasse nicht "Spielball" der Politik der herrschenden Klasse bleiben soll. Den Kommunisten dient deshalb der "ökonomische Kampf als Basis für die Organisierung der Arbeiter zu einer revolu-

(6) Andere Beispiele für Schwindeleien: In der Freiburger "Roten Spule" vom 13.12. behauptet die KPD/ML, die Benz-Arbeiter seien bei Streikbeginn zu den anderen Betrieben gezogen und hätten die Kollegen rausgeholt. Tatsächlich ist es aber der IGM-Führung gelungen, nachdem sie auf Druck der Arbeiter für Mannheim die Schwerpunkttaktik aufgegeben hatte, jede weitere Initiative der Arbeiter zu unterbinden. Auch der Vollstreik in Mannheim wurde im übrigen nicht unmittelbar durch Aktionen in den Betrieben durchgesetzt, sondern durch Druck auf die Vertrauensleute und Delegierten und durch Beschluß der Delegiertenversammlung. Noch ein Beispiel: In Berlin haben bei AEG-Brunnenstraße einige Kollegen auf Transparenten in einem von der Gewerkschaft angeleiteten Streik 15 % gefordert, im RBA vom 20. 12. heißt es, die Kollegen von AEG-Brunnenstraße hätten für die vollen 15 % gestreikt.

tionären Partei, für die Zusammenfassung und Weiterentwicklung ihres Klassenkampfes gegen die ganze kapitalistische Ordnung. "(Lenin, Aus Anlaß der "Profession de foi", W. 4, S. 287) Der ökonomische Kampf, der notwendig zersplittert bleibt, ist für die Kommunisten also nicht "etwas sich selbst Genügendes", sondern ihre Aufgabe ist es, "die unauflösbare Verschmelzung des ökonomischen Kampfes und des politischen Kampfes zum einheitlichen Klassenkampf der sozialistischen Arbeitermassen zu fördern." (a.a.O., S. 188)

Ist die Losung "Hauptfeind ist die SPD Regierung" der KPD/ML geeignet, einen entscheidenden Feldzug gegen die Kollektivgewalt der herrschenden Klasse vorzubereiten und den einheitlichen Klassenkampf gegen die ganze kapitalistische Ordnung zu fördern?

Die KPD/ML begründet ihre Hauptsoßrichtung gegen die SPD-Regierung damit, daß
a) die SPD-Führer die"aktivsten Vorreiter des Imperialismus"sind (RF 13, S.3) und
b) daß die SPD als opportunistische Partei die "soziale Hauptstütze der Bourgeoisie" (KND 69) ist.

Dies sind zwei grundverschiedene Begründungen. In Begründung a) sind die SPD-Führer Führer der Bourgeoisie und ist die SPD die Partei des Monopolkapitals.
In Begründung b) ist die SPD als Arbeiterpartei eine Agentur der Bourgeoisie in der Arbeiterklasse.
Diese beiden Begründungen müßten zu verschiedenen Taktiken führen. Begründung a) führt dazu, daß der Kampf gegen die Kapitalistenklasse und gegen den imperialistischen Staat sich zuspitzt zum Kampf gegen die SPD-Regierung als Quintessenz der Diktatur der Bourgeoisie. Begründung b) führt dazu, daß die SPD ganz unabhängig davon, ob die SPD an der Regierung ist oder nicht, der Hauptfeind der Arbeiterklasse in der Arbeiterklasse bleibt.
Die KPD/ML sieht diesen Widerpsruch überhaupt nicht, sondern sagt:" Im Moment muß der Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie geführt werden." (RF 24, S. 3)
Wenn sie damit auf Grund von Begründung a) meint: solange die SPD an der Regierung ist, führen wir den Schlag gegen die Kapitalistenklasse gerade auch als Schlag gegen die SPD-Regierung, würde sie ihre Hauptfeindthese aufgeben. Dann ist der Hauptfeind die Kapitalistenklasse und ihre staatliche Organisation und wird die SPD-Regierung einfach als momentanes Instrument der Kapitalistenklasse bekämpft.
Wenn sie damit meint, daß der Kampf gegen die SPD als Hauptfeind der Arbeiterklasse in der Arbeiterklasse an Bedeutung verlieren werde, wenn die SPD nicht an der Regierung ist dann beruht dieser Trugschluß auf völliger Verkennung der Bedeutung der SPD-Linie in den Gewerkschaften und der Sozialpartnerschaftsideologie in der Arbeiterklasse.

Was steckt nun hinter diesem ganzen Unsinn? Einerseits die Gleichsetzung einer bestimmten Regierung mit der Diktatur der Bourgeoisie im allgemeinen und andererseits die Gleichsetzung des Hauptfeindes der Arbeiterklasse, d.h. der Bourgeoisie, mit den Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterklasse d.h. den Opportunisten, den Hauptfeinden der Arbeiterklasse in der Arbeiterklasse. Hervorragend zum Ausdruck kommt diese Verwechslung in einer schlichten Fälschung. Der abenteuerliche Leichtsinn der KPD/ML führt sie immer wieder letzten Endes auf das Hilfsmittel des Schwindels und des Selbstbetrugs. In KND 69 und der RF 18/71 hält die KPD/ML den Gruppen der AE ein Lenin-Zitat vom 2. Kongress der Komintern entgegen. Zwar ist das Zitat, mit dem die KPD/ML die Gruppen der AE geißeln will "Der Opportunismus ist der Hauptfeind" (W 31/219) richtig abgeschrieben, aber durch die KPD/ML völlig sinnentstellt und verfälscht. Bei Lenin geht es eindeutig um den Hauptfeind in der Arbeiterbewegung, der nach seiner Auffassung 1920 der Opportunismus und nicht der Linksradikalismus ist. Aber niemals kam natürlich Lenin auf den Wahnsinnsgedanken, eine Strömung in der Arbeiterbewegung generell zum Hauptfeind zu erklären.
KAB-Arbeiterzeitung 11/12/71 hat diesen Schwindel schon entlarvt und auch anderen Unsinn in der Polemik der KPD/ML gegen die AE aufgedeckt (S. 32/33)
Der ganze Unsinn der KPD/ML-These kommt auch im folgenden Satz Lenins aus derselben Rede zum Ausdruck:
"Hätten sie (die Opportunisten) nicht die Führung der Arbeiter in ihrer Hand,so könnte sich die Bourgeoisie nicht behaupten." (W 31, S. 219)
Das besagt ganz klar: der Kampf gegen die Opportunisten ist Funktion des Kampfes gegen die Bourgeoisie.
Die Frage, inwieweit die SPD-Führer einerseits als "aktivste Vorreiter" des Imperialismus und die SPD anderseits als opportunistische Partei bezeichnet werden kann, können wir hier nicht behandeln. In der KPD/ML tauchen diese beiden Kennzeichnungen als völlig unvermittelter Widerspruch auf. Wir meinen, daß weder die SPD-Führer die aktivsten Vorreiter des Imperialismus sind, noch daß die SPD heute noch als opportunistische Partei bezeichnet werden kann (vergl. MRF 3/71. Programmatische Erklärung).
Die KPD/ML untersucht nicht die Widersprüche in der SPD und ihren Klassencharakter, ihre Zusammensetzung, und ihren Einfluß auf die Arbeiterklasse, sondern begründet, so gut es eben geht, ihre Entscheidung, den Hauptstoß gegen die SPD-Regierung zu führen. Daß sie sich dabei bis zu dem Unsinn versteigt, eine politische Partei als "soziale Hauptstütze" der Bourgeoisie in der Arbeiterklasse zu bezeichnen, kann einen nicht mehr wundern.

Die KPD/ML glaubt, die Verschmelzung von ökonomischem und politischem Kampf zum einheitlichen Klassenkampf keineswegs durch eine allseitige Entlarvung des ganzen politischen und sozialen Systems fördern zu müssen, sondern im Kampf gegen die SPD-Regierung immer schon geleistet zu haben. Daß diese "Verschmelzung" abseits der Massen und auf einer abstrusen theoretischen Grundlage nur im Kopf einiger Individuen stattfindet, berechtigt sie um so mehr die Nase zu rümpfen über die tatsächlichen Probleme einer massenwirksamen, allseitigen Propaganda und Agitation.

Demgegenüber halten wir fest, daß der ökonomische Kampf die Basis für die Organisierung der Arbeiter zu einer revolutionären Partei, für die Zusammenfassung und Weiterentwicklung ihres Klassenkampfes gegen die ganze kapitalistische Ordnung ist. In diesem spontanen Kampf zwischen Arbeitern und Kapitalisten muß allerdings "von außen" die Perspektive der sozialistischen Revolution hineingetragen werden. Aber diese Perspektive der sozialistischen Revolution ist der Arbeiterklasse nichts Fremdes, wenn sie auf Basis ihrer eigenen Erfahrungen vermittelt wird. Ihre eigenen Erfahrungen drängen die Arbeiterklasse zur Einsicht in den Klassencharakter des bürgerlichen Staates und des Versöhnlertums in ihren eigenen Reihen. Ohne diese eigenen Erfahrungen der Arbeiterklasse wäre keine revolutionäre Massenlinie und kein revolutionärer Kampf möglich. In den gegenwärtigen Kämpfen kommt es darauf an, zu zeigen, daß der Staat keine über den Klassen schwebende neutrale Instanz ist, daß sich der Klassencharakter des Staates durch den Regierungswechsel nicht geändert hat und auch garnicht ändern konnte, daß die Kapitalistenklasse nur geschlagen werden kann, wenn ihr Staat zerschlagen

wird, und daß alle Kräfte in der Arbeiterklasse beiseitegeschoben werden müssen, die diese Wahrheit verschleiern wollen. Diese Einsichten können niemals vermittelt werden, wenn man den Klassenkampf auf den Kampf gegen die SPD-Regierung verengt und wenn man notwendige Maßnahmen des Staates, wie seine Lohnpolitik, als "Verrätereien" der SPD-Regierung bekämpft. Durch solche Stammtischpolitik, die über die objektiven Bewegungsgesetze des Kapitals und die objektiven Zwänge staatlicher Politik im Kapitalismus hinwegtäuscht, wird die Arbeiterklasse niemals befähigt, ihre revolutionäre Aufgabe zu erfüllen.(7)

III.

Wir gehen davon aus, daß die Kommunisten schon gegenwärtig den Kampf um die Gewerkschaften, d.h. für die Gewinnung der Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für die sozialistische Revolution, aufnehmen müssen. Der Kampf um die Gewerkschaften muß auf Basis der Aufgaben der Gewerkschaften propagiert werden. Es ist keine Massenlinie denkbar, die von der Notwendigkeit dieses Kampfes abstrahiert. Wir propagierten diesen Kampf in den Parolen "Gegen Lohnleitlinien - Raus aus der Konzertierten Aktion", "Kampf der SPD-Linie in den Gewerkschaften" und "Die Gewerkschaften zum Kampfinstrument der Arbeiterklasse machen". Wer in Massenkämpfen ohne korrekte Massenlinie eingreift, wird weder den Massen eine konkrete Perspektive weisen können, noch die fortgeschrittenen Arbeiter für die sozialistische Revolution gewinnen können.

Die KPD/ML geht davon aus, daß der Kampf um die Gewerkschaften erst aufgenommen werden kann, wenn die Partei "steht". Deshalb hält sie mit ihrer Parole "Eroberung der Gewerkschaften" durch die KPD/ML vorläufig noch hinter dem Berg, weil diese Parole gegenwärtig dann doch zu komisch wirken würde. Die Entwicklung des Streikkampfes zwang die KPD/ML jedoch, den Fragen der Arbeiter nach den nächsten Schritten eine Antwort zu geben. Diese Antwort lautete: "Weg mit den falschen Führern". Es ist klar, daß diese Antwort völlige Verwirrung stiften muß, auch wenn sie noch so radikal klingt. Entweder läuft diese Parole auf die putschistisch aufgemachte satzungsgemäße Ersetzung der gegenwärtigen Gewerkschaftsführer hinaus, oder

(7) Zu welch hanebüchenem Unsinn die Hauptfeind-SPD-These führt, mag folgendes Zitat aus dem Roten-Benz-Arbeiter vom 15.12.1971 zeigen. Dort heißt es unter der Überschrift "Wo steht der Feind":

> "In den Streiknachrichten vom 11.12. heißt es: 'Diese Strategen von Gesamtmetall hätten nur zu gerne der jetzigen Regierung ein Bein gestellt.' So haben die IGM- und D'K'P-Führer die ganze Metalltarifrunde in schöner Eintracht behauptet, die Kapitalisten wollten die SPD-Regierung stürzen.
>
> Kollegen, stimmt das denn?
>
> Auch viele Kollegen in den Streiklokalen sagten: 'Wenn die Schwarzen dran sind, geht es uns viel schlechter.' Aber warum sind die Schwarzen denn nicht an der Regierung? Könnten die ein Lohndiktat durchsetzen? Nein, Kollegen, genau das könnten sie nicht - denn sie haben eben nicht ihre Handlanger bis hinunter in den Betrieb wie die SPD-Regierung."

Hier kommt die ganze Verwirrung der KPD/ML über den

(Anm. 7 Forts.)

kapitalistischen Staat und über die SPD hervorragend zum Ausdruck. Auf die Demagogie der IGM-Führer und die entsprechenden Fragen der Kollegen wird nicht die Antwort gegeben: Auch die SPD macht die Politik der Kapitalistenklasse und solange es den kapitalistischen Staat gibt, wird jede Regierung die Politik der Kapitalistenklasse machen. Die Arbeiter können nicht den Kampf für ihre Interessen zugunsten einer bestimmten Regierung zurückstellen, denn damit stützen sie den kapitalistischen Staat und die Herrschaft der Kapitalistenklasse. Wenn wir die Kapitalistenklasse schlagen wollen, dann dürfen wir uns durch die SPD nicht hinters Licht führen lassen.

Nein, die KPD/ML sagt etwas ganz anderes. Einerseits behauptet sie, nur die SPD-Regierung könne das staatliche Lohndiktat gegen die Arbeiter durchsetzen. Als ob es nie eine Erhardschlichtung gegeben habe und als ob die SPD in der Regierung sein müßte, um die Arbeiterklasse am entschlossenen Kampf gegen die Kapitalisten und ihren Staat zu hindern. Zweitens wird nahegelegt, eine CDU-Regierung wäre besser für die Arbeiterklasse als eine SPD-Regierung. Hinter dieser Auffassung steckt letzlich die Verzweiflung vor der Aufgabe, das politische Klassenbewußtsein der Arbeiter zu fördern, und die Auffassung: je offener faschistisch die Herrschaft der Bourgeoisie ist, desto besser für die Arbeiterklasse. Gleichzeitig wird drittens behauptet, die CDU und damit die offene Reaktion habe als Partei der Bourgeoisie ausgespielt und die SPD-Regierung sei die letzte Form der Herrschaft der Bourgeoisie.
4. wird die Zerschlagung des bürgerlichen Staates auf die Beseitigung der SPD-Regierung reduziert und damit
5. der Demagogie der IGM-Führung, die die Arbeiterklasse auf bestimmte Regierungen fixieren will, um sie vom Kampf gegen den Staat abzuhalten nichts entgegensetzt als die Umkehrung des Vorzeichens. Sagt die IGM-Führung: die jetzige Regierung ist besser als eine CDU-Regierung, dann sagt die KPD/ML den erstaunten Kollegen, nein, sie ist noch schlechter.
6. bringt die KPD/ML den Kampf gegen die SPD-Linie in den Gewerkschaften und gegen die Sozialpartnerschaftsideologie in der Arbeiterklasse auf den Kampf gegen die SPD-Regierung herunter.
Zu welchem Popanz die SPD-Regierung für die KPD/ML längst geworden ist, zeigt sich daran, daß der Abschluß ständig auf "Befehl" Schillers oder der SPD-Regierung zustandegekommen sein soll. So einfach ist das alles. All dieser Unsinn stiftet im schlimmsten Fall Verwirrung, im besten Fall bleibt er völlig wirkungslos.

Weil viele Arbeiter sagen, die SPD ist das kleinere Übel, sagt die KPD/ML einfach: "Das größte Übel ist die SPD-Regierung" (Roter-Benz-Arbeiter, 19.11.71); wobei den Kollegen schon ein unklares Bewußtsein über den Klassencharakter des Staates da ist, indem es nur die Wahl zwischen Pest und Cholera gibt, da sagt die KPD/ML: Die Cholera ist schlimmer als die Pest und lenkt vom Kampf gegen den kapitalistischen Staat ab. Warum ist die SPD-Regierung das größte Übel? Ganz einfach: "Die CDU könnte kein Lohndiktat gegen uns durchsetzen, sie könnte uns nicht so gut verraten und verkaufen..." Das ist der Beginn einer der Dialoge, die die KPD/ML mit sich selbst führt und in denen sie einmal als Arbeiterklasse sagt, was die Arbeiterklasse angeblich noch nicht weiß und dann als KPD/ML echot, was die Arbeiterklasse tatsächlich noch nicht weiß:
Die KPD/ML - das seid ihr selbst! Merkt es endlich!

sie ist personalisierende Aufforderung zur Zerschlagung des Gerwerkschaftsapparates. Beides ist als Aktionslosung gleichermaßen hirnrissig. Die erste Version liefe auf die Perspektive der Eroberung des Apparates hinaus. Die zweite Version liefe gegenwärtig auf garnichts hinaus. Die zweite Version ist wohl die gemeinte. So oder so ist die Parole weder geeignet, irgendwelche Klarheit über den Charakter der Gewerkschaften und der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen zu geben, noch ist sie in der Lage, in diese innergewerkschaftliche Auseinandersetzung einzugreifen. In einem Tarifkampf gegenwärtig als Aktionslosung erhoben, ist sie bestenfalls geeignet, über den klassenversöhnlerischen Charakter des ganzen bestehenden Tarifwesens hinwegzutäuschen und Illusionen über die Härte der bevorstehenden Kämpfe zu schaffen. Im Grunde liegt der Parole die gleiche Methode zugrunde wie den Parolen: "Kampf dem Lohndiktat der SPD-Regierung" und "Kampf den Verrätereien der SPD-Regierung": objektive Zwänge und Entwicklungen werden in subjektive Bosheiten verwandelt, um sie verbalradikal und personalisierend anprangern zu können.

IV.

Hat die KPD/ML mit ihrer Politik in der MTR Erfolg gehabt? Zumindest ist dieser Erfolg in Mannheim nicht sichtbar geworden. Sichtbar geworden ist dagegen die völlige Isolation der KPD/ML von den Arbeitermassen und von den fortgeschrittenen Kollegen. Ihre bloß personalisierende Kritik war weder in der Lage dem Unmut vieler Kollegen über die Politik der Gewerkschaftsführung und ihrer Stützen im Ortsverein und in den Betrieben eine politische Richtung zu geben, noch hat sie auf den realen Verlauf des Streiks irgendeinen Einfluß gehabt. Gegenüber den ständigen Angriffen von SPD-und DKP-Vertretern, mit Übergriffen gegen Flugblattverteiler und Rausschmissen aus Streiklokalen blieb die KPD/ML in der Defensive, wobei sie diese Angriffe, gegen die die Kollegen selber keine Hand rührten, auch wenn sie sie mißbilligten, für große Erfolge hielt. und uns als Zeichen für ihre richtige Linie entgegenhielt. So mußten die Erfolge herbeigeschwindelt werden. Am deutlichsten kommt dies in dem KND Bericht und in dem Bericht in der 'Roten Fahne' zu einer sogenannten Kampfveranstaltung in Mannheim zum Ausdruck. Diese Berichte zeichnen sich dadurch aus, daß sie wie die bürgerlichen Presseberichte keinerlei Möglichkeit bieten, immanent auf ihre Richtigkeit hin überprüft werden zu können. Man muß alles mit eigenen Augen und Ohren gesehen haben, um den Schwindel durchschauen zu können. So findet sich zum Beispiel keine Angabe über Zahl und Zusammensetzung der Anwesenden, keine korrekte Wiedergabe des Verlaufs der Disskussion, sondern eine sorgfältige Beschreibung des Dekors und feierlichen Rahmens, in dem sich das ganze abspielte. Dann folgt der Abdruck einer Resolution, die genausogut ortsgruppenintern hätte abgestimmt werden können und schon wieder ist der Vormarsch der Partei belegt. Solcher Schwindel dient ausschließlich der Abwehr von Selbstkritik und der Manipulation von Gruppen und Individuen, die sich durch die Komödie der erfolgreichen und vorwärtsschreitenden Partei hinters Licht führen lassen. Der kommunistischen Bewegung und dem Klassenkampf schadet diese Komödie . Die genannte Kampfveranstaltung hatte mehr oder weniger ausdrücklich zum Ziel, die Fortsetzung des Streiks für die vollen 15 % nach der Urabstimmung vorzubereiten. Wo könnte die illusionäre Politik der KPD/ML besser zum Ausdruck kommen als in diesem Veranstaltungsziel? "Aus dem Tarifverrat lernen, heißt die KPD/ML stärken!" Wir meinen, diese Lehre wird wenig Beachtung finden. "Stärken wir die KPD/ML! Damit stärken wir uns selbst! Lassen wir nicht zu, daß sie organisatorisch schwach bleibt! Denn damit schwächen wir uns selbst!" Wir meinen, diese Kraftkur wird wenig Erfolg haben.

Wir haben in unserer Polemik mit der KPD/ML nur bis jetzt uns auf die Kritik ihrer Einschätzung der gegenwärtigen Situation des Klassenkampfs, ihrer These: Hauptfeind ist die SPD-Regierung und ihre Gewerkschaftstaktik beschränkt und haben ihren Anspruch, die Partei des Proletariats zu sein, zunächst methodisch ernst genommen. Tatsächlich liegt jedoch in diesem Anspruch gerade das sektiererische Grundübel der KPD/ML, das sie immer wieder zwingt, die tatsächliche Bewegung in der Arbeiterklasse ihrerm sektiererischen Spleen unterordnen zu wollen, statt dieser Bewegung bewußten Ausdruck zu verleihen und weiterzutreiben. Das sektiererische Anpreisen der KPD-ML als Superman, der bloß noch ein bißchen hochgepäppelt werden muß, führt zu komischen Auswüchsen. So heißt es z.B. im R.B.A. vom 15.12.: "In der Metalltarifrunde haben sich die Böcke von den Schafen geschieden. (Soll wohl heißen, daß sich die KPD/ML als Schaf erwiesen hat?) Von allen Gruppen und Parteien ist als einzige die KPD/ML übriggeblieben, die uns von Anfang an den richtigen Weg gezeigt hat und den Gewerkschaftsführern nicht auf den Leim gegangen ist. Wir hätten diese Niederlage nicht erlitten, wenn diese KPD/ML richtig stark gewesen wäre. Dann hätten wir in allen Abteilungen den Kampf genauso konsequent führen können wie ihn die Partei in der Roten Fahne und im Roten Benz-Arbeiter geführt hat."

Hier wird der Idealismus auf die Spitze getrieben. Die KPD/ML schustert sich eine Arbeiterklasse zurecht und läßt diese Arbeiterklasse in ihrem Flugblatt sagen, wenn wir der KPD/ML gefolgt wären, dann hätten wir gesiegt. Die KPD/ML findet die ihr adäquate Arbeiterklasse wenigstens literarisch, wenn die tatsächlichen Arbeiter so beschränkt sind, ihr nicht begeistert zu folgen und sie deshalb den Kampf nur auf dem Papier so richtig konsequent führen kann. Die erfundenen Arbeiter ziehen dann auch den Schluß, den die tatsächlichen Arbeiter so halsstarrig verweigern: "Stärken wir die KPD/ML! Damit stärken wir uns selbst. Lassen wir nicht zu, daß sie organisatorisch schwach bleibt! Denn damit schwächen wir uns selbst."

Zunächst erfinden sich einige Gruppen und Individuen als Partei der Arbeiterklasse, als KPD/ML; dann erfinden sie die eigentliche Arbeiterklasse und diese erfundene Arbeiterklasse stärkt die erfundene Partei und am Ende steht dann die wirkliche, die starke Partei der Arbeiterklasse. Das zitierte Flugblatt ist natürlich kein Einzelfall; zumindest in Mannheim pflegt sich die KPD/ML ständig in der Rolle der Arbeiterklasse selbst zu erschaffen und zu bestätigen. Schon am 19.11. tönt der Rote Benz-Arbeiter: "Unser Kampf mit der Partei, die von Anfang an auf unserer Seite gestanden hat und uns den richtigen Weg gewiesen hat:

Mit der KPD/ML!
Organisiert Euch jetzt in der Betriebsgruppe der KPD/ML!"

Dieses Spiel mit verteilten Rollen und einem Darsteller (in ihrer Eigenschaft als Arbeiterklasse lobt sich die KPD/ML in ihrer Eigenschaft als KPD/ML) erinnert

an einen Bauchredner, der nicht merkt, daß es nur sein Bauch ist, der redet; ein Bauchredner, der sich selbst hereinlegt ist ein schlechter Bauchredner. Wage aber keiner zu sagen: "Das ist ja dein eigener Bauch, der da spricht." Denn das sagen nur Revisionisten, Oekonomisten und "Kommentarführer". (8)

(8) Die KG(NRF) MA/HD gibt die "Kommentare" als Betriebszeitung heraus. Sie wird von der KPD/ML als "Kommentarführer" angegriffen. Mit dem Januar 72 verkauft die KG(NRF) zusätzlich die Arbeiterzeitung in Mannheim und Heidelberg.
Bestellungen für Kommentare und Arbeiterzeitung bei Hans Walla, 69 Heidelberg Karlstraße 22

ROTE ROBE

Offizielles Organ des Südwestdeutschen Referendarverbandes

Aus dem Inhalt von Heft 6/71:

- Antikommunismus und KPD-Verbot
- Zur Funktion und Qualifikation von Verfassungshütern
- Betriebsfrieden und vertrauensvolle Zusammenarbeit
- Schmidt probt den Notstand
- Die Mißhandlung Margret Schillers
- Mord an Georg von Rauch
- Anwälte des SPK von der Verteidigung ausgeschlossen

u.a.

Probeheft und Abonnement (6 Hefte im Jahr 8.4oDM incl. Porto) bei: ROTE ROBE VERLAG 69 Heidelberg Werrgasse 7 , Tel: 06221/ 43863

internationale marxistische diskussion

1. charles bettelheim: über das fortbestehen von warenverhältnissen in den „sozialistischen ländern" dm 2,–
2. colletti/libertini/maitan/magri: lenins „staat und revolution" – heute dm 5,–
3. martin nicolaus: konkurrenz und mehrwert. zur klassentheorie bei marx dm 4,–
4. edoarda masi: der marxismus von mao und die europäische linke dm 2,–
5. „partei und klasse". eine diskussion zwischen jean-paul sartre und „il manifesto". eingeleitet von rossana rossanda dm 3,–
6. jean laplanche: marcuse und die psychonanalyse dm 2,–
7. l. colletti: zur stalinfrage dm 2,–
8. maurice godelier: system, struktur und widerspruch im „kapital" dm 2,–
9. ernest mandel/martin nicolaus: kontroverse über die möglichkeit einer revolution in den usa dm 4,–
10. louis althusser: freud und lacan dm 2,–
11. die notwendigkeit des kommunismus. die plattform von „il manifesto" dm 5,–
12. mario tronti: extremismus und reformismus. 3 Aufsätze dm 4,–
13. martin nicolaus: die objektivität des imperialismus. anti-mandel /ernest mandel: die widersprüche des imperialismus dm 7,–
15. ralph miliband: marx und der staat dm 2,–
17. rossana rossanda: der marxismus von mao-tse-tung dm 2,–
18. adriano sofri/luciano della mea: zur strategie und organisation von „lotta continua" dm 5,–
19. sohn-rethel: vergesellschaftung der arbeit und materialistische erkenntniskritik dm 3,–
20. „classe e stato": china: die dialektik der revolution dm 2,–
21. salvadori/rieser: rätesystem und maoismus. zur position von „il manifesto" dm 4,–

arbeitspapiere
1. serafini/magri/pintor: nationale arbeiterkonferenz „il manifesto": die einheit der klassen-linken herstellen dm 1,80
2. giampiero mughini: di pci und antireformistischen gruppen dm 2,80
3. revolutionärer kampf (bpg frankfurt): untersuchung – aktion – organisation. zur politischen einschätzung von lohnkämpfen dm 1.50

Merve-Verlag
1 Berlin 15
Postfach 327

Bemerkungen zur Faschismus- Diskussion

Vorbemerkung

In den gegenwärtigen Meinungsverschiedenheiten in der kommunistischen Bewegung um die aktuelle Gefahr des Faschismus zeichnen sich zwei falsche Tendenzen ab. Es wird oft behauptet, es stehe eine unmittelbare Veränderung der Diktatur der Bourgeoisie zur faschistischen Form bevor. (+) Diese Einschätzung wird aus der allgemeinen Krisenentwicklung des Kapitalismus im Weltmaßstab, aus der Verschärfung der imperialistischen Widersprüche nach innen und nach außen gewonnen. Wir meinen, daß die These von der aktuellen Gefahr des Faschismus nicht

abgesichert ist, da sie aus der allgemeinen Beschreibung von Phänomenen und nicht aus der Analyse konkreter Klassenverhältnisse entwickelt wird. Angesichts der sich verschärfenden Widersprüche führt die Bourgeoisie den Klassenkampf bewußt, indem sie derzeitig einen umfassenden politischen Angriff auf die Arbeiterklasse vorbereitet. Der Abwehrkampf dagegen bekäme also eine falsche Stoßrichtung, wenn man die Gefahr des Faschismus einfach in der Summe der Maßnahmen sehen wollte, die die herrschende Klasse und ihr Staat ergreifen.

Aus der falschen Analyse ergibt sich oft ein weiterer bedeutender Fehler. Indem der Kampf gegen den "drohenden Faschismus" abstrakt zur Hauptkampffront der Arbeiterklasse erklärt wird, haben die verschiedenen Konzeptionen des antifaschistischen Kampfes mit der realen Bewegung der Klasse wenig zu tun. Da der Faschismus angeblich auf der Tagesordnung steht, glaubt man, um jeden Preis alle Kräfte dagegen mobilisieren zu müssen. Die Entlarvung der Klassenposition des Faschismus wird nicht mehr in den wirklichen Kämpfen der Arbeiter vermittelt, sondern mit dem Gespenst des Faschismus soll ein breites Bündnis geschaffen werden, ohne daß die Arbeiterklasse in diesem antifaschistischen Bündnis selbst die Führung übernehmen könnte. Die Linie in der Agitation und Propaganda verläßt dann notwendig den Standpunkt der Arbeiterklasse und wird opportunistisch.

Nach unserer Auffassung ist es notwendig, die Diskussion um die Faschismusfrage gründlich und umfassend fortzuführen. Dazu soll der nachfolgende Artikel ein Beitrag sein, obwohl er nicht in allen Fragen die Meinung der Redaktion wiedergibt. Er hat den methodischen Mangel, die Faschismusuntersuchung nicht historisch anzugehen, so daß manche Verallgemeinerungen unvermittelt erscheinen. Auch beruhen bestimmte Aussagen auf einer verkürzten Analyse - so z.B. die Thesen zur Rolle der Weimarer KPD im Kampf gegen den Faschismus. Der Artikel selbst erhebt auch gar nicht den Anspruch, eine umfassende Untersuchung zu leisten. Wir halten ihn trotzdem für geeignet die Auseinandersetzung um die richtige Linie voranzutreiben.

Red.

(+) So auch der neugegründete norddeutsche KB, vgl. "Unser Weg" Nr.13, S.12f. Übrigens ist es falsch, wenn die Genossen dort behaupten, wir würden wie der KB-ML Westberlin für den Faschismus keine potentielle Massenbasis mehr sehen. Leider berührt auch das von ihnen verwendete Zitat aus NRF 4/71 nicht das Hauptanliegen des Artikels. Wir haben dort versucht zu zeigen, wie unter der derzeitigen Entwicklung der Klassenkämpfe der antifaschistische Kampf nach unserer Auffassung geführt werden muß. vgl. NRF 4/71 ,S.1ff.

Die Frage des antifaschistischen Kampfes in der gegenwärtigen Phase des Klassenkampfs nimmt innerhalb der ideologischen Auseinandersetzung der verschiedenen marxistisch-leninistischen Gruppen in Westdeutschland und West-Berlin eine wichtige Stelle ein. Der KAB Hamburg bezeichnet die "faschistische Gefahr" als einen zentralen Gegenstand der programmatischen Diskussion kommunistischer Politik gerade angesichts der kommenden Krise (1). Der KB Bremen hält es für unabdingbar, die Erfahrungen des Faschismus mit den Aufgaben der gegenwärtigen Etappe zu vermitteln(2). Die derzetig schon praktische Bedeutung der Einschätzung des antifaschistischen Kampfs - zumindest in der Entwicklung mancher Organisationen -, zeigt sich in dem Schwergewicht, das dieser Frage bei der Spaltung der Arbeiter-Basis-Gruppen München zugemessen wurde (3).

In der Tat zeichnet sich das Bild der verschiedenen Konzeptionen des antifaschistischen Kampfs und seiner systematischen Verbindung mit der Hauptaufgabe der gegenwärtigen Stufe des Klassenkampfs, dem Wiederaufbau der Kommunistischen Partei, durch eine schillernde Vielfältigkeit aus. Offensichtlich beruhen also die Differenzen - abgesehen davon, daß sie ein zunächst unvermeidliches Produkt der Zersplitterung sind - weniger auf unterschiedlichen polit-ökonomischen Analysen der Entwicklung des BRD-Imperialismus und der davon abgeleiteten aktuellen Politik. Vielmehr scheint dem deutlicher das jeweilige Maß zugrunde zu liegen, wie weit die einzelnen Gruppen in die Geschichte der Arbeiterbewegung vorgedrungen sind. Diese Auseinandersetzung ist dann losgelöst von der wirklichen Bewegung des Klassenkampfs, was in bestimmter Weise ein Ausdruck davon ist, daß die ideologischen Differenzen der Zirkel nicht etwa Fraktionierungen innerhalb der Arbeiterklasse selbst widerspiegeln. In diesem historisch noch nicht einmal

(1) KAB Hamburg, Arbeiterzeitung Nr.6, S.12

(2) KB Bremen, Kommunistische Arbeiter-Korrespondenz Nr.5/April 71, S.6 f.
Die dort vertretene Auffassung von der weitgehenden Eigenständigkeit der faschistischen Massenbewegung wird später in einer gemeinsamen Erklärung des KB Göttingen und des KB Bremen revidiert. Vgl. Kommunistische Arbeiter-Korrespondenz Nr.7, S.16 ff.

(3) Vgl. Rotes Blatt, München 29/3o, 3o.4.1971 und Nr. 31/32, 9.6.1971
Der tatsächliche Ablauf der Spaltung und die tatsächlich zugrundeliegenden Meinungsverschiedenheiten sind aus den veröffentlichten Papieren allein schwer zu beurteilen. Das Zentrale Komitee der ABG erwähnt lediglich den Ausschluß von 4 Mitgliedern und 2 Kandidaten (RoBlaMü 31/32, S.1), während die "ausgeschlossene", sich daraufhin bildende Gruppe "Arbeitersache" von einem anschließenden Austritt von "zwei Betriebsgruppen und eine große Minderheit der Mitglieder" spricht. (RoBlaMü 29/3o, S. 2)
Soweit nur die Möglichkeit besteht, auf Grundlage der Veröffentlichungen Stellung zu beziehen, wird in dieser Frage die Position der Gruppe "Arbeitersache" für richtig gehalten. (vgl. 'Demokratischer, antifaschistischer Kampf als Klassenkampf', RoBlaMü 29/3o, S.3-26). Das betrifft insbesondere die Untersuchung der Ursachen des Sieges des Faschismus in der Weimarer Zeit und die Kritik an der abstrakten Übernahme von Kampfformen der Arbeiterbewegung, ohne deren historische Voraussetzungen zu berücksichtigen.
vgl. auch die Kritik der Rotz Phil München an dem Arbeitspapier des ZK der ABG (RoBlaMü 31/32,S.22ff.)

ansatzweise überwundenen Stadium der Trennung von den Massen und ihren Kämpfen liegt die Basis für Erscheinungen wie Dogmatismus und Subjektivismus in der noch jungen kommunistischen Bewegung. Es springt allzu oft ins Auge, wie die Erklärung bestimmter Erscheinungen heute und die eigene politische Linie einfach den Protokollen der Komintern und der Weimarer KPD entnommen werden. Die Neuauflage ahistorisch übernommener Konzepte dient willkürlich dazu, ein "Programm" vortäuschen zu wollen, was die "Parteigründung" rechtfertigen soll. Dieses Vorgehen ist z.B. der Geburtshelfer der nunmehr in verschiedenen Ausführungen vorhandenen "KPD/MLs" und zeichnet auch in anderer Weise einen Westberliner Zirkel aus, der sich mittlerweile "KPD" nennt. (4) Der zweite Schritt kann scheinbar vor dem ersten legitimiert werden, wobei Großmauligkeit die fehlende Verankerung in der Arbeiterklasse ersetzt.

Das Studium der Geschichte der Arbeiterbewegung ist ohne Zweifel eine entscheidende Stütze für die Bestimmung einer korrekten marxistisch-leninistischen Praxis. Verallgemeinerungen sind allerdings nur in dem Maße zulässig, wie untersucht wird, unter welchen historisch-konkreten Bedingungen eine Taktik entwickelt worden ist, inwieweit sie und die daraus abgeleiteten Kampfformen der Wirklichkeit angemessen waren, und inwieweit der gegenwärtige Stand des Klassenkampfs deren Anwendung erlaubt. Auf diese Untersuchung verzichten heißt dem Schematismus verfallen, vor dem Dimitroff auf dem VII. Weltkongreß der Komintern sehr eindringlich gewarnt hat:

> "Die revolutionäre Theorie liefert die verallgemeinerte, zusammengefaßte Erfahrung der revolutionären Bewegung. Die Kommunisten müssen in ihren Ländern nicht nur die Erfahrungen der Vergangenheit, sondern auch die Erfahrungen des gegenwärtigen Kampfes anderer Abteilungen der internationalen Arbeiterbewegung sorgfältig auswerten. Die richtige Auswertung der Erfahrungen bedeutet jedoch keineswegs, die Formen und Methoden des Kampfes mechanisch aus irgendwelchen Verhältnissen fix und fertig auf andere Verhältnisse, aus einem Land in das andere zu übertragen...." (5)

Der heutige Schematismus in der Politik mancher Gruppen läßt es nicht verwunderlich erscheinen, daß gleichzeitig nebeneinander Einheitsfronttaktik, Einheitsfront "von unten", Volksfronttaktik und Aktionseinheit als Formen des antifaschistischen Kampfes auftauchen, ohne deren historischen Voraussetzungen zu überdenken, ohne sie auch nur klar begrifflich voneinander zu trennen. Im Hinblick auf den realen Stand des Klassenkampfes führt das in der Konsequenz dazu, daß entweder hypothetisch von einer bereits stattgefundenen Vereinheitlichung der Klasse ausgegangen wird oder aber, daß von der Bewegung der Arbeiterklasse überhaupt abstrahiert wird. Gerade die letztere Tendenz läßt einige Zirkel objektiv in die Nähe der DKP-Revisionisten rücken, insofern die Agitation und Propaganda klassenunspezifisch wird, das Primat der Arbeiterklasse in der politischen Linie sich nicht mehr durchsetzen kann.

Die Frage, die aber zunächst geklärt werden muß und über die es verschiedene Auffassungen gibt, ist: Kann man tatsächlich von einer "drohenden faschistischen Gefahr" unter den derzeitigen Entwicklungen ausgehen? Das setzt voraus, daß Klarheit über das Wesen des Faschismus besteht. Nur dann können irreführende Vorstellungen zurückgewiesen werden, die tendenziell staatsmonopolistischen Kapitalismus und Faschismus gleichsetzen. Es müssen also besondere Bedingungen für die Errichtung der faschistischen Diktatur gegeben sein, sonst wäre nicht einzusehen, warum die Bourgeoisie nicht ständig faschistisch herrscht. Es scheint, als ob in manchen Begründungen für "die Vorbereitung der Bourgeoisie auf die faschistische Machtergreifung" das Ergebnis einer vorgestellten Automatik: "Verschärfung der Widersprüche - Krise - Faschismus" sein soll. Reaktion und Faschismus begrifflich zu unterscheiden wird umso notwendiger sein, als daß die bei der KPD/ML Roter Morgen und KPD/ML Rote Fahne wiederaufgelebte 'Sozialfaschismustheorie' genau diesen Unterschied in verheerender Weise verwischt.

Die Analyse des Faschismus muß aus dem allgemeinen Begriff des Faschismus entfaltet werden. Eine konkret-historische Einbeziehung der Imperialismusanalyse gehört zum notwendigen Bestandteil einer solchen Untersuchung. Das kann im Rahmen dieses Artikels nicht angegangen werden. Er beschränkt sich also darauf, einige Gesichtspunkte der aktuellen Diskussion aufzugreifen, um eine in sich unzulängliche Vorarbeit für die systematische Untersuchung zu bieten.

DIE "AKTUELLE GEFAHR DES FASCHISMUS"

"Gegenwärtig wird der Faschismus und der Ultrarechtsblock zu einer ständig wachsenden Gefahr ... Schon heute muß ein entschlossener Abwehrkampf gegen das erneute Hervorkriechen der Ultrarechten und Faschisten, die sich um Strauß, Zoglmann und Thadden sammeln, eingeleitet werden. Der Faschismus schwebt wie ein Damoklesschwert über den Köpfen der westdeutschen Bevölkerung..." (6)

Ähnliche beschwörende Sätze finden sich in zahlreichen Publikationen und Betriebszeitungen, nicht nur in denen des KAB Tübingen. Die Begründung für die 'drohende faschistische Machtergreifung" wird aus der Feststellung konstruiert, daß sich die Widersprüche des westdeutschen Kapitalismus verschärfen und die Bourgeoisie - im Bewußtsein der nächsten sich entwickelnden Krise - sich auf kommende Klassenkämpfe vorbereitet. Hilfsweise bedient man sich des Nachweises von finanziellen Verbindungen zwischen Großindustriellen, NLA und CSU, um Analogien zur historischen Parallele, der Unterstützung des Nationalsozialismus durch Teile des Großkapitals, zu gewinnen.

Eine drohende politische Machtübernahme durch den Faschismus muß ökonomisch und politisch begründet werden. Die bloße Aufzählung von Phänomenen nach "Spiegel" - Muster reicht ebensowenig aus, wie der Hinweis auf die Verschärfung der Widersprüche des kapitalistischen Systems. Korruptionserscheinungen, Bestechungen und rechtsradikale Tendenzen gibt es in jeder politischen Form der bürgerlichen Gesellschaft. Die historischen Erfahrungen lehren, daß die Entwicklung der faschistischen Massenbewegung und die Hinwen-

---

(4) vgl. NRF 4/71, S.66 - Nachdruck aus: KAB - Arbeiterzeitung Nr. 1o, Hamburg September 1971

(5) Dimitroff, Für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus, Schlußwort auf dem VII. Weltkongreß der Komintern, 13. August 1935, in: Ausgewählte Werke, Bd. 2, S.663 f, Hervorhebungen von Dimitroff

(6) KAB Tübingen, Rote Fahne 2/71, Februar 1971, S.5

dung der Bourgeoisie zur offenen terroristischen Form der Herrschaft nicht außerhalb real stattfindender Klassenkämpfe sich vollzieht. Der Faschismus ist die Waffe der Bourgeoisie gegen einen zweifachen Feind: die Zerstörung ihrer sozialen Herrschaft durch die Verschärfung der ökonomischen Widersprüche und die Bedrohung ihrer politischen Herrschaft durch den revolutionären Ansturm des Proletariats. Nur vom aktuellen Stand des Klassenkampfes, durch die Untersuchung der Kräfteverhältnisse beider sich gegenüberstehender Klassen, verbunden mit der konkreten Analyse der Krisenentwicklung und deren Wirkung auf die Beziehungen aller Klassen, kann die Frage der "faschistischen Drohung" richtig beurteilt werden. Von diesem Standpunkt aus muß der Nachweis geführt werden, daß gegenwärtig für die Bourgeoisie die politische Notwendigkeit besteht, sich der faschistischen Herrschaft zu bedienen. Der Abbau demokratischer Rechte durch den bürgerlichen Staat ist zwar ein Reflex auf die Verschärfung der Widersprüche und die darin angelegten Keime des Klassenkampfs. Er kann also nicht mit der Faschisierung der Gesellschaft gleichgesetzt werden. Die im Imperialismus immer gegebene Möglichkeit des Faschismus läßt sich in dem Maße in Aussagen über die nächste gesellschaftliche Entwicklung verwandeln, wie Klarheit über die konstituierenden Elemente des Faschismus besteht und zugleich der Faschismusbegriff nicht unzulässigerweise auf alle möglichen reaktionären Maßnahmen des monopolkapitalistischen Kapitalismus ausgedehnt wird.

ZUM FASCHISMUSBEGRIFF

Es ist die Schwäche aller bürgerlichen Faschismustheorien, daß der grundlegende Zusammenhang zwischen Faschismus und Kapitalismus geleugnet wird. In ihrer Hilflosigkeit betrachten sie Erscheinungen des Faschismus, die allenfalls moralisierend verurteilt werden. Der Faschismus ist in ihren Augen "das Werk" eines "Dämons", der Ausdruck von "irrationalen" und "mystischen" Strukturen im Bewußtsein der Menschen. (7) Indem die bürgerlichen Ideologen von der sozialen Funktion des Faschismus absehen, sind ihre Behauptungen personalisierender und psychologisierender Natur. In letzter Konsequenz führen ihre gesellschaftlichen Erklärungen des Faschismus in "übernatürliche Bereiche", zu der eine vorwiegend geistesgeschichtliche Betrachtungsweise des Faschismus führen muß (8). Soweit sogar bewußt empirisch falsche Darstellungen über das Verhältnis von Faschismus und Kapital gegeben werden, zeigt sich nicht bloß die Erkenntnislosigkeit der bürgerlichen Analysen, sondern auch ihre ideologische Funktion. Die Verschleierung der gesellschaftlichen Ursachen des Faschismus verfolgt den Zweck, den Glauben an die parlamentarisch-demokratische Ordnung wiederherzustellen, den der Faschismus faktisch zerstört hat. Die bürgerliche Gesellschaft kann es nicht zugeben, daß der Faschismus eine Ausgeburt ihrer eigenen sozialen Ordnung ist, ohne die Grundfesten ihrer Herrschaft ins Wanken zu bringen.

Das wird umso deutlicher, als solche sogenannten "singularisierenden" Theorien eine allgemeine Bestimmung des Faschismus ablehnen und auf die jeweiligen Besonderheiten z.B. der nationalen Geschichte Deutschlands und Italiens abheben. (9) Sie nehmen die differenzierte Ideologie des deutschen und italienischen Faschismus sowie der faschistischen Bewegungen des 20. Jahrhunderts überhaupt beim Wort, die die besonderen nationalgeschichtlichen Momente aufgreift. Sie gehen aus von dem Selbstverständnis des Faschismus und abstrahieren von den real-historischen Kräften, die diese politische Herrschaftsform auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft hervorbringt. Damit ist es ihnen unmöglich, den Faschismus als eine allgemeine politische Erscheinung aus den wirklichen gesellschaftlichen Strukturen selbst zu erklären. (10)

Der Sieg des Faschismus in Italien und Deutschland hat zwar das politische Bild dieser Länder entscheidend verändert, die kapitalistischen Gesellschaftsstrukturen aber unangetastet gelassen. Der Widerspruch zwischen privater Aneignung und gesellschaftlicher Produktion blieb nach wie vor bestehen. Alle bürgerlichen Theorien winden sich um die Tatsache herum, daß der Faschismus für die herrschende Klasse der Ausweg aus einer tiefgreifenden ökonomischen und politischen Krise ihres Herrschaftssystems gewesen ist. Sie verschweigen die Epoche des Imperialismus und der sozialistischen Revolution als die materielle Basis des Faschismus und können notwendig den Faschismus nicht als Form der bürgerlichen Herrschaft begreifen, die sich in ihrer Stoßrichtung gegen die Arbeiterklasse richtet.

Andererseits kann es keine vorgefertigte, unveränderliche Definition des Faschismus geben. Die Beschreibung des Faschismus ist immer das Ergebnis einer historisch-konkreten Analyse, in der die wesentlichen, verallgemeinerten Elemente des Faschismusbegriffes eingehen müssen.

"Den Faschismus definieren, heißt für uns vor allem, seine Geschichte schreiben. Eine Faschismustheorie könnte nur aus dem Studium aller Formen des Faschismus, der markierten oder offenen, der unterdrückten oder siegreichen, hervorgehen; denn es gibt mehrere Arten des Faschismus und jede enthält vielfältige und manchmal sich widersprechende Tendenzen, die sich entwickeln und sogar einige ihrer Grundzüge ändern können. ... Es genügt nicht, die Attribute des Faschismus zusammenzusuchen, er ist vielmehr die Resultante einer Gesamtsituation, von der er nicht getrennt werden kann. Die Irrtümer der Arbeiterparteien gehören z.B. ebenso zur "Definition" des Faschismus wie seine Verwendung durch die herrschende Klasse ..." (Angelo Tasca) (11)

POLITISCHE REAKTION ALS ALLGEMEINE TENDENZ DES IMPERIALISMUS

Die historische Einordnung des Faschismus führt die Untersuchung auf den Formwandel bürgerlicher Herr-

---

(7) vgl. Wolfgang Fritz Haug, Der hilflose Antifaschismus, Ffm 1967, ed. suhrk. S. 236

(8) vgl. hierzu z.B. Ernst Nolte, Theorien über den Faschismus, Neue Wissenschaftliche Bibliothek Bd. 21, Köln-Berlin 1970
Dazu: Richard Saage, Bemerkungen zur Faschismusinterpretation Ernst Noltes, in: Das Argument 58, August 1970, S. 292 ff.

(9) Der Begriff "singularisierende Theorien" ist dem Versuch E. Noltes entnommen, die verschiedenen theoretischen Ansätze systematisch zu erfassen, vgl. Nolte a.a.O. S. 49 f

(10) vgl. Einleitung zu: Faschismus und Kapitalismus, politische Texte EVA, Ffm 1967, S. 1 f.

(11) Tasca, Allgemeine Bedingungen der Entstehung und des Aufstiegs des Faschismus, in: Faschismus und Kapitalismus, a.a.O. S. 169 f

schaft in der Entwicklung vom "freien" Konkurrenzkapitalismus zum staatsmonopolistischen Kapitalismus. Das Kapital ordnet sich alle Staatsformen unter, die parlamentarisch-demokratische Staatsform ist nur eine der möglichen Herrschaftsformen der Bourgeoisie. In der zunehmenden Verflechtung von Staat und Monopolen ist imperialistische Herrschaftsausübung ein Ausdruck der Verschärfung der Widersprüche in der Niedergangsphase des Kapitalismus. Der Monopolkapitalismus verlangt eine veränderte Rolle des Staates, die den Bedürfnissen der imperialistischen Expansion nach Erringung und ständiger Neuaufteilung der Rohstoffquellen und Absatzmärkte angemessen ist. Verstärkte "Eingriffe" des Staates in die Zirkulationssphäre werden unumgänglich, um den erweiterten Reproduktionsprozeß des Kapitals absichern zu können. Der Funktionszuwachs des bürgerlichen Staates als Regulator der Gesamtproduktion, als politischer Agent der Monopolbourgeoisie unter den Bedingungen imperialistischer Innen- und Außenpolitik, erfordert das ungeheure Aufblähen des staatlichen Apparats. Dieser Prozeß schlägt sich in einer zunehmenden "Verselbständigung" der Staatsmacht nieder, insofern sich die Exekutive in immer stärkerem Maße der Beeinflussung und Kontrolle durch das Parlament entzieht. Diese generelle Entwicklungstendenz entleert die bürgerliche Demokratie, indem sich der politische Bereich der eigentlichen Entscheidungen dem Bereich der politischen Öffentlichkeit entzieht. (12) Das entspricht durchaus den Interessen der Bourgeoisie, die die Unterwerfung der ganzen Gesellschaft unter die Zwänge des Imperialismus nicht mehr parlamentarisch vermitteln kann, sondern nur noch über staatliche (bürokratische?) Entscheidung. (12a) Die Konzentration und Zentralisation des Kapitals macht die Funktion des klassischen Parlamentarismus überflüssig, der Kompromisse und den Machtausgleich zwischen zahllosen kleinen und mittleren Wirtschaftseinheiten zu besorgen hatte. Diese "freie" Willensbildung mit dem Moment der Öffentlichkeit erübrigt sich mit der Monopolisierung. In Krisenzeiten muß das Scheingebilde des demokratischen Parlamentarismus zugunsten der völligen Abschirmung vor der Öffentlichkeit faktisch aufgegeben werden, um einerseits dem Einfluß der Arbeiterbewegung möglichst geringen Spielraum auf der staatlichen Entscheidungsebene zu lassen, andererseits weil gerade in der Krise die Einsicht der Arbeiterbewegung in die Notwendigkeit des Übergangs von kapitalistischen zu sozialistischen Produktionsverhältnissen wächst. (13)

Der Liberalismus hat sich auf der Grundlage der gleichen Gesellschaftsordnung historisch überlebt. Für die Epoche des Imperialismus stellt Lenin folgende allgemeine Tendenz fest:

"Der politische Überbau über der Ökonomik, über dem monopolistischen Kapitalismus (Imperialismus ist monopolistischer Kapitalismus) ist die Wendung von der Demokratie zur politischen Reaktion. Der freien Konkurrenz entspricht die Demokratie. Dem Monopol entspricht die politische Reaktion ..." (14)

Lenin beschreibt den Imperialismus als die "Verneinung der Demokratie" (15) Es besteht ein immanenter Zusammenhang zwischen Verflechtung von Staat und Monopolen, Entleerung der bürgerlichen Demokratie und der Entwicklung reaktionärer Tendenzen unter der Zuspitzung der imperialistischen Widersprüche.

"Insbesondere aber weist der Imperialismus, weist die Epoche des Bankkapitals, die Epoche der gigantischen kapitalistischen Monopole, die Epoche des Hinüberwachsens des monopolistischen Kapitalismus in den staatsmonopolistischen Kapitalismus eine ungewöhnliche Steigerung der "Staatsmaschinerie" auf, ein unerhörtes Anwachsen ihres Beamten- und Militärapparates in Verbindung mit verstärkten Repressalien gegen das Proletariat sowohl in der monarchistischen als auch in den freiesten, republikanischen Ländern." (16)

"... Der Imperialismus ist die Epoche des Finanzkapitals und der Monopole, die überallhin den Drang nach Herrschaft und nicht nach Freiheit tragen. Reaktion auf der ganzen Linie, gleichviel unter welchem politischen System, äußerste Zuspitzung der Gegensätze auch auf diesem Gebiet - das ist das Ergebnis dieser Tendenzen ..." (17)

FASCHISMUS ALS BESONDERE, SPEZIFISCHE FORM DER REAKTION

Innerhalb dieser generellen Entwicklungstendenz ist der Faschismus der konsequenteste Ausdruck einer schweren gesellschaftlichen Krise des Imperialismus.

Die Krise des kapitalistischen Systems ist der Nährboden des Faschismus, oder wie Tasca sagt:

"Ohne ökonomische Krise kein Faschismus." (18)

Dabei handelt es sich nicht bloß um eine der kapitalistischen Produktionsweise üblichen Krise der Überproduktion, sondern grundsätzlich um eine Krise der Verwertungsbedingungen des Kapitals. Die Konkurrenzbedingungen auf dem Weltmarkt, der Zugang zu Rohstoffquellen und Absatzmärkten, das gegebene Niveau der Reallöhne und der Arbeitsproduktivität verunmöglichen grundsätzlich die Akkumulation des Kapitals, sodaß die kapitalistische Wirtschaft schier aussichtslos in einen Zerrüttungs- und Zerfallsprozeß gerät und der bürgerliche Staat sich aufzulösen droht. Die Intensivierung der Widersprüche des Kapitalismus führt zu einem Zustand, der auf dem herkömmlichen Weg mittels der Selbststeuerung und dem üblichen Verfahren der imperialistischen Ex-

---

(12) vgl. Thalheimer, Über den Faschismus; in: Faschismus und Kapitalismus, a.a.O. S.19 ff
Der Begriff der "Verselbständigung" der staatlichen Exekutive wird hier in Bezug auf die "öffentliche Kontrolle" durch das Parlament gebraucht. Thalheimers These, die eine Verselbständigung des Staatsapparates im Faschismus auch gegenüber der Bourgeoisie behauptet, löst den Staat von seiner gesellschaftlichen Basis. Die Bourgeoisie hatte gerade im faschistischen Staatsapparat die entscheidenden Machtpositionen.

(12a) vgl. Jens Bünnig, Zur marxistischen Faschismustheorie I, in: Kritische Politik 3/7o (Soz. Gruppe Bonn) Bonn Okt. 197o, S.32 ff

(13) vgl. hierzu Abendroth, Das Problem der sozialen Funktion und der sozialen Voraussetzungen des Faschismus, in: Das Argument 58, S. 251

(14) Lenin, Über eine Karikatur auf den Marxismus, Werke Bd. 23, S. 34 (Hervorhebungen von Lenin)

(15) Lenin, Antwort an P. Kijewski (J.Patakow), Werke Bd. 23, S. 13

(16) Lenin, Staat und Revolution, Werke Bd. 25 S. 423

(17) Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Werke Bd. 22, S. 3o3

(18) Tasca, a.a.O., S. 17o

pansion nicht aufgehoben werden kann. Die Zentralisierung der Staatsmacht unter den Bedingungen der parlamentarischen Demokratie und gar unter dem Vorhandensein starker Organisationen der Arbeiterklasse erweist sich als unzureichend, den kapitalistischen Reproduktionsprozeß aufrechtzuerhalten und die Profite zu sichern. Die Errichtung der offen terroristischen Diktatur wird für die Bourgeoisie zur ökonomischen Notwendigkeit.

"Die historische Funktion der faschistischen Machtergreifung besteht darin, diese Verwertungsschwierigkeiten schlagartig und gewaltsam zugunsten der entscheidenden Gruppen des Monopolkapitalismus zu ändern." (19)

So wesentlich die Krise auch als materielle Basis des Faschismus ist - sowohl für den Aufschwung der faschistischen Massenbewegung als auch für deren Benutzung durch die Monopolbourgeoisie-,, bleibt es unzulänglich, die faschistische Gefahr nur aus Krisenerscheinungen abzuleiten. Es wird oft fälschlich versucht, den Faschismus ausschließlich als Resultat von Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals darzustellen, wo man leicht zu einem direkten Abhängigkeitsverhältnis von Krise und Faschismus gelangt: Je stärker die Krise, desto größer die faschistische Gefahr. Das macht sich in den aktuellen Diskussionen bemerkbar, wo diese Frage von daher entschieden wird, welche Auffassung von der nächsten wirtschaftlichen Entwicklung des BRD-Imperialismus und von der erwarteten Tiefe und Dauer der sich anbahnenden Krise zugrunde gelegt wird. (20) Die Analyse der Krisenentwicklung bleibt unsicher und stützt sich auf Mutmaßungen, die nicht mit der Entwicklung des Klassenkampfs verbunden werden können. Die politisch-ökonomische Begründung der "faschistischen Gefahr" ist derzeit nicht zu leisten. Dazu fehlt eine Krisentheorie auf Grundlage einer korrekten Rezeption der Marxschen Darstellung vermittelt mit der Kapitalverwertung unter den Bedingungen des Imperialismus, die bereits jetzt konkrete Klassenbewegungen in der BRD zu erfassen hätte. (21)

Daß der Faschismus nicht losgelöst werden kann von der Betrachtung konkreter Klassenbeziehungen, wird in einem Aufsatz von Thalheimer deutlich:

"Die Formen offener Diktatur der Bourgeoisie sind aber nicht willkürlich, nicht in beliebigen Situationen des Klassenkampfes und bei beliebiger Struktur der Klassenverhältnisse möglich. Sie sind an ganz bestimmte Klassenverhältnisse und Situationen des Klassenkampfes gebunden ..." (22)

Der Faschismus kann also nicht geradlinig aus der Krise abgeleitet werden, sondern nur unter Berücksichtigung der realen Klassenbewegungen. Thalheimer unterscheidet anhand der Marxschen Analyse des Bonapartismus zwischen sozialer und politischer Herrschaft der Bourgeoisie. Diese wichtige Differenzierung ermöglichte es ihm, in seiner Theorie die Widersprüche zwischen Faschismus und Bourgeoisie sowohl in der Entstehungsphase der faschistischen Massenbewegung als auch nach der Machtergreifung des Faschismus zu erfassen. Um ihre soziale Herrschaft zu stabilisieren, gibt die Bourgeoisie die politische Macht an den Faschismus ab, wobei sie selber sich dem staatlichen Herrschaftsapparat unterwirft. Die Exekutive verselbständigt sich auch gegenüber der Bourgeoisie. Zwar kann Thalheimer so die Agententheorie der Komintern zurückweisen, die den Faschismus von Anfang an als bloßes Werkzeug der Bourgeoisie bezeichnet. Tatsächlich stand der Faschismus aber nach seiner Machtergreifung nicht politisch über den Klassen und war auch nicht die Exekutive dem politischen Einfluß der Bourgeoisie entzogen. Gerade im Staatsapparat hatte die Bourgeoisie nach wie vor ihre entscheidenden politischen Machtpositionen, die diese "Verselbständigung" in ganz anderem Licht erscheinen lassen. (23)

Die Trennung zwischen sozialer und politischer Herrschaft der Bourgeoisie ist zwar systematisch richtig, gerade aber unter den Bedingungen des Imperialismus - in der Verflechtung von Staat und Monopolen - nicht ohne Beschränkung aufrechtzuerhalten.

Obwohl Thalheimer nicht schlicht Bonapartismus und Faschismus gleichsetzt und versucht, die historischen Unterschiede herauszuarbeiten, vernachlässigt er die Verbindung zum Imperialismus. Seine entscheidende Schwäche liegt darin, daß er in die Analyse des Faschismus nicht die Bedeutung der Konzentration und Zentralisation des Kapitals und die damit verbundenen Widersprüche für die Herrschaft der Bourgeoisie miteinbezieht. (24) Nichtsdestoweniger liefert Thalheimers Faschismustheorie wichtige Gesichtspunkte für den Faschismusbegriff, indem sie von der Notwendigkeit einer bestimmten Klassenanalyse ausgeht. Dadurch kommt überhaupt der subjektive Faktor für das Entstehen des Faschismus in den Gesichtskreis.

Der Sieg des Faschismus ist Ausdruck des Stands der Klassenkämpfe: "Die Bourgeoisie kann nicht mehr, das Proletariat noch nicht herrschen."

Der Faschismus ist ein Zeichen der Schwäche der Bourgeoisie, die durch die Verschärfung der inneren Widersprüche nicht mehr in der Lage ist, mit den alten Mitteln der parlamentarischen Demokratie zu herrschen. Sie ist gezwungen zu terroristischen Methoden zu greifen. Teile des Monopolkapitals setzen auf die organisierte faschistische Massenbewegung, die in der hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaft allein eine soziale Basis der Macht gegenüber der Arbeiterklasse garantieren kann. Das Zurückgreifen auf den Faschismus erfolgt angesichts der Drohung der proletarischen Revolution, also in einer Situation des verschärften politischen Klassenkampfs. Das Proletariat erweist sich aber als unfähig, die politische Macht zu erringen. Das Versagen der Arbeiterklasse, die gesellschaftlichen Ursachen für die Existenzzerrüttung und Lumpenproletarisierung breitester Teile des Volkes infolge der Krise zu beseitigen, liefert dem Faschismus die Massenbasis. Die Mittelschichten wenden sich von dem Proletariat ab und laufen zu dem scheinbar "Stärkeren" über, der in seiner Ideologie die antikapitalistischen Momente im Bewußtsein dieser Schichten aufnehmen kann. Die entscheidende Ursache für das Entstehen der faschistischen Massenbewegung ist die verfehlte Bündnispolitik der Organisationen der Arbeiterklasse. Der Kampf gegen den Faschismus ist im Grunde der Kampf um seine potentielle Massenbasis,

---

(19) E. Mandel, Einleitung zu: Trotzkis Faschismustheorie, in: Leo Trotzki, Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen (Schriftenauswahl, EVA, Basis-Texte, Ffm 1971, S. 7

(20) vgl. KAB Hamburg, Arbeiterzeitung Nr. 9, S. 16ff

(21) Gruppe Arbeitersache, RoBlaMü 29/3o, S. 27

(22) Thalheimer, Über den Faschismus, in: Faschismus und Kapitalismus, a.a.O. S. 38

(23) vgl. Kühnl, Probleme der Interpretation des deutschen Faschismus, in: Das Argument 58, S. 275 f

(24) vgl. RoBlaMü 29/3o, S. 26 f

um die Mittelschichten. (24a)Wenn die Arbeiterklasse in den Zeiten des revolutionären Ansturms außerstande ist, in der Krise eine konsequente revolutionäre Politik zu betreiben, die an den unmittelbaren Bedürfnissen und Interessen der Massen anknüpft, dann wird in gleichem Maße, wie sich die Schwäche des Proletariats und seiner Organisationen offenbart, die faschistische Bewegung zum bestimmenden politischen Faktor. (25) Die Zwiespältigkeit zwischen Revolution und Konterrevolution ist konstitutiv für die faschistische Bewegung als Massenbewegung.

"Das Kleinbürgertum ist wie das Proletariat von den sich verschärfenden Widersprüchen in der allgemeinen Krise des Kapitalismus betroffen. Indem es seine unmittelbaren Interessen in der Krise an die Seite des Proletariats stellt, hängt es von der zielbewußten Politik des Proletariats als Führer in diesem Bündnis ab, ob eine längerfristige revolutionäre Zusammenarbeit möglich ist. Das Scheitern der proletarischen Revolution läßt das Kleinbürgertum von der proletarischen revolutionären Bewegung abfallen und eigene politische Lösungen angehen. Die Ambivalenz dieser Lösungen entspricht der Klassenlage des Kleinbürgertums zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Die antikapitalistische Akzentuierung ist unbestimmter Ausdruck der Empfindung von dem sozialökonomischen Druck, den kapitalistische Herrschaft allen ausgebeuteten und unterdrückten Klassen auferlegt und der im Spätkapitalismus sich rapide verschärft. Das potentiell revolutionäre Bewußtsein des Kleinbürgertums ist durch die Erfahrungen mit der proletarischen Revolution umgeschlagen in Haß gegen das Proletariat, das sich als unfähig erwies, die kapitalistische Gesellschaft in ihrer Totalität zu begreifen und eine auf diese Totalität bezogene revolutionäre Politik zu betreiben. Das Interesse des Proletariats an Transformierung des Kapitalismus erscheint dann als partikulares Interesse und die Aktion des Proletariats im Kampf um seine ökonomischen, sozialen und politischen Positionen als die eigentlichen Ursachen der Krise und des Massenelends. Die kleinbürgerliche Lösung für die allgemeine Krise des Kapitalismus zielt also auf Vernichtung der Organisationen der Arbeiterklasse und gerade dieses Ziel, das zur konstitutiven Bedingung für die faschistische Bewegung wird, läßt den Faschismus als Agenten des Monopolkapitals erscheinen. Die Agententheorie der Komintern läßt aber außer Acht, daß die Genese der faschistischen Bewegung gleichzeitig Ausdruck des Versagens der Politik des revolutionären Proletariats ist..." (26)

Gegen die Unterordnung der Massenbasis des Faschismus unter den abstrakten Begriff des Kleinbürgertums sind oft Einwände erhoben worden. (27)Einerseits weil die Zusammensetzung der Massenbasis dadurch nicht erschöpfend erfaßt wird, andererseits weil die einseitige Fixierung auf die Klassenlage einer poltischen Bewegung leicht ihren Klassencharakter vergessen läßt. Das führt zu der Illusion des "Dritten Weges", zwischen Kapitalismus und Sozialismus, die den Faschismus als "Diktatur des Kleinbürgertums" versteht. Der Träger des Faschismus ist nicht eine enge soziale Gruppe, sondern breite soziale Schichten (Beamte, Angestellte, Intellektuelle, Bauern, Handwerker), die selbst die Arbeiterklasse in ihren rückständigen Teilen erfassen. Die berühmte Definition des 13.Plenums des EKKI, der Faschismus sei

" die offene terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals,"

identifiziert von vornherein die faschistische Massenbewegung bruchlos als ein Instrument der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse. Sie ist es zwar endgültig, da ohne die finanzielle und politische Unterstützung wichtiger Teile des Monopolkapitals der Faschismus die Macht nicht ergreifen kann. Der Prozeß, in dem der Faschismus erst zur Massenbewegung wird und Massenwirkung erreicht, verläuft aber unabhängig von dem Willen der Bourgeoisie. Die Eigenständigkeit in der Entstehungsphase der faschistischen Massenbewegung mündet aber nicht etwa in ein "Bündnis" mit der herrschenden Klasse, sondern in ein durch die Bourgeoisie bestimmtes Herrschaftsverhältnis ein. In der Analyse ist also zu unterscheiden zwischen dem sozialen Charakter des zur Macht gekommenen Faschismus und jenem der aus verschiedenen Strömungen bestehenden faschistischen Massenbewegung, die erst um ihre Machtergreifung kämpft. (28)

Der Faschismus kann nicht verstanden werden als ein letzter Verzweiflungsakt der herrschenden Klasse gegenüber der revolutionär erstarkenden Arbeiterklasse. Im Gegenteil wird der Faschismus nur gefährlich im Zusammenhang mit einer relativen Schwäche der Arbeiterklasse in einer objektiv revolutionären Situation: Die Arbeiterklasse ist stark genug, um in ihrer organisierten Bewegung allein durch deren Existenz der Bourgeoisie als Gefahr für das kapitalistische System zu erscheinen. Sie ist andererseits zu schwach, um den Kampf um die politische Macht ernsthaft praktisch zu führen. In den Komintern- und KPD-Stellungnahmen ist diese Schwäche der Arbeiterklasse auf die Spaltung des Proletariats durch die klassenkolaborierende Sozialdemokratie zurückgeführt worden. Selbst Dimitroff, der in seiner Rede auf dem VII.Weltkongreß schwerwiegende Fehler der kommunistischen Parteien im Kampf gegen den Faschismus kritisiert und auch die Sozialfaschismustheorie energisch zurückweist, legt die Schuld für den Sieg des Faschismus auf die Schultern der SPD:

"Für den Sieg des Faschismus ist aber eben folgender Umstand bezeichnend: einerseits zeigt dieser Sieg die Schwäche des Proletariats, das durch die Spaltungspolitik der Sozialdemokratie, durch ihre Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie desorganisiert und paralysiert wurde. Andererseits bringt er aber die Schwäche der Bourgeoisie selbst zum Ausdruck, die die Herstellung der Kampfeinheit der Arbeiterklasse fürchtete, die Revolution fürchtete,..." (29)

Gerade aber das Versagen der Kommunistischen Partei spielt bei den Gründen für den Sieg des Faschismus eine entscheidende Rolle. Darüber hinweg zu spielen, heißt, entweder deterministisch die historische Unver-

(24a)vgl. Clara Zetkin, Der Kampf gegen den Faschismus, in: Nolte, a.a.O. S. 1o7 f
(25)Jens Bünnig, a.a.O.S. 41
(26)ebenda
(27)vgl. Bernhard Blanke
(28)vgl. Richard Opitz, Fragen der Faschismusdiskussion, in: Das Argument 58, S. 281
(29)Dimitroff, Ausgew. Werke, Bd. 2, S. 524

meidlichkeit des Faschismus zu behaupten oder Blindheit gegenüber Fehlern der Avantgarde des Proletariats in der Erfüllung revolutionärer Aufgaben an den Tag zu legen. Fritz Sternberg hat diese Verschleierung konsequent angegriffen:

"Nicht aus der Tiefe der Krise und der Politik der deutschen Sozialdemokratie allein ist der Sieg des Faschismus zu erklären, wie es die Kommunistische Partei will.

Nein:der Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland war nur möglich in einer Krise, in der durch die objektiven Faktoren die sozialen Spannungen bis auf Messers Schneide zugespitzt waren, in der die Waagschale sich jedoch zugunsten der Konterrevolution senkte durch die Politik der Sozialdemokratie, die nur eine Fortführung der Politik vor der Krise, eine Fortführung der Politik vom 14. August 1914 war; und durch die kommunistische Politik, die sich völlig unfähig zeigte, die entscheidenden Betriebsarbeiterkader von der Sozialdemokratie und damit von ihren reformistischen Illusionen zu lösen..." (30)

Was Sternberg hier anspricht, ist die grundsätzlich falsche Einschätzung der Lage durch die KPD in der Faschisierungsperiode 1927 bis 1933. Verbunden mit einer völligen Unterschätzung der faschistischen Gefahr basierte die Politik der KPD auf der "revolutionären Offensive" des Proletariats und der "unmittelbar bevorstehenden proletarischen Revolution". Der VI. Kongreß der Komintern 1928 rückte mit der neuen "Offensivstrategie" die Sozialfaschismusthese in den Vordergrund. Die Sozialdemokratie wurde als Hauptfeind bestimmt. Thälmann sagte noch 1932:

"Nichts wäre verhängnisvoller als eine opportunistische Überschätzung des Hitlerfaschismus (!). Wollten wir uns darauf einlassen, gegenüber dem riesigen Anschwellen der Hitlerbewegung unseren richtigen klassenmäßigen Maßstab zu verlieren und uns ... in Panikstimmung drängen zu lassen..., so müßte das zwangsläufig zu einer falschen Fragestellung in unserer praktischen Politik sowohl gegenüber den Nazis, wie vor allem (!) gegenüber der SPD führen." (31)

Die Unterschätzung der faschistischen Gefahr war verbunden mit revolutionärem Phrasentum auf dem Papier und Vernachlässigung der Massenarbeit. Ihren Einfluß in der Arbeiterklasse maß die KPD an der Zahl ihrer Wählerstimmen und nicht an der zwischen 1929 und 1932 oft praktisch zu spürenden Unmöglichkeit, die Arbeiterklasse in politischen Aktionen zu führen. Die KPD war durch ihre vorangegangene linkssektiererische Politik (RGO-Kurs, Einheitsfront "von unten" ohne Massenarbeit) tatsächlich von der Arbeiterklasse getrennt. Sie war im Wesentlichen eine Durchgangspartei für Erwerbslose und kaum in den Betrieben verankert. Die unter der Fischer-Maslow-Führung durchgeführte "Bolschewisierung" war reines Blendwerk, der sozialdemokratische Charakter der Organisation hatte sich nicht verändert. Die Wohngegendorganisation hatte gegenüber der Betriebsorganisation nach wie vor die beherrschende Stellung. Politischer und ökonomischer Kampf fielen in der Politik der Partei zunehmend auseinander, es fehlte an einer gezielten revolutionären Massenarbeit , die die einzige Grundlage für den Kampf gegen den Faschismus sein konnte. (32)

Es ist daher reiner Zynismus, der KPD bloß vorzuwerfen, sie habe nicht genügend Putschismus gezeigt, wie es die KPD/ML Roter Morgen tut:

"...Was waren die Fehler der KPD vor 1933? Daß sie die SPD als Wegbereiter des Faschismus , als Agentur der Monopole , die sie auch heute noch ist,bekämpfte? Nein! Wenn es Fehler gegeben hat, dann lagen sie in der ungenügenden Differenzierung zwischen SPD-Führung und der proletarischen Mitgliedschaft der Partei. Auf jeden Fall führte die korrekte leninistische Politik der KPD vor 1933 dazu, daß die werktätigen Massen in zunehmendem Maße die reformistische Politk der SPD-Führung erkannte, so daß sie 1933 anläßlich der faschistischen Machtergreifung in breitem Maße bereit waren, der KPD zu folgen.Der Fehler der KPD 1933 lag darin, daß sie nicht spätestens am 30. Januar die Initiative ergriff und den bewaffneten Kampf gegen die Hitlerdiktatur eröffnete..." (33)

Wenn der Verzicht auf Arbeit in den Massen " korrekte leninistische Politik " sein soll, dann wirft es ein bezeichnendes Licht auf die KPD/ML-ZK-Linie und ihre Praxis. Sozial faschismustheorie, Einheitsfront "von unten" und Verbalradikalismus in revolutionären Phrasen , Abstraktion von der realen Bewegung der Klasse sind auch tatsächlich wesentliche Kennzeichen der "Politik" dieser Gruppe. Die Übernahme dieser Konzepte, die der VII.Weltkongreß der Komintern in Form von scharfer Kritik geißelte, erleichtert sicher auch,sich in die "Tradition der KPD" zu stellen. Der Glanz erhält den letzten Schliff durch die Thälmann-Legende, die die KPD/ML-Rote Fahne mißbraucht:

"...Auch wenn Fehler gemacht wurden, seine Schuld und die der KPD war es nicht, daß 1933 Hitler von den Kapitalisten an die Macht geholt wurde..." (34)

Ernst Thälmann aber beherrschte die Selbstkritik.

ZUR "VERALLGEMEINERUNG" DES FASCHISMUS

Der Faschismusbegriff wird allzuoft auf die reaktionären Tendenzen des staatsmonopolistischen Kapitalismus überhaupt ausgedehnt. Dabei werden die besonderen Bedingungen, die die faschistische Massenbewegung entstehen ließen und die Errichtung der faschistischen Diktatur ermöglichten, aus dem Auge verloren. Somit wird der für die Arbeiterklasse verheerende Unterschied zwischen Faschismus und Reaktion verwischt. Die Erfahrung der Oktoberniederlage hatte die KPD dazu verführt, vom "Seeckt-Faschismus" und vom "Papen-Faschismus" zu sprechen, der "Sieg des Faschismus" habe den Aufstand des Proletariats zerschlagen (35). Die Ver-

(30) Fritz Sternberg, Der Faschismus an der Macht, Contact - Amsterdam 1935, Nachdruck, S.78

(31) zit.n.:Sternberg, a.a.O., S. 64

(32) Hier sind nur einige Punkte benannt worden. Eine ausführliche Untersuchung der Theorie und Praxis der KPD bzw. der Komintern ist zu finden bei Heilmann/Rabehl, Die Legende von der Bolschewisierung, Teil I und II, SoPo Nr. 9 (Dez.7o) SoPo Nr. 1o (Febr. 71), sowie in RoBlaMü 29/3o, S. 12-21

(33) KPD/ML-Roter Morgen, Nr. 1, Jan.71,S. 2 Hervorhebungen von mir:P.L.

(34) KPD/ML-Rote Fahne, Nr. 7, Apr.71, S. 2: Zum 85. Geburtstag Ernst Thälmanns

(35) Hermann Remmele: "Den Sieg des Faschismus

allgemeinerung des Faschismusbegriffes gipfelt schließlich in der unglücklichen "Sozialfaschismustheorie", die kein Unterschied mehr zwischen Sozialdemokratie und Hitlerfaschismus erkennen ließ. Klara Zetkin hat bereits 1923 darauf hingewiesen, daß der Faschismus nicht auf eine Stufe mit dem gewalttätigen bürgerlichen Terror, dem "weißen Terror", gesetzt werden kann, sondern daß das geschichtliche Wesen beider Formen der Konterrevolution außerordentlich verschieden ist. (36)
Die Verwässerung des Faschismusbegriffs ist nicht nur eine rein terminologische Frage. Da wäre einfach festzustellen, daß ein besonderer Begriff "Faschismus" sinnlos und überflüssig ist, wenn er auf alle möglichen Formen der Reaktion übertragen wird. Entscheidend ist aber, wenn eine solche Verallgemeinerung Grundlage einer politischen Strategie werden soll, sie unvermeidlich falsche politische und taktische Positionen nach sich zieht. Historisch hat das zu einer Unterschätzung des "wahren" Faschismus und zu einer verfehlten Bündnispolitik geführt.

Den Fehler der Gleichsetzung von reaktionären Maßnahmen des monopolkapitalistischen Staates und Faschismus hat Togliatti 1928 in einer Selbstkritik der Politik der KP Italiens aufgegriffen:

> "Es ist zur Gewohnheit geworden, jede Form der Reaktion mit diesem Ausdruck zu bezeichnen. Ein Genosse wird verhaftet, eine Arbeiterkundgebung wird von der Polizei brutal zerschlagen, eine Gericht verurteilt Aktivisten der Arbeiterbewegung zu harten Strafen, die Rechte einer kommunistischen Parlamentsfraktion werden verletzt oder aufgehoben, kurz, bei jedem Angriff oder Übergriff auf die sogenannten demokratischen Freiheiten, die von den bürgerlichen Verfassungen sanktioniert werden, hört man den Aufschrei: "...Das ist der Faschismus! Jetzt ist der Faschismus ausgebrochen!..."
> Die Wirklichkeit sieht anders aus. Der Faschismus stellt eine besondere, spezifische Form der Reaktion dar, und es ist notwendig, daß wir erkennen, was diese seine Besonderheit ausmacht..." (37)

Togliatti wendet sich hier zu Recht gegen Auffassungen, die Faschismus und die bürgerliche Gesellschaft einfach als Synonyme zu gebrauchen. Was macht aber die Besonderheit des Faschismus als Herrschaftsform der Bourgeoisie aus? Zweifelsohne nicht seine soziale Funktion, die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems. Das ist nicht nur die zentrale Aufgabe des faschistischen, sondern auch des bürgerlich-demokratischen Staats. Das wesentlich unterscheidende liegt in den besonderen Formen der Herrschaftssicherung. (38) Die faschistische Herrschaft der Bourgeoisie verzichtet auf jegliche Legitimation vor den Massen, sie stützt sich allein auf die offene und brutale Unterdrückung. Sie wird zur politischen Notwendigkeit für die Bourgeoisie in Zeiten schwerer gesellschaftlicher Krisen, wo die ideologische Bindung der Massen an die bürgerliche Demokratie und an die bürgerlichen Parteien versagt. Der Faschismus ist zugleich der einzige Weg zur Behebung der ökonomischen Krise. Er gibt die dazu notwendige Garantie der Zerschlagung aller Klassenorganisationen des Proletariats, die Vernichtung der meisten Erfolge, die die Arbeiterbewegung in langjährigen Kämpfen errungen hat. Selbst der Reformismus darf nicht davon verschont bleiben. Der Faschismus zielt darauf ab, die Arbeiterklasse in einen Zustand politischer Ohnmacht zurückzuwerfen, wie er vor der Bildung selbstständiger Arbeiterorganisationen bestand. Dazu ist jedes Mittel recht, bis hin zur physischen Liquidierung der besten Kader. Die Absicherung der Herrschaft bezieht sich völlig offen auf das Interesse der Kapitalverwertung und der imperialistischen Expansion. Dem bleiben die staatlichen Eingriffe in den Wirtschaftsprozess völlig unterworfen. Streik- und Tarifrecht wurden beseitigt, zugunsten der Zusammenfassung von Lohnabhängigen und Unternehmern in einheitlich organisierten Verbänden. Der Faschismus errichtet einen umfassenden Kontroll- und Manipulationsapparat, den staatlich institutionalisierten Terror gegen jede Form aufkeimender Ablehnung. Ungeachtet der jeweils den Faschismus begleitenden Ideologien, richtet er sich in seinem Haupstoß gegen die Arbeiterklasse. Das bestimmt seinen Klassencharakter.

In der grundsätzlich verschiedenen Form der Herrschaft - parlamentarisch-demokratische Legitimation oder brutale terroristische Unterdrückung - liegt der entscheidende Gesichtspunkt für die materielle Lage und für die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse.

Um eine Begrenzung faschistischer Systeme von sonstigen autoritär-reaktionären Diktaturen vornehmen zu können, muß das Vorhandensein einer faschistischen Massenbewegung zur Voraussetzung dafür gemacht werden, daß vom Faschismus gesprochen werden kann. Es reicht also nicht aus, nur auf eine bestimmte Form der Herrschaft abzustellen, sondern der Faschismusbegriff muß an die Massenbasis gebunden werden. Nur dannwird von vorneherein in die Frage des antifaschistischen Kampfs die Untersuchung auf das Entstehen der faschistischen Massenbewegung gelenkt und nur dann rückt die Notwendigkeit der Bündnispolitik gegenüber den Mittelschichten ins Blickfeld. Die Rolle der Mittelschichten, die nach wie vor potentielle Träger des Faschismus sein können, muß als eine konstituierendes Element des Faschismus verstanden werden. Es kann leicht zu falschen taktischen und politischen Überlegungen führen, wenn man den Faschismusbegriff von der Massenbasis trennt, wie etwa der KAB Hamburg:

> "...ist nach unserer Einschätzung die kleinbürgerliche Massenbasis ebenso unbedingtes Kennzeichen des Faschismus wie z.B. der Antisemitismus. Wir verstehen unter Faschismus die offen terroristische Unterdrückung der gesamten Arbeiterbewegung durch die Imperialisten, unabhängig von besonderen Erscheinungsformen..." (39)

Aber auf welche Mittel greifen Imperialisten zurück? Die terroristische Unterdrückung der gesamten Arbeiterbewegung ist institutionalisiert nur möglich durch den Rückgriff auf die faschistische Massenbewegung. Mit der Konzentration und Zentralisation des Kapitals verringert sich die eigene soziale

---

→ über die Novemberrepublik, die Herrschaft der faschistischen Generale leugnen, heißt die revolutionäre Epoche leugnen, in der sich das Proletariat befindet, in der Epoche der Konterrevolution." Die Internationale, Heft 19, 31. Dez. 1923, S. 554

(36) Clara Zetkin, a.a.O. S. 88 f

(37) Togliatti, Über den Faschismus, Reden und Schriften, Ffm 1967, S. 23 f, (Hervorhebungen von mir: P.L.)

(38) Reinhard Kühnl, Probleme der Interpretation des deutschen Faschismus, in: Das Argument 58, Aug. 7o, S.278 f

(39) KAB Hamburg, Arbeiterzeitung Nr. 1o, S.15

Basis der Bourgeoisie. Gegnüber der millionenstarken Arbeiterklasse ist die herrschende Klasse angewiesen auf die Mobilisierung der Mittelschichten. Der Kampf gegen den Faschismus ist ohne Frage der Kampf gegen die Offensive der Bourgeoisie, er wird aber geführt als Kampf um die Mittelschichten. Die Genossen vom KAB Hamburg wenden jedoch den Faschismusbegriff auf den gegenwärtigen Angriff des Kapitals auf die Lebensinteressen der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes an:

"...Die Rechtsopportunisten laufen Gefahr, ihrer eigenen Bündnistaktik zum Opfer zu fallen: nämlich dem Kampf gegen Randerscheinungen wie die 'Aktion Widerstand" zum Selbstzweck zu erheben, und darüber den tatsächlichen Kampf gegen den Faschismus, den Kampf gegen die Kapitaloffensive, aus den Augen zu verlieren. Die Kapitalisten bereiten sich auf eine erhebliche Verschärfung der Klassenkämpfe und Übergang zur faschistischen Herrschaftsform vor. Das kommt zum Ausdruck in den Notstandsgesetzen, in der Orientierung des "Bundesgrenzschutzes" auf den Bürgerkrieg u.a. ...Es ist wichtig, den Faschismus nicht als irrationales Treiben einiger Kleinbürger und Psychopathen mißzuverstehen, sondern als konkreten Ausdruck der Vorbereitung der Kapitalistenklasse auf die kommenden Kämpfe zu begreifen, und als Versuch, die eigenen inneren und äußeren Widersprüche zu Lasten des Volkes zu lösen..." (40)

Es zeigt sich, daß mit "antifaschistischem Kampf" im Verständnis des KAB Hamburg der Kampf gegen Angriffe der Bourgeoisie gemeint ist, die die herrschende Klasse auf Grundlage des bestehenden parlamentarischen Systems führt. Das wird insbesondere dann deutlich, wenn die "faschistische Gefahr" in einer möglichen Machtübernahme durch die CDU gesehen wird. (41) Die Frage ist nicht, ob damit eine reale "Verschärfung des innen- und außenpolitischen Kurses" verbunden wäre oder nicht, sondern ob der von vielen Gruppen beschworene Faschisierungsprozeß des Staates das Ergebnis "faschistischer" Lösungsversuche durch die herrschende Klasse sein soll. Die allseitige Vorbereitung der Bourgeoisie auf die Verschärfung des Klassenkampfs, ihre politische Offensive, wird ohne eine genaue Analyse der Krise im internationalen Maßstab, ohne die politische Notwendigkeit für die Veränderung der Herrschaftsform aufzuzeigen, mit der Wegbereitung einer faschistischen Machtergreifung gleichgesetzt.

Hier verliert der Faschismusbegriff seinen Sinn, da er nicht gewonnen wird aus einer konkreten Analyse der Kräfteverhältnisse der Klasse und der Zerrüttung und des Zerfalls der kapitalistischen Wirtschaft sowie der Auflösung des bürgerlichen Staates. Vielmehr werden hier Erscheinungsformen mittels der Analogie als "faschistisch" bezeichnet, wobei von der objektiven Entwicklung der Widersprüche und dem realen Stand des Klassenkampfes abstrahiert wird.

Das wird besonders klar bei der KPD/ML -Rote Fahne:

> "...das neue BVG, das Abhörgesetz, die Anwendung des KPD-Verbots, die militärische Ausrüstung der Polizei, der Ausbau des Bundesgrenzschutzes zur Bürgerkriegsarmee und die verstärkte Förderung faschistischer Banden durch die SPD-Regierung. Was sollen alle diese Maßnahmen bedeuten, als die aktive Vorbereitung einer faschistischen Machtergreifung? ..."(42)

Der Faschisierungsprozeß des bürgerlichen Staates ist gerade kein linearer Vorgang, sondern Ausdruck eines entwickelten Klassenkampfes, wo die Fassade des bürgerlichen Parlaments als vermittelndes Herrschaftsinstrument zunehmend untauglich wird. Die Krise führt den bürgerlichen Staat in seinen labilsten Zustand, wo sich sein Klassencharakter im Bewußtsein der Massen zu entlarven beginnt. Die schrittweise erfolgende Aushöhlung des bürgerlich-parlamentarischen Regimes durch die Bourgeoisie ist ein Reflex auf diesen Prozeß, indem einerseits - in dem Maße, wie die Krise fortdauert - der bürgerliche Staat, die formale Demokratie sich immer diskreditiert, andererseits wie der Staatseingriff in den Wirtschaftsprozeß sich als nicht ausreichend zeigt, die Krise zu beheben. Die Zernagung der Herrschaft schlägt sich in einem immer schnelleren Wechsel von Regimen nieder, wobei der Einsatz von Machtmitteln, von Polizei und Militär, zur Hauptstütze der Herrschaft wird. Das reicht aber weder aus, um die Massen niederzuhalten, noch um die ökonomische Herrschaft des Monopolkapitals zu sichern. Sowohl die ökonomische Entwicklung als auch der entfaltete Stand der Klassenkämpfe zwingen die wichtigen Teile des Monopolkapitals, dem organisierten Faschismus zur Macht zu verhelfen.

Es ist wichtig festzustellen, daß eine zunehmende Faschisierung der Gesellschaft und die Bedingungen für die Errichtung der faschistischen Diktatur nicht völlig im Belieben der Monopolkapitalisten steht.

Das wendet sich gegen Vorstellungen, die die sozio-ökonomische Herrschaft und die politische Herrschaft der Bourgeoisie bruchlos für identisch halten, und den politischen Überbau insgesamt zum Spielball des Monopolkapitals erklärt, wo Widersprüche innerhalb der Bourgeoisie als "taktische" Probleme erscheinen:

> "...ob der Übergang zum Faschismus schlagartig oder schleichend durch den ständigen Abbau demokratischer Rechte geschieht, das alles liegt in den Zweckmäßigkeitserwägungen der Monopolbourgeoisie..." (KPD/ML-Roter Morgen) (43)

oder etwa:

> "...man muß sich als Kommunist darüber im klaren sein, daß es die Monopolbourgeoisie ist, die sowohl bürgerliche Demokratie als auch Faschismus jeweils nach ihrem Gutdünken (!) und zu ihrem Vorteil zur Ausbeutung und Unterdrückung der arbeitenden Menschen benutzt..." (KAB Tübingen) (44)

Die Absicht, in der Propaganda den Klassencharakter des Faschismus offenzulegen, darf nicht auf eine falsche Beziehung von sozialer und politischer Herrschaft der Bourgeoisie aufgebaut werden. Wenn unterstellt wird, daß es der Willkür der Monopolkapitalisten unterliegt, nicht nur Veränderungen ihrer politischen Vertretung innerhalb der bürgerlichen Demokratie per Entschluß zu bewirken ("Auswechseln" der Parteien ohne Vermittlung in den Massen (45)), sondern gar einen gänzlichen Formwechsel der Herrschaft zu "beschließen", so ist das schlicht abenteuerlich. (Außerdem wird damit behauptet, der Faschismus sei die optimale Herrschaftsform der Bourgeoisie, die sie deshalb jederzeit beliebig anstreben könne. - Disfunktionalität des faschistischen Terrors tendentiell fürs Kapital - Widersprüche zwischen Kapital und Faschismus - Widersprüche innerhalb der faschistischen Massenbewegung.)

---

(40) KAB Hamburg, Arbeiterzeitung Nr. 5, S. 8f.
(41) vgl. KAB Hamburg, Arbeiterzeitung Nr. 9, S. 16 f. Dazu Stellungnahme NRF 4/71, S. 3 ff.
(42) KPD/ML -ZB, Rote Fahne, Extrablatt, April 1971
(43) KPD/ML -ZK, Roter Morgen Nr. 1, Jan. 71, S. 2
(44) KAB Tübingen, Rote Fahne 2/71, Febr. 71, S. 5
(45) vgl. NRF 4/71, S. 3

Wenn der Staat entsprechend den Erfordernissen der kapitalistischen Produktionsweise geformt ist, so entwächst er in seinen Funktionen dem Kapitalverhältnis selbst. Er ist daher notwendig von diesen Widersprüchen geprägt. Da der Staat nur in vermittelter Beziehung zum Produktionsprozeß steht, kann er kein einheitliches Instrument der "bewußten Entscheidung" der stärksten Fraktion des Kapitals sein. (46)

Das hier Entscheidende ist aber, daß man leicht zu solchen Bestimmungen kommt, wenn man den Faschisierungsprozeß und die besonderen Bedingungen für die Errichtung der faschistischen Diktatur losgelöst vom Stand des Klassenkampfes begreift. Ebenso leicht behauptet man - über einen verwässerten Faschismusbegriff - für die nächste Zukunft die drohende faschistische Gefahr, ohne das analytisch aus der objektiven Entwicklung des Imperialismus im Weltmaßstab und den realen Klassenbewegungen abzuleiten.
Unter diesen Gesichtspunkten ist der Nachweis dafür, daß die "faschistische Lösung" für die herrschende Klasse derzeitig auf der Tagesordnung steht, nirgendwo geführt worden. Was steckt aber hinter dieser Behauptung? Zunächst nichts anderes als die banale Feststellung, daß der Faschismus unter den Bedingungen des Imperialismus historisch immer eine Gefahr bleibt, solange die sozialistische Revolution nicht den Imperialismus selbst vernichtet. Der zweite Schritt beschränkt sich auf allgemeine Hinweise zur "Verschärfung der Widersprüche" und umgeht die unerläßliche Untersuchung der konkreten Klassenverhältnisse. Was dabei herauskommt, ist kaum der Beweis für eine "drohende faschistische Gefahr", sondern die Gefahr des Rechtsopportunismus in der eigenen Linie.
In einer Phase, wo die westdeutsche Arbeiterklasse sich in der Defensive befindet, wo reale Klassenkämpfe erst allmählich ihren spontanen Anschwung nehmen und wo die politische Organisierung der Arbeiterklasse in ihren ersten Ansätzen steckt, von der "drohenden faschistischen Lösung" durch die Bourgeoisie zu reden, ist leichtsinnig. Es kann keine Rede davon sein, daß die parlamentarische Form der Herrschaft sich in der Krise befände, solange sich der Klassencharakter des bürgerlichen Staates nicht im Bewußtsein der werktätigen Massen entlarvt. Nirgendwo offenbart sich eine politische "Schwäche" der herrschenden Klasse, die im Gegenteil ihre Stärke dadurch beweist, daß sie auf der Grundlage der bürgerlichen Demokratie sich die Waffen schaffen kann, die zur Unterdrückung der Arbeiterklasse und zur Zerschlagung kommunistischer Organisationen notwendig sind.

Hier von Faschismus zu sprechen ist irreführend und politisch gefährlich. Wenn die Abwehr des Faschismus unter den derzeitigen Bedingungen zur Hauptkampffront erklärt wird, so ist das oft nichts anderes als der untaugliche Versuch, die Massen an die Organisation zu führen - auf Kosten der Massenarbeit. Die Linie in der Agitation und Propaganda verläßt dann den Standpunkt der Arbeiterklasse und wendet sich an die diffusen "demokratischen und fortschrittlichen Kräfte":

> "Der KAB/ML hat aus dem bedrohlichen Anwachsen der faschistischen und Ultrarechtsgefahr die richtigen Schlüsse gezogen: Gegen den Faschismus die Einheitsfront aller Werktätigen, gegen den Faschismus die Aktionseinheit aller demokratischen Kräfte..." (47)
> "...Die Aktionseinheit ist die Grundlage, auf der wir unsere Reihen zusammenschweißen. Um ihr Ziel zu erreichen, brauchen die Werktätigen aber auch das Bündnis mit allen Klassen und Schichten, die das Monopolkapital unterdrückt und vernichtet: Die Kleinbauern, Handwerker und Geschäftsleute, die fortschrittliche Intelligenz. Gemeinsam führen sie mit uns den Kampf gegen das Monopolsystem, für Frieden und Fortschritt..." (48)

Man könnte meinen, die DKP redet dem KAB/ML Tübingen das Wort, wenn es heißt:

> "...Gegen den Faschismus müssen sich die Arbeiterklasse, die Kommunisten mit allen friedliebenden und demokratischen Kräften zusammenschließen mit einem Ziel: Nie wieder Faschismus..." (49)

Bei dem derzeitigen Stand der Entwicklung der Klassenkämpfe und der politischen Vereinheitlichung der Arbeiterklasse werden die "friedliebenden und demokratischen Kräfte" allenfalls ihr Bündnis mit den Genossen des KAB/ML schließen können. Es ist schlicht lächerlich, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse vorspiegeln zu wollen, die gerade einen relativ hohen Grad von Vereinheitlichung der Arbeiter im Kampf bedeutet. Die Führung der Arbeiterklasse in diesem Bündnis erscheint dann auch allenfalls auf Transparenten und hat mit der Wirklichkeit wenig zu tun. Übrig bleiben nur noch die "friedliebenden und demokratischen Kräfte"! Dazu zähle sich, wer will! Das ist die Tendenz des Rechtsopportunismus, die nicht zufällig in dieser Frage dem Revisionismus der DKP ähnelt. Die Politik wird klassenunspezifisch und führt die Arbeiterklasse dennoch im Munde. Der Kampf von Kommunisten gegen den Faschismus müßte aber gerade das Schwergewicht auf die Vereinheitlichung der Arbeiterklasse legen.

Peter Lagarde

RECHTSHILFE

volksbank - hd
9980

(46) Das sollte lieber den revisionistischen Vorstellungen vom Staat überlassen werden, die daraus die "Chance des parlamentarischen Wegs zum Sozialismus" gewinnen wollen: "Es wurde darauf hingewiesen, daß sich die Monopole vermittels des Staates eines Instrumentes bedienen müssen, das unter Umständen gegen sie ausgenutzt werden kann."
Herbert Meißner (Hrsg.), Bürgerliche Ökonomie im modernen Kapitalismus, Berlin (DDR) 1967, S. 422

(47) KAB/ML Tübingen, Rote Fahne 2/71, Febr. 1971 S. 5

(48) KAB/ML Tübingen, Rote Fahne, Extrablatt zum 1. Mai 1971

(49) KAB/ML Tübingen, Rote Fahne 2/71, Febr. 1971, S. 5

Zum Klassencharakter der indischen Gesellschaft

Redaktionelle Vorbemerkung

Zur Diskussion der Entwicklungen in Südasien veröffentlichen wir zwei Beiträge, den Artikel von Uwe Kräuter "Kompradorbürokratischer Kapitalismus und die Entwicklung der Klassenkämpfe in Indien" und als Dokument einen Artikel des Organs der KP Indiens (ML) aus dem Sommer 1971 zur chinesischen Außenpolitik gegenüber Pakistan.

Eine richtige Einschätzung des Charakters der indischen herrschenden Klasse ist Voraussetzung für die Interpretation des Konflikts um Ostbengalen und der diesbezüglichen Politik der Sowjetunion und der VR China. Kräuter betont die Abhängigkeit des indischen Kapitals vom britischen und US-Imperialismus, seine hohe Konzentration, die Instrumentalisierung des indischen Staates für die Großbourgeoisie und ihre weitgehende Kollaboration mit vorkapitalistischen Ausbeuterklassen. Damit wendet er sich vor allem und richtigerweise gegen sozialdemokratische und revisionistische Positionen, die die Progressivität und Friedfertigkeit der Indira-Clique behaupten.

In der BRD sind solche Positionen auf der Ebene analytischer Begriffe kürzlich noch von Armanski/Pohlmann in "Probleme des Klassenkampfes" Sonderheft 3 vertreten worden. Eine vielleicht verständliche Unsicherheit in der Analyse der Submetropolen verbindet sich mit einem unmarxistischen und nachlässigen Herangehen an die Diskussion der indischen Linken zu einer weitgehenden Übernahme revisionistischer Legitimationsbegriffe.

Nur unter Berücksichtigung des von Kräuter hier dargestellten Zusammenhangs werden die Charakteristika der indischen Politik erklärbar: Expansionismus und Agressivität nach außen, verschärfte Ausbeutung und verschärfter, wenn auch teilweise noch sozialdemagogisch verbrämter, politischer und militärischer Kampf zur Unterdrückung der Massen im Innern.

So erst ist es möglich an die Erklärung weiterer Elemente der gegenwärtigen Situation heranzugehen: die defensive chinesische Politik gegenüber Indien, die Rolle von Indiens Verbündeten im jetzigen Bangla Desh und der Sowjetunion, die sich zur indischen Schutzmacht aufschwingt. Offensichtlich vergrößert die sowjetische Unterstützung Indiens Spielraum im Rahmen der imperialistischen Kollaboration ohne ihn zu sprengen oder auch nur in Frage stellen zu können.

Am Artikel von Kräuter mußten Kürzungen vorgenommen werden, die seinen fragmentarischen Charakter noch stärker hervortreten lassen. Der Abschnitt über die Geschichte der KPI zeigt eine dauernde Auseinandersetzung von Kommunismus und Opportunismus, wobei auf Grund der Schärfe der Klassenauseinandersetzungen die verschiedenen historischen Erscheinungsformen des Opportunismus sich regelmäßig sehr bald als Kollaborantentum entlarvten.

Die Position des Organs der KPI(ML) in der Frage der chinesischen Außenpolitik gegenüber Pakistan erscheint uns im Ergebnis korrekt. Die Argumentation hebt mit der Bestimmung der Klassenherrschaft und des imperialistischen Einflusses in Indien und Pakistan die zentralen Punkte hervor. Die Veröffentlichung hat den Zweck, die Diskussion weiterzutreiben, wobei diese im Detail sicher sorgfältiger, korrekter und klarer geführt werden muß.

So spiegelt sich in der Beschreibung der sowjetischen Politik als "sozialimperialistisch" bisher nur die bestimmte Erscheinungsform der Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten, vor allem der USA, und den Befreiungsbewegungen und der sowjetischen Politik wider, die diese in diesen Gebieten angenommen haben. Genausowenig wie die Unterstützung z.B. Kubas den revolutionären Charakter der sowjetischen Gesellschaft beweisen kann, so der bewußte Verrat revolutionärer Befreiungsbewegungen (z.B. in Palästina), die aggressive Politik gegen die Volksrepublik China und jetzt die kriegstreiberische Politik in Indien allein den "sozialimperialistischen" Charakter. Klar ist geworden, daß die Einheit des antiimperialistischen Kampfes, der internationalen Arbeiterklasse, der sozialistischen Staaten und der nationalen Befreiungsbewegungen von der revisionistischen Führung selbst längst zerstört worden ist und nur noch schönrednerisch behauptet werden kann. Ob aber der Widerspruch zwischen den amerikanischen und sowjetischen Interessen (der schließlich auch die sowjetische Kuba-Politik bestimmt) einer zwischen Imperialismus und Sozialimperialismus ist kann letztlich nur die Analyse der sowjetischen Gesellschaft selber beweisen.

Der Artikel gibt den Teil einer Auseinandersetzung unter den indischen Kommunisten wieder. Die wiedergegebene Position ist die des Organs der KPI(ML) unter der Führung von Charu Mozumdar und entspricht in der KP Ost-Pakistan (ML), wo dieselbe Diskussion geführt wird, der Position einer Gruppe um Mohammed Toha.

Ihr Angriff richtet sich gegen eine Position in der KPI(ML) und der KPOP(ML) die auch in den ZK's vertreten sind. In Indien gehört Ashim Chatterjee zu ihren führenden Vertretern. So wird auch in Indien die Bedeutung der Kontroverse klar, denn es handelt sich dabei nicht um isolierte Individuen, sondern wenn auch nicht um eine Mehrheit so doch um eine relevante Zahl von Parteikadern, die in Indien auch weitgehend vorbildliche Massenarbeit geleistet haben.

Zu den weiteren Aufgaben wird es gehören, die Ursachen für den Konflikt unter den Marxisten-Leninisten umfassend herauszuarbeiten.

KOMPRADORBÜROKRATISCHER KAPITALISMUS UND ENTWICKLUNG DER KLASSENKÄMPFE IN INDIEN

Die wirtschaftliche Entwicklung bis zur Unabhängigkeit

Schwache Industrialisierung, geringer, in der Landwirtschaft erarbeiteter Surplus, kaum nennenswerter öko-

nomischer Fortschritt und Massenarbeitslosigkeit sind die wichtigsten Charakteristika , die das soziale und ökonomische Leben in Indien in den ersten Jahren nach der formellen Unabhängigkeit vom britischen Kolonialismus 1947 bestimmen.
Nach der Kolonialisierung Indiens führte die britische Handelspolitik rasch zum Niedergang von traditionellem Handel und Handwerk, indem sie den indischen Export nach dem Westen unterband und andererseits britische Exporteure, die den indischen Markt mit ihren Waren überfluteten, begünstigte. Um die Mitte des letzten Jahrhunderts sind die Anfänge einer modernen industriellen Entwicklung feststellbar, was sich zuerst im Ausbau der Eisenbahnen zeigt, die wiederum überhaupt erst die Grundlage schuf für die Errichtung industrieller Zentren im Land. Die wichtigsten Eisenbahnknotenpunkte wurden zu den wichtigsten Knotenpunkte des industriellen Aufbaus.
Der Niedergang der britisch industriellen Vorherrschaft und das Erscheinen amerikanischer, deutscher und japanischer Konkurrenz auf dem Weltmarkt wirkten in die gleiche Richtung, da sich die britischen Kapitalisten gezwungen sahen moderne Industrieunternehmungen in Indien selber aufzubauen, um mit dem Einsatz billiger Arbeitskräfte konkurrenzfähig zu bleiben.
Unter dem Einfluß des britischen Kapitalismus spielte in der indischen Gesellschaft eine Klasse von Handels- und Wucherkapitalisten eine wachsende Rolle. Die Machtentfaltung, die diese Klasse unter dem britischen Kolonialregime erlebte, wurde hervorgerufen durch die Entwicklung der Kommunikationsmittel, den Ruin des eigenständigen Handwerks und die Besteuerung der Bauern, die die Einführung der Geldwirtschaft in großen Teilen der landwirtschaftlichen Produktion erzwang. Das so verursachte Elend der bäuerlichen Massen bildete die Grundlage für die Ausdehnung des Wucherkapitals. Die Konzentration des indischen Handels- und Wucherkapitals schritt rasch voran, es konnte teilweise in industrielles Kapital umgewandelt werden, das vorrangig die Baumwollindustrie entwickelte und bald in ernste Konkurrenz mit der britischen Baumwollindustrie trat.
Der Aufschwung der modernen industriellen Produktion wird erkennbar am Zuwachs der Industriearbeiter, die zu Beginn des Jahrhunderts weniger als eine Million und in den fünfziger Jahren etwa drei Millionen zählten. Trotz der zunehmenden Bedeutung von Bergbau, verarbeitender Industrie, modernem Verkehrswesen, Banken, Versicherungen und kapitalistisch organisierter Landwirtschaft stammt ein Großteil des kapitalistischen Einkommens aus nichtindustriellen Quellen wie hohe Verzinsung des Wucherkapitals und durch Wiederverkauf landwirtschaftlicher Produkte erzielter Profit.
Diese Art kapitalistischen Einkommens entsteht aus der Ausbeutung des nichtkapitalistischen Sektors und ist realisierbar auf Grund der Schwäche und Armut des vorkapitalistischen Sektors, dessen schlechten Produktionsbedingungen und niedrigem technischen Niveau.
Die Macht der indischen Bourgeoisie wird dadurch eingeschränkt, daß ein beträchtlicher Teil der Produktionsmittel ausländischen Kapitalisten gehört. Bettelheim behauptet, daß das ausländische Kapital in den fünfziger Jahren fast die Hälfte der indischen Volkswirtschaft kontrollierte.(1)

Die semifeudalen Strukturen der indischen Gesellschaft ließen nur eine begrenzte Ausweitung des inneren Marktes für Industrieerzeugnisse zu, der ohnehin mit billigeren englischen Industrieerzeugnissen überschwemmt wurde. Das ist der Grund für die geringe Expansion des industriellen Kapitals und die große fortbestehende Bedeutung des Wucher- und Handelskapitals. Letzteres wird eben nur in industrielle Produktion investiert, wenn der Kapitalist sich sicher und stark genug weiß, eine Monopolrolle einnehmen zu können und so durch industrielle Produktion ebensoschnell hohen Profit zu erreichen wie im traditionellen Investitionsbereich.
Indisches Kapital ist primär in den heimischen Markt beliefernde Industrieproduktion investiert, während das ausländische Kapital hauptsächlich in der exportierenden Großindustrie angelegt ist. Die entsprechenden ausländischen Firmen haben ihren Sitz meist in der Nähe der Hafenstädte oder entlang den Eisenbahnlinien, die zu den Häfen führen.

Die Ideologie der geplanten Wirtschaft im "unabhängigen" Indien hat nichts gemein mit Sozialismus

Schon lange vor der Unabhängigkeitserklärung war sich die indische Großbourgeoisie bewußt, daß die Einführung staatskapitalistischer Elemente ihren Interessen nur dienen kann,(2) und zwar insbesondere aus zwei Gründen: Die Konzentration wirtschaftlicher Macht in den Händen des Staates ermöglicht rasche infrastrukturelle Entwicklungen, deren Kosten von allen Klassen getragen werden, die aber von der herrschenden Großbourgeoisie kontrolliert werden. Darüber hinaus ermöglicht sie die sozialdemagogische Verschleierung der tatsächlichen Klassenherrschaft.
Die indische Regierung, die seit der Unabhängigkeit von der Congress-Partei gestellt wird, beteuert oft und gern, daß ihr Ziel die Errichtung des Sozialismus sei, wenngleich ihre Sprecher sich immer beeilen, wie Nehru 1954 hinzuzufügen: "Ich gebrauche dieses Wort (Sozialismus) nicht im dogmatischen Sinn, sondern in dem Sinn, daß ich hauptsächlich meine, daß die Produktionsmittel gesellschaftlich angeeignet und kontrolliert werden sollen." (3)

---

(1) Charles Bettelheim: India Independant, London 1968, bes. S. 54 - 83. Bettelheims Buch bietet insbesondere auf Grund des geringen vorliegenden Materials über die ökonomische und soziale Entwicklung Indiens eine wichtige Grundlage für die historische Analyse wegen des umfangreichen statistischen Materials, das Bettelheim darin zusammengetragen hat. Die Schwäche des Buches liegt in der unanalytischen Methode, die sich primär darauf beschränkt, Fakten und Daten zu liefern.

(2) 1944 erarbeiteten die größten indischen Großindustriellen, J.R.D. Tata, G.D. Birla und sechs andere zusammen mit dem nationalen Planungskomitee den Bombay-Plan, der nicht nur eine Erweiterung der staatlichen Kontrolle sondern eine beträchtliche Ausdehnung des staatlichen Eigentums und des staatlich organisierten Wirtschaftsmanagements vorsah.

(3) Die Regierung kann dabei auf die Zunahme der Investitionen im öffentlichen Sektor verweisen :

Der indischen Bourgeoisie, die mittels ihrer politischen Organisation, dem indischen National Congress den Kampf für die Unabhängigkeit vom britischen Kolonialismus führte, (4) boten sich ursprünglich für die kapitalistische Entwicklung zwei Alternativen an: entweder zunehmende Zusammenarbeit mit ausländischem Privatkapital oder ein hohes Maß an staatlichen Interventionsmöglichkeiten. In den ersten Jahren der Unabhängigkeit hatten die indischen Kapitalisten nicht sehr viel Symphatie für die erste Lösung, da der Zweck ihres Kampfes nicht der war, ausländisches Kapital auf neuen Wegen ins Land Einzug halten zu lassen. So akzeptierten sie zwar Auslandskapital, um die Industrialisierung zu beschleunigen, doch sollte die Operationsmöglichkeit des ausländischen Kapitals bestimmten, von ihnen selbst über die indische Regierung gesetzten Regeln unterliegen. Überhaupt war es damals noch die Absicht, daß sich die relevanten Kontrollinstanzen in den Händen der indischen Bourgeoisie befinden sollten. (5)

Das Land besitzt viele günstige Faktoren, die unter den richtigen Bedingungen einen schnellen ökonomischen Aufbau gewährleisten könnten, so z.B. Ausmaß und Vielfalt der Bodenschätze, einen hohen wirtschaftlichen Surplus im Verhältnis zum Nationaleinkommen, eine gewaltige Zahl von Arbeitskräften, hohe Konzentration in den Städten, die den Aufbau einer Industrie viel leichter ermöglichen als in den anderen Ländern der Dritten Welt, eine hohe Zahl von ausgebildeten Fachkräften und Technikern, von denen viele arbeitslos sind und deshalb nur auf ein Betätigungsfeld warten, ein Transportsystem, das besser als in anderen Entwicklungsländern ausgebaut ist. (6)

Im Ausland zweifelten hauptsächlich die amerikanischen Kapitalisten an der politischen Stabilität Indiens, da sie von den verschiedenen Verstaatlichungen und dem "sozialistischen" Image der Congress-Regierung abgeschreckt wurden.

Wie J.P. Lewis ausführt, war das Resultat, daß bis in die späten fünfziger Jahre die Gesamteinfuhr ausländischen Kapitals nach Indien träge war. Die Einfuhr amerikanischen Privatkapitals war nur sehr schwach. Gleichzeitig benützte die indische herrschende Klasse den Staatsapparat, um die kapitalistische Entwicklung in Indien im Interesse der Kapitalistenklasse als Ganzer voranzutreiben, sogar wenn sich die Staatsintervention gegen einen einzelnen Kapitalisten richten mochte. Später führte die immer tiefer werdende Krise zu einer merklich werdenden Veränderung in der Entwicklung der ausländischen Kapitaleinfuhr, so daß z.B. zwischen 1957 und 1960 die Zahl der gebilligten Pläne über ausländische technische Zusammenarbeit und finanzielle Teilnahme von 24 auf 388 stieg. (7)

Die dritte Industrial Policy Resolution von 1956 unterschied drei Industriegruppen. Die erste Gruppe umfaßte: Rüstungsprodukte, Atomenergie, Eisen und Stahl, Maschinenbau und Elektroindustrie, Kohle, Öl, Eisenbahnen, Bergbau, Flugzeuge, Flugtransport, Schiffsbau, Kommunikation, Erzeugung und Verteilung der Elektrizität. Die zukünftige Entwicklung dieser Produktionsabteilung sollte ausnahmslos der Verantwortung des Staates unterliegen. Die zweite Gruppe umfaßte: Aluminium, Werkzeugmaschinen, Eisenlegierung, chemische Industrie, Kunstdünger, synthetischer Gummi, Straßen- und See-Transport. In dieser Abteilung wollte der Staat initiativ werden bei der Einrichtung neuer Unternehmen, doch sollten auch private Unternehmen unterstützt werden. Die dritte Gruppe umfaßte den Rest, deren zukünftige Entwicklung völlig dem privaten Sektor zufallen sollte.

Der staatliche Sektor umfaßt also alle die Produktionszweige, wo hohe Investitionen private Initiative riskant gemacht hätte. Funktion dieses Sektors ist es primär, die indische Bourgeoisie kostenfrei mit einer ihren ökonomischen Bedürfnissen entsprechenden Infrastruktur zu versorgen. So hat dieser Sektor, der 40% des gesamten industriellen Kapitals repräsentiert, einen Großteil der indischen Schwerindustrie entwickelt, an der es Indien bei der Erlangung der formellen Unabhängigkeit mangelte. (8)

In der Periode der vier Fünf-Jahres-Pläne ist der private Sektor ungeheur angewachsen, was zurückzuführen ist auf die Aktivitäten des öffentlichen Sektors insbesondere im infrastrukturellen Bereich, wodurch neue Märkte erschlossen wurden, was wiederum die Mitglieder der Bourgeoisie am besten ausnutzen konnten. Daß sich der Staatsapparat selbst als Pionier des privaten Kapitals versteht, zeigt sich daran, daß von den 17 erwähnten Industriezweigen, die der exklusiven Verantwortung des Staates unterlagen, mittlerweile mindestens 7 für private Unternehmen freigegeben worden sind. (9)

Die größte Veränderung vollzog sich in der obengenannten zweiten Gruppe. Von den zwölf Industrien sind mindestens neun stark in den privaten Sektor einbezogen worden. (10)

Obwohl durch die staatliche Planung die Großbourgoisie eindeutig begünstigt wird, dient diese Politik auch in gewissem Ausmaß einer Erweiterung der kleineren Unternehmen.

Die Agrarpolitik der Regierung fördert ansatzweise die Kapitalisierung auf dem Land und begünstigt dabei zusätzlich die Großgrundbesitzer, deren ökonomische und politische Macht in dem Maße wächst wie die mittleren und armen Bauern verarmen und enteignet werden.

	1.Plan	2.Plan	3.Plan
öff. Sekt.	55	938	1520
priv. S.	233	850	1050

(in Crores of Rupees, 1 Rp = 0,50 DM, 1 Crore= 10 Millionen); über "State Capitalism in India": Paresh Chattopadhyay in Monthly Review, März 1970

(4) D.Weidemann, Die Entstehung unabhängiger Staaten, VEB Berlin 1969, Kapitel über Indien; Gunnar Myrdal, Asian Drama, Bd. 1, Kap. üb. Indien

(5) s. Industrial Policy Resolution, 1948

(6) Bettelheim, Kapitel: Industrial Progress, S.234

(7) P.Chattopadhyay: State Capitalism, S 20

(8) s.S.Megnad Desai, Vortex in India, NLR 61, May June 70

(9) Rüstungsprodukte, Maschinenbau, Elektroindustrie, Blei- und Zinkverarbeitung, Telefonkabel und Telegrafenausstattungen, Erzeugung und Verteilung von Elektrizität, Kohle

(10) Das sind: Aluminium, Werkzeugmaschinen, Eisenlegierung, Chemie Antibiotika und andere wichtige Pharmaka, Kunstdünger, synthetischer Gummi, Straßen- und Seetransport; s. State Capitalism.. S. 34 ff.

Bis jetzt kam es noch nicht zu entscheidenden Konflikten innerhalb der Bourgeoisie. Es gibt geringe Reibungen zwischen der Großbourgeoisie und anderen Bourgeoisiegruppen, auch zwischen Industriebourgeoisie und Großgrundbesitzern, oder den Wucherern und Händlern, deren Existenz abhängig ist von den semi-feudalen Strukturen des Landes. Dennoch waren Großbourgeoisie und Imperialismus fähig, weitergehende Auseinandersetzungen zwischen diesen Gruppen zu verhindern.
Die schwachen staatlichen Restriktionen konnten die Konzentration im privaten Sektor nicht aufhalten. Zwanzig Familiengruppen kontrollierten 1951 29% des gesamten Privatkapitals. Dieser Anteil ist bis 1958 auf 33% angestiegen. 1965 stellte die Monopolkommission fest, daß 75 führende Finanzgruppen 47% aller nichtstaatlichen Niederlassungen besaßen. Diese Gruppen bilden die indische Großbourgeoisie. 1958 besaßen die zwei größten Familiengruppen, Tata und Birla, 20% des gesamten privaten Kapitalbestandes in indischen Gesellschaften. Ihr Eigentum an Banken gab diesen Dynastien (bis zur letzten Banknationalisierung) wesentliche Kontrolle über kleinere regionale Unternehmen. Sie sind unterstützt worden durch verschiedene Finanzinstitutionen, die von der Regierung zur Beschaffung industriellen Kapitals errichtet wurden (11).

Dieser hohe Konzentrationsgrad ist jedoch nicht Ausdruck der Stärke der indischen Bourgeoisie. Auch die wenigen mächtigen Familien, die die Großbourgeoisie bilden, sind ebenso wie die gesamte indische Volkswirtschaft abhängig von ihrer Verbindung mit dem Imperialismus.

Die Dominanz des komprador-bürokratischen Kapitalismus in Indien

Der Charakter der Bourgeoisie in einem Land entscheidet darüber, welche Verbündete sie bei der Niederschlagung sozialrevolutionärer Bewegungen hat und entscheidet weiter darüber, inwieweit ein Teil der Bourgeoisie in einem Land wie dem vorrevolutionären China oder dem heutigen Indien in bestimmten Perioden sogar auf der Seite des Proletariats und der revolutionären Bauernschaft gegen den Imperialismus zu kämpfen bereit ist. Ob eine solche, am unabhängigen wirtschaftlichen Aufbau interessierte, nationale Bourgeoisie praktisch in Indien existiert, ist ein entscheidenter Streitpunkt im Kampf verschiedener Linien in der indischen Arbeiterbewegung. Eine solche Nationalbourgeoisie wäre mit Mao Tse-tung folgendermaßen zu beschreiben: "Ihre Einstellung zur chinesischen Revolution ist widerspruchsvoll. Wenn sie die Schläge des ausländischen Kapitals, die Unterdrückung durch die Militärmachthaber schmerzlich verspürt, fühlt sie die Notwendigkeit einer Revolution und tritt für die gegen den Imperialismus und gegen die Militärmachthaber gerichtete revolutionäre Bewegung ein; wenn aber das einheimische Proletariat kühn an der Revolution teilnimmt, das internationale Proletariat von außen aktive Hilfe leistet und infolge dessen die mittlere Bourgeoisie spürt, daß die Verwirklichung ihres sehnlichen Wunsches, in ihrer klassenmäßigen Entwicklung die Stellung der Großbourgeoisie zu erlangen (Mittlere Bourgeoisie ist für Mao Tse-tung hauptsächlich die nationale Bourgeoisie. U.K.) bedroht ist, beginnt sie wieder an der Revolution zu zweifeln. Sie tritt in ihren politischen Auffassungen für die Schaffung eines Staates ein, in dem die nationale Bourgeoisie als einzige Klasse herrschen soll...". Mao Tse Tung sagte voraus, daß sich diese Klasse im Laufe der Revolution spalten würde, wobei die einen "nach links zur Revolution, die anderen nach rechts zur Konterrevolution abschwenken". (12)

Während also die Nationalbourgeoisie eine progressive Rolle im Kampf gegen den Imperialismus spielen kann, ist die Kompradorenbourgeoisie prinzipiell an die Interessen des Imperialismus gebunden und ist ein Feind der unterdrückten Volksmassen: "Die Klasse der Grundherren und die Kompradorenklasse. Im ökonomisch rückständigen, halbkolonialen China sind die Klassen der Grundherren und der Kompradoren im wahrsten Sinne des Wortes Vasallen der internationalen Bourgeoisie und hängen in ihrer Existenz und Entwicklung vom Imperialismus ab. Die Klassen vertreten die rückständigsten und reaktionärsten Produktionsverhältnisse in China und verhindern die Entwicklung seiner Produktivkräfte. Ihre Existenz ist mit den Zielen der chinesischen Revolution völlig unvereinbar. Besonders die großen Grundherren und die großen Kompradoren stehen stets auf Seiten des Imperialismus und bilden eine extrem konterrevolutionäre Gruppe. Ihre politischen Vertreter sind die Gruppe der 'Etatisten' und der rechte Flügel der Kuomintang". (13)
In den Anmerkungen zur deutschen Ausgabe von Maos Werken heißt es: "Unter der Kompradorenklasse versteht man jene Chinesen, die, nachdem die Imperialisten in China eingedrungen waren, von den fremdländischen Kapitalisten als ihre Stellvertreter bei den aggressiven Handlungen gegen die Wirtschaft Chinas eingesetzt wurden. Das war jener Teil der Bourgeoisie, der den Kapitalisten der imperialistischen Länder direkt diente und von ihnen gemästet wurde. Die Kompradorenklasse war durch tausend Fäden mit den feudalen Kräften des Landes verbunden." (14)
Bei der Behandlung der Entwicklung der kommunistischen Parteien Indiens werden wir auf die Thesen der derzeitigen Diskussion zurückkommen. Man kann eine Vielzahl von Beispielen dafür bringen, daß es den indischen Kompradoren "im ursprünglichen Sinne des Wortes" überall im Lande als Agenten amerikanischer, englischer usw. Firmen gibt. Aber der Schwerpunkt der Zitate läßt sich u.a. auch auf die 75 Monopolgruppen anwenden, die die indische Großbourgeoisie darstellen. Sie dienen ausländischen wirtschaftlichen Interessen und erhalten geschlossene Verbindung mit dem Imperialismus und dem ausländischen Kapital aufrecht.
Ebenso hat der Staatssektor, der in einem kapitalistischen System imperialistischen Finanzinteressen dient, Kompradorcharakter.
Obwohl es gewisse Elemente nationaler industriellerBourgeoisie gibt, geht deshalb die KPCh und die indischen Marxisten-Leninisten davon aus, daß die indische Großbourgeoisie von Kompradorinteressen dominiert wird. (15)

(11) M.Desai, Vortex in India
(12) Mao Tse-tung, AW I, Peking 1968, S. 10/11
(13) Mao tse-tung, AW, Bd.1, Analyse der Klassen der chinesischen Gesellschaft , S.10
(14) a,a.O. S.19
(15) Zum Charakter der indischen herrschenden Klassen, vgl.: Bhowani Pathak, Character of the Indian Bourgeoisie, in Liberation , Vol 1, NO 2, Dezember 67, Kalkutta

Die enge Verquickung der indischen Kapitalistenklasse mit den Monopolen der imperialistischen Staaten läßt sich an folgenden offiziellen Daten ablesen:
169 ausländische Direktoren (davon 139 Engländer und 7 Amerikaner) kontrollierten 1950 149 indische Aktiengesellschaften mit einem Grundkapital von 55,14 Crore Rupees; sie kontrollierten Handel, Schlüsselindustrien und landwirtschaftliche Erzeugnisse wie Jute (15,74 Crore Rupees), Tee (52 Crore Rupees), Elektrizität (19,35 Crore Rupees), Finanzinvestitionen (17 Crore Rupees), Mineralöl (22,5 Crore Rupees), Baumwolle (11,7 Crore Rupees), Eisen und Stahl (7 Crore Rupees), Kohle (8,8 Crore Rupees), Reedereien (8,8 Crore Rupees) - insgesamt also etwa 160 Crore Rupees, die bloß 50 % der ausländischen Investitionen darstellen. (16)
97 % von Indiens Olförderung, 65 % der Gummiproduktion, 62 % der Kohleproduktion, 73 % des Bergbaus, 80 % der Streichholzindustrie, 89 % der Jute- und 86 % der Teeplantagen befinden sich in ausländischem Besitz. Von den gesamten ausländischen Investitionen stammen 64 % aus Großbritannien und 27 % aus den USA (eingeschlossen sind Investitionen der Weltbank). Imperialistische Firmen haben ihre Aktivitäten ausgeweitet durch den Aufbau indisch-ausländischer Aktiengesellschaften. Viele indische Großfirmen wurden Partner in diesen Gesellschaften. Die miteinander verflochtenen Interessen imperialistischen Finanzkapitals und lokaler Kapitalisten sind ein wichtiges Merkmal der semikolonialen indischen Wirtschaft. Die Auslandsinvestitionen wirken einerseits über den staatlichen Sektor durch den Ausbau der Infrastruktur wie Straßenbau, Hafenausbau usw. und kommen andererseits direkt dem privaten Sektor zugute, der mit den imperialistischen Bourgeoisien - an der Spitze die US-Bourgeoisie - kollaboriert.
So kollaboriert US-Magnat Kaiser mit Birla's Hindustan Aluminium Corporation, Singhania's Aluminium Corporation und Tata's Steel. Deshalb hat die Weltbank ihr Darlehen für die Erweiterung der Aluminium- und Stahlproduktion erhöht. Morgan hat dominierenden Anteil in dem größten Aluminium Unternehmen der Welt, dem kanadischen Indian Aluminium. Ihnen wurde ein Darlehen zur Vergrößerung der Kraftanlagen in Hirakud gewährt. Kilachands Polychem Ltd., die Polystyrene Puder zur Herstellung von Napalmbomben produziert, ist zu 25 % mit dem US-Giganten Dow Chemical verbunden und wird ähnlich von der Weltbank unterstützt. Die Liste könnte erweitert werden und die Anteile der 75 indischen Monopolgruppen erfassen, die nach der Monopolisierungskommission 1965 1535 Gesellschaften mit einem Grundkapital von insgesamt 646,32 Crore Rupees kontrollieren und so über Vermögenswerte von 2605,95 Crore Rupees verfügen - sowie um die etwa 16 ausländischen Firmen wie Glaxo Corporation, Lever Bros. (beide Britisch), Union Carbide (USA), Dunlop (br.), Guest Keen Williams (br.), Metal Box (br.), Phillips (Holland), G.E.C. (br.), Indian Oxygen (br.) usw., die Vermögenswerte von etwa 200 Crore Rupees kontrollieren. Nach Bettelheim beträgt das gesamte Grundkapital ausländischer Firmen in Indien 440 Crore Rupees und kontrolliert Vermögenswerte von der doppelten Höhe dieses Betrages. (17)
Es sei daran erinnert, daß die führenden Gruppen der indischen Monopole und die Spitzen der indischen staatlichen Bürokratie in ihrer Klassenlage eng miteinander verbunden sind. Oft sind ihre Vertreter miteinander verwandt und wechseln im Laufe ihrer Karriere vom staatlichen in den wirtschaftlichen Sektor und umgekehrt. Die oben beschriebene Unterwerfung des Staatsapparates durch die indischen Großkapitalisten für Ausbeutung und Unterdrückung der indischen Massen für die kapitalistische Expansion im Innern und für die Kollaboration mit dem Imperialismus wird von den indischen Marxisten-Leninisten mit dem Begriff komprador-bürokratischer Kapitalismus bezeichnet. Gerade die wirtschaftlichen Aktivitäten der Sowjetunion und anderer osteuropäischer Staaten wie insbesondere der CSSR, der DDR und Ungarns tragen zur Konsolidierung des bürokratischen Kapitalzweiges der indischen Wirtschaft bei, während die USA, Großbritannien, IBRD (Weltbank), AID (Agency for international Developement-USA), EXIM (Export Import Bank USA), CDFC (Commonwealth Development Fund-GB), ICDC (Industrial Credit & Development Corp) usw. das kollaborierende Privatkapital stärken.
1964 appellierte die indische Regierung an die amerikanischen Geschäftsleute, sie mögen ihre jährlichen Investitionen von 60 Millionen Dollar um das fünffache auf 300 Millionen erhöhen. Alle nur möglichen Vergünstigungen und Garantien wurden geboten, um das ausländische Kapital anzuziehen, (18) dessen wichtigste Vertreter in der Folge ihrer Wichtigkeit - nach Bettelheim - in den USA, Großbritannien, BRD, UDSSR, Japan sitzen.
Die Profitmöglichkeiten der indischen Bourgeoisie sind vom ausländischen, u.a. vom US-amerikanischen Kapital abhängig. Der indische Staat ist ein Instrument zur Erhaltung der Herrschaft sowohl der indischen als auch der imperialistischen Ausbeuterklassen.
"Es ist unvermeidlich, daß die indischen Bauern rebellieren werden und das indische Volk die Revolution machen wird, da die reaktionäre Kongreß-Regierung ihnen keine Alternative gelassen hat. Indien unter der Kongreß-Regierung ist nur nominell unabhängig; tatsächlich ist es nur ein semikoloniales und semifeudales Land. Die Kongreß-Verwaltung repräsentiert die Interessen der indischen Feudalprinzen, der Großgrundbesitzer und der bürokratischen Komprador-bourgeoisie. Im Innern unterdrückt sie das indische Volk und saugt sein Blut, und international dient sie dem neuen Boss, dem US-Imperialismus und seinem Komplizen Nr.1, der sowjet-revisionistischen Regierungsclique, die noch zu ihrem alten Oberherrscher, dem britischen Imperialismus, hinzukommen und verkauft so in großem Stil die nationalen Interessen Indiens. So wiegen Imperialismus, Sowjet-Revisionismus und Feudalismus wie schwere Berge auf dem Rücken des indischen Volkes, besonders auf den sich plagenden Massen der Arbeiter und Bauern." (19)

- Klassenstrukturen -

Schon lange bevor die Engländer kamen gab es in Indien ein vielgestaltiges und regional verschiedenes Ausbeutungssystem. In Nord- und Nordwestindien gab es das System der von der Dorfgemeinschaft kollektiv

---

→ s.a. : Notes towards a theory of underdevelopment. A.K. Bagchi, in.: Economic and political weekly, Vol. 6 , Nos 3 ,4 , 5, Bombay, Jan.71

(16) aus: P.K.Roy, Noose around the necks, A brief study on the Combrador economy in India, in: Proletarian Path, Nr. 3, März 71

(17) Über imperialistische Einflüsse in Indien, s.a. : Inquilab Zindhabad , Autorenkollektiv, Verlag Neue Linke, Bonn 1971, S.39

(18) Liberation, Dezember 67, Organ der CPI (ML)

(19) "Spring Thunder over India" in: Peoples Daily, 5/7/1967

betriebenen Landbearbeitung, wobei das Mehrprodukt der Staatsbürokratie, an erster Stelle repräsentiert im König, überlassen werden mußte, die ihrerseits für den Aufbau der Infrastruktur sorgte. (20)
Daneben gab es, als die Engländer kamen, verschiedene Formen individuellen Landeigentums. Im 17. Jahrhundert verwandelte die East India Company auf Initiative von Lord Cornwallis in Bengalen, Bihar, Orissa und Madras die Steuereintreiber in Landeigentümer und die eigentlichen Eigentümer und Produzenten in Pächter - ein System, das später als Zamindarsystem bekannt wurde. Absicht war, daß die so neu geschaffene Klasse die britische Herrschaft unterstützen und fördern würde, da sie ihre neue Lage den Kolonialherren verdankte. Ähnliche Manipulationen spielten eine Rolle bei der Einführung ähnlicher Systeme in den andern Teilen Indiens. Die heutigen semifeudalen Strukturen sind aus diesen Eingriffen der britischen Kolonialmacht in die einheimischen Sozialstrukturen hervorgegangen.

. . . auf dem Lande

In geringem Ausmaß hat heute eine Kapitalisierung auf dem Lande stattgefunden, d.h. die Umwandlung des Feudalherren in einen Agrarkapitalisten, der keine Pacht mehr von den Produzenten erhält, sondern den Landwirtschaftlichen Produktionsprozeßdurch die Anstellung bezahlter Arbeitskräfte und durch Verbesserung der Produktionsmittel organisiert. Die Masse der ländlichen Bevölkerung jedoch ist semifeudalen Produktionsbedingungen unterworfen. Die Masse der bäuerlichen Produzenten sind weder Landeigentümer noch von Kapitalisten bezahlte Lohnarbeiter, sondern besitzen ihr Land auf einer sehr unsicheren Rechtsgrundlage und müssen fast die gesamte Ernte anderen übergeben, die mehr Macht und deshalb größere Rechte haben als sie. Typisch für die semifeudalen Bedingungen auf dem Lande, das von 80 % der indischen Massen bewohnt wird, sind Fehlen eines Arbeitsmarktes in einem großen Teil des ländlichen Sektors; persönliche Unterwerfung des unmittelbaren Produzenten unter den Landeigentümer; überhöhte Pachten; ein unterentwickeltes Marktsystem, was geringe soziale Arbeitsteilung, eine niedrige Akkumulationsrate und den Gebrauch des Erzeugnisses hauptsächlich zur Befriedigung unmittelbarer Bedürfnisse nach sich zieht. (21)

Der Pächter hat wenig Interesse, die natürlichen Kultivierungsbedingungen und Produktionsmittel zu verbessern, selbst wenn er die finanziellen Mittel hätte, da der Nutzen, den er aus derartigen Aktivitäten ziehen würde, äußerst gering wäre. (22)
Die herrschende Gruppe auf dem Lande wird gebildet von 10 % der Landbevölkerung und stellt die mächtige Klasse der Großgrundbesitzer dar. Sie arbeiten selbst nicht, leben oft in der Stadt und eignen sich unter schlimmsten Ausbeutungsbedingungen den produzierten Reichtum an. Die Grundlage ihrer ökonomischen Macht ist das Eigentum an mehr als der Hälfte des kultivierten Bodens während über 80 % der Bauern weniger als 15 % des kultivierten Landes besitzen und in unsäglichem Elend dahinvegetieren.
Die Großgrundbesitzer sind mit dem städtischen Handels- und Wucherkapital verbunden. Sie sind es, die am meisten von den staatlichen Subventionen für die Landwirtschaft profitieren.
Die Masse der Kleinbauern ist kaum fähig, von ihrem Einkommen zu leben und vermag ihre Produktionsbedingungen nicht zu verbessern. Sie sind oft gezwungen, Kredit aufzunehmen und verstricken sich so immer tiefer in Schulden bei Geldverleihern, Händlern und reichen Bauern. Das dörfliche Kreditsystem wird immer noch dominiert von professionellen Geldverleihern, die Wucherzinsen verlangen. Ein Drittel der Bauern -in einigen Gegenden bis zu 90%- sind völlig verschuldet. Dadurch werden sie jedes Jahr gezwungen, einen Teil ihres Landes an den Großgrundbesitzer zu verkaufen und ihren sonstigen spärlichen Besitz zu verpfänden.
20 % der ländlichen Bevölkerung lebt von nicht-landwirtschaftlicher Beschäftigung, wie Handwerker, Diener, Händler, Geldverleiher usw. Die meisten Handwerker außerhalb der Städte arbeiten mit traditionellen Techniken für den beschränkten Bedarf eines Dorfes und nur selten findet man auf dem Lande nicht-agrarische Betriebe die unter Verwendung fremder Arbeitskraft für einen größeren Markt produzieren. Die offizielle Propaganda, die mit den paar tausend genossenschaftlichen Bauernkooperativen betrieben wird, entlarvt sich selbst durch die Tatsache, daß es in Indien 550 000 Dörfer gibt.

Kurz stellen sich die Verhältnisse auf dem Lande heute folgendermaßen dar: Die reichen Bauern konnten sich in mancher Hinsicht vom Druck der Feudalherren lösen und können oftmals ihren Landbesitz vergrößern. Ein geringer Teil der Großgrundbesitzer betreibt jetzt agrarkapitalistische Landwirtschaft und produziert für den Bedarf der Städte. Die Situation der armen und landlosen Bauern ist unverändert schlecht und verschlechtert sich noch weiter. Die Zahl der unbeschäftigten Arbeiter auf dem Land wächst ungeheuer an. Und obwohl es in diesem Bereich jetzt mehr Anstellungsmöglichkeiten gibt, ist die Zahl der Arbeitssuchenden schneller angestiegen als die Zahl der Stellen, was sich insbesondere auf die jungen Arbeitslosen auswirkt. In dem meisten ländlichen Gebieten finden viele Menschen nur während der Erntezeit Arbeit und müssen den Rest des Jahres hungern. Die Pläne der Regierung erlaubten nicht einmal, die immer neu hinzukommenden Arbeitssuchenden mit Arbeit zu versorgen und wurden der in den letzten 20 Jahren gewaltig angestiegenen Unterbeschäftigung nicht Herr. Einen realen Lohnanstieg bei den lohnabhängigen nichtstädtischen Arbeitern hat es kaum gegeben. (23)
Das Anwachsen der sozialen Ungleichheit auf dem Land und in den Städten vergrößerte die Widersprüche zwischen den Klassen. Einerseits haben Reichtum und Macht der Großbourgeoisie und Großgrundbesitzer stark zugenommen und andererseits hat sich der Lebensstandard, der Landarbeiter, der armen und landlosen Bauern und des städtischen Proletariats auf ein kaum vorstellbares Mini-

---

(20) Auf die Theorie der Grundformationen und der APW können wir hier nicht besonders eingehen. S. besonders Karl Marx, Kapital I , Grundrisse, British Rule in India; Wittvogel, Wirtschaft und Gesellschaft Chinas; E.Mandel, Entstehung und Entwicklung der ökonomischen Lehre von Karl Marx; Cerm, Sur le mode de production asiatique Paris 1969; Ferenc Tökei, Zur Frage der APW, Neuwied 1969.
(21) Bettelheim, a.a.O. S.23
(22) Über die Situation auf dem Lande: Ronald Segal, Die Krise Indiens, Kapitel : Der wirtschaftliche Abgrund.
(23) s.a. Inquilab Zindhabad , Kapitel Klassenanalyse

mum verringert. Diese Polarisierung findet seit etwa 4 Jahren ihren Ausdruck in härtesten Klassenauseinandersetzungen auf dem Land und in den Städten.

... in den Städten

In den Jahren nach der Unabhängigkeit war die Industriearbeiterschaft noch stark verbunden mit ihrer bäuerlichen Herkunft, was sich darin ausdrückte, daß sie nach einigen Jahren Arbeit in der Fabrik ins Dorf zurückkehrte , um dort weiter mit der Sippe zu leben. Das hat sich heute sehr geändert, die Kontakte mit dem Dorf werden zwar aufrecht erhalten, doch die indische Arbeiterschaft bildet heute ein klassenbewußtes Proletariat. (24)
Die Arbeitsproduktivität hat in den letzten Jahren viel stärker zugenommen als die Nominallöhne. Der geringe Anstieg des Nominallohns ist jedoch nicht zurückzuführen auf irgendwelche von der Regierung ausgearbeiteten Pläne, sondern wurde erreicht durch gewerkschaftlichen Kampf und spontane Streikaktionen, die oft mit brutalsten Mitteln von der Staatsseite unterdrückt wurden, bevor irgendwelche Forderungen erfüllt wurden.

Die Arbeiterklasse bildet etwa ein siebentel oder achtel der städtischen arbeitenden Bevölkerung. 3/5 sind in traditionellen Bereichen wie Handwerk und Kleinhandel tätig.
Die städtischen nicht-industriellen Gruppen der Lohnabhängigen bestehen aus folgenden Berufsgruppen: Staatsbedienstete, Handelsangestellten, Bank - und Versicherungsangestellte, in verschiedenen Sektoren tätige Bürobedienstete, Lehrer, im Gesundheitswesen tätige Angestellte, Angestellte bei Rechtsanwälten, Zeitungen und bei der Post. (25) Sie stellen weniger als 5 % der gesamten indischen arbeitenden Bevölkerung und etwa 20 % der städtischen Bevölkerung. Sie sind aufgrund der schwachen Industrialisierung und aufgrund dessen, daß die Kolonialherren insbesondere die kommerziellen und administrativen Entwicklungen förderten, zahlreicher als die in der modernen Industrie beschäftigten Arbeiterklasse. Viele von ihnen sind Universitäts- und Hochschulabsolventen, (26) sind diejenigen, die die meisten Zeitungen lesen und die größten Möglichkeiten zur politischen Bildung haben, was ihnen einen starken Einfluß in allen Parteien sichert.

Der Lebensstandard dieser Schichten ist zwar viel höher als der der Arbeiter und kleinen und armen Bauern, aber dennoch niedrig. Oft sind die Familien verschuldet. Ihr politisches Bewußtsein richtet sich im allgemeinen gegen das kapitalistische System des freien Unternehmertums und fühlt den Bruch zwischen sich und der Bourgeoisie. B. Misra zählt diese Gruppen zusammen mit der "industriellen Kleinbourgeoisie" zu den indischen 'Mittelklassen".
Die "industrielle Kleinbourgeoisie" macht weniger als 1,5% der arbeitenden Gesamtbevölkerung aus. Das sind weniger als 5,3% der städtischen Bevölkerung. Sie ist primär im Handel, Transport und Dienstleistungssektor tätig. In der Industrie sind nur wenige von ihnen tätig. Handel, d.h. hauptsächlich Handel mit landwirtschaftlichen Produkten, und Geldverleih wird von fast 50% der Kleinbourgeoisie betrieben. Ihre Ideologie ist streng konservativ und unterstützt die Aufrechterhaltung des traditionellen Rahmens, innerhalb dessen sie arbeitet. Sie hat ein Interesse an der Verarmung der bäuerlichen Massen, da der Geldverleih in den Dörfern ihr Geschäft ist und sie von niedrigen Preisen landwirtschaftlicher Erzeugnisse sie ihren Nutzen zieht. Da ihr Erfolg von der Erhaltung des status quo abhängt, ist sie bedacht auf gute Beziehungen zu den reichen Bauern und feudalen Großgrundbesitzern.

Drei Fakten müssen nach Desai bei jeder Analyse der indischen Klassenstrukturen hervorgehoben werden:
1) die geringe Zahl des klassischen Proletariats, was auf das geringe Entwicklungsniveau der Produktivkräfte zurückzuführen ist; es gibt etwa 40 Mio Arbeiter bei einer Bevölkerung von 550 Mio;
2) das Übergewicht der nicht-industriellen Lohnabhängigen und Selbständigen in den Städten - mit anderen Worten, der Kleinbourgeoisie. Diese Gruppe ist politisch nicht homogen; Teile von ihnen haben sich mit der Industriearbeiterschaft verbunden;
3) das überragende Gewicht der Landarbeiter und Mittelbauern; sie bilden 80% der ländlichen Bevölkerung und fast 60% der Gesamtbevölkerung. (27)

SKIZZE DER ENTWICKLUNG DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI INDIENS

Seit ihrer Entwicklung in den 20er Jahren stellt das Verhältnis zum Congress und der von ihm geführten Unabhängigkeitsbewegung das zentrale Problem der Politik der KPI dar. In ihrer schwankenden Haltung gelang es ihr nicht, in der Folge einer Anti-Congress-Politik die Isolierung und in der Folge einer Politik der Zusammenarbeit die Einbuße an politischer Selbständigkeit zu vermeiden (28)
Im Juni 1947 verkündete Attlee den Plan über die Beendigung britischer Herschaft in Indien, der als Montbatten Award in die Geschichte einging (29).
Die theoretische Verwirrung in der KPI reflektierte nur die Verwirrung, die in der KPdSU herrschte. Die Fragen, die anläßlich dieses Planes gestellt wurden, bedeuteten das erste Auftreten politisch-ideologischer Differenzen

---

(24) Über klassenanalytische Aspekte der indischen Gesellschaft siehe das wichtige Buch von Rajani Palme Dutt, das eine ganze Generation indischer Kommunisten in Analyse und Strategie beeinflußt hat: "India Today" , London 1940; Neue Ausgabe Kalkutta 1970

(25) B. Misra : "The indian Middle-Classes", London 1961

(26) Über 70% der Universitätstudenten kommen aus der Stadt, und nur 30% vom Lande. Es gibt kaum Studenten aus Arbeiter- oder Bauernfamilien; fast alle stammen aus höher gestellten Klassen. Bettelheim a.a.O. S.324

(27) M.Dsai a.a.O. S.49

(28) Zur Darstellung der drei indischen KP's ,vgl. insbesondere : Mohan Ram :" Indian Communism - Split within the Split" Dehli 1969
ders.: "Maoism in India", Dehli 1971
Sankar Ghosh : "The Disinherited State";Kalkutta 1971
Gene D. Overstreet; Marshall Windmiller: "Communism in India" Berkeley & Los Angelas 1959
und den entsprechenden offiziellen von den Parteien herausgegebenen Schriften. Eine skizzenhafte Entwicklungsgeschichte der Parteien findet sich auch in dem schon erwähnten "Inquilab Zindhabad!"

(29) Lord Louis Mountbatten löste Lord Wavel als Vizekönig in Indien ab und hatte die Aufgabe, diesen Plan auszuarbeiten.

innerhalb der Partei, die 17 Jahre später - 1964 - zur ersten Spaltung der KP führen sollte: was ist der ökonomische Hintergrund der Machtübertragung von den Engländern auf die Inder? Wird die Nationalbourgeoisie langsam oder schnell die kolonialen und feudalen Strukturen beseitigen und die kapitalistischen Entwicklung machtvoll vorantreiben können? Welche Taktik müssen die revolutionären Kräfte unter der Führung der Arbeiterklasse anwenden, um die bürgerlich-demokratische Revolution zu beenden und die sozialistische Revolution durchzuführen?

Ergebnis war eine Resolution zur völligen Unterstützung der nationalistischen Führung unter Nehru und die Aufrechterhaltung der Volksfront. Die Aufgabe der Arbeiterklasse und der Bauernschaft "in der kommenden kritischen Übergangsphase" sei, dafür zu sorgen, daß der Kampf für tatsächliche Unabhängigkeit, Demokratie und Einheit Indiens schließlich den Sieg davontrage und "Schulter an Schulter mit allen fortschrittlichen und linken Elementen im Lande" die Einheit der Volksfront zu erstreben. Die Theorie war, daß die neue Regierung nicht länger eine imperialistische Regierung oder ihr Satellit sei, sondern unabhängig und nur "bedroht" vom Imperialismus. Daß die UdSSR mit der KPI theoretisch nicht übereinstimmte, ging aus einem von E. M. Shukow im Juli 47 veröffentlichen Artikel hervor, der der Nehru-Regierung den Kampf ansagte, sie als Repräsentant der Großbourgeoisie denunzierte und ihr Kapitulation vor dem Imperialismus vorwarf. Shukows These für die neue Strategie der KPI lautete daher: Bildung einer antiimperialistischen Volksfront mit den schwankenden Elementen der Bourgeoisie. Gegen Ende des Jahres 1947 setzten sich im ZK die radikaleren Elemente durch und erzwangen unter Ranadives Führung einen Wechsel in der Politik. Die im Dezember verabschiedete Resolution denunzierte die im Juni 1947 proklamierte Theorie als opportunistisch und machte Schluß mit der Illusion, die Bewegung unter Nehru enthalte fortschrittliche und linke Elemente. Sie hatte ein neues Verständnis von der sich an der Macht befindenden Bourgeoisie, die ihren antiimperialistschen Kampf aufgegeben hatte und mit den Imperialisten kollaborierte.

Der Kongress von Kalkutta wählte Ranadive zum Generalsekretär, forderte die Formierung einer demokratischen Volksfront, die Klassenallianz von Arbeiterklasse, Bauernschaft und revolutionärer Intelligenz (was die Einbeziehung der unterdrückten Mittelklasse bedeutete) unter Führung der Arbeiterklasse zur revolutionären Durchführung der volksdemokratischen Revolution für den Staat der Arbeiter, Bauern und der Kleinbourgeoisie. Die Praxis, die die Ranadive-Führung verfolgte, war der Versuch, aus jedem Teilstreik einen Generalstreik zu initiieren und durch revolutionären Terror und Sabotage die Isolation zu durchbrechen, in die sich die KPI oft hineinmanövrierte, was 1949 die Illegalisierung der Partei in mehreren Staaten Indiens zur Folge hatte.

In der Periode von 1946-1951 hatte ein Großteil der heutigen Führer marxistisch-leninistischer Organisationen ihre erste Erfahrung mit der Organisierung der Bauernschaft für den bewaffneten Kampf. Zentrum des Aufstandes war Telengana, ein Gebiet, das im Südosten Indiens, im heutigen Andhra Pradesh gelegen ist. Ähnliche Kämpfe fanden jedoch auch in Teilen Westbengalens, Keralas und Nord-Madras statt.

Schon 1946 wurde in Andhra die Auseinandersetzung gegen das semifeudale System bewaffnet geführt und von den Kommunisten auf der Basis eines Agrarprogramms organisiert. Der Kampf brach aus, als allein im Distrikt Nalgonda 10 000 Menschen verhaftet wurden, und fand 1947 einen Höhepunkt durch die Errichtung befreiter Gebiete im Umfang von über 3000 Dörfern. (30)

Die Revolutionäre erhoben und verwirklichten folgende Forderungen: Verteilung von brachliegendem, regierungseigenem Land an die Landarbeiter; Verteilung von brachliegendem Zamindari-Land an die Bauern (Großgrundbesitzer, die sich loyal gegenüber der neuen Verwaltung verhielten, sollten eine angemessene Pacht erhalten; das Land der konterrevolutionären Großgrundbesitzer sollte ohne Pacht an die Landarbeiter verteilt werden); wesentliche Verringerung der Pachtzahlung, Illegalisierung der Vertreibung von Pächtern, Garantie von Mindestlöhnen für Arbeiter und völliges Verbot für Sondererhebungen und -steuern. Überall in den befreiten Gebieten ließ der Kampf Volksregierungen, Volksgerichte und Volksmiliz entstehen.

Die von der Führung angewandte Strategie fußte damals schon auf Mao Tse-tungs "Neuer Demokratie", deren Errichtung nach Mao impliziert: "In der ersten Phase (der Revolution, U.K.) muß die koloniale, halbkoloniale und halbfeudale Form der Gesellschaft geändert und diese in eine unabhängige demokratische Gesellschaft umgewandelt werden. In der zweiten Phase ist die Revolution voranzutreiben und eine sozialistische Gesellschaft zu errichten." (31)

Die Andhra-Kommunisten verwarfen die These, daß die indischen Verhältnisse denen Rußlands von vor 1917 entsprächen und stellten in dem berühmten "Andhra-Brief" im Juni 1948 folgende Thesen auf: "Unsere Revolution ist in vielerlei Hinsicht verschieden von der klassischen Russischen Revolution und zu einem großen Maße ähnlich der chinesischen Revolution. Die Perspektive ist wahrscheinlich nicht die von Generalstreiks und allgemeinem Aufstand, sondern der erbitterte Widerstand und langandauernde Volkskrieg in der Form der Agrarrevolution, die in der Erringung der politischen Macht durch die demokratische Front gipfeln." Wie die chinesische KP sahen die Genossen Feudalismus und Imperialismus als die Hauptfeinde und erkannten schon damals ihren Kampf als Teil der nationalen Befreiungskämpfe der Völker Südostasiens.

In der chinesischen "Neuen Demokratie" sahen sie "eine neue Form von revolutionärem Kampf", der in den "Kolonien und Halbkolonien zum Sozialismus führt".

Die von den Andhra-Kommunisten vertretene Vier-Klassen-Allianz forderte die Vereinigung der gesamten Bauernschaft - die reichen Bauern mit einbegriffen - unter Führung der Arbeiterklasse für die Durchführung des Guerillakrieges. Da Imperialismus und Feudalismus als Hauptfeinde gesehen wurden, ging die Strategie davon aus, daß ein Teil der Bourgeoisie in die Einheitsfront mit eingeschlossen werden könne, da nur die Großbourgeoisie, sowie die großen Grundbesitzer, reaktionär seien.

Wegen seiner ausschließlich auf das Proletariat orientierten, den konkreten indischen Verhältnissen nicht entsprechenden Strategie unterstützte das Politbüro der KPI unter der Führung Ranadives diese Bewegung anfangs nur sehr schwach und bekämpfte sie schließlich gemeinsam mit der Kongreß-Partei.

Die Haltung der Kominform gegenüber der abenteuerlichen Praxis des ZKs der KPI brachte Ranadive zu Fall. Die Führung der KPdSU war nicht einverstanden mit der von den

(30) siehe Gautam Appa: "The Naxalites"; New Left Review

(31) Mao Tse-tung ; AW Bd.2: "Über die neue Demokratie" S.399; Peking 1968

Andhra-Kommunisten formulierten Strategie und angewandten Praxis. Sie plädierte zwar für die Vier-Klassenallianz und den Kampf für die Neue Demokratie - war aber gegen die Praxis der revolutionären Gewalt der Massen. Dennoch konnte die Führung des ZKs nach den Wahlen vom Juni 1950 von Andhra-Kommunisten übernommen werden, die für Indien die objektiven Bedingungen zur Führung des Widerstandes durch Guerillakampf herangereift sahen und aus Telengana Indiens Yenan machen wollten.
Der Triumph der Telengana-Linie hielt aber nur kurze Zeit. Nach der Intervention der KPdSU wurde auch die linke Führung der KPI abgewählt und die Unterstützung der Andhra-Bewegung zugunsten des parlamentarischen Weges eingestellt.
Damit war der Weg 1951 frei für die indische Reaktion, mit brutalsten militärischen Methoden die revolutionäre Bauernbewegung zu unterdrücken. Die Politik der kommunistischen Weltbewegung, die sich im Lob des sowjetischen Ministerpräsidenten Malenkow für Nehrus "großen Beitrag zum Frieden" und in den Gesprächen des chisischen Premierministers Tschou En-lai mit Nehru über die Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz (25.6. '54) äußerte, veranlaßte die KP-Führung, langfristig bewußt auf den Pro-Nehru-Kurs einzuschwenken mit der theoretischen Legitimation, daß die Außenpolitik progressiv und deshalb zu unterstützen sei und die Innenpolitik nach wie vor reaktionär und deshalb zu bekämpfen sei. Der Parteikongreß in Palghat (1956) stellte fest, daß die Regierung im Interesse der Klassen der Bourgeoisie und der Großgrundbesitzer handle, wobei die Bourgeoisie die führende Rolle einnehme. Die Politik der Regierung sei nationalkapitalistisch orientiert, d.h., sie wünsche Indiens Entwicklung auf dem unabhängigen kapitalistischen Weg. Die Bourgeoisie versuche ihre Position auf Kosten der Massen zu stärken. Diese Erklärung stand im Gegensatz zu den Interpretationen der letzten Jahre, die die Regierung als eine von Großgrundbesitzern, Prinzen und reaktionäre Großbourgeoisie beherrschte charakterisierten, in der die Großbourgeoisie mit dem britischen Imperialismus kollaboriere. Jetzt habe die Bourgeoisie das Interesse, feudale Ausbeutungsformen zu beseitigen und Feudalherren in Agrarkapitalisten umzuwandeln, was die Entwicklung einer Schicht reicher Bauern fördern würde, die als soziale Basis bürgerlicher Herrschaft auf dem Lande fungieren könnte.
Unter dem Einfluß des endgültigen Siegs des Revisionismus in der KPdSU vollzog sich auf der Grundlage dieser allgemein gehaltenen Analyse der Schritt zur Strategie des friedlichen Übergangs und die Umwandlung der Kaderpartei in eine reformistische Massenpartei.
Die formelle Zustimmung zu diesem Wandel erfolgte Anfang 1958 auf dem Kongress von Amritsar und war zurückzuführen auf permanenten Einfluß der KPdSU, die die Nehru-Regierung zur Unterstützung ihrer Politik zwingen wollte. Die neutrale Position Nehrus sollte durch Ausweitung der Wirtschaftshilfe erkauft werden.
Die Aktivitäten der Sowjetunion instrumentalisierten die KPI zu einer Lobby und Pressure Group im Parlament von New Dehli und legten die Macht für immer in die Hände einer rechtsopportunistischen Führungsclique. Die sino-sowjetische ideologische Auseinandersetzung und der chinesisch-indische Grenzkonflikt hatten großen Einfluß auf die schwelende Krise in der KP, die sie 1961 bis an den Rand der Spaltung bringen sollte. Der offene Bruch der rechten und der linken Gruppe - die etwa gleich stark waren - konnte durch einen opportunistischen Kompromiß anläßlich des 6. Parteikongresses 1961 in Vijayawada verhindert werden.
Die unumschränkte Unterstützung von Nehrus Außenpolitik seitens der KPI brachte die Partei in einige Schwierigkeiten anläßlich der aggressiven Politik Nehrus gegenüber der VR China, was sie anfangs durch das Gleichgewicht einer einerseits neutralen Haltung gegenüber Peking und einer mäßigen Unterstützung von Nehrus neutralistischer Außenpolitik zu beheben suchte. Bald aber profilierten sich zwei Flügel, deren einer Peking völlig verurteilte und "zur Verteidigung des Vaterlandes" die antichinesische Allianz mit der Kongreß-Partei einging und sich mit Nehru solidarisierte, der gerade die in Kerala gewählte kommunistische Regierung hatte absetzen lassen. Bestärkt wurde diese Haltung, als sich die Sowjetunion voll mit der indischen Politik identifizierte.
Die linke Opposition kritisierte die offizielle Linie und stand für Neutralität im chinesisch-sowjetischen Streit und trat ein für Verhandlungen im indisch-chinesischen Grenzkonflikt. Das Programm der Linken ist zusammenfassend so zu skizzieren: starke ausländische Hilfe hat begonnen, die Unabhängigkeit des Landes zu unterminieren; unabhängige wirtschaftliche Entwicklung ist unter der Führung der Bourgeoisie nicht möglich; die gemeinsame Aktion mit demokratischen und progressiven Kongressparteileuten ist ausgeschlossen. Konkret hieß das, daß sie die These von der Unabhängigkeit des Landes nicht anerkannten, weil nach der Übertragung der Macht durch die Briten die Bourgeoisie einen Kompromiß mit Reaktion und Imperialismus eingegangen sei; anstatt das Land von ausländischem Kapitaleinfluß zu befreien, mache sie den ausländischen Monopolen mehr und mehr Konzessionen, die zu einer das indische Kapital schwächenden Bindung führe. Die Aufgabe sei es, den amerikanischen Druck, die Reaktion und den rechten Flügel der Kongreß-Partei mit der Perspektive der Volksdemokratie zu bekämpfen. Die Volksfront sei im Verlauf dieses Kampfes zu bilden. Das Proletariat sei die Hauptkraft in diesem Kampf, müsse sich aber verbünden mit den armen und landlosen Bauern und mit der schwankenden Mittelklasse - den Angestellten und der Intelligenz - und der Kleinbourgeoisie, die sich im Widerspruch mit den wachsenden Monopolen befinde, sowie einem Teil der von ausländischem Kapital bedrohten Nationalbourgeoisie.
Die Rechten behaupteten die Unabhängigkeit des Landes, was die Außenpolitik beweise. Die indische Bourgeoisie sei nicht nur antiimperialistisch und anti-kolonialistisch, sondern unterhalte trotz gewisser Schwankungen auch gute Beziehungen zur UdSSR und den jungen befreiten Staaten. Die ausländische Hilfe sei im Schrumpfen begriffen aufgrund der sowjetischen Unterstützung und aufgrund der Ausweitung des Staatssektors. Aufgabe sei es, das Volk für die Stärkung, Verteidigung und Ausweitung der progressiven Politik der Regierung zu aktivieren. Die Volksfront solle alle Klassen von der Nationalbourgeoisie bis zur Arbeiterklasse und zu den Kongressleuten und Kommunisten umfassen. Die bürgerliche Demokratie sollte in nationale Demokratie umgewandelt werden.
Anläßlich des 6. Parteikongresses im April 1961 warfen die Linken den Rechten vor, sie ignorierten die Kompromißhaltung der nationalen Bourgeoisie, rechtfertigten die Abhängigkeit der Regierung vom Imperialismus und ihre allgemeine Unterstützung des Westens, sie würden die begrenzten Möglichkeiten einer kapitalistischen Entwicklung in Indien, wenn nicht das ausländische Kapital und

die semifeudalen ländlichen Strukturen beseitigt werden würden, verschweigen. Für wie wichtig die KPdSU die Diskussion in der KPI hielt, wird klar durch die Teilnahme einer sowjetischen Delegation, der Michael Suslow - damaliger Sekretär des ZKs der KPdSU - vorstand. Suslow hatte anfangs offen die rechte Fraktion unterstützt, mußte sich aber dann, als die Stärke der linken Fraktion offenbar wurde, für den Kompromiß aussprechen. Einigung wurde erzielt über folgende Bündnisstrategie: Eine Volksfront aus Arbeitern, Bauern, Nationalbourgeoisie und Kleinbourgeoisie unter Führung der Arbeiter und Bauern sollte gebildet werden. In der Kongreßpartei seien Verbündete und Klassenfeinde organisiert.

Im Februar-März des Jahres 1963 erreichte die sino-sowjetische Polemik einen Höhepunkt, der die meisten asiatischen KPs zwang, ihre Neutralität aufzugeben.
Die Führung der KPI hatte sich schon lange mit den sowjetischen Positionen identifiziert und benutzte die sowjetischen Unterstützung und ihren neuen Ausgleich mit der Nehru-Regierung, um die Linke beiseite zu schieben.
Die linke Opposition stellte drei den chinesisch-indischen Grenzstreit betreffende Forderungen: 1. keine Hetze gegen China, 2. keine provozierenden Vorbedingungen für die Verhandlungen mit China, 3. Ablehnung der imperialistischen Unterstützung, wie insbesondere Militärhilfe.
Die KP China bezog in diesem Konflikt folgendermaßen Stellung: sie denunzierte die Rechten in der KPI als "Revisionisten-Clique", die sich "auf dem Wege des nationalen Chauvinismus und des Klassenkapitulationismus" bewege, mit der Absicht, die Partei "zum Anhängsel der indischen Großbourgeoisie und der Großgrundbesitzer" zu machen und den Interessen des US-Imperialismus zu dienen, der den Neokolonialismus in Indien vorantreibe. Indem die KPI die Aggression der Nehru-Regierung gegen die VR China unterstütze, helfe sie der indischen Bourgeoisie, die Bewegung der Arbeiterklasse zu unterdrücken und versuche mit Hilfe der Nehru-Regierung, die Partei zu spalten. Den KPI-Vorsitzenden Dange verglichen sie mit Tito. Nehru sei ein Vertreter der Bourgeoisie, der mit seinen Planungsmethoden die grundsätzlichen Charakteristika des Kapitalismus nicht beseitige, sondern nur den komprador-bürokratischen Monopolkapitalismus entwickele. In der sowjetischen Militärhilfe für Indien sahen die Chinesen " ein neues Kapitel der Kollaboration zwischen der Sowjetunion und dem US-Imperialismus, um sich mit Indien gegen China zu verbünden."

Die revisionistische Dange-Führung begann in der Partei die antirevisionistischen Teile zu isolieren und vermittelte deren Adressen an die Justiz, die eine Verhaftungswelle einleitete. Wo immer es ging wurde von der Dange-Clique die innerparteiliche Diskussion verhindert. Die Konsequenz war, daß 32 Mitglieder aus der Partei austraten und mit der Gründung einer neuen Partei drohten. Die Solidarität einer großen Masse von Parteimitgliedern mit den ehemaligen Mitgliedern veranlaßte Dange, die Einheit der Partei zu beschwören, aber die Bedingung der Linken, daß eine weitere Zusammenarbeit nur möglich sei bei einer Neubesetzung der gesamten Führungsspitze durch demokratische Wahlen wurde abgelehnt, was den Bruch vollendete. Der militante und am besten in den Massen verankerte Teil der Kader sammelte sich um die 1964 abgespaltene Gruppe, die bei ihrem Treffen in Tenali eine neue Partei gründete. Fast gleichzeitig hielten Ende 1964 beide Parteien Kongresse ab, um programmatische Positionen zu klären. Sie unterschieden sich insbesondere in den wichtigen Fragen nach dem Stadium der Revolution, der Strategie der Partei und in der Frage der Verbündeten.
Die alte KPI unterstützte voll die allgemeine sowjetische Linie, wohingegen die neue Partei, die sich später Kommunistische Partei Indiens (marxistisch)- (KPI(M)) nannte, nicht hinter der allgemeinen chinesischen Linie stand und ernste Differenzen gegenüber der sowjetischen Linie bekundete. Die Spaltung der KPI bedeutete also keine sino-sowjetische Polarisierung; die KPI(M) war zu wenig vereinheitlicht, als daß sie ein guter Verbündeter der KP China hätte sein können.

Kurz nach Gründung der Partei wurden 900 ihrer führenden Funktionäre während einer Razzia am 29./30. Dezember 1964 verhaftet. Innenminister Nanda behauptete, die KPI(M) habe die bewaffnete Revolution und den Guerilla-Krieg vorbereitet, um zusammen mit den Chinesen "die demokratische Regierung von Indien" zu zerstören. Trotz derartiger Angriffe konnte die Partei aus den Parlamentswahlen in Kerala und Westbengalen in dem einen Bundesland als stärkste und in dem anderen als zweitstärkste Partei hervorgehen. Die KPI erreichte in keinem Bundesland auch nur die zweite Stelle.
In Kerala und Westbengalen ist die KPI(M) seitdem die dominierende Partei in den nicht Kongresskoalitionen, während die KPI nur ein Anhängsel darstellt.
Auf die KPI(M), die von Anfang an den Charakter einer linken Sammlungsbewegung hatte, wirkten die Wahlsiege so, daß revisionistische Tendenzen verstärkt wurden.
Die Arbeit in den breit angelegten Volksfrontregierungen nahm immer mehr Raum ein und wurde geführt mit dem Ziel, über die Einzelstaatsregierungen die Zentralregierung zu "erobern". Auf diesem Weg nähert sie sich zunehmend der KPI an.
Die treu der neuen Partei folgenden Massen erkannten nicht sofort deren Charakter. Die KPI(M) propagiert den parlamentarischen Kampf als nur eine spezifische Form des Kampfes, um mehr und mehr Arbeiter und Verbündete des Proletariats für die zukünftige Volksdemokratie zu gewinnen. Tatsächlich aber wurde die parlamentarische Praxis ihre einzige Praxis.

Der Aufstand von Naxalbari und das Koordinationskomitee Kommunistischer Revolutionäre

Im Frühling 1967 versuchte unter Führung eines lokalen Zweiges der KPI(M) im Darjeeling Distrikt in Nord-Bengalen ein großer Teil der Bauernschaft dieses Gebietes, die Volksfrontregierung beim Wort zu nehmen und die langversprochene Landreform zu verwirklichen. Sie besetzten, bewaffnet mit Bogen, Pfeilen und Speeren, ein mit Tee bebautes Land, hißten rote Fahnen und erklärten das Land als das ihre. Der Grundbesitzer floh. Bei der folgenden Auseinandersetzung mit einer Polizeitruppe wurde ein Polizist mit einem Pfeil getötet. Die Bauern kehrten in ihr Dorf zurück. Als die Nachricht kam, daß die Polizei erneut auf dem Wege sei, um das Dorf zu überfallen und sich zu rächen, verließen alle Männer das Dorf und versteckten sich im Wald. Als sie zurückkehrten, waren 7 Frauen und 3 Kinder getötet.
Die Führer des Aufstands von Naxalbari arbeiteten später führend mit am Aufbau des Koordinationskomitees der Kommunistischen Revolutionäre und dann auch der KPI (Ml.). Sie haben die Ereignisse von Naxalbari und die folgenden zusammengefaßt und interpretiert.
Die Einschätzungen aus ihren theoretischen Organen ge-

be ich hier wieder.
Die Bewegung von Naxalbari war der Beginn einer politischen revolutionären Massenbewegung in Indien. Der Punkt war erreicht, an dem die wahren politischen Interessen der Führung der zwei revisionistischen KPs demaskiert und offenbar wurden. Es wurde offensichtlich, daß die "Volks"regierung, die damals in Bengalen an der Macht war, nicht im Interesse des Volkes handelte, sondern beim Versuch der Niederschlagung der Naxalbari-Bewegung im Interesse ausbeuterischer Großgrundbesitzer.
Nach Analyse der Bewegung in Naxalbari ergibt sich, daß die revolutionären Bauern damals zehn wichtige Maßnahmen durchführten:
1. Sie bearbeiteten das ganze Land im Aufstandgebiet mit ihren Pflügen und machten es zu ihrem Eigentum. Sie erklärten, daß alles Land, was den Landarbeitern nicht gehörte und von ihnen nicht bebaut wurde, von den Bauern-Komitees verteilt werden müsse. Indem sie diese Forderung praktisch verwirklichten, versetzten sie der wichtigsten politischen und ökonomischen Basis der Großgrundbesitzer einen Stoß.
2. Alle legalen Handlungen und Dokumente, die das Land betrafen, waren dazu benutzt worden, sie zu betrügen. Sie hielten Versammlungen ab und verbrannten offizielle Dokumente.
3. Die Großgrundbesitzer und Geldverleiher nutzten die Armut des Landvolkes aus und schlossen mit ihnen ungleiche Verträge ab. Die Bauern erklärten sämtliche derartige Übereinkommen ebenso wie die große Last der erhobenen Zinsen für null und nichtig.
4. Der gehortete Reis, der einen wichtigen Teil des feudalen Reichtums darstellt und dazu dient, die feudale Ausbeutung aufrecht zu erhalten, wurde von den Bauern konfisziert und verteilt. Außer dem gehorteten Reis wurden andere Dinge wie Öl, Haustiere, Arbeitsgeräte und sogar Gegenstände, die dem persönlichen Gebrauch des Großgrundbesitzers dienten, konfisziert und verteilt.
5. Alle Großgrundbesitzer in den Dörfern, die seit langer Zeit als Unterdrücker bekannt waren und diejenigen, die versuchten, sich dem Bauernkampf zu widersetzen, mußten sich einem öffentlichen Prozeß stellen und wurden zum Tode verurteilt.
6. Den klassenverräterischen Elementen, die dazu benutzt worden waren, die politische, ökonomische und soziale Autorität der Großgrundbesitzer in den Dörfern zu erhalten und denjenigen, die mit der Polizei kollaboriert hatten, wurde sämtlich der öffentliche Prozeß gemacht. In einigen Fällen wurde die Todesstrafe vollzogen; in anderen Fällen wurden die Angeklagten mit Narrenkappen durch das Dorf geführt, so daß sie es in Zukunft nicht mehr wagen würden, Verbrechen zu begehen.
7. Sie wußten, daß ihrem Kampf gegen die Großgrundbesitzer und die Geldverleiher bald die bewaffnete Unterdrückung durch den Staatsapparat folgen würde und bewaffneten sich mit ihren traditionellen Waffen wie Bogen, Pfeile und Speere, aber auch mit von den Großgrundbesitzern gewaltsam entwendeten Gewehren und organisierten ihre eigenen bewaffneten Gruppen.
8. Sie organisierten Wachmannschaften und hielten den Schulunterricht aufrecht. Die Bauern-Komitees ließen verlauten, daß ernste Strafen im Falle von Diebstahl und ähnlichen Vergehen ergehen würden und verwirklichten auch in einigen Fällen diese Drohung.
9. In jedem Gebiet organisierten sie Revolutions-Komitees und etablierten die politische Macht der armen und landlosen Bauern.
10. Sie erklärten das bürgerliche Recht und die Justiz in den Dörfern für abgeschafft. Die Entscheidungen der regionalen und zentralen Revolutionskomitees wurden zum Gesetz erhoben.

Im Gebiet des Aufstandes von Naxalbari waren zur Zeit der Revolte 70% arme und landlose Bauern, 20% waren Mittelbauern und 10% reiche Bauern. Wie einer der Organisatoren von Naxalbari, Kanu Sanyal, schrieb, (32) hatten die landlosen Bauern die führende Rolle inne. Die mittleren Bauern waren sehr skeptisch und beteiligten sich in der ersten Phase nicht am Kampf. Als sie aber erkannten, daß der Angriff den Großgrundbesitzern und Wucherern galt, beteiligten sie sich an den Kämpfen. Die reichen Bauern waren in der ersten Phase gegen die landlosen Bauern eingestellt und standen sogar oft auf der Seite der Großgrundbesitzer. Als sich jedoch die Mittelbauern für den Aufstand entschieden, da änderte sich auch die Haltung der reichen Bauern. Als die Oberausbeuter bestraft und aus den Dörfern gejagt worden waren, da gaben sie ihre Opposition endgültig auf.
Kanu Sanyal erklärte, daß der Kampf nicht primär zum Ziel hatte, kultivierbares Land neu zu verteilen, sondern in der Perspektive die Erringung der politischen Macht, d.h. durch die Bewaffnung der Bauern den Sturz der Kompradór-Bourgeoisie und der Klasse der Großgrundbesitzer, die sich im Einvernehmen mit dem Imperialismus befindet. Die Feudalherren bilden die soziale Basis der "imperialistischen und kompradorbürokratischen Ausbeutung und die Bauern sind die Hauptkraft und Basis dieses Kampfes". Das Bewußtsein von diesen Bedingungen, ohne das jeder Kampf auf dem Lande, wie militant er auch geführt werden mag, im Ökonomismus verharrt, wurde in Naxalbari erreicht.
Die Arbeiter in den umliegenden Teeplantagen spielten eine wichtige Rolle in den Auseinandersetzungen und durchbrachen die Schranken des gewerkschaftlichen und ökonomischen Kampfes. Die wichtigste Lehre, die nach der Verwirklichung der antifeudalen Front der Arbeiter und Bauern aus den Klassenkämpfen gezogen wurde, war, daß diese Front nur unter Führung einer proletarischen Partei mit einer eigenen Armee und im breiten Bündnis mit allen antiimperialistischen und antifeudalen Schichten und Gruppen wirksam die Staatsmacht angreifen kann.

Daß es keine marxistisch-leninistische Partei gab, war die größte Schwäche, die den Aufstand von Naxalbari über einen bestimmten Punkt nicht hinauskommen ließ. Die Bewegung mußte so politisch und militärisch versagen. Im ersten Stadium des Kampfes unterschätzte die Führung die Stärke des Feindes und danach überschätzte sie sie und verwechselte aufgrund eines falschen Verständnisses von Maos Lehre strategische Verteidigung mit passiver Verteidigung.

Die Genossen zogen nach Sanyal folgende Lehren aus dem Kampf: Maos politische und militärische Theorien müßten intensiver studiert werden; bewaffnete Bauern müßten sich als Dorf-Verteidigungsgruppen organisieren; sie müßten sich mit der Theorie des Guerillakrieges vertraut machen, sich mit ihren traditionellen Waffen versehen und Angriffe auf den Klassenfeind durchführen; befreite Gebiete müßten stufenweise durch die Bildung von bäuerlichen Guerilla-Truppen errichtet werden. Die Guerilla-Truppen sollten den Kern der Volksarmee bilden.

(32) Kanu Sanyal in: "Liberation"; Nov. 1968

Der Kampf von Naxalbari wurde zwar bald in den Hintergrund gedrängt, konnte aber nicht unterdrückt werden. Er stellte einen Wendepunkt in der kommunistischen Bewegung Indiens dar, und das, weil er den Massen zeigte, daß die Führung, die sie unterstützten sich mit den Ausbeutern aller Schattierungen identifizierte und sich gegen die Massen wandte. Theoretisches Rüstzeug der Genossen wurden die Ideen Mao-tse-tungs und die Theorie der chinesischen Revolution. Die Parolen lauteten: Den Massen vertrauen! und: Den Revisionismus mit den Mao-tse-tung-Ideen bekämpfen ! Die Strategie richtete sich nach den Erfahrungen der chinesischen Revolution, daß nur die Bauern unter der Führung der Arbeiterklasse in einem semi-kolonialen und semi-feudalen Land die Freiheit erringen können. Folgerichtig wurde von der Führung des Naxalbari-Aufstandes die Forderung erhoben, ein Koordinatonskomitee kommunistischer Revolutionäre für ganz Indien zu organisieren und Naxalbaris überall entstehen zu lassen. Viele Kommunisten verließen die KPI (M), um sich einer Organisation anzuschließen, die nicht nur verbal sondern tatsächlich die militante Linie verfolgte.

Das Koordinationskomitee wurde im November 1967 in Calcutta zur Koordinierung aller revolutionären Aktivitäten im Lande gegründet, mit dem bewußten Ziel des Aufbaus einer marxistisch-leninistischen Partei.

Uwe Kräuter

ANALYSE DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI INDIENS (M-L) ZUR GEGENWARTIGEN LAGE IN INDIEN UND PAKISTAN!

Nieder mit dem Imperialismus, dem Chruschtschow-Revisionismus und allen anderen Reaktionären. Die Revolution in Ost-Pakistan schreitet voran!

Kürzlich spielten die US-Imperialisten, die SU-Sozialimperialisten und die indischen Reaktionäre in Ost-Pakistan und verloren.

Seit einiger Zeit üben die zwei sogenannten Supermächte großen Druck auf die pakistanischen herrschenden Klassen aus, um zu erreichen, daß diese ihnen bei der Einkreisung Chinas helfen und sie unterstützen in ihrem Bemühen ihre konterrevolutionäre Strategie in diesem Teil Asiens durchzusetzen. Da sie dabei auf Widerstand der herrschenden Klassen in Pakistan trafen, koordinierten sie ihre Pläne mit denen der indischen Expansionisten und versuchten, Pakistan zu zerstückeln und Ost-Pakistan in eine Basis für ihre Aggressionen gegen China zu verwandeln.

Mujibur Rahmann und seine Awami Liga wurden vom US-Imperialismus und seinen Komplizen hochgepäppelt um die Macht in Ost-Pakistan zu ergreifen, während die indischen Expansionisten alles weitere von außerhalb tun sollten, um die Pläne der Imperialisten in die Tat umzusetzen. Auf ein Signal des US-Imperialismus hin, forderte Mujibur "Freiheit" für Ost-Pakistan. Während er mit Präsident Yahya Khan verhandelte, stifteten seine Leute gleichzeitig Aufstände in verschiedenen Provinzen an und metzelten tausende von Nicht-Bengalen nieder.

Als die Verhandlungen zusammenbrachen, ging Mujibur - wie Gandhi 1942 - ohne sich zu wehren ins Gefängnis und forderte seine Anhänger auf "bis zum Tode zu kämpfen". Seltsamerweise wurden die bengalischen Mitglieder des Ost-Pakistanischen-Bengalischen Regiments, die Ost-Pakistanischen Schützen, die Polizei und die faschistische Organisation ANSARS, plötzlich zum Hauptkontingent, der von den US-Imperialisten zusammengehaltenen sogenannten "Befreiungsarmee".

Der Widerstand, den sie den Truppen des General Yahya Khan entgegensetzten war ziemlich schwach. Die Führer der Awami Liga, welche eben noch von dem Gedanken eines leichten und schnellen Sieges berauscht gewesen waren, flohen nach Indien so schnell sie ihre Beine tragen konnten.

Die indischen Expansionisten ließen nun die diplomatische Maskerade fallen und mischten sich unverblühmt in die inneren Angelegenheiten Pakistans ein. Indien warf einige Armee-Divisionen an die ost-pakistanische Grenze. Neben Waffen schickten sie auch zivilgekleidete Soldaten über die Grenze, um dort Sabotage und Störaktionen auszuüben. Ihre Presse und Radiostationen, einschließlich "Freies Bengalen" (ein von Indien behelfsmäßig errichteter und an die Ost-Bengalen gerichteter Sender) verbreiteten tagaus tagein fantastische Geschichten, um Menschen für den vorgetäuschten "Befreiungs"kampf zu ködern. Die indischen Journalisten, von denen viele ihre Eingebungen entweder vom CIA oder von den sowjetischen Sozialimperialisten erhalten, begrüssen voller Freude die "Revolution" als ein beispielloses Ereignis der Geschichte.

Dieses Spiel war Teil der intensiven Vorbereitungen für einen neuen Weltkrieg. Es ist fehlgeschlagen, aber es hat das Leben von hunderttausenden von Menschen gekostet und verursachte Not und Elend von Millionen anderer. Die pakistanische Armee griff zu Brandstiftungen, Plünderungen und Morden im großen Ausmaß, ebenso wie die Grundbesitzer, die Moslem-Liga und eine tollwütige Organisation der Faschisten mit dem Namen Jamiat-i-Islami .

Wieder einmal zeigte sich welch grausamer Feind der Menschheit der US-Imperialismus, ihre Komplizen und alle Reaktionäre sind. Wenn auch der Versuch, Ost-Pakistan in eine Aggressionsbasis gegen China und die Völker der Welt zu verwandeln, fehlgeschlagen ist, der US-Imperialismus versucht weiterhin, die wirtschaftliche Abhängigkeit der Herrscher Pakistans, als eine Art Hebel zu benutzen, um ihnen ein politisches Übereinkommen aufzuzwingen.

In Washington finden zwischen den US-Imperialisten und den Leuten General Yahya Khans langwierige Verhandlungen statt. Was immer jedoch das Resultat der Verhandlungen sein mag, der Plan Ost-Pakistan zu "befreien" und an das Kriegsgespann der USA-Sowjetunion zu binden, ist bereits zum Bumerang für alle in- und ausländischen Feinde des Volkes geworden.

Unter der Führung der Kommunistischen Partei Ost-Pakistans (Marxisten-Leninisten) (KPO-P(M-L)) weitet sich der bewaffnete Kampf der Bauern in vielen Bezirken aus: Mehrere Gebiete in Khulna, Jessore, Noakhali und anderen Gebieten sind bereits von Klassenfeinden und ihren Agenten befreit. Große Mengen von Schußwaffen und Munition wurden erbeutet und Einheiten der Volksbefreiungsarmee Ost-Pakistans sind gebildet worden. Revolutionäre Volkskomitees , als Machtorgane des Volkes, sind entstanden. Das Land der Feudalklasse wurde beschlagnahmt und unter den armen und landlosen Bauern verteilt. Volksgerichte bestrafen die Feinde des Volkes: Dies ist der Anfang einer neuen Ära.

Die anhaltende Weigerung der Herrscher Pakistans, sich

den sogenannten Supermächten und den indischen Expansionisten anzuschließen, um einen Ring um China zu bilden, ihre freundlichen Beziehungen zu China, ihr gerechter Kampf, die Verschwörungen der USA und SU zu vereiteln und die indischen Expansionisten mit ihren Störaktionen und Einmischungen zu besiegen, schließlich Chinas Unterstützung ihres gegenwärtigen Kampfes, all dies hat eine Reihe von Fragen aufgeworfen.
Was hat die pakistanischen Herrscher veranlaßt, sich der Kriegsstrategie der USA und der SU gegenüber China, zu widersetzen? Und was ist die Natur und das Ausmaß dieser Opposition? Bedeutet sie, daß Pakistan nicht mehr ein halb-koloniales, halb-feudales Land ist, sondern ein unabhängiges Land, in dem eine nationale Bourgeoisie herrscht, welche antiimperialistisch und revolutionär ist? Und wie kann die Partei am besten gegen den Anti-China Komplott in diesem Sub-Kontinent kämpfen?
Um eine Antwort auf diese Fragen zu finden, sollten wir uns von jeglichem Subjektivismus freimachen und stattdessen eine konkrete Analyse einer konkreten Situation durchführen, welche nach Lenin "das Wesen des Marxismus, die lebendige Seele des Marxismus" ist.

Während der fünfziger Jahre verfolgte Pakistan eine chinafeindliche Politik, eine Politik die vom US-Imperialismus diktiert war. Die Politik der Ayub-Regierung, Ende der fünfziger Jahre und noch später war gekennzeichnet durch eine wachsende Abhängigkeit von den USA. Präsident Ayubs Angebot einer gemeinsamen Verteidigung mit Indien wurde von China als ein Versuch angesehen "Uneinigkeit zu säen zwischen China und Indien".
(Aus: "Renmin Ribao", 23.7.59; zitiert bei: Neville Maxwell, in: "India's China War", 2. Aufl., S. 274; Jaico)
"Renmin Ribao" vom 23. Juli 1959 schrieb: "Die pakistanische herrschende Clique hat eine bösartige Rolle gespielt und hat ein extrem unfreundliches Verhalten gegenüber China angenommen." Die Zeitung warnte: "Die pakistanische Regierung sollte das Pferd noch vor dem Abgrund zurückreißen, ihre chinafeindliche Haltung aufaufgeben und zurückkehren auf den Weg der Bandung-Resolutionen und zum Weg der chinesisch-pakistanischen Freindschaft."
Innerhalb weniger Jahre änderte dieselbe Ayub-Regierung tatsächlich ihre feindliche Haltung gegenüber dem chinesischen Volk. Warum? Es war nicht eine neuerwachte Liebe für das sozialistische China oder für die Bandung-Prinzipien, sondern Furcht vor den indischen Expansionisten, die die Herrscher Pakistans veranlaßte, ihre "bösartige Rolle" aufzugeben und die Freundschaft Chinas zu suchen. Dies war der Hauptwiderspruch zwischen den indischen und pakistanischen Kompradoren, welcher von ihrem gemeinsamen Herrn - dem britischen Imperialismus - ausgenutzt worden war, was zu schrecklichen Massakern, zur Entwurzelung von Millionen Menschen im Jahre 1946-47 und zur Schaffung Pakistans geführt hatte.
Dieser Widerspruch weit entfernt gelöst zu sein, ist seitdem immer schärfer geworden. Er hat dazu geführt, daß die indische Regierung Teile ihres Volkes gegen nationale Minderheiten Pakistans aufgehetzt hat und umgekehrt. Außerdem kam es mindestens dreimal zu offenen bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den beiden Ländern.
Noch nach dem Oktober 1962, als die indischen Reaktionäre, angestiftet durch die US-Imperialisten und die Sowjetrevisionisten, die tibetanische Region von China angriffen, wurden eine Reihe von Konferenzen abgehalten zwischen der Nehru- und der Ayub-Regierung, um diesen Widerspruch zu lösen. Aber dieser Versuch, die beiden reaktionären herrschenden Klassen zu vereinigen, um, wie die US-Imperialisten sehnlichst wünschten, Indien und Pakistan in seine konterrevolutionäre Globalstrategie gegen China einzuspannen, mißlang.
1959 kamen Kennedy, Chruschtschow und Nehru zu einer Einigung, die beiden Supermächte verließen sich nun auf die indischen Reaktionäre, um ihre konterrevolutionäre Strategie in diesem Teil Asiens durchzusetzen.
In dem aggressiven Komplott der USA-SU gegen China hatte Indien, mit seiner viel größeren Bevölkerung und seinen reicheren Naturschätzen, gegenüber Pakistan, die Hauptrolle zu spielen. Seit 1959 haben die indischen Reaktionäre diese Rolle auch ziemlich gewissenhaft erfüllt.
Die pakistanischen Kompradoren befürchteten, daß sie ihr Todesurteil unterschreiben würden, wenn sie sich den Forderungen der USA und der SU beugen würden, denn das hätte bedeutet, sich den indischen Expansionisten, nach deren Bedingungen, auszuliefern.
Die dauernde Angst vor den indischen Reaktionären, dazu der Kampf ums Überleben ist der innere Faktor - der entscheidende Faktor - der die herrschende Klasse Pakistans dazu veranlaßte, Freundschaft, Hilfe und Unterstützung beim sozialistischen China zu suchen.

Welcher Natur ist die Opposition der Herrscher Pakistans gegenüber den USA-SU Aggressionsplänen gegen China? Gewisse Fakten werden dies erhellen.
Pakistan ist bis heute ein Mitglied, der von den USA organisierten und geführten Bündnisse: SEATO und CENTO, obwohl sich Pakistan geweigert hat, Soldaten nach Südvietnam zu schicken. In diesem Fall befindet sich Pakistan in guter Gesellschaft mit England und Frankreich, welche ebenfalls Mitglieder der SEATO sind, und die sich ebenfalls dieser Forderung der USA widersetzten. Weiterhin sorgte Pakistan dafür, daß eine US-Beobachtungsbasis aus West-Pakistan entfernt wurde.
Auf der anderen Seite unterhält Pakistan enge Verbindungen mit den reaktionären Regierungen im Mittleren Osten und hat z.B. dem US-Lakaien König Hussein von Jordanien, Truppen zur Unterstützung seines Kampfes gegen die Palästinensische Befreiungsarmee geschickt. Es muß auch festgehalten werden, daß Pakistan in seinem gerechten Kampf gegen Mujibur und die indischen Expansionisten volle Unterstützung bei den Lakaien des Imperialismus im mittleren Osten genießt.

Pakistans Wirtschaft ist abhängig von Entwicklungs-"hilfe" und ungleichem Handel mit imperialistischen und revisionistischen Ländern. Die folgenden Zahlen basieren auf Angaben, die im "Statesman" vom 9.

Mai 1971 veröffentlicht wurden. Diese Zahlen geben einen ungefähren Eindruck davon, in welchem Maße die pakistanische Wirtschaft von den imperialistischen Mächten beherrscht wird. In dieser Tabelle sind nur die Hauptquellen der Entwicklungs"hilfe" erwähnt.

AUSLÄNDISCHE ENTWICKLUNGSHILFE
bis einschl. Dezember 1969:
Rupien in Mill.

Australien	193.0
Bundesrepublik	1974.2
China	510.9
England	1754.6
Frankreich	539.9
Italien	440.3
Japan	1432.5
Jugoslawien	529.1
Kanada	1651.5
Tschechoslowakei	257.9
USA	12683.1
UdSSR	567.8
I.B.R.D.+	2917.8
I.D.A. ++	1801.2

(Bei + handelt es sich um die "International Bank for Reconstruction and Development" und bei ++ handelt es sich um die "International Development Accociation". Beide Organisationen werden vom US-Imperialismus kontrolliert.)

Diese Angaben beweisen eindeutig den halbkolonialen Charakter der pakistanischen Wirtschaft, denn man darf nicht vergessen, daß die Entwicklungs"hilfe" von imperialistischen Staaten nur ein Instrument zur Durchsetzung ihrer Außenpolitik ist.
Der Widerspruch gegenüber den indischen Expansionisten, welcher der herrschenden Klasse nicht erlaubt, sich ihnen in der Durchsetzung der US-SU Globalstrategie anzuschließen, ist nützlich für China und die Weltrevolution, wenn er auch den beiden "Supermächten" mißfällt.

1965 wie auch 1968-69 haben die beiden "Supermächte" versucht den Präsidenten Ayub zu entfernen und nicht irgendeine imaginäre "nationale Bourgeoisie" noch antiimperialistische Teile des pakistanischen Volkes. Im September 1965 gab es einen Zweifronten-Angriff gegen die Politik Ayubs: ein Staatsstreich von ranghohen pakistanischen Armeeoffizieren ist von der CIA geplant worden, während gleichzeitig die indischen Expansionisten, auf Geheiß der US-Imperialisten, in Pakistan einfielen.
Damals wie heute unterstützte China Pakistan offen.
Die US-Verschwörung wurde vereitelt, aber den sowjetischen Sozialimperialisten, die die Rolle des Komplizen spielten, gelang es, den indischen Premierminister Shastri und den pakistanischen Präsidenten Ayub zu einer gemeinsamen Konferenz in Taschkent zu bewegen. Durch diese Konferenz sollte die Einheit zwischen den indischen Reaktionären und den herrschenden Klassen Pakistans hergestellt werden, eine Einheit, die sich direkt gegen China und die Völker der Welt richten sollte.

Die Konferenz von Taschkent war ein gemeinsames Manöver der sowjetischen Sozialimperialisten und der US-Imperialisten, ein Manöver, das von China heftig verurteilt wurde. Von allen Revisionisten - in Indien denen der Dange - , wie der Namboodiripad - Ranadive - Sorte - wurde das Abkommen begeistert gefeiert.
Diese revisionistischen Vertreter werden heute nachgeahmt von Revisionisten neuen Typs, die, während sie den Ideen des Vorsitzenden Mao Tse Tung Lippenbekenntnisse leisten, das Abkommen von Taschkent als einen Sieg der "nationalen Bourgeoisie" und des antiimperialistischen Volkes von Pakistan darstellen.
Aber dieses von den Supermächten erzwungene Abkommen wurde bald zu einem wertlosen Fetzen Papier, da der grundlegende Widerspruch zwischen den herrschenden Klassen Pakistans und den indischen Expansionisten ungelöst blieb.

1968-69 gelang es den US-Imperialisten und den SU-Sozialimperialisten, in dem sie sich die weitverbreitete Unzufriedenheit der Massen mit den herrschenden Klassen Pakistans zunutze machten, Ayub zu entfernen.
Doch die herrschenden Klassen Pakistans wählten als einen Nachfolger General Yahya Khan, der die gleiche Politik fortsetzte.
Wegen ihrer großen und noch ständig wachsenden Abhängigkeit von der imperialistischen Entwicklungs"hilfe" und ihres fundamentalen Widerspruchs zum pakistanischen Volk andererseits, schwankt das Verhältnis der pakistanischen herrschenden Klasse zu den US-Imperialisten zwischen Unterwürfigkeit und Opposition.
Während der ganzen Jahre, in denen sich die pakistanischen Herrscher weigerten, sich den US-SU Aggressionsplänen gegen China anzuschliessen, haben die beiden Supermächte und die verschiedenen internationalen Organisationen, welche vom US-Imperialismus kontrolliert werden, ihre ökonomische und militärische "Hilfe" für die pakistanische Regierung keineswegs eingestellt.
Die pakistanische Regierung hat weder unter Ayub noch unter Yahya Khan aufgehört diese "Hilfe" zu fordern.
Zu diesem Zeitpunkt werden noch "Hilfs"abkommen von den USA und Pakistan in Washington unterzeichnet.

Was gab den herrschenden Klassen Pakistans die Stärke, sich den US-SU-Plänen -wenn auch schwankend- zu widersetzen? In Zeiten großer Konflikte mit den indischen Expansionisten, wurde die pakistanische Regierung jedesmal von den britischen Imperialisten unterstützt.
Im September 1965, als eine von den USA difigierte Aggression Indiens gegen Pakistan durchgeführt wurde, beschuldigte der britische Premierminister Indien offen als Aggressor. 1965 wie auch 1971 stand dieser britische Standpunkt im Gegensatz zu dem der USA und der SU.
Der britische Premierminister sowie der Außenminister erklärten, daß die Ereignisse in Pakistan eine interne Angelegenheit Pakistans sei. Neben der Unterstützung durch China, gab die Unterstützung durch imperialistische Mächte der pakistanischen Regierung, in jeder Krise, die notwendige Stärke.

"Die Widersprüche zwischen imperialistischen und sozialimperialistischen Ländern und die zwischen den imperialistischen Ländern" gehören heute zu den vier Hauptwidersprüchen der Welt. Es wäre lächerlich anzunehmen, daß die imperialistischen und sozialimperialistischen Länder ein solides und einiges Lager darstellen würden. Es ist vielmehr so, daß in der Ära des totalen Zusammenbruchs des Imperialismus alle politischen und militärischen Blöcke und Bündnisse, die vom US-Imperialismus aufgebaut wurden, heute am Auseinanderfallen sind. Die Widersprüche zwischen imperialistischen und sozialimperialistischen Ländern, zwischen imperialistischen Ländern sowie den verschiedenen Gruppen von Kompradoren, verschärfen sich mit jedem Tag. Der US-Imperialismus sieht sich jeden Tag mit neuen Niederlagen konfrontiert, besonders in Vietnam, Laos und Kambod-

scha. Jene Länder, die bisher die Helfershelfer der USA waren, erkennen immer mehr, daß der Tag der endgültigen Niederlage der USA nicht mehr fern ist und desto größer ihre eigenen Krisen werden, umso mehr suchen sie diplomatische und Handelsbeziehungen mit dem sozialistischen China aufzunehmen. Es scheint so, als verließen die Ratten das sinkende Schiff.

China steht fest hinter den fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz: gegenseitige Achtung der territorialen Integrität und Souveränität, gegenseitiger Nichtangriff, gegenseitiger Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, Gleichberechtigung und gegenseitiger Vorteil, friedliche Koexistenz. Auf der Basis dieser Prinzipien entwickelt China freundschaftliche Beziehungen mit jedem Land, welches danach ersucht, unabhängig davon, wie sein gesellschaftliches System aussieht. China unterstützt außerdem den gerechten Kampf jedes Landes-unabhängig von seinem Gesellschaftssystem--gegen ausländische Aggressionen und Einmischung in seine inneren Angelegenheiten.

In der Vergangenheit unterstützte China die VAR und mehrere Länder in ihrem gerechten Kampf gegen verschiedene imperialistische Länder und bot ihnen sogar militärische Hilfe an, obwohl diese Regierungen sich nicht urplötzlich in antiimperialistische, revolutionäre, nationale Bourgeois verwandelt hatten.

Es wäre absolut lächerlich anzunehmen, daß China die pakistanische Regierung und das pakistanische Volk in ihrem gerechten Kampf für nationale Unabhängigkeit und staatliche Souveränität, gegen ausländische Aggression und Einmischung, deshalb unterstützt, weil Yahya Khan die revolutionäre Bourgeoisie repräsentiert. China unterstützt Pakistan, weil es von Seitern der indischen Expansionisten mit Aggression bedroht wird. Chinas Unterstützung hilft, die Verschwörungen der US- Imperialisten und der sowjetischen Sozial-Imperialisten zu durchkreuzen, welche versuchen, alle reaktionären Kräfte der Welt gegen China und die Weltrevolution zusammenzutreiben. Chians Politik verschärft die Widersprüche zwischen den imperialistischen und sozial-imperialistischen Ländern, zwischen den imperialistschen Ländern und unter den Kompradoren-Regimen.

Chinas Unterstützung für die Yahya-Regierung bedeutet keinesfalls, daß jetzt aller Klassenkampf in Pakistan automatisch beendet werden sollte und die Massen und die kommunistische Partei zur Unterstützung der Yahya Regierung alle Kräfte mobilisieren sollten. Es verhält sich vielmehr so, wie der Vorsitzende Mao Tse Tung 1946 feststellte: "Solche Kompromisse der USA, Großbritanniens und Frankreichs mit der Sowjetunion können nur das Ergebnis eines entschiedenen und wirksamen Kampfes aller demokratischen Kräfte der ganzen Welt gegen die reaktionären Kräfte der USA, Großbritanniens und Frankreichs sein. Derartige Kompromisse machen es nicht erforderlich, daß die Völker in den Ländern der kapitalistischen Welt diesem Beispiel folgen und innerhalb ihres eigenen Landes Kompromisse schließen. Die Völker aller Länder werden nach wie vor entsprechend ihren verschiedenen Verhältnissen auf verschiedene Art und Weise kämpfen". (Anm. der Übersetzer: zit, aus Mao Tse-Tung "Einige Erwägungen zur gegenwärtigen Lage", 1946, deutsch, Ausgew. Werke, Bd. 4, S. 87, 88).

Es ist schlimmster Revisionismus zu behaupten, daß Pakistan sich von einem halbkolonialen, halbfeudalen in ein unabhängiges Land verwandelt hätte, welches nun beherrscht würde von der nationalen Bourgeoisie. Eine solche These hat nichts gemeinsam mit dem Marxismus-Leninismus und den Mao Tse-Tung - Ideen. Sie geht von der Annahme aus, daß die Bourgeoisie eines Landes, in der Ära lange nach 1917 siegreich eine demokratische Revolution anführen kann. Dies widerspricht jedoch der marxistisch-leninistischen Theorie, nach welcher die proletarische Führung einer demokratschen Revolution, die nach der Oktoberrevolution stattfindet, die unerläßliche Bedingung ihrer siegreichen Beendigung ist.

Eine solche These steht auch in offenem Widerspruch zu der Theorie des Vorsitzenden Mao über die "Neue Demokratie" (Anm. d. Übersetzer: Vgl. hierzu: Mao Tse-Tung, "Über die Neue Demokratie", 1940, ausgew. Werke Bd. 2, deutsch S. 395-444).

Sie unterstellt weiterhin, daß eines schönen Tages die politische Macht in Pakistan ohne bewaffnete Auseinandersetzung von den Imperialisten und der anderssetzung von den Imperialisten, ihren Kompradoren von der Feudalklasse in die Hände der nationalen Bourgeoisie übergegangen ist. Dies steht in Widerspruch zur feststellung des Vorsitzenden Mao Tse-Tung: "Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen", und steht in deutlicher Übereinstimmung mit der Theorie vom "friedlichen Übergang", die allenthalben von den revisionistischen Verrätern verbreitet wird.

Es sind die Chruschtschowianer, welche behaupten, daß sozialistische Hilfe v o n a u ß e r h a l b (Sperrung von den Verfassern) die nationale Bourgeoisie in die Lage versetzen kann, ein halb-koloniales und halb-feudales Land friedlich in ein unabhängiges, von der nationalen Bourgeoisie beherrschtes Land umwandeln kann. Die Leute, die diese Ansicht vertreten, sind bewußt oder unbewußt neue Anhänger Chruschtschows, obwohl sie lärmend Loyalitätserklärungen zu den Ideen des Vorsitzenden Mao abgeben.

Die Ironie dieser schädlichen Theorie ist es, daß sie im Namen der Verteidigung Chinas gegen anti-chinesische und konterrevolutionäre Komplotte verbreitet wird.

Es war kein anderer als der Vorsitzende Mao, der den Chruschtschow-Revisionismus bekämpft und besiegt hat und die allgemeingültigen Prinzipien des Marxismus-Leninismus wiederhergestellt hat. Unsere Partei unter der Führung des Genossen Charu Masumdar, konnte sich nur im siegreichen Kampf gegen den Chruschtschow-Revisionismus und die schädliche Theorie vom "friedlichen Übergang" entwickeln.

Nun versucht der Revisionismus wiederum sein Haupt zu erheben, aber er wird die im revolutionären Kampf der letzten vier Jahre gestärkten Mitglieder unserer Partei nicht mehr in die Irre führen können.

Was sind die jetzigen Bedingungen in Pakistan? Durch Kapitalinvestitionen, "Entwicklungshilfe" und ungleichen Handel verschiedener imperialistischer Mächte wird Pakistan ausgeplündert. In Zusammenarbeit mit den pakistanischen Kompradoren oder auch ohne sie wird das pakistanische Volk von den ausländischen Monopolen bis aufs Blut ausgesaugt.

Weit davon entfernt, den Kampf gegen die Imperialisten aufzunehmen, werden die herrschenden Klassen Pakistans immer abhängiger von der Entwicklungs"hilfe". Die Feudalprinzen und Grundbesitzer dürfen auch ungehindert die breiten Massen der Bauernschaft brutal unterdrücken und ausbeuten.

Wie die Kommunistische Partei Ost-Pakistans (ML) richtig feststellte: Imperialismus, Revisionismus, die Kompradorenbourgeoisie und die Feudalklasse sind die Hauptfeinde des pakistanischen Volkes. Innerhalb Pakistans gibt es keine Demokratie: Die KP O-P (ML) ist verboten. Bildung, Er-

ziehung und Kultur sind halb-kolonial und halb-feudal. Die herrschenden Klassen beuten mehr als irgendwo anders die religiöse Verdummung des Volkes aus. Sie nennen ihren Staat: "Die islamische Republik von Pakistan".
In dieser verwickelten Situation führt die KP O-P(ML) das pakistanische Volk in einer mutigen und korrekten Weise. Anstatt der Forderung der Bourgeoisie nach einem nationalen Verteidigungskrieg zu entsprechen, hat die Partei den nationalen revolutionären Krieg ausgerufen, um den Imperialismus, den Sozial-Imperialismus, die Kompradorenbourgeoisie und die Feudalklasse zu besiegen. Chinas Weg ist auch der Weg der KP O-P(ML), welcher das Volk von Ost-Pakistan zum Sieg führen wird. Indem die Partei sich auf die armen und landlosen Bauern stützt, hat sie die Vernichtung von Klassenfeinden und von bewaffneten Einheiten der reaktionären Regierung vorangetrieben. Die Partei hat Abteilungen der Volksbefreiungsarmee gebildet und Grundeinheiten in den Basisgebieten geschaffen, in denen revolutionäre Volkskomitees und die Volksmiliz organisiert werden.
So hat die Partei in richtiger Weise ihre ganze Kraft auf die Mobilisierung der Massen, die Entwicklung des bewaffneten Kampfes und den Aufbau der Volksarmee gelegt, ohne die das Volk nichts hat. Nur so, nur, indem die Partei den Klassenkampf auf eine höhere Ebene hebt, kann die Partei und das Volk von Pakistan alle imperialistischen Anti-China-Komplotte auf ihrem Boden vernichten.
Vorsitzender Mao sagte:"Was die Frage eines Weltkriegs angeht, gibt es zwei Möglichkeiten. Die eine ist die, daß der Krieg die Revolution hervorbringt, die andere ist die, daß die Revolution den Krieg verhindert." Der Vorsitzende Mao hat den Revolutionären in den verschiedenen Ländern nur eine Aufgabe zugeteilt, nämlich die: in ihrem betreffenden Land die Revolution zu machen. Diese Aufgabe kann nur erfüllt werden, indem mutig die Massen mobilisiert und die revolutionäre Arbeit in den verschiedenen Ländern beschleunigt wird.
Nur so wird es möglich sein, den Komplott der Imperialisten und Sozial-Imperialisten gegen China und die Völker der Welt zu besiegen und einem neuen Weltkrieg vorzubeugen bzw. zu siegen, nachdem er ausgebrochen ist.
Alles Gerede vom Kampf gegen den US-Imperialismus durch Einigung des Volkes unter der Führung der Bourgeoisie halbkolonialer und halbfeudaler Länder ist nichts als die altbekannte Kapitulantenpolitik - die revisionistische Linie der Klassenzusammenarbeit, des Verrats des Klassenkampfs und des Verrats des revolutionären Kampfs der Bauern. Die KP O-P(ML) hat sich richtigerweise geweigert, Yahya und seine Leute zu unterstützen, und hinter ihnen herzutrotten. Somit hat die Partei sich geweigert, der liquidatorischen Linie zu folgen, sich selbst und den bewaffneten Kampf um die Ergreifung der politischen Macht zu liquidieren. In der Frage der Bildung der Einheitsfront wird die Partei von den Worten des stellvertretenden Vorsitzenden Lin Piao geführt: "Die Geschichte bestätigt, daß es innerhalb der Einheitsfront während der national-demokratischen Revolution zwei Bündnisse geben muß. Das erste ist das Bündnis der Arbeiter und Bauern, das zweite ist das Bündnis der Werktätigen mit der Bourgeoisie und den anderen nichtwerktätigen Menschen. Das Bündnis der Arbeiter und Bauern ist ein Bündnis der Arbeiterklasse mit den Bauern und allen anderen Werktätigen in Stadt und Land. Es bildet die Grundlage der Einheitsfront. Der Angelpunkt in der Frage, ob die Arbeiterklasse die führende Rolle in der national-demokratischen Revolution behalten kann, ist, ob sie die zahlreichen Bauern in den Kampf führen und diese um sich sammeln kann. Nur, wenn die Arbeiterklasse die Führungsrolle gegenüber den Bauern einnimmt, ist es möglich, auf der Grundlage des Bündnisses der Arbeiter und Bauern das zweite Bündnis einzugehen, eine breite Einheitsfront zu bilden, und den Volkskrieg siegreich zu führen. Alles andere wären sonst nur Luftschlösser und leeres Gerede, und es ist kein Verlaß darauf." (Anmerkung der Übersetzer: Zitiert aus Lin Piao: "Es lebe der Sieg im Volkskrieg", Peking 1968, deutsch, S. 22)
Obwohl sich die Kommunistische Partei Ost-Pakistans (ML) in einer sehr komplizierten und schwierigen Situation befindet, ist sie dabei, den Marxismus-Leninismus und die Mao Tse-tung Ideen in der konkreten Praxis der ost-pakistanischen Revolution anzuwenden.
Wir begrüßen die bedeutenden Siege, die unsere tapferen Genossen bereits errungen haben und entbieten ihnen unseren roten Salut!!!

januar
di 4.1. ALLAN MC CARTHY QUARTETT
di 11.1. RASHA GROUP
di 18.1. STAUDAMM
di 25.1. ELOY (HANNOVER)

4. FEBRUAR
CAVE - BALL
(stadthalle)
titanic , emergency
wolfgang dauner etcetera u.a.

CAVE 54

Konzertbeginn jeweils 20.30

Verein zur Pflege
studentischer Geselligkeit e.V.
HD, Krämergasse 2, Tel. 27840

Fortsetzung von S.2

KG(NRF) an der Universität intensivieren und zur Vereinheitlichung der Arbeit an den Hochschulen beizutragen versuchen. Entgegen falschen Hoffnungen verschiedener lokaler und anderer Organisationen hat die organisatorische Trennung der 3 Organisationen keinerlei politische Spaltung verursacht, sondern die Einheit unserer politischen Richtung gefestigt.

Dieses Heft des NRF legt den Schwerpunkt auf die MTR. Wir haben in dieser MTR unsere Arbeit erheblich intensiviert und, wie wir meinen, einige Fortschritte bei der Verankerung des Marxismus-Leninismus in der AK gemacht. Zu einem geringen Teil wird unsere Agitation in diesem NRF dokumentiert. Manche Genossen und Kollegen mögen in dem Fernsehfilm "Schwabenstreik" gesehen haben, wie von einem ausgewählten Arbeiter ein Kommentar zerknüllt wurde. Wir meinen, daß das Fernsehen diese Aufnahme stellen mußte. Auf jeden Fall ist es uns in diesem Streik gelungen, unsere Arbeit wesentlich zu verbessern und mit den Kämpfen der Arbeiter zu verbinden.

Am 12.1. 72 hat ein Prozeß gegen verschiedene KHG- und KG - Mitgliedern begonnen, die der Teilnahme an jener "Cabora-Bassa-Demonstration" beschuldigt werden, die auch zum SDS-Verbot führte. Im Zusammenhang mit diesem Prozeß und aus Anlaß des Treffens der Ministerpräsidenten und der Bundesregierung zu einer Konferenz über den politischen Radikalismus haben wir folgendes Rundschreiben an die marxistisch-leninistischen Organisationen verschickt:

Genossen,

am 28.1.72 treffen sich die Ministerpräsidenten der Länder mit der Bundesregierung zu einer "Konferenz über den politischen Radikalismus." (Genscher) Genscher hat in seiner öffentlichen Ankündigung dieser Konferenz keinerlei Hehl aus der Stoßrichtung dieses Treffens gemacht. Er verzichtete darauf, irgendetwas von steigender Kriminalität zu faseln, sondern gab klar zu verstehen, daß sich die Konferenz ausschließlich gegen die kommunistischen und fortschrittlichen Organisationen in der BRD richten soll.

Diese Konferenz wird sich keineswegs auf die Ausarbeitung polizeilicher Maßnahmen beschränken, sondern an einem umfassenden Plan der Bekämpfung der kommunistischen und fortschrittlichen Organisationen arbeiten. Nachdem zum Beispiel schon seit Jahren einzelne fortschrittliche Lehrer aus dem Schuldienst zwangsweise ferngehalten wurden, ist jetzt in Hamburg der 1. Erlaß ergangen, der die gleichzeitige Zugehörigkeit zu einer fortschrittlichen politischen Organisation und zum Staatsdienst für grundsätzlich unvereinbar erklärt. In Baden-Würtemberg stehen ähnliche Maßnahmen unmittelbar bevor. Als die Bundesregierung in den 50er Jahren das KPD-Verbot vorbereitete, war ein ähnlicher Erlaß Adenauers 1950 einer der ersten Schritte zum Verbot. Damals wurde der Ausschluß der Angehörigen bestimmter fortschrittlicher Organisationen aus dem Staatsdienst beschlossen. Die reaktionäre Säuberung des Staatsdienstes leitete die umfassende Verfolgung aller Kommunisten und fortschrittlichen Menschen ein.

Am 12.Januar beginnt in Heidelberg der Prozeß gegen 9 Teilnehmern einer Demonstration gegen den Cabora-Bassa-Staudamm, die imperialistische Ausbeutung durch Entwicklungshilfe und gegen die Anwesenheit des Kriegsverbrechers McNamara in Heidelberg. Diese Demonstration diente auch als Anlaß zum Verbot des Heidelberger SDS. Dieses Verbot bezieht sich in seiner Begründung ausdrücklich auf das KPD-Verbot.

Immer deutlicher zeigt sich, daß die Verfolgung der sog. Baader-Meinhof-Gruppe nur als hervorragender Vorwand benützt wird, um den staatlichen Unterdrückungsapparat zu festigen und bürgerkriegsähnliche Verfolgungsmethoden einzuüben. Die Razzien in verschiedenen Städten zeigen dies ganz klar.

Die Verschärfung der Klassenwidersprüche in der BRD, die durch die innerimperialistische Konkurrenz unvermeidbar geworden ist, und der teilweise erfolgreiche Eingriff marxistisch-leninistischer Gruppen in die spontanen Kämpfe der Arbeiterklasse lassen es der herrschenden Klasse dienlich erscheinen, die politische Verfolgung umfassend vorzubereiten und zielstrebig einzuleiten.

Die noch weithin zersplitterte ml-Bewegung und alle fortschrittlichen Organisationen müssen in einem breiten Aktionsbündnis diese Angriffe zu entlarven und abzuwehren versuchen.

Die KG(NRF) Mannheim-Heidelberg schlägt allen marxistisch-leninistischen und fortschrittlichen Organisation vor, unmittelbar mit der Vorbereitung von Demonstrationen in möglichst vielen Städten für den 28.Januar zu beginnen.

Die KG(NRF) MA-HD wird zu diesem Zweck mit allen marx.-lenin. und fortschrittlichen Organisationen in HD und Mannheim Kontakt aufnehmen, um ein breites Aktionsbündnis für die Durchführung von Demonstrationen in Mannheim und Heidelberg herzustellen.

ZA der KG(NRF) MA-HD ;
diesem Rundbrief schließt sich der
ZA der KHG(NRF) an.

Redaktion

AL DJABHA

DIE FRONT

NR. 13 Preis:
Jahr: 1972 DM 1,--

ZEITSCHRIFT ZUR UNTERSTÜTZUNG DES KAMPFES DER VÖLKER DES NAHEN OSTENS

Herausgeber: SOZIALISTISCHES PALÄSTINAKOMITEE, Heidelberg

Inhalt u.a.:

Ekkehard Kleine: Der Staat als Hebel der ursprünglichen Akkumulation unter den Bedingungen des Imperialismus und der "arabische Sozialismus

Taysir Al-Khalid: Der Iran befindet sich in einer Übergangsphase

S. Berger: Entwicklung der "Friedens"-Gespräche im Nahen Osten

SUDAN: Die Partei des Genossen Mahgoub wird siegen

Die Arbeit der FDPLP in der Phase der Doppelherrschaft in Jordanien

ERSCHEINT ENDE JANUAR

MATERIALIEN ZUM STUDIUM DER CHINESISCHEN REVOLUTION

STALIN UND DIE CHINESISCHE REVOLUTION

In zahlreichen Schriften die er bis 1927 verfaßte, erläuterte Stalin die Besonderheiten der Chinesischen Revolution:
- Die grundlegende Änderung im Charakter der Revolution in kolonialen, halbkolonialen und halb-feudalen Ländern nach dem Sieg der Oktoberrevolution.
- Die Frage der revolutionären Einheitsfront, die Hegemonie des Proletariats in dieser Einheitsfront, den schwankenden Charakter der nationalen Bourgeoisie.
- Die Rolle der bewaffneten Bauernschaft als Hauptkraft der Revolution.

292 Seiten 10,50 DM

KARL MARX «ÜBER CHINA»

Die von Marx 1853-60 für die "New York Daily Tribune" verfaßten Artikel entlarven die Methoden des britischen Kapitals, das um sein Ziel zu erreichen - die Unterjochung Chinas - nicht einmal davor zurückschreckte, ein ganzes Volk mit Opium zu vergiften.
Obwohl mit wissenschaftlicher Genauigkeit geschrieben, entbehren diese Artikel nicht einer beißenden Ironie.

Erweiterte Neuauflage.
192 Seiten 8,50 DM

Erhältlich in allen linken Buchläden oder direkt beim Verlag.
Aus derselben Reihe noch lieferbar: BAUERNBEWEGUNG IN HUNAN 143 Seiten, DM 5.50

VERLAG 20.MAI

8 München 80
Postfach 801932

ILLUSTRIERTE GESCHICHTE DES BÜRGERKRIEGS IN RUSSLAND 1918-1921
484 S. DM 15.-
Erstmals erschienen 1929 im Neuen Deutschen Verlag; Willi Münzenberg; Berlin
Der Band stellt die Fortsetzung der Illustrierten Geschichte der Russischen Revolution (Reprint im rK-Verlag) dar.
Von den selben Autoren wird hier die Geschichte des "Kriegskommunismus" dargestellt. Die Periode also, in der die russischen Arbeiter- und Bauernmassen die siegreiche Revolution gegen die einheimischen weißen Generäle sowie die militärischen Interventionen nahezu der gesamten internationalen Bourgeoisie verteidigen mußten.

6.- Rosa Luxemburg

Einführung in die Nationalökonomie

CARO-DRUCK
69 HEIDELBERG
Lutherstraße 44a